Juli/August 2012 Nr. 4 67. Jahr €14,90 Österr. €17,00 2728

IP
INTERNATIONALE POLITIK

Zu neuen Ufern

Warum die EU eine andere Politik für das Mittelmeer braucht

Grüne Städte

Nur wenn unsere Metropolen CO_2-neutral werden, lässt sich der globale Klimawandel aufhalten

Smart Defence

In Zeiten knapper Kassen führt an einer multinationalen Verteidigungskooperation kein Weg vorbei

Wachstum

Ohne steigende Wirtschaftsleistung kein Wohlstand – entscheidend aber ist: welches Wachstum?

Zu neuen Ufern

Die Ernst-Abbé-Oberschule liegt im Berliner Bezirk Neukölln, der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund rangiert in manchen Klassen bei 80 Prozent – und sie ist ein Vorzeigeprojekt. Die Rate der Schulabbrecher ist gering, der Umgangston zuvorkommend und das Wahlpflichtfach Latein außergewöhnlich beliebt. Warum beschäftigen sich diese Schüler freiwillig mit den Abgründen von Gerundium, a.c.i. und Gerundiv? Weil sie begriffen haben, dass die harsche Herrschaft der Grammatik im Lateinischen auch im Deutschen zu korrektem Sprachgebrauch zwingt. Und weil die Geschichte des Römischen Reiches Jugendlichen mit türkischem, arabischen, serbischen oder bosnischem Hintergrund ein Gefühl gemeinsamer historischer Identität vermittelt.

Jahrtausende war das Mittelmeer nicht nur Raum, sondern Konzept – ein Konzept der Integration. Wann immer es als einheitliches Ganzes funktionierte, entfaltete es enormes wirtschaftliches Potenzial, so David Abulafia, Professor an der Cambridge University und einer der profundesten Kenner der Geschichte des Mittelmeerraums. Mit der Moderne ist dieser Raum „zerrissen, zerstückelt, zerbrochen". Der Aufbruch der verkrusteten Strukturen in der arabischen Welt aber öffnet Möglichkeiten einer neuen Integration: Mit Hilfe von „Finanzspritzen und Erfahrungsschätzen", einer Politik also, die auch den Ländern Ost- und Mitteleuropas dazu verholfen hat, ihr Potenzial auszuschöpfen. Mit einer Einwanderungspolitik, die zur Kenntnis nähme, dass mit den jungen Leuten aus Nordafrika ambitionierte, mobile, flexible Arbeitskräfte nach Europa kommen – genau das, was der Kontinent braucht. Mit einer EU-Politik, die weniger bürokratisch als pragmatisch ist, so Nathalie Tocci, stellvertretende Direktorin am Istituto Affari Internazionali in Rom.

„In Wirklichkeit wird Europa durch das Mittelmeer definiert: Nur aus einem mediterranen Blickwinkel sieht es wie ein eigener Kontinent aus anstatt einfach wie die westliche Halbinsel des eurasischen Kontinents", schreibt David Abulafia. Es bedarf also eines erfrischten Sinns für den gesamten Mittelmeerraum, für das verbindende Erbe und eine gemeinsame Zukunft.
Auf zu neuen Ufern.

DR. SYLKE TEMPEL
Chefredakteurin

8 **Blaues Meer**
Ohne das „Mare Nostrum“ wäre Europa nicht einmal ein Kontinent

52 **Grüne Städte**
Für die Bekämpfung des Klimawandels brauchen wir ökologische Metropolen

Fotos Titel: © Atlantide Phototravel/ Corbis
Fotos Inhalt: Seite 2: © iStockphoto/ Anthony Mayatt, © iStockphoto/ Armand Sciberras; Seite 3: iStockphoto/ dranzi

4 IP-Forsa-Frage: Cyberwar

SCHWERPUNKT
Zu neuen Ufern

8 David Abulafia
Unser aller Meer
Identität, Geschichte, Zukunft: ein Essay

16 Nathalie Tocci
Pragmatisch statt bürokratisch
Für eine neue Mittelmeerpolitik der EU

22 Jan Völkel, Ashraf Mansour
Bildung, Finanzen, Erfahrung
Was die Wirtschaft der Region jetzt braucht

26 Oliver Gnad
Eine Solarunion fürs Mittelmeer
Der Beitrag der Energiepolitik

30 Roderick Parkes
Hallo, junge Nachbarn!
Ein Grenzkontrollsystem in Partnerschaft

35 Şaban Kardaş
Welle der Veränderungen
Die Türkei als Gestalterin und Vorbild

40 Christian Le Mière
Die Konkurrenz schläft nicht
China, Russland und die Golf-Staaten

46 Nicole Renvert
Vermittler in Bedrängnis
Politische Stiftungen in Arabien

122 **Die Welt als Laufsteg**
Kleider machen nicht nur Leute, sondern auch Politik: Ob Militäruniform Palästinensertuch oder roter Schal – der Träger setzt mit seiner Kleidung Zeichen

Grüne Städte

52 Christian Schwägerl
Die Erde als Stadt
Von einer neuen Erdepoche namens Anthropozän

58 Philip Rode und Dimitri Zenghelis
Das Kommunale ist global
Der weltweite Klimawandel lässt sich nur durch Grüne Städte stoppen

65 Kristina Simons
Von der Industriebrache zur Ökoidylle
Grüne Städte in China: ein Streifzug

70 **Grüne Städte**
Eine Auswahl

Gegen den Strich

74 Imme Scholz
Wachstum
Fünf Thesen auf dem Prüfstand

Frankreich

79 Claire Demesmay
Ein neuer Homer für Europa?
Merkozys Zeit der Küsschen ist vorbei

Kambodscha

84 Justus Krüger
Im Garten mit Pol Pot
Ein Reisebericht aus Phnom Penh

Ressourcen

91 Helga Haftendorn
Schatzkammer Arktis
Deutschlands Interessen an den Rohstoffen aus dem Hohen Norden

Sicherheitspolitik

98 W. Ischinger, W. Schneiderhan u.a.
Smart Defence
Anspruch, Mehrwert, Auswirkungen

104 Svenja Sinjen, Dirk Schuchardt
NATO-Raketenabwehr
Pro & Contra

112 Thomas Will
Sicherheit in neuem Rahmen
Diplomatie wird wieder im Zentrum stehen

118 Hans-Dieter Heumann
Ein politisches Projekt
Die GSVP ist Sache Europas, nicht der NATO

Essay

122 Florence Gaub
Kleider machen Politik
Von uniformierenden Anzügen und vielsagenden Hüten

128 Brief aus … Tel Aviv | Marko Martin
Die Welt in der Nussschale

130 Internationale Presse | Basil Kerski
Polen: Legenden & Feindbilder

134 Buchkritik | Chr. Stöcker, Stefan Meister
Ist das schon Krieg?

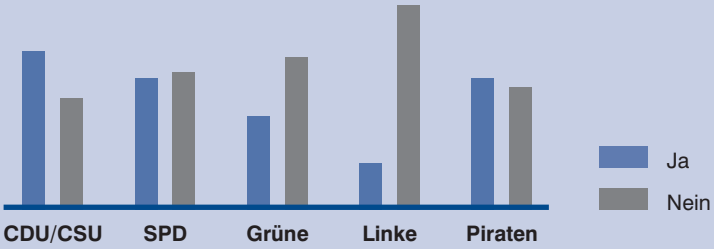
144 Schlusspunkt | Jochen Bittner
Gerechtigkeitslücken im Gemütseuropa

142 Impressum

Cyberwar

IP-Forsa-Frage IP | 07/08 | 12

In den vergangenen Monaten wurden gezielt Computerviren gegen iranische Atomanlagen eingesetzt, um die Entwicklung des Atomprogramms zu behindern. Halten Sie ein solches Vorgehen grundsätzlich für gerechtfertigt oder nicht?



	Ja	Nein
CDU/CSU	54	38
SPD	45	47
Grüne	32	52
Linke	16	70
Piraten	45	42

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland.
Erhebungszeitraum: 11. und 12. Juni 2012.
An 100% fehlende Angaben: „weiß nicht".
Statistische Fehlertoleranz: + / – 3 Prozentpunkte.
Quelle: Forsa.

In der Frage, ob der gezielte Einsatz von Computerviren gegen iranische Atomanlagen grundsätzlich gerechtfertigt ist, zeigt sich ein Patt: 45 Prozent der Befragten halten das Vorgehen für begründet, 44 Prozent lehnen es ab.

Je nach Bildungsgrad gibt es kaum Unterschiede bei der Beantwortung der Frage. Nach Altersgruppen jedoch ist das Bild ganz anders: Mit 56 Prozent ist eine absolute Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen dagegen, Computerviren zu nutzen, um etwa das iranische Atomprogramm zu treffen. Bis zur Gruppe der Über-60-Jährigen sinkt der Wert auf 41 Prozent.

Die Ansichten sind ebenfalls unterschiedlich, je nachdem, welcher Partei die Befragten anhängen: Eine Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger ist für den gezielten Einsatz von Computerviren, während sich die Grünen mit 52 Prozent und viel eindeutiger die Anhänger der Linken mit 70 Prozent dagegen aussprechen. Die Werte von SPD- und Piraten-Anhängern sind sich, sowohl in Zustimmung als auch in Ablehnung, erstaunlich ähnlich.

Mit 46 Prozent finden mehr West- als Ostdeutsche den Einsatz von Computerviren akzeptabel (gegenüber 38 Prozent in Ostdeutschland). In der Ablehnung eines solchen Vorgehens sind sich Ost und West näher. Interessant ist auch, dass 15 Prozent der Befragten in Ostdeutschland mit „weiß nicht" geantwortet haben (gegenüber 10 Prozent in Westdeutschland).

© iStockphoto/ Hazlan Abdul Hakim

Zahlen

1500

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) sind 2011 mehr als 1500 Menschen bei dem Versuch, irregulär nach Europa zu kommen, im Mittelmeer ertrunken. Nachdem in den vorangegangenen Jahren verschärfte Grenzkontrollen zu einem Rückgang der Flüchtlingszahlen geführt hatten, stieg die Anzahl der irregulären Migranten vor allem durch die Umbrüche in Tunesien und Libyen auf ein Jahreshoch von 58 000. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge warten in den nordafrikanischen Staaten rund 2,5 Millionen Menschen auf eine Überfahrt nach Europa.

230

Die Anzahl von Überschwemmungen hat nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) seit 1980 enorm zugenommen: Bis 2010 stieg sie um 230 Prozent an. Des Weiteren nahm die Zahl der von den Überschwemmungen betroffenen Menschen um 114 Prozent zu. Auch wenn die Zahlen Jahr für Jahr schwanken: Die Folgen werden immer schwerwiegender. Als Gründe hierfür nennt das UNEP die Veränderung von Flussläufen, den Verlust von Überschwemmungsgebieten und die Zersiedelung von Küstenregionen.

12 000

12 000 Tonnen hochradioaktiver Abfälle entstehen nach Angaben der World Nuclear Association jedes Jahr. Insgesamt fielen bei der atomaren Energiegewinnung bis heute rund 330 000 Tonnen an. Doch ist noch immer ungeklärt, wie und vor allem wo diese radioaktiven Rückstände zwischen- und endgelagert werden können. Angesichts einer Abklingzeit von 240 000 Jahren (bei Plutonium-239) ist die Frage der Endlagerung brisant. Derzeit laufen weltweit 440 Atomreaktoren, 420 weitere sind im Bau.

Bei der Förderung von Rohöl werden jährlich 400 Millionen Tonnen Treibhausgase durch das Abbrennen von so genannten Begleitgasen ausgestoßen. Nach Angaben der Weltbank wird jährlich Erdgas im Wert von mehreren Milliarden Dollar in die Luft geblasen. Ebenso katastrophal sind die Umweltauswirkungen: „Gas flaring" trägt zum Klimawandel bei und ist in erheblichem Maße mitverantwortlich für die Erwärmung der Arktis-Region.

33

Durchschnittlich ein Drittel ihrer Zeit verbringen Menschen in OECD-Ländern mit Arbeit. Doch wird nicht jede Tätigkeit bezahlt; typischerweise unbezahlt sind etwa Hausarbeiten und Kinderbetreuung. In ihrer Studie „Society at a Glance 2011" kommt die OECD zu dem Schluss, dass unbezahlte Arbeit viel wert ist: Sie entspricht 33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der OECD-Staaten. Die Schwankungen zwischen den Ländern sind erheblich: Dort, wo die Arbeitstage lang sind, wie etwa in Korea, ist der Anteil unbezahlter Arbeit niedriger als in den Ländern Westeuropas.

© Atlantide Phototravel/ Corbis

Skulptur an der Via dell' Amore, Cinque Terre, ligurische Küste

Zu neuen Ufern

Zerrissen, zerstückelt, zerbrochen: Viel ist nicht geblieben von der Einheit, die der Mittelmeerraum über Jahrhunderte war. Es bedurfte des Arabischen Frühlings, damit Europa sich wieder seiner südlichen Nachbarschaft erinnerte. Derweil sind China, Russland oder die Golf-Staaten längst dabei, sich in der Region zu engagieren. Wie können wir unsere Mittelmeerpolitik jenseits bürokratischer Ansätze mit Leben füllen?

Unser aller Meer

Identität, Geschichte und Zukunft des Mittelmeers

David Abulafia | **Zerrissen, zerstückelt, zerbrochen: Viel ist nicht geblieben von der Einheit, als die sich der Mittelmeerraum über weite Strecken seiner Geschichte präsentierte, ganz zu schweigen von der viel beschworenen „Mittelmeer-Identität". Kann ein historischer Ansatz für die Region uns helfen, ihre aktuellen Probleme besser zu verstehen?**

Das Mittelmeer von heute ist nicht mehr dasselbe wie das von vor 2000 Jahren. Der Baumbestand ist von den Inseln und aus den Küstenregionen verschwunden, weite landwirtschaftliche Flächen wurden aufgegeben oder sind zu Wüste geworden, vieles von dem, was dereinst angebaut wurde, gibt es nicht mehr; anderes ist neu dazugekommen, etwa die Produkte der Neuen Welt wie Mais oder Kartoffeln. Um ein Beispiel zu nennen: Auf Kreta baute man noch im Mittelalter Weizen an, wandte sich aber im 17. Jahrhundert der Wein- und Ölerzeugung zu, sei es als Folge eines Klimawandels, sei es, weil die griechischen, venezianischen und türkischen Bewohner der Insel einträgliche Geschäfte witterten. Nur, um einmal von den natürlichen Gegebenheiten zu sprechen.

Und wenn wir uns die Bevölkerungsentwicklung über die Jahrhunderte anschauen, dann beobachten wir Migrationswellen, die die ethnische, religiöse und soziale Zusammensetzung in den Ländern und auf den Inseln des Mittelmeers verändert haben. Noch einmal das Beispiel Kreta: Rund 90 Jahre sind vergangen, seit der Vertrag von Lausanne zur erzwungenen Umsiedlung der muslimischen Bevölkerung der Insel – etwa 30 000 Menschen – führte.

Andererseits können wir auf zuweilen überraschende Zeichen von Stabilität verweisen. Zwischen der Entstehung Venedigs und der Gründung von Tunis im frühen Mittelalter und dann wieder bis zur Gründung Tel Avivs vor einem Jahrhundert wurde keine größere Stadt an den Küsten des Mittelmeers erbaut, und selbst Tunis war eine Art Ersatz für seinen christlichen und vorchristlichen Nachbarn, das große Karthago. Die städtische Landkarte des Mittelmeers wurde großenteils von den antiken Phöniziern, Griechen und Römern gezeichnet.

In der Geschichte des Mittelmeers wechselten sich Phasen der Integration mit denen der Desintegration ab; Ursachen für Letzteres können wirtschaftliche Rezessionen und politisch motiviertes Auseinanderstreben sein. Zurzeit ist das

Mittelmeer zerrissen, zerstückelt und zerbrochen. Betrachtet man die vorherrschende Tendenz über die vergangenen Jahrhunderte, dann stellt der gegenwärtige Zustand eher die Ausnahme dar als die Regel. Die Herausforderung besteht darin, die sich gegenüberliegenden Küsten wieder zusammenzuführen, damit sie miteinander in Austausch treten können – politisch, wirtschaftlich, kulturell – und dadurch wieder ein integriertes Mittelmeer entsteht.

Die Weltkarte wenden

Das Mittelmeer ist sowohl ein Raum als auch ein Konzept. Wir sprechen von *dem* Mittelmeer und beziehen uns auf die Gewässer, die sich ostwärts der Straße von Gibraltar erstrecken und durch den künstlich geschaffenen Suez-Kanal mit dem Roten Meer sowie durch die natürliche Wasserstraße der Dardanellen und des Bosporus mit dem Schwarzen Meer verbunden sind. Etwas weiter gefasst sprechen wir vom Mittelmeer als von einem Gewässer mitsamt den darin liegenden Inseln und den angrenzenden Ländern. Nach meiner Zählung sind das derzeit 25 politische Einheiten, einschließlich einer Kronkolonie (Gibraltar), einiger hoheitlicher Militärbasen (auf Zypern), eines Staates, der nur von einem anderen Land anerkannt wird (Türkische Republik Nordzypern), einer Enklave mit ungeklärtem Status (Gaza), eines Kleinstaats (Monaco) und mehrerer kränkelnder Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Nur zwei der Inseln sind unabhängige Staaten, Malta und Zypern; eine von ihnen ist seit 1974 zweigeteilt. Bezeichnenderweise sind die großen Inseln des westlichen Mittelmeers alle Teile größerer Staaten, deren wirtschaftliches Zentrum auf dem europäischen Festland liegt. Allerdings pflegten die meisten dieser Inseln zeitweise durchaus enge Verbindungen zu Nordafrika, nur im Mittelalter waren sie dauerhaft in Europas politische Netzwerke einbezogen: Sizilien, Sardinien und die Balearen wurden ebenso wie Kreta und Zypern phasenweise von Afrika aus beherrscht. Zypern ist Mitglied der EU und wird allgemein als Teil Europas betrachtet, wenngleich es vor der Küste des asiatischen Teils der Türkei liegt und die Türkei mal als Staat innerhalb, mal als Staat außerhalb Europas behandelt wird, oder als ein Staat, der sowohl in Europa als auch in Asien liegt.

Nur vom Mittelmeer aus gesehen erscheint Europa als eigener Kontinent

Der entscheidende Punkt ist, dass sich die Inseln selbst sowohl politisch als auch wirtschaftlich als Teil einer europäischen Welt verstehen, was einmal mehr den Gedanken nahe legt, dass gleichsam ein Riss durchs Mittelmeer geht – ein Riss zwischen den europäischen und den nichteuropäischen Sphären. Es könnte helfen, wenn wir unsere Landkarten auf den Kopf stellten und die Karte des Mittelmeers so betrachteten, als zählten die Mittelmeerinseln eher als afrikanische oder asiatische denn als europäische Gebiete – das könnte uns daran erinnern, dass unsere Klassifizierung der Kontinente ein subjektiver politischer Prozess ist. Denn in Wirklichkeit wird Europa durch das Mittelmeer definiert: Nur aus einem mediterranen Blickwinkel sieht es wie ein eigener Kontinent aus anstatt einfach wie die westliche Halbinsel des eurasischen Kontinents, die es in physischer Hinsicht darstellt.

Immer dann, wenn das Mittelmeer in seiner Geschichte eine Einheit bildete, entfaltete es ein enormes wirtschaftliches Potenzial. In den Phasen der Integration war die Summe der Teile stets eindrucksvoll: Man halte sich nur den breit angelegten und zuverlässig funktionierenden Getreidehandel vor Augen, durch den das antike Rom mit Korn aus Tunesien und Ägypten versorgt wurde – auch wenn es vor oder nach den Römern niemandem gelang, politische Kontrolle über das gesamte Meer auszuüben, das in dieser Zeit wahrhaftig *mare nostrum* war, „unser Meer". Unter römischer Herrschaft wurde die Piraterie niedergehalten; die Menschen konnten ohne Schwierigkeiten zwischen den Küsten des Mittelmeers hin- und herreisen – was Rom selbst zu einem Gemeinwesen machte, das sich aus Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammensetzte.

Vor und nach den Römern gelang es niemandem mehr, politische Kontrolle über das Mittelmeer auszuüben

Der Prozess der politischen Integration führte zu einem Niederreißen ethnischer, religiöser und sozialer Schranken, vor allem in den größeren Städten wie Alexandria, Rom und Karthago. Doch in einzelnen Teilen des Reiches mangelte es noch immer an einer Reihe von lebensnotwendigen Gütern. Das hatte den simplen, aber durchaus nützlichen Effekt, einen Handel über das Meer hinweg anzuregen. Händler aus dem antiken Phönizien, Griechenland und Etrurien, Kaufleute aus dem mittelalterlichen Genua, Venedig und Barcelona, aus Izmir, Dubrovnik und Livorno, sie alle sind die Helden der Mittelmeergeschichte: Männer (denn es waren fast immer Männer), die ihren Gewinn dadurch erzielten, die Nachfrage für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Luxusgüter rings um das Mittelmeer anzukurbeln und zu befriedigen.

Händler, Pilger, Bauern

Wo der Mensch an den Küsten und auf den Inseln des Mittelmeers siedelte, da veränderte er seine Umwelt, sorgte für Ödflächen, kultivierte neues Land – ein (vergleichsweise) junges Beispiel sind die Pontinischen Sümpfe in Italien. Formen der Umweltzerstörung gab es schon in der Antike, und so debattieren Umwelthistoriker darüber, inwiefern das Mittelmeer sich in einer Art Autokorrektur an die Einwirkung durch den Menschen angepasst hat. Gewinne auf dem einen Gebiet mögen die Verluste auf dem anderen ausgeglichen haben: So gingen die Erträge aus der Getreideproduktion Tunesiens im Mittelalter schlagartig zurück, aber andere Länder wie Marokko traten sein Erbe an.

In der Moderne macht es Spitzentechnologie möglich, von einer hoch entwickelten Landwirtschaft am Mittelmeer zu träumen, die Meerwasser oder ertragsarme Böden nutzt, um Grundnahrungsmittel zu erzeugen – man denke an die Errungenschaften von Agrarwissenschaftlern in Israel. Und doch bleibt der entscheidende Punkt bestehen: Das Mittelmeer war und wird stets ein Gebiet sein, in dem der Mangel an bestimmten Gütern des täglichen Bedarfs durch den Austausch mit Regionen, die mit diesen Gütern besser ausgestattet sind, ausgeglichen wird. Ob die Pläne für eine Mittelmeerunion solch einen Austausch erleichtern werden, kann niemand sagen, wenigstens nicht, bis nicht ein Maß an wirtschaftlicher (und natürlich politischer) Stabilität sowohl in die europäi-

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

schen als auch in die nordafrikanischen Länder des Mittelmeers zurückkehrt. In jedem Falle gilt hier eine einfache Lehre: Wirtschaftliche Verflechtung kann unter günstigen Voraussetzungen dazu beitragen, Spannungen abzubauen – und unter ungünstigen Voraussetzungen, diese zu schüren. So sind etwa die jüngst vor der Küste Zyperns entdeckten Erdgasvorkommen derzeit Gegenstand des Streites zwischen der Türkei, Zypern, Syrien, dem Libanon und Israel.

Ein weiteres Merkmal, das die Mittelmeerregion in ihrer Geschichte bestimmt hat, kommt im 21. Jahrhundert nicht mehr ganz so deutlich zum Tragen: Der Wunsch, sich bestimmte Güter zu verschaffen, animierte die Händler, politische und religiöse Grenzen zu überqueren, nicht nur zwischen Christentum und Islam, sondern auch innerhalb dieser religiösen Sphären selbst: zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Katholiken und Griechisch-Orthodoxen. Das Mittelmeer war ein bedeutender Begegnungsort der drei abrahamitischen Religionen. Und auch wenn es Phasen gab, in denen die gegenseitige Neugierde überschaubar war: Ein solcher Austausch hat regelmäßig und zeitweise sogar intensiv stattgefunden.

Da ist zum einen die jüdische Diaspora, die sich in die hellenische und römische Welt ausbreitete (insbesondere nach Alexandria), die christliche Bewegung, die im späten Römischen Reich eine maßgebliche Rolle spielte, und schließlich die Konvertierung der Völker Nordafrikas und von Teilen Südeuropas zur dynamischen neuen Religion des Islam. Und über den gesamten Zeitraum hinweg lehrten die drei Religionen (und zu früheren Zeiten auch das Heidentum) einander einzelne Elemente ihrer Lehre: Theologie, Moral, liturgische Musik. Alleine und in Gruppen zogen Pilger in der Mittelmeerregion hin und her. Wer sich an Bord eines mittelalterlichen Schiffes befand, konnte auf christliche Pilger treffen, die nach Jerusalem reisten, oder auf Muslime, die unterwegs nach Mekka waren.

Zeichen der Stabilität: Die Zahl der städtischen Neugründungen an den Küsten des Mittelmeers lässt sich über die Jahrhunderte an einer Hand abzählen. Selbst Tunis war eine Art Ersatz für das große Karthago

Und es gab noch andere, die sich innerhalb der Region oder in die Region auf den Weg machten: Kolonisatoren aus griechischen und phönizischen Städten, unterwegs nach Sizilien; germanische Völker, die sich in Spanien, Italien und Nordafrika niederließen; Araber aus dem Jemen und anderen Ländern, Berber aus dem Maghreb, Kopten aus Ägypten, die das muslimische Spanien besiedelten; Kreuzfahrer, Venezianer, Katalanen. Im 19. und namentlich im 20. Jahrhundert kehrte sich dieser Wanderungsprozess um – und begann, zu einer Massenbewegung zu werden. Die Menschen aus der Mittelmeerregion suchten in der Neuen Welt oder in Nordeuropa (mit interessanten kulturellen Folgen wie der Verbreitung der Pizza) nach neuen, besseren Lebensbedingungen.

Im 19. und 20. Jahrhundert wandelte sich die Wanderung in die Region in eine Migration aus der Region hinaus

Man darf natürlich nicht die Augen vor den Folgen der Kolonialisierung und später der Dekolonialisierung verschließen. Eine große Zahl europäischer Siedler ließ sich im 19. Jahrundert in Algerien, Tunesien oder Libyen nieder, nur um ihre Zelte dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder abzubrechen, gleichzeitig mit Einheimischen, von denen sich dann viele an den nördlichen Küsten des Mittelmeers in und um Marseille und Nizza herum ansiedelten – ein Punkt, auf den ich zurückkommen werde.

In jüngerer Zeit ist das Mittelmeer zum Schauplatz geworden, auf dem zahlreiche Migranten aus Schwarzafrika versucht haben – häufig unter Einsatz ihres Lebens –, Zugang zu den wohlhabenden Ländern der Europäischen Union zu erhalten. Hinzu kamen noch Wanderungsbewegungen aus Nordafrika während der jüngsten Unruhen – insbesondere aus Libyen – sowie aus dem Hinterland Westasiens in die Ägäis und darüber hinaus. Auch wenn das Hauptziel dieser Migration oft Länder nördlich des Mittelmeers sind, hatte die Ansiedlung sehr vieler dieser Migranten in Italien, Spanien oder anderen Ländern gewaltige Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Region.

Dann gibt es noch eine weitere Art der Migration, die eher der von Vögeln ähnelt: Menschen aus Nordeuropa und anderswo, die auf der Suche nach Sonne ans Mittelmeer fliegen – ein Massenphänomen des späten 20. Jahrhunderts, das die lokalen Industrien, den Arbeitsmarkt, das Erscheinungsbild, ja sogar die sozialen und kulturellen Normen von Städten und Dörfern entlang der Mittelmeerküste Spaniens, Frankreichs und Italiens und zusehends in der Türkei, in Tunesien und anderen Ländern grundlegend verändert hat. Wir erleben eine tiefgreifende wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Tourismusindustrie und den Ökonomien Nordeuropas, die der Wirtschaft der meisten Länder der Region ein weiteres Element der Instabilität hinzufügt – insbesondere, wenn beliebte Reiseziele zu Zeiten politischer Unruhen plötzlich unerreichbar werden, wie es in Jugoslawien geschah, als das Land auseinanderbrach.

Konflikte und Kolonialismus

Der Konflikt im früheren Jugoslawien erinnert uns daran, dass das Mittelmeer nicht nur die vergleichsweise friedliche Koexistenz von Völkern und Religionen erlebt hat, sondern auch den oft gewaltsamen Zusammenbruch dieser

Koexistenz. Besonders in Hafenstädten trafen sich Menschen jeglicher Herkunft, jeglicher Religion. Das Paradebeispiel einer kosmopolitischen Stadt im östlichen Mittelmeer ist Alexandria, im 4. Jahrhundert vor Christus durch Alexander den Großen gegründet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts machten die Europäer nur 15 Prozent der Bevölkerung aus, obgleich sie den Großteil der wirtschaftlichen Macht ausübten; 1927 gab es nur etwa 49 000 Griechen in der Stadt und 24 000 Italiener. Außerdem lebten dort 25 000 Juden unterschiedlicher nationaler Provenienz. Die Mehrheit der einflussreichen muslimischen Familien, einschließlich der Königsfamilie, stammte aus der Türkei, Albanien, Syrien oder dem Libanon. Sie identifizierten sich nicht weniger stark mit der europäischen (insbesondere französischen) Kultur als die Siedler europäischer Abstammung.

Alexandria ist das Paradebeispiel einer kosmopolitischen Stadt im östlichen Mittelmeer

In der Zeit des wachsenden Nationalismus wurde eine Stadt nach der anderen im alten Osmanischen Reich durch Vertreibung, Flucht, erzwungene Assimilation oder sogar (wie im Falle Thessalonikis) Massentötungen erschüttert – und damit endete auch die Epoche, in der die Hafenstädte des östlichen Mittelmeers Orte des friedlichen Zusammenlebens gemischter Gesellschaften waren. Auf ihr Verschwinden folgte die Schaffung eines neuen Typs gemischter Gesellschaften im europäischen Mittelmeer. In Marseille und anderen Städten versuchte man – mitunter erfolglos –, nicht nur die Kolonisatoren, die aus Nordafrika und der Levante zurückgekehrt waren, zu integrieren, sondern daneben auch noch Immigranten aus der dortigen einheimischen Bevölkerung. Ob das ein neues Modell für sozialen Frieden sein kann? Die Vorzeichen stehen, vor allem in Südfrankreich, nicht gerade gut.

Im Zeitalter des Kolonialismus, das mit der französischen Eroberung Algeriens 1830 begann, wurde ein neues Verhältnis über das Mittelmeer hinweg geschaffen; ein hegemoniales Verhältnis, das darauf abhob, dass die Nordländer angeblich auf einer höheren Stufe der Zivilisation stünden als die Bewohner der südlichen Mittelmeerküsten. Paradoxerweise hatte dies sehr enge wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zwischen Nord und Süd zur Folge, auch wenn die Hauptnutznießer im Allgemeinen nicht die Völker Nordafrikas und der Levante waren. Die Emanzipation der Kolonialisierten von den Kolonialherren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte unter anderem das Zerbrechen der Mittelmeerregion in Gebiete zufolge, die weitgehend unabhängig voneinander agieren.

Indem ich das feststelle, verteidige ich nicht die Taten der Kolonisatoren, die (besonders in Algerien) häufig brutal und kontraproduktiv waren. Die Dekolonialisierung fiel jedoch mit den Versuchen der Sowjetunion zusammen, im Mittelmeerraum Fuß zu fassen. Gerade in die Unabhängigkeit entlassene Länder wie Ägypten wurden geködert, sich einem Wirtschaftssystem anzuschließen, von dem viele Beobachter sagen würden, das es nicht zu den Bedürfnissen dieses Landes passte. Die Beziehungen Algeriens und Libyens zu den europäischen Staaten waren notorisch schlecht, und insbesondere Libyen versuchte unter Gaddafi, die Spuren seiner Kolonialvergangenheit zu tilgen, indem es beispielsweise

öffentliche Hinweisschilder verbot, die nicht in arabischer Sprache geschrieben waren. Orte, die einst für das Zusammenleben von Kulturen, Religionen und Völkern gepriesen wurden, wurden eintönige Städte, einzig und allein bewohnt von der einheimischen Mehrheitsbevölkerung. Insbesondere die Juden verschwanden aus diesen Ländern, wo sie ein integraler Bestandteil der Gesellschaft waren. Sie emigrierten nach Israel oder, teilweise, nach Südfrankreich, und setzten damit einer 2000-jährigen Geschichte der Diaspora rund um die Mittelmeerküsten ein faktisches Ende.

Mittlerweile sahen die Länder an der Nordflanke des Mittelmeers ihre Zukunft nicht mehr in der Region, sondern in einer Europäischen Union, deren stärkste Wirtschaften abseits des Mittelmeers liegen. Die wirtschaftlichen Schwächen der südlichen EU-Mitglieder haben den Eindruck noch verstärkt, dass die Region zerbrochen ist; wenn es im Mittelmeer einen ökonomischen „Tigerstaat" gibt, ist das eindeutig die Türkei, ein Land, das danach strebt, eine entscheidende Rolle in der ganzen Region zu spielen. Allerdings ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftserfolg dieses Landes eben nicht der Handel mit den Mittelmeeranrainern, sondern der mit Deutschland. Die andere wirtschaftliche Erfolgsgeschichte im Mittelmeer wird in Israel erzählt, das besonders bei der Gründung von Hightech-Startup-Firmen eine beeindruckende Bilanz vorzuweisen hat. Seine Integration in die wirtschaftlichen Netzwerke des östlichen Mittelmeers wird allerdings ernsthaft durch seine politische Isolation behindert, die durch die gravierende Verschlechterung der israelischen Beziehungen zur Türkei noch verschärft wird.

Wenn es in der Region einen wirtschaftlichen „Tigerstaat" gibt, dann ist das eindeutig die Türkei

Die Vision verblasst

Wie lassen sich die Beziehung zwischen den nördlichen und südlichen Küsten des Mittelmeers wieder herstellen? Es ist interessant zu beobachten, wie viele Investitionen, von Frankreich, von China, von den arabischen Ländern, am Vorabend des Arabischen Frühlings in Tunesien getätigt wurden, womit es zur wohl stärksten Wirtschaft des afrikanischen Kontinents wurde; doch diese Erfolge scheinen nun in Gefahr. Ein Land wie Marokko etwa hatte sogar 1987 angefragt, der EU beizutreten, und trotz der erwarteten Zurückweisung bindet eine Zahl von Abkommen die EU an Marokko, einige davon eingebettet in die Europa-Mittelmeer-Initiativen, denen ich mich jetzt ganz kurz zuwenden werde.

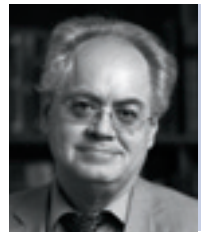
Auch wenn die Idee einer Mittelmeerunion, vorangetrieben insbesondere unter dem damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, wohl eher ein Wunschbild bleibt: Es gibt eine ganze Reihe von drängenden Fragen, die von allen Mittelmeeranrainern zusammen diskutiert werden müssen, insbesondere das Thema Migration und die Förderung des Handels zwischen EU- und Nicht-EU-Ländern innerhalb des Mittelmeers – vom Nahost-Konflikt ganz zu schweigen. Besonders wichtig ist der Schutz der Meeresumwelt, die durch Überfischung (Behandlung des Meeres als unbegrenzte Nahrungsquelle) und die Entsorgung von Abwässern (Behandlung des Meeres als eine riesige Mülldeponie) in katastrophaler Weise beschädigt wurde.

Als beinahe geschlossenes Meer ist das Mittelmeer eines der am stärksten von Umweltschäden betroffenen Meere der Welt, obwohl die Lage in einem weiteren fast geschlossenen Meer, der Ostsee, sogar noch schlimmer ist; ein großer Teil Ostsee wird bereits als totes Gewässer beschrieben. Der Mangel an Sauerstoff im Wasser ist nur eine Folge des menschlichen Eingreifens. Ein weiteres großes Problem sind die gewaltigen Mengen an Plastik, häufig in Form von winzigen Kügelchen, die dem Meer und den Tieren, die darin leben, zusetzen – und wieder einmal ist das Mittelmeer ein besonderes Sorgenkind. Die negativen Auswirkungen der Verschmutzung und steigender Temperaturen werden durch Überfischung noch verschlimmert: Die Fische, die für den menschlichen Verzehr gefangen wurden, sind nicht nur kleiner, es sind auch weniger geworden, und moderne Verfahren der Schleppnetzfischerei haben nicht nur bei den Fischen, die auf unsere Tische kommen, sondern auch bei den anderen Meeresbewohnern, von Krebsen bis zu Delfinen und Walen, Schaden angerichtet.

Mein Mittelmeer des 21. Jahrhunderts bleibt zerbrochen und reparaturbedürftig

Es versteht sich von selbst, dass das Umweltproblem nur durch intensive Zusammenarbeit gelöst werden kann; leider kann von einer Kooperation in dem Ausmaß, das dafür nötig wäre, derzeit keine Rede sein. Nun können wir darüber debattieren, ob es ebenso zum Konzept der erwähnten neuen Union gehört, bestimmte Länder aus der EU herauszuhalten wie Kooperation über das Mittelmeer hinweg zu fördern. Was wir aber feststellen können ist, dass das von den Römern geschaffene Ausmaß an wirtschaftlicher, kultureller und politischer Integration danach nie mehr erreicht wurde. Das Mittelmeer des 21. Jahrhunderts ist zerstückelt und zerbrechlich.

Ich pflege gern zu behaupten, dass Historiker die einzige Form der Zeitreise entdeckt haben, die jemals möglich sein wird. Doch blickt unsere Form der Zeitreise unvermeidlicherweise nur nach hinten. Dieser Essay gibt mir die Möglichkeit, einige Mutmaßungen über die Zukunft des Mittelmeers anzustellen. Nach dem zu urteilen, was ich schon gesagt habe, sind diese Mutmaßungen nicht gerade von Optimismus erfüllt. Die Ergebnisse der jüngsten griechischen Wahlen haben das Schreckensgespenst eines Ausschlusses aus dem Euro und der Europäischen Union nicht gebannt, und einige Beobachter prophezeien, dass Frankreich unter seiner neuen Regierung zur Liste der ernsthaft notleidenden EU-Staaten hinzugefügt werden wird. Eine Klärung der Beziehung zu den Nicht-EU-Ländern rund um das Mittelmeer dürfte daher für die Mitglieder der Union eher noch weniger wichtig werden. Perspektiven für die Schaffung engerer Bindungen für alle Mittelmeerländer durch gemeinsame Unternehmungen verblassen. Mein Mittelmeer des 21. Jahrhunderts bleibt zerbrochen und reparaturbedürftig.



Prof. Dr. DAVID ABULAFIA lehrt Geschichte in Cambridge. 2011 erschien von ihm „The Great Sea. A Human History of the Mediterranean“.

Pragmatisch statt bürokratisch

Empfehlungen für eine neue Mittelmeerpolitik der EU

Nathalie Tocci | **Auf der Suche nach einer Strategie für die euro-mediterrane Region sollte sich die EU nicht lange mit dem Rückgriff auf starre und unflexible Rahmenwerke wie Euro-Mediterrane Partnerschaft oder Mittelmeerunion aufhalten. Sinnvoller ist ein pragmatischer Ansatz, der Impulse und Anregungen der Beteiligten in- und außerhalb der Region aufnimmt.**

Es war ein für Brüssel eher untypischer Anflug von Demut, als EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle das Verhalten der Gemeinschaft gegenüber der arabischen Welt kritisch Revue passieren ließ: „Europa hat sich nicht deutlich genug für den Schutz der Menschenrechte und der einheimischen demokratischen Kräfte in der Region eingesetzt. Zu viele von uns sind dem Irrglauben aufgesessen, autoritäre Regime seien ein Garant für Stabilität in der Region. Das war nicht einmal Realpolitik. Das war, wenn überhaupt, Kurzsichtigkeit – die Art von kurzsichtiger Politik, die das Langfristige noch schwerer zu erreichen macht."[1]

Auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings hatte die EU anfangs zögerlich reagiert, auch weil einige Mitgliedstaaten stur an ihrer Unterstützung für Ben Ali und Mubarak festhielten. Doch dann bezog sie unmissverständlich Stellung: „Ich glaube, es ist unsere Pflicht, die arabischen Völker wissen zu lassen, dass wir auf ihrer Seite stehen", so EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Ähnlich klang die Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, die „vertiefte Demokratie" und „nachhaltige Stabilität" forderte.

Geld, Märkte, Mobilität

Diese Worte schlagen sich auch in der überarbeiteten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) nieder. Deren Kerngedanke lautet, dass deren drei wichtigsten Anreize – Geld, Märkte und Mobilität – nach dem Prinzip des „mehr für mehr" eingesetzt werden sollten.

[1] Europe „should have backed democrats not dicators", commissioner says, EU Observer, 1.3.2011, http://euobserver.com/9/31894.

Ein Großteil der Kritik an der ENP bezog sich bislang auf die Tatsache, dass die Union nicht bereit war, ihre Nachbarn mit Anreizen zu locken und Reformfortschritte zur Bedingung zu machen. Man muss den europäischen Institutionen zugute halten, dass sie versucht haben, diese Mängel zu beheben. Sie haben ihr Anreizsystem für Länder, die entweder einen revolutionären oder einen evolutionären Wandlungsprozess durchlaufen, ausgebaut; sie haben den Ländern „mehr" gewährt, die bereit waren, „mehr" zu reformieren. Deshalb die zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro für die Nachbarländer, die in Hilfsprogramme wie „SPRING" (Support for Partnership, Reform and Inclusive Growth), in Erasmus Mundus-Stipendien oder in eine Einrichtung zur Förderung der Zivilgesellschaft fließen; deshalb auch die Aufstockung der Mittel der Europäischen Investitionsbank und die Ausweitung der Mittel und des Mandats der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.[2] Und deshalb, nicht zuletzt, die Mobilitätspartnerschaften mit Tunesien und Marokko, die Verhandlungen über „tiefgreifende und umfassende Freihandelsabkommen" mit Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien und die Verhandlungen über so genannte Konformitätsbewertungsabkommen.

Die EU hat Ländern „mehr" gewährt, die bereit waren, „mehr" zu reformieren

Die logische Umkehrung von „mehr für mehr" lautet „weniger für weniger". Auch hier hat man wichtige Schritte unternommen. Gegen Libyen, Syrien und den Iran wurden umfassende Sanktionen verhängt, auch wenn letzterer nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa liegt. Die Sanktionen umfassen eine durchaus beeindruckende Liste von Maßnahmen, darunter das Einfrieren von Konten, Reiseverbote und Waffenembargos. Im Falle Syriens und des Iran hat sich die EU zudem auf Öl-, Finanz- und Handelsembargos verständigt. Zweifellos ist all das Ausdruck einer größeren Entschlossenheit der EU, die demokratischen Kräfte in den südlichen Nachbarländern zu unterstützen. Blickt man jedoch genauer auf das, was getan oder versäumt wurde, entdeckt man schwerwiegende Mängel bei der Antwort der EU auf den Arabischen Frühling.

Neoliberale Orthodoxie

Die Aufstände in der arabischen Welt waren ein Aufbegehren gegen Autoritarismus in einer globalisierten Welt. Die Unzufriedenheit richtete sich gegen die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft, rapide steigende Lebensmittelpreise, explodierende Jugendarbeitslosigkeit, extreme sozioökonomische Ungleichheit – und die repressiven Methoden der autoritären Regime. Diese Missstände waren hausgemacht. Doch von externen Akteuren wie der EU, die Repression im Namen einer falsch verstandenen Stabilität hinnahmen, wurden sie noch verstärkt.

Es stimmt: Die EU hat erkannt, dass sie die Ziele ihrer Reformagenda dringend neu formulieren muss. Das heißt nicht nur, dass Demokratisierung wieder eine stärkere Rolle spielen soll, es bedeutet auch, dass die Interpretation

[2] 2011 nahm die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung die Mitgliedschaftsbewerbungen von Tunesien, Marokko, Ägypten und Jordanien an.

der Reformziele überarbeitet werden muss. Deshalb neuerdings die Betonung der EU auf „tiefgehende“ Demokratisierung, „Nachhaltigkeit“ und „Einbeziehung“ aller relevanten Akteure. Deshalb setzt sich Brüssel mit Mikrokrediten und Finanzspritzen für kleine und mittelständische Unternehmen, für Bildung, Gesundheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Trotzdem haben diese zusätzlichen Maßnahmen die Zielsetzung der EU kaum verändert. Brüssel ist weit davon entfernt, seine Ziele und Paradigmen grundlegend neu zu formulieren.

Auf der politischen Ebene scheint die EU verstanden zu haben, dass sie für die Pflege der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft ihrer Nachbarländer einen ganzheitlichen Ansatz braucht. Doch sie bevorzugt immer noch liberale Nichtregierungsorganisationen und Kräfte, während sie radikalere islamistische Gruppen, vor allem die Salafisten, trotz ihrer Wahlerfolge meidet. Wenn Brüssel weiterhin auf dieser Haltung beharrt, riskiert es, den Anschluss an die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in seinem Hinterhof zu verlieren.

Auf wirtschaftlicher Ebene hat sich der neoliberale Ansatz der EU kaum verändert. Um das festzustellen, genügt ein Blick auf die Regeln und Standards, die in den Freihandels-, Konformitätsbewertungsabkommen oder den EU-geförderten Investorendialogen festgeschrieben sind. Es ist unwahrscheinlich, dass viele arabische Mittelmeerländer solche Freihandelsabkommen abschließen werden. Ähnliches gilt für die Forderungen Brüssels in Sachen Anpassung an den Acquis communautaire der EU. Mobilitätspartnerschaften sind eine begrüßenswerte Abkehr von der Festungsmentalität der Europäer gegenüber dem Süden; sie bieten jedoch nur magere Anreize der legalen Einwanderung und beschränken sich weitgehend auf Studenten, Forscher und qualifizierte Arbeitskräfte. Eine belastbare Verbindung zwischen Migration und Entwicklung lässt sich so nicht herstellen.

Die Mobilitätspartnerschaften beschränken sich weitgehend auf Studenten, Forscher und qualifizierte Arbeitskräfte

Anachronistisches Relikt

Die Erneuerung der europäischen Außenpolitik hat sich vor allem auf die ENP konzentriert. Auf anderen Gebieten hat sich dagegen fast nichts getan. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist eine Enttäuschung; immer wieder hakt es an den typischen Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten. Im Falle Libyens führte die bittere EU-interne Spaltung zwischen Frankreich und Großbritannien auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite dazu, dass Brüssel wenig beitragen konnte: EUFOR Libyen, eine Mission der GASP zur humanitären Unterstützung, sollte nur dann zum Einsatz kommen, wenn sie durch das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten angefordert würde – was nicht sehr wahrscheinlich war.

Auf multilateraler Ebene sind ebenfalls keine überbordenen Aktivitäten zu entdecken. Ein Großteil der Transformationsziele der EU kann und soll zwar in den bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern erreicht werden. Doch Infrastruktur, Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, Kampf gegen das

Bild nur in Printausgabe verfügbar

organisierte Verbrechen und maritime Sicherheit sind Probleme, die multilaterale Lösungen erfordern. Auch bei der Demokratieförderung ist es sinnvoll, multilateral vorzugehen, etwa mit Dialogforen auf offizieller und auf zivilgesellschaftlicher Ebene, ähnlich denen, die in der Östlichen Partnerschaft vorgesehen sind und die zur Entstehung regionaler Normen und Standards beitragen sollen.

Auf internationaler Ebene hat die EU eine Task Force für das südliche Mittelmeer eingerichtet, die die europäischen Institutionen, den Sonderbeauftragten der EU für das Südliche Mittelmeer und internationale Finanzinstitutionen an einen Tisch bringen soll. Sie hat den Dialog mit regionalen Organisationen wie der Arabischen Liga, der Maghreb-Union und der Organisation der Islamischen Konferenz vertieft. Dieser Dialog findet jedoch ad hoc statt und sieht keine klare politische Agenda vor.

Und dann ist da noch die Union für das Mittelmeer. Man hat versucht, diese sperrige Initiative zu retten, indem man Frankreich die Ko-Präsidentschaft übertrug und eine Entsalzungsanlage im Gaza-Streifen finanzierte. Das ist sicherlich mehr, als seit der Gründung der Mittelmeerunion im Jahre 2008 geschehen war. Doch es ändert nichts daran, dass diese Union ein anachronistisches Relikt einer längst verschwundenen euro-mediterranen Vergangenheit ist – oder an der Hartnäckigkeit, mit der die Union alles Politische ignoriert.

Anstatt künstlichen Regionenaufbau zu betreiben, sollte die EU ihren multilateralen Dialog mit den beteiligten regionalen, subregionalen und, falls nötig, auch außerregionalen Akteuren (z.B. Türkei, USA, China) institutionalisieren und diesen Dialogforen jene politischen Fragen zuweisen, für die sie kompetent sind oder sein können. Der Grad an Heterogenität in der Region steigt, und es ist davon auszugehen, dass starre und stark institutionalisierte multilaterale

Ausgegrenzt: Die Politik der Europäer gegenüber dem Süden war bislang überwiegend von Misstrauen und Festungsmentalität gekennzeichnet – sinnfällig dokumentiert durch die dramatische Lage der Flüchtlinge auf Lampedusa

Rahmenwerke wie Euro-Mediterrane Partnerschaft oder Mittelmeerunion nicht funktionieren werden. Starre Strukturen haben zu Blockaden geführt, und diese Tendenz wird sich künftig noch verstärken. Sinnvoller wäre ein pragmatischer Ansatz, der auf bestehenden subregionalen Zusammenschlüssen und Organisationen aufbaut, um mit den Problemen der Region nach dem Arabischen Frühling fertig zu werden. Eine multilaterale Großstrategie für die euro-mediterrane Region dürfte dagegen die Suche nach Lösungen eher behindern als befördern.

Das Konditionalitätsprinzip funktioniert nicht

Neu ist, dass die EU bei ihren demokratiefördernden Aktivitäten das Leitprinzip der Konditionalität wieder eingeführt hat. In einigen Fällen hat das zu klaren Ergebnissen geführt, wie sich an der europäischen Politik gegenüber Reformspitzenreiter Tunesien zeigt: Die Hilfszahlungen haben sich fast verdoppelt, eine europäisch-tunesische Task Force wurde eingerichtet, Verhandlungen über eine Mobilitätspartnerschaft und ein Freihandelsabkommen wurden begonnen. Doch Marokko und Jordanien genießen dieselbe bevorzugte Behandlung, obwohl sie deutlich weniger beeindruckende Reformerfolge vorzuweisen haben. Die privilegierten Beziehungen der EU mit ihren südlichen Partnern bestehen seit Beginn des Arabischen Frühlings fast unverändert fort.[3]

Abgesehen von seiner inkonsequenten Anwendung gibt es noch ein weiteres Problem beim Konditionalitätsprinzip: die Frage, wann seine Anwendung angemessen ist und wann nicht. Brüssel fehlen klare Messkriterien, und die Bedingungen sind allzu vage formuliert.[4] Die EU steht nach dem Arabischen Frühling auch vor einem Dilemma: Sie kann die Konditionalität im Prinzip nur auf Länder anwenden, in denen entweder ein Regimewechsel stattgefunden hat oder die auf innenpolitischen – nicht externen – Druck hin erfolgreich Reformschritte eingeleitet haben. Tunesien und Marokko sind hier besonders gute Beispiele. In diesen Ländern kam die Veränderung von innen; das Gefühl der Selbstermächtigung in dieser Gesellschaft führt dazu, dass Bedingungen, die von außen gestellt werden, als unangemessen empfunden werden.[5]

Starre Rahmenwerke wie die Mittelmeerunion können in einer sehr heterogenen Region nicht funktionieren

Das ist umso mehr der Fall, als sich die arabischen Völker sehr wohl erinnern, dass die EU bis vor kurzem noch eifrig Partnerschaften mit den einstigen Diktatoren unterhalten hatte – und zwar ganz ohne Bedingungen. Gegenüber den Ländern, in denen der Autoritarismus stabil ist, wie den Golf-Staaten oder Algerien, ist die EU weiterhin beklagenswert unfähig oder unwillig, das Prinzip

[3] Timo Behr: After the Revolution. The EU and the Arab Transition, Policy Paper 54, Notre Europe, Paris 2012.
[4] Raffaella Del Sarto und Tobias Schumacher: From Brussels with Love: Leverage, Benchmarking, and the Action Plans in the EU's Democratisation Policy, *Democratization,* 4/2011, S. 932–955.
[5] Rosa Balfour: Changes and Continuities in EU-Mediterranean Relations After the Arab Spring, in Rosa Balfour, Sven Biscop und Michael Emerson (Hrsg.): An Arab Springboard for EU Foreign Policy, Egmont Papers, Brüssel 2012.

der Konditionalität anzuwenden. Mit anderen Worten: Dort, wo nach dem Arabischen Frühling Konditionalität möglich wäre, ist sie unangemessen; wo sie am meisten gebraucht würde, ist sie unmöglich. Deshalb muss sich die EU mit dem Gedanken anfreunden, dass das Konditionalitätsprinzip in der Region nach dem Arabischen Frühling kein sinnvolles und erstrebenswertes Instrument mehr ist, um in den Nachbarländern Wandel zu bewirken. Anstatt der Region eine Konditionalität aufzudrängen, die auf die höchste Machtebene und institutionellen Wandel abzielt, sollte Brüssel neue Methoden der Demokratieförderung entwickeln, die sich auf die Mikro- und Mittelebene konzentrieren: gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit in bestimmten Politiksektoren, in denen die EU mit ihren Nachbarländern zusammenarbeitet.[6]

Brüssel sollte neue Methoden der Demokratieförderung entwickeln, die auf die Mikro- und Mittelebene zielen

Multilateralismus und Rücksichtnahme

Als Reaktion auf den Arabischen Frühling hat die EU Demokratie und nachhaltige Entwicklung zu ihren wichtigsten Zielen erklärt und einige ihrer Ansätze neu gefasst. Das ist lobenswert, doch es bleibt viel zu tun. Die tektonischen Verschiebungen im südlichen Mittelmeerraum haben historische Ausmaße; mit welchem Ergebnis ist keineswegs sicher. Die EU kann auf diese Veränderungen nicht allein reagieren. Sie kann auch nicht handeln, wenn sie an ihrem politischen Instrumentarium nur kosmetische Veränderungen vornimmt.

Die Europäische Union muss lernen, erfolgreichen Multilateralismus zu betreiben; sie muss effektiv mit anderen zusammenarbeiten, wenn sie ein einflussreicher Akteur in der Region bleiben will. Sie muss sich für Impulse von einheimischen, regionalen und außerregionalen Akteuren öffnen, Ziele formulieren, die die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung stärker berücksichtigen, und multilaterale Politikinstrumente schaffen, die eine Einbindung von regionalen und internationalen Akteuren vorsehen. Und nicht zuletzt muss sie auf das neue Selbstbewusstsein und die Empfindlichkeiten ihrer Nachbarländer Rücksicht nehmen.

Dr. NATHALIE TOCCI ist stellvertretende Direktorin am Istituto Affari Internazionali in Rom.

[6] Sandra Lavenex und Frank Schimmelfennig: EU democracy promotion in the neighbourhood: from leverage to governance, Democratization, 4/2011, S. 885–909.

Finanzspritzen und Erfahrungsschätze

Wie Europa die Volkswirtschaften Nordafrikas unterstützen kann

Jan Völkel | **Um den südlichen Mittelmeeranrainern mit ihren sehr heterogenen Strukturen wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, muss die EU individuelle Strategien entwickeln. Allein wird sie die enorme Unterfinanzierung der Volkswirtschaften jedoch nicht bewältigen. Helfen kann sie vor allem mit Know-how – auch dank ihrer eigenen Transformationserfahrung.**

Zwar bietet kein nordafrikanisches Land derzeit Grund für wirtschaftlichen Optimismus, doch nirgendwo sind die sozioökonomischen Hürden so hoch wie in Ägypten. Dies liegt nicht zuletzt an der schieren Bevölkerungsgröße: Mit derzeit 83,7 Millionen Einwohnern hat es fast ebenso viele Einwohner wie die restlichen nordafrikanischen Mittelmeeranrainer Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien zusammen. Die Bodenschätze Ägyptens sind zwar beträchtlich, vor allem im Gassektor, reichen aber bei weitem nicht aus, um genügend Einkommen für die gesamte Bevölkerung zu generieren. Der Tourismus, Arbeitgeber für etwa 2,5 Millionen Ägypter und wichtiger Devisenbringer, ist nicht nur von der wirtschaftlichen Situation in Europa abhängig, sondern auch von der politischen Stabilität im Land und in der Region.

In den letzten Jahren der Mubarak-Herrschaft hatte Ägypten beeindruckende Wirtschaftserfolge vorzuweisen. Der Reform- und Privatisierungskurs brachte enorme Zuwachsraten, von der Weltbank wurde das Land im 2008er Doing-Business-Report als globaler „Top Reformer“ bezeichnet. International vergleichende Indizes wie der Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung zeigen aber, dass das Reformtempo nach 2008 fast gänzlich zum Erliegen kam und man nicht in ausreichendem Maße Wert auf sozialpolitische Flankierung der Privatisierungsmaßnahmen legte. Verarmung breiter Schichten und eine Verschärfung der sozialen Kluft waren die Folgen.[1]

Die Revolution brachte enorme Belastungen für die ohnehin schwache Volkswirtschaft. Das Wirtschaftswachstum fiel 2011 auf magere 1,8 Prozent (bei fast 2 Prozent Bevölkerungswachstum), Investitionen und Tourismuszahlen gingen

[1] Maria C. Paciello: Egypt's last decade. The emergence of a social question, in Daniela Pioppi (Hrsg.): Transition to what? Egypt's uncertain departure from Neo-Authoritarianism, Washington 2011, S. 7–28.

rapide zurück, sodass im Mai 2011 laut offiziellen Angaben 70 Prozent der Ägypter unter der Armutsgrenze lebten; die Statistiken wiesen eine Arbeitslosenquote von 25 Prozent, bei der Jugend gar von 60 Prozent aus. Zudem stieg die Staatsverschuldung auf 85 Prozent des BIP, die Neuverschuldung erreichte 10 Prozent.[2] Entsprechend groß sind die benötigten Finanzhilfen. Schätzungen des IWF prognostizieren einen Bedarf von acht bis neun Milliarden Euro für das laufende Haushaltsjahr.[3] Diese Größenordnung macht die Kooperation mehrerer Geber unabdingbar, die EU allein wäre überfordert. Die USA, die Golf-Staaten, China, Russland sowie Weltbank und IWF haben Hilfen angekündigt oder geleistet.

Blick zurück nach vorn

Auf den Arabischen Frühling reagierte die EU erstaunlich schnell (wenn auch von Beobachtern zuweilen für die Art und Weise kritisiert):[4] Die EU-Kommission stellte 30 Millionen Euro als Soforthilfe für Flüchtlinge und Opfer der Kampfhandlungen zur Verfügung; die für die MENA-Staaten regulär vorgesehenen Mittel aus der Europäischen Nachbarschaftspolitik in Höhe von 5,7 Milliarden Euro wurden um 1,2 Milliarden Euro für den Zeitraum 2011–2013 erweitert. In der Anfang März 2011 veröffentlichten Strategie der neuen „Partnerschaft für Demokratie und geteilten Wohlstand“ zwischen EU und südlichen Mittelmeerstaaten nimmt die Wirtschaftsförderung, insbesondere die Stärkung kleiner und mittelständischer Betriebe, breiten Raum ein.[5] Das Budget der Europäischen Investitionsbank (EIB), die seit 2002 schon 168 Projekte in den neun mediterranen EIB-Partnerländern mit 13 Milliarden Euro unterstützt hat, wurde für die MENA-Region von vier auf fünf Milliarden Euro erhöht.

Man möchte Europas Transformationserfahrungen auf den arabischen Kontext übertragen

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 1991 zur Unterstützung des demokratischen Wandels in Zentral- und Osteuropa gegründet, weitete ihr Engagement über den Kontinent und die UdSSR-Nachfolgestaaten hinaus aus und startete in der zweiten Jahreshälfte 2011 eine „Transition to Transition“-Initiative mit allen arabischen Reformländern in einem Gesamtumfang von 2,5 Milliarden Euro.[6] Ziel ist es, die in den neunziger Jahren mit der Transformation in Europa gemachten Erfahrungen auf den arabischen Kontext zu übertragen, um Lehren für wirtschaftspolitisches Handeln zu ziehen.

Die Erfahrungen mit der eigenen Transformationsgeschichte sind ein besonderer Pluspunkt für Europa. Bei allen Unterschieden lässt sich eine Reihe von Parallelen zwischen den ehemals sozialistischen Staaten Europas und den heutigen arabischen Volkswirtschaften erkennen, insbesondere bei der Privati-

[2] Ulrich Schinabeck und Verena Strobel: Länderanalyse Ägypten, München 2012, S. 4.
[3] Leila Hatoum: IMF Awaits Economic Plan From Egypt, Wall Street Journal Online, 2.5.2012.
[4] Tobias Schumacher: New neighbors, old formulas? The ENP one year after the start of the Arab spring, in: Armando-Garcia Schmidt und Hauke Hartmann (Hrsg.): The Arab Spring. One Year After. Europe in Dialogue 2/2012, Gütersloh, S. 87–104.
[5] Europäische Kommission: A partnership for democracy and shared prosperity with the Southern Mediterranean, COM (2011) 200 final.
[6] Europäische Kommission: The EU's response to the „Arab Spring“. MEMO/11/918.

Aufschwung durch Ausbildung

Wie die EU den Arbeitsmarkt im südlichen Mittelmeer ankurbeln kann

Als die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, in einer Rede Ende April 2012 in Boston die Erhöhung der finanziellen Hilfsleistungen für die arabischen Transformationsländer um eine weitere Milliarde Euro verkündete, nannte sie Investitionen in die Bildung als eine der geplanten Maßnahmen, um die Region wieder wettbewerbsfähig zu machen. Daneben, so Malmström, wolle man die Freizügigkeit und den Austausch zwischen den Ländern der Region und der EU vorantreiben.

Die Menschen in der Region nehmen Ankündigungen dieser Art mit Wohlwollen und Genugtuung zur Kenntnis. Denn damit geht die EU über die bisherigen Leitlinien ihrer Nachbarschaftspolitik hinaus: Sie versucht, die Ökonomien der Länder des Arabischen Frühlings anzukurbeln, um schnelle, greifbare Ergebnisse vor Ort zu erzielen.

Die politischen Unruhen hatten erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die Länder der MENA-Region. So fielen die Wachstumsraten nach Angaben der Public-Private Infrastructure Advisory Facility infolge des Arabischen Frühlings auf 1,9 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 10 Prozent, unter der Jugend sogar bei 20 bis 25 Prozent. Die Region wird vermutlich einen erheblichen Anstieg ihrer arbeitsfähigen Bevölkerung erleben – bis auf 605 Millionen im Jahr 2050. Um einen weiteren Anstieg der Erwerbslosenquoten zu vermeiden, wird man bis zu diesem Zeitpunkt rund 6,75 Millionen Arbeitsplätze pro Jahr schaffen müssen. Und der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung steigt nach UN-Angaben rasant: von 44,6 Millionen 1980 über 88,1 Millionen 2010 auf voraussichtlich 94 Millionen im Jahr 2030.

Betrachtet man diese Zahlen, dann besteht die einzige Chance, die arabischen Transformationsländer wirklich zu stabilisieren, darin, weitere Investitionen in Infrastruktur und Bildung vorzunehmen. Es geht darum, die wachsende Zahl junger Menschen mit den Fertigkeiten auszustatten, die sie für den nationalen wie den internationalen Arbeitsmarkt benötigen. Dabei sollte ein Fokus auf technologiegestützte, praxisorientierte, moderne Lehrpläne gelegt werden. Dadurch würden die Länder der Region in die Lage versetzt, die wachsende Nachfrage an qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen. Wenn die jungen Menschen über angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommensniveaus verfügen, trägt das via Kaufkraft wiederum zum Wirtschaftswachstum bei. Und gleichzeitig kann die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte dazu beitragen, die demografischen Probleme auszugleichen, denen Europa als alternder Kontinent gegenüberstehen wird.

Prof. Ashraf Mansour ist Gründer der German University in Kairo und Vorsitzender ihres Stiftungsrats.

sierung von staatlichen Großbetrieben und der Schaffung eines mittelständisch geprägten Unternehmertums. Die mittelmeerübergreifenden Beziehungen waren bislang keine berauschende Erfolgsgeschichte, brachten aber immerhin den Abschluss bilateraler Assoziationsabkommen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten (Ausnahme: Libyen und Syrien) als Basis für den Aufbau einer Freihandelszone über einen Zeitraum von etwa 15 bis 20 Jahren. Kurzfristig steht neben der Budgethilfe die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit an erster Stelle. Reformen auf dem Bildungssektor sind nur ein Schritt in diese Richtung. Da Universitätsabsolventen überproportional unter den Arbeitslosen vertreten sind, muss die Aufnahmefähigkeit der Arbeitsmärkte für gut ausgebildete Fachkräfte erhöht werden, etwa durch eine Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Bisher leiden alle Länder Nordafrikas an einem Mangel an international wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Sollte sich die soziale und ökonomische Lage nicht verbessern, droht eine Radikalisierung der Politik

Schließlich muss die nordafrikanische Landwirtschaft modernisiert werden. Keines der Länder produziert ausreichend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf, die Gesellschaften sind somit anfällig für Schwankungen der Weltmarktpreise, die zuletzt 2008 zu einem rapiden Anstieg der Lebensmittelpreise in Nordafrika führten. Hier ist eine Zusammenarbeit zwischen der EU, FAO, Weltbank sowie EIB geplant. Eine gänzliche Aufhebung der Exportbeschränkungen für Agrarprodukte aus Nordafrika oder, wie auch vorgeschlagen, gar eine Ausweitung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf Nordafrika sind aufgrund der protektionistischen Neigungen in Europa kaum durchsetzbar, würden allerdings spürbar dazu beitragen, die Wirtschaft der Region anzukurbeln.[7]

Die wirtschaftlichen Probleme der südlichen Mittelmeerstaaten sind enorm und damit auch die Herausforderungen für die EU-Förderprogramme. Sollte sich die sozioökonomische Lage nicht verbessern oder zumindest stabilisieren, ist eine Radikalisierung der Politik zu befürchten. Die EU jedoch ist, gerade angesichts der Euro-Krise, nicht in der Lage, sämtliche benötigten Unterstützungsleistungen alleine zu erbringen. Daher wird es auf ein Zusammenspiel der internationalen Gebergemeinschaft ankommen, in der auch Länder eine stärkere Rolle spielen, die wenig bis gar nichts mit westlichen Konditionierungsvorstellungen gemein haben. Das verheißt zunächst wenig Gutes für die politische Zukunft der betroffenen Gesellschaften. Zudem wird die EU um ihren Status als primärer Handelspartner Nordafrikas kämpfen müssen – die engere Anbindung der Länder an den EU-Binnenmarkt ist deswegen von zentralem strategischen Interesse für die Europäische Union.

Dr. JAN VÖLKEL arbeitet als Wissenschaftler am Robert Schuman Centre for Advanced Studies des European University Institute in Florenz.

[7] Mohamed Hedi Bchir, Hakim Ben Hammouda, Mondher Mimouni und Xavier Pichot: The Necessity to Balance the Barcelona Process: Economic Integration between North Africa and the European Union, Journal of Economic Integration, 2/2011, S. 329–360.

Eine Solarunion für das Mittelmeer

Der Beitrag der Energiepolitik zur transmediterranen Kooperation

Oliver Gnad | **Wie könnte eine moderne, von gemeinsamen Interessen geleitete Zusammenarbeit im EUMENA-Raum aussehen? Welchen Beitrag können die Energiepolitik und namentlich die Desertec-Initiative leisten, um eine solche Zusammenarbeit zu etablieren? Entwurf einer Strategie – und Plädoyer für einen Paradigmenwechsel.**

Im August 2011 – in Libyen waren Milizen des Nationalen Übergangsrats gerade dabei, Tripolis zu erobern – veröffentlichte eine Gruppe junger Wissenschaftler der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik eine Studie mit einer provokanten Grundfrage: „Wenn die strategische Antwort auf den Fall des Eisernen Vorhangs die EU-Erweiterung war, was ist dann die strategische Antwort der Europäischen Union auf den Arabischen Frühling?“[1]

Die Transformation im Maschrek ist eine der raren Gelegenheiten für einen politischen Pfadwechsel. Der Clubcharakter der Europäischen Union ist nicht mehr geeignet, die Interessen ihrer Mitgliedstaaten in einer multipolaren Welt zu befördern. Das binäre Schema „Die und Wir“ trägt den komplexen Austauschbeziehungen moderner Gesellschaften nur unzureichend Rechnung. Letztlich wird es darauf ankommen, ideologischen Ballast abzuwerfen und die Grenzen der Europäischen Union aufzuweichen und auszuweiten.

Ebenso verhält es sich mit einer einseitig an Stabilität orientierten, Demokratiedefizite ignorierenden westlichen Nahost-Politik. Wie wir langfristig unsere Austauschbeziehungen zu den Ländern der Region gestalten, wird über unsere Zukunftsfähigkeit mitentscheiden. Das gilt besonders für jene Politikfelder, die regionale und überregionale Lösungsansätze erfordern: Sicherheit, Klimaschutz, Migration, Energieversorgung. In diesen Politikfeldern müssen Systementscheidungen getroffen werden, die langfristig große Mengen Investitionskapital binden (Beispiel Kraftwerksbau) und weitere Systementscheidungen nach sich ziehen (Beispiel Netzausbau).

[1] Almut Möller (Hrsg.): Crossing Borders. Rethinking the European Union’s Neighborhood Policies. Mit Beiträgen von Cornelius Adebahr, Claire Demesmay, Carsten Främke u.a. (DGAPanalyse 2), Berlin, August 2011.

Radikaler Pfadwechsel

Mit der Energiewende hat Deutschland eine weitreichende Systementscheidung getroffen und einen radikalen Pfadwechsel vorgenommen. Bei einer solchen Entscheidung ist das Land auf kooperatives Verhalten seiner Anrainer angewiesen. Die Bundesregierung erkennt diese Abhängigkeiten in ihrem Energiekonzept an und will deshalb bis 2050 15 Prozent der Energieversorgung aus der MENA-Region importieren – Strom aus erneuerbaren Energiequellen.

Über Desertec und den Mittelmeer-Solarplan, die eine Energieversorgung Europas über das Mittelmeer ermöglichen sollen, ist in den zurückliegenden Jahren viel und kontrovers diskutiert worden.[2] Und obwohl die Wüstenstrominitiative nach beschwerlichem Start nun endlich Fortschritte macht, scheint der Preisverfall auf dem Photovoltaikmarkt (PV) die Vision eines transkontinentalen grünen Strompakts zu gefährden, noch ehe die ersten solarthermischen Anlagen (Concentrated Solar Power, CSP) ans Netz gehen. Denn verdoppelt sich weltweit die PV-Kapazität, halbiert sich der Preis für Stromgewinnungskosten aus Sonnenenergie. Allein in den vergangenen 18 Monaten ist der Marktpreis für PV-Module um rund 40 Prozent gesunken. Setzt sich dieser Trend fort, wird Solarstrom hierzulande schon 2015 – auch ohne Subventionen – konkurrenzfähig sein.

Das bringt die Wüstenstrominitiative unter massiven Druck, denn ihr technologisches Rückgrat sind teure CSP-Kraftwerke, die nur im Sonnengürtel der Erde funktionieren. Im Gegensatz zu Photovoltaikanlagen, die Strahlungsenergie auch in sonnenarmen Regionen unmittelbar in Verbrauchsstrom umwandeln, können CSP-Anlagen Energie in vielfältiger Form speichern. Parabolspiegel fokussieren dabei die Sonnenenergie auf ein Rohrsystem, das mit einem speziellen Thermoöl befüllt ist. Dieses Spezialöl bringt Wasser zum Verdampfen, sodass mithilfe herkömmlicher Turbinenkraftwerke kinetische Energie und schließlich Strom erzeugt werden kann. Da man das hocherhitzte Öl über einige Stunden speichern kann, entsteht ein Strompuffer. So kann auch nachts, wenn keine Sonnenenergie zur Verfügung steht, Thermoöl zur Stromproduktion genutzt werden.

Der Preisverfall bei der Photovoltaik gefährdet die Vision eines transkontinentalen grünen Strompakts

Genau hierin liegt der Vorteil der CSP- gegenüber der PV-Technologie. Während hierzulande teure Parallelstrukturen wie Hochspeicherbecken oder Power-to-Gas-Anlagen gebaut werden müssten, um Strom aus erneuerbaren Energien auch nachts in großem Maßstab nutzen zu können, sind CSP-Anlagen bereits mit einem effizienten Puffersystem ausgestattet.

Derzeit wird an der Verbesserung dieser mehr als 100 Jahre alten Technologie gearbeitet, um CSP-Anlagen im Vergleich zu PV-Anlagen rentabler zu machen: Salz könnte das teure Thermoöl ersetzen. Und die Markteinführung sogenannter Turmkraftwerke verheißt nicht nur weitere Kostensenkungen, sondern auch höhere Effizienz bei der Stromproduktion. Bei Turmkraftwerken bündeln tausende Hohlspiegel – so genannte Heliostaten – ihre Sonnen-

[2] Siehe u.a.: Europa unter Strom, Internationale Politik, Juli/August 2011.

strahlung auf einen einzigen Kollektor an der Spitze eines Turmes. Dabei entstehen Temperaturen von mehreren Tausend Grad, die wie bei den herkömmlichen CSP-Kraftwerken durch Nitratsalz oder flüssige Medien gespeichert werden können.

Welche Technologie sich durchsetzen wird, ist eine Frage des Endverbraucherpreises. Klar ist, dass eine Stromversorgung, die sich dereinst zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien stützen will, die Vorteile unterschiedlicher Technologien und Standorte nutzen muss. Während in Deutschland derzeit Offshore-Windparks in der Nordsee gebaut werden, die einen massiven Ausbau von Nord-Süd-Netzen notwendig machen, werden im spanischen Villena bei Alicante und jenseits der Straße von Gibraltar neue CSP-Kraftwerke installiert. So hat das vornehmlich von deutschen Konzernen getragene Dii-Konsortium jüngst mit der marokkanischen Agentur für Solarenergie den Bau eines 500-Megawatt-Pilotprojekts in Ouarzazate vereinbart. Will Deutschland von Solarstrom aus dem westlichen Mittelmeer profitieren, müsste parallel zum innerdeutschen Nord-Süd-Trassenbau ein europaweiter Ost-West-Netzausbau erfolgen. Voraussetzung dafür: die weitgehende Liberalisierung des europäischen Strommarkts. Fortschritte bisher: weitgehend Fehlanzeige.

Bei der Liberalisierung des europäischen Strommarkts wurden praktisch keine Fortschritte gemacht

Neue Konkurrenz

Während hierzulande ein Technologiestreit entbrannt ist, kommt das Desertec-Projekt auch in der MENA-Region nur im Schneckentempo voran. Und während sich Europa angesichts der Euro-Krise fast ausschließlich mit sich selbst befasst, ist in kürzester Zeit ein mächtiger Konkurrent auf den Plan getreten: Saudi-Arabien. Das saudische Königshaus hat jüngst mitgeteilt, dass es bis 2032 Investitionsgelder in Höhe von 109 Milliarden Dollar bereitstellen will, um 41 Gigawatt aus erneuerbaren Energien zu installieren – so viel wie 25 moderne Druckwasserreaktoren produzieren.

Zweifellos ein bemerkenswerter Vorgang: Nachdem der Wendepunkt des fossilen Zeitalters erreicht worden ist (Peak Oil), beginnt der größte Ölförderer und eines der von Wassermangel am härtesten betroffenen Länder der Welt einen Systemwechsel vorzubereiten. Damit eröffnet das neben dem Iran und Ägypten einflussreichste Land der Region ein Zukunftsszenario, das für die Region eine wichtige Orientierungsfunktion haben könnte. Eingebettet in eine regionale Entwicklungsperspektive der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats kann eine solche Initiative viel größere Akzeptanz bei gleichzeitig geringeren Transferkosten entwickeln als das europäische Konkurrenzmodell.

Denn das größte Zukunftsproblem der Region ist nicht Energiearmut. Ägypten etwa hat hinreichend Energie zur Verfügung, um seine Bevölkerung und seine Industrien zuverlässig zu versorgen, ohne dass das Potenzial an Erneuerbaren auch nur annähernd ausgeschöpft wäre. Das drängendste Problem der Region ist die Versorgung mit Trinkwasser. Der größte Energiebedarf in der Region wird in Zukunft durch die Produktion von Trinkwasser durch

energieintensive Entsalzungsanlagen entstehen – und das bei rasantem Bevölkerungswachstum.

Wasserknappheit ist aber nicht bloß ein Problem der südlichen Mittelmeeranrainer. Es betrifft schon heute ganz Südeuropa. Denn wenn in regenarmen Perioden die Pegel der Flüsse sinken, müssen Kraftwerke und Industrieanlagen abgeschaltet werden, weil ihnen das Kühlmittel fehlt. Dabei wird der Klimawandel den Wassermangel noch erhöhen und auch in Regionen Europas spürbar werden lassen, die bislang von Dürren verschont geblieben sind. Dass sich ein solcher Wasser-Energie-Doppelinfarkt auf die Land- und Viehwirtschaft – und damit die Ernährungssicherung – auswirkt, ist ein Szenario, das bislang in keiner 2050-Prognose berücksichtigt wird. Spätestens dann wird Europa die Folgen klimabedingter Migration zu spüren bekommen.

Der Grüne Industriekomplex Europas verfügt über die Voraussetzungen, um dem Klimawandel zu begegnen

Doch in jeder Krise liegt eine Chance. Denn schon heute verfügt der Grüne Industriekomplex Europas – insbesondere Deutschlands – sowohl über die technologischen Voraussetzungen als auch über die Innovationskraft und die Produktionskapazitäten, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Und im globalen Wettbewerb wird die Zukunft Europas nicht zuletzt von der Erschließung neuer Beschaffungs- und Absatzmärkte abhängen.

Moderation von Abhängigkeiten

All das zeigt: Die Gesellschaften des erweiterten EUMENA-Raumes werden auch nach Peak Oil eine Schicksalsgemeinschaft bleiben. Diese gegenseitigen Abhängigkeiten vorzudenken und zum Nutzen aller auszugestalten, darin liegt die Chance des Arabischen Frühlings.

Voraussetzung hierfür ist ein grundlegender Wandel der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Konditionalität der bisherigen ENP-Aktionspläne ist nicht dazu geeignet, den gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen. Je schneller wir zu einer integrierten EUMENA-Politik nicht nur in Fragen der Wasser-, Energie- und Ernährungssicherheit kommen, desto milder werden in Zukunft die Folgen von Peak Oil und Klimawandel ausfallen. Mit kurzfristigen Hilfs- und Konversionsprogammen, mit technischer Machbarkeitsmentalität oder ökonomisch getriebener Investitionslogik wird diesen Herausforderungen nicht beizukommen sein. Hierzu bedarf es einer auf lange Sicht angelegten Kooperation auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Europa hat hierbei einen reichen Erfahrungsschatz. Denn immer, wenn es um seine vitalen Interessen ging, hat sich ein Mechanismus bewährt: maximale Integration durch strukturelle, womöglich irreversible Verflechtung. Weil eine Stabilitätspolitik für das 21. Jahrhundert der langfristigen Moderation von Abhängigkeiten bedarf, ist es an der Zeit für eine transmediterrane Solarunion.

Dr. OLIVER GNAD ist Leiter von GIZ AgenZ in Berlin. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Hallo, junge Nachbarn!

Die EU braucht ein partnerschaftliches, aufgeklärtes Grenzkontrollsystem

Roderick Parkes | **In Nordafrika wachsen die Gesellschaften und mit ihnen die Jugendarbeitslosigkeit; Europa hat ein Überalterungsproblem. Eine Lösung zum beiderseitigen Nutzen liegt auf der Hand. Technokratische Top-Down-Ansätze haben aber keine Chance auf Erfolg. Und Europas Regierungen müssen ihren Wählern unbequeme Wahrheiten sagen.**

Als Brüssel im Frühjahr 2011 hysterisch auf die Ankunft einiger tausend Flüchtlinge aus Tunesien an den Küsten Europas reagierte, schlug die Stunde einer ganzen Reihe EU-Beamter und Parlamentarier. Sie sahen plötzlich eine Chance, für ihre Lieblingsideen zu werben. Das Thema Einwanderung berührt schließlich ein weites Feld von innerer Sicherheit über Sozial- und Arbeitsmarkt- bis hin zu Entwicklungs- und Außenpolitik.

Die grundlegende Analyse bleibt dabei unverändert. Die Gesellschaften Nordafrikas wachsen vielleicht nicht mehr ganz so schnell wie noch vor 30 Jahren, aber die Bevölkerung ist jung und die Jugendarbeitslosigkeit liegt offiziell bei etwa 25 Prozent (in Ägypten ist sie fast doppelt so hoch). Das ist ein potenzieller Quell der Instabilität, aber auch eine Chance für Europa, dessen eigene Bevölkerung immer älter wird. Es gibt drei Vorschläge, wie sich das Beste aus der Situation machen ließe.

Drei Modelle

Der erste Vorschlag ist eine Art „Sozialpolitik 2.0“. Sie wäre ein Eingeständnis, dass die bisherigen Versuche, Europas demografisches Problem zu lösen, weitgehend erfolglos geblieben sind. Ein Beispiel: Es stimmt zwar, dass ein längeres Leben nicht bedeuten muss, im Alter inaktiv zu sein. Aber es bedeutet auch nicht automatisch, dass die Europäer länger arbeiten wollen oder dass sie, falls sie es doch tun, mit ihren Erfahrungen und Qualifikationen genau das anzubieten haben, was in der Wirtschaft künftig an Arbeitskräften gebraucht wird.

Auch der Versuch, den aktuellen Arbeitskräftemangel in der EU mit Weiterbildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, die vor allem die Marginalisierten (also auch Menschen mit Migrationshintergrund) in den Ar-

beitsmarkt bringen sollen, ist allenfalls eine Teillösung. Er könnte sogar zu einem weiteren Niedergang der Geburtenraten führen, wenn die Menschen sich eher am Arbeitsplatz als im Schlafzimmer aufhalten.

Die Zeit drängt: Das Bevölkerungswachstum in Nordafrika ist von Land zu Land verschieden, aber selbst dort sind in letzter Zeit die Geburtenraten gesunken, was bedeutet, dass der Anteil an jungen Leuten in einigen Ländern seinen Höchststand erreicht hat. Angesichts der niedrigen Geburtenrate in den 27 EU-Staaten (sie liegt bei etwa 1,6, also deutlich unter der Reproduktionsrate von 2,1, trotz eines leichten Anstiegs im Jahr 2008) müssen wir die Chancen ergreifen, die buchstäblich direkt vor unserer Haustür liegen.

Die Befürworter dieses Modells unterschätzen keineswegs, wie schwer es sein wird, die Neuankömmlinge zu integrieren, vor allem in Zeiten grassierender Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern. Doch im Vergleich zu der geradezu existenziellen Gefahr einer überalterten Bevölkerung sind das Peanuts. Natürlich ist es nicht so, dass die Europäer kurz vorm Aussterben stünden. Überalterung ist vielmehr das logische Ergebnis der von der EU in Ehren gehaltenen sozialpolitischen Ziele – zum Beispiel bessere Gesundheits- und Bildungssysteme oder bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Und wenn Europa so bleiben will, wie es ist, dann muss es das Alterungsproblem lösen.

Wenn Europa so bleiben will, wie es ist, dann muss es sein Alterungsproblem lösen

Das zweite Modell sieht vor, globale Trends für temporäre oder „zirkuläre“ Migration zwischen der EU und ihren Nachbarländern zu nutzen, also eine Art „Außenpolitik 2.0“ zu betreiben. Dass Arbeitsmigranten so mobil sind, macht sie zu einem idealen Instrument, um den europäischen Arbeitsmarkt anzukurbeln, ohne mühsam Integrationspolitik betreiben und die Beziehungen zu Drittländern belasten zu müssen.

Zirkuläre Migration würde ein bisschen Schwung in den europäischen Arbeitsmarkt bringen, ohne soziale Brüche zu verursachen. Sie würde das Problem der irregulären Zuwanderung entschärfen, indem sie legale Einwanderungsmöglichkeiten schafft. Die Migranten könnten das Leben in der EU kennenlernen, Arbeitserfahrung sammeln, Weiterbildungsmaßnahmen mitmachen und Geld verdienen, um es in der Heimat zu investieren. Sie würden so zu „Agenten“ guter Regierungsführung und Entwicklung, daheim und im Ausland.

Mit ihren östlichen Nachbarn hat die EU längst solche „Mobilitätspartnerschaften“ abgeschlossen. Dank dieser Abkommen dürfen die Bürger der Partnerländer für einen bestimmten Zeitraum in den teilnehmenden EU-Staaten arbeiten. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass sie irgendwann zurückkehren und in ihren Heimatländern nicht den Braindrain verstärken, die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Rücküberweisungen und Wissenstransfer in die Herkunftsländer werden erleichtert. Tunesien und Marokko führen mit der EU Gespräche über ähnliche Vereinbarungen.

Das dritte Modell heißt „Grenzkontrolle 2.0“. Einige EU-Länder haben angefangen, in Sachen Grenzpolitik enger mit den europäischen Mittelmeerstaaten zusammenzuarbeiten, und haben sich von der gesetzlichen Harmonisierung

hin zu einer operationellen Zusammenarbeit bewegt. Sie setzen stärker auf den Aufbau von Kapazitäten in Nordafrika – wobei sie davon profitieren, dass dort das Interesse an guter Regierungsführung und geordneter Mobilität geteilt wird. Sie haben außerdem Informationskampagnen gestartet, um potenziellen Zuwanderern zu helfen, ihren Interessen auf legalem Wege nachzugehen. Das ist ein Bruch mit der Vergangenheit. Bisher bedeutete europäische Zusammenarbeit in der Migrationspolitik, dass die nördlichen EU-Staaten nach Wegen suchten, ihre Souveränität zu stärken und nicht, sie zu teilen. Brüssel war zu einem Forum geworden, in dem sie ihre Regeln formulierten, die dann von EU-Mitgliedern an der Peripherie, benachbarten Drittstaaten, Migranten und Asylsuchenden sowie Transportfirmen umgesetzt werden sollten.

Diese Taktik funktionierte ganz gut – bis zum Frühjahr 2011. Die autokratischen Regime in Nordafrika waren nicht daran interessiert, ihre Bürger gehen zu lassen, und waren dankbar, die EU-Kontrollen ausführen zu dürfen. Als diese Regime stürzten, war die EU plötzlich verwundbar. Die südlichen EU-Mitgliedstaaten hatten sich natürlich gemeinsamen Regeln verpflichtet, aber kaum Kapazitäten oder auch nicht den Willen, sie umzusetzen. Und die Migranten, die ankamen, sahen in den Regierungen Europas eher eine feindliche Macht – die es auszutricksen galt und der man nicht trauen konnte. Schon jetzt hat die EU erkannt, dass sie aufhören muss, gegen die Migranten zu arbeiten, und stattdessen versuchen sollte, ein bisschen mehr mit ihnen zu arbeiten.

Migranten sahen in den Regierungen Europas bisher eher eine feindliche Macht

Bewertung der Modelle

Die EU wurde wegen ihres ungeschickten Vorgehens während der „Einwanderungskrise“ im Frühjahr 2011 international kritisiert. Heute lautet das Ziel Brüssels, eine Migrationspolitik zu entwickeln, die mit dem Geist des Arabischen Frühlings irgendwie im Einklang steht. Aber welches der drei Modelle ist denn nun das aufgeklärteste und liberalste? Ist es das weitsichtige Modell einer „demografischen Zuwanderung“? Oder das für Europa und Nordafrika gleichermaßen vielversprechend erscheinende Modell der „zirkulären Migration“?

In vielerlei Hinsicht ist es das Grenzkontrollenmodell. Der Grund ist ganz einfach: Seine Fürsprecher kennen ihre Grenzen. Sie wissen, dass die Regierungen der EU-Länder fast keine Möglichkeit haben, Migrationsströme zu steuern oder zu managen. Wirtschaftliche Zwänge, liberaldemokratische Normen und der Erfindungsreichtum der Migranten machen dies unmöglich. Anstatt diese Handlungsbeschränkungen zu leugnen und zu versuchen, ihre Macht formal in die öffentliche, private und internationale Sphäre auszuweiten, haben sie sich für einen bescheideneren Ansatz entschieden.

Anstatt widerstrebende Zuschauer in ihre Versuche der Migrationskontrolle einzubeziehen, sollte die EU stärker auf einen konsensorientierten Ansatz setzen, der von gemeinsamen Interessen und Kompromissen ausgeht. Ihre politischen Ziele dabei mögen restriktiv und illiberal sein, ihre Methoden wären es dann nicht. Mit anderen Worten: Die höchst aufgeklärte Idee, Macht

zu vergrößern, indem man sie mit anderen teilt, könnte sich auszahlen. Auf diese Weise gehen europäische Beamte nicht von vornherein davon aus, dass Einwanderer kriminelle Problemfälle sind, sondern ermöglichen ihnen, ihre Interessen auf legalem Wege zu verfolgen. Das wird die ungewollte irreguläre Migration (zum Beispiel Einwanderer, die sich mit den Gesetzen nicht auskennen und deshalb die falschen Dokumente haben oder zu lange bleiben) verringern und in manchen Fällen sogar das Auswandern in andere Weltregionen erleichtern, wo viele Nordafrikaner vielleicht lieber hinwollen.

Geordnete Mobilität ist nicht nur etwas, womit sich Europäer beschäftigen

Anstatt davon auszugehen, dass die Länder Nordafrikas nur daran interessiert sind, ihren Bürgern Arbeitsmarktchancen in der EU zu eröffnen, haben die Brüsseler Beamten sich inzwischen an die entsprechenden Regierungen gewandt und deren Standpunkte eingeholt. Es zeigt sich, dass Marokko und Tunesien ein ebenso großes Interesse daran haben, ihr Grenzmanagement zu verbessern, wie die EU. Geordnete Mobilität und gesunde Regierungsstrukturen sind nicht etwas, womit sich nur Europäer beschäftigen.

Aufgeklärte Innenministerien

Innenministerien hält man auf den ersten Blick kaum für Befürworter eines solch aufgeklärten Modus Operandi. Wenn es um innere Sicherheit und Migration geht, denkt man normalerweise an aufdringliche Methoden, die wenig Rücksicht nehmen auf die Interessen und Rechte sogar jener, die sie zu schützen vorgeben. In Wirklichkeit haben sie ihre eigenen Grenzen sehr wohl kennengelernt, und zwar auf die harte Tour.

Noch bis in die achtziger Jahre waren Innenministerien die Herrscher ihres eigenen Universums; sie konnten Migration und grenzüberschreitendes Verbrechen in einer Welt, die mehr oder weniger eingefroren war, vergleichsweise bequem kontrollieren. Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Beginn der Massenmobilität findet dagegen kein Treffen von Grenzbeamten statt, ohne dass mindestens einer von ihnen einräumt, er könne Einwanderungsströme genauso wenig kontrollieren wie die Ausbreitung von Facebook.

Den Geist von Konsens und Verständigung, der neuerdings zwischen den EU-Innenministerien, Drittstaaten und den Migranten selbst in Sachen Grenzkontrolle weht, kann man durchaus als Kontrast zu dem hochgradig technokratischen Denken hinter der Idee einer demografischen Migration sehen. Ein solches Top-Down-Denken, das mit der Realität und den Interessen nordafrikanischer Einwanderer wenig zu tun hat, kann nach hinten losgehen: sobald sich nämlich herausstellt, dass die Neuankömmlinge eben doch kein Zuchtmaterial, sondern menschliche Wesen sind.

Der technokratische Top-Down-Ansatz findet sich auch in dem Modell der zirkulären Migration. Zunächst scheint dieses Modell eine Reihe von gemeinsamen Interessen zu bündeln; es ist eine Art Deal mit den Migranten und den nordafrikanischen Ländern auf Grundlage eines gemeinsamen Interesses an temporärer Zuwanderung. Es erkennt Mobilität als eine Realität an, die es mit oder ohne staatliches Eingreifen geben wird.

Doch die Vorstellung von Einwanderern als „Agenten“ von Staaten, die diesen einen bestimmten Nutzen bringen sollen, ist von der Realität ebenfalls weit entfernt und könnte sich gut als Eigentor erweisen. Selbst temporäre Migranten werden aus- oder fortgebildet, und ihre europäischen Arbeitgeber werden kaum ein Interesse daran haben, sie wieder zu verlieren. Außerdem könnte das entstehende Wachstum im geringqualifizierten Sektor dazu führen, dass Unternehmen noch mehr Zuwanderer herholen. Die Rücküberweisungen nach Nordafrika würden dort eine wohlhabendere, ehrgeizigere und mobilere Bevölkerungsschicht entstehen lassen und die Zahl der potenziellen Migranten nach Europa vergrößern. Wenn es seine aufstrebende Jugend an die Europäer verliert, würde das Nordafrikas Verhältnis zur EU belasten.

Die Vorstellung von Einwanderern als „Agenten“ ist von der Realität weit entfernt

Selbst wenn diese Zuwanderer wie geplant nur vorübergehend kommen, gibt es trotzdem keinen Grund anzunehmen, dass die europäischen Bürger ihnen gegenüber weniger skeptisch eingestellt wären als wenn sie vorhätten, sich dauerhaft niederzulassen. Die Aussicht, eine mobile Population ohne jegliches Zugehörigkeitsgefühl aufzunehmen, ist für viele EU-Bürger höchst beunruhigend.

Probleme daheim

Dieser letzte Punkt verweist auf den wahren Ursprung der „Einwanderungskrise“ der EU: Es ist keiner europäischen Regierung gelungen, ihren Bürgern klarzumachen, dass ihre Möglichkeiten einzugreifen begrenzt sind. Die Bürger wiederum fühlen sich angesichts der Realitäten moderner Zuwanderung zutiefst beunruhigt. Die europäischen Staaten halten sich gern für „hochattraktiv“, was zu einer massiven Überschätzung der Einwanderungsproblematik führt. Diejenigen, die nach außen den Eindruck erwecken, sie könnten die Zuwanderung kontrollieren, verleiten indirekt zur Massenhysterie – dann nämlich, wenn sich herausstellt, dass das in Wirklichkeit gar nicht geht. Und diejenigen, die behaupten, dass sie vor Schengen und der passkontrollfreien Reisefreiheit die Zuwanderung kontrollieren konnten, nähren bloß Sehnsüchte nach einer Renationalisierung der Brüsseler Grenzhoheit.

Das ist vielleicht der springende Punkt: Wenn sie nicht selbst eine gewisse Unabhängigkeit von ihren Regierungen, einen gewissen Unternehmergeist, einen Gradmesser für Mobilität und Flexibilität entwickeln, werden Europas Bürger jede Zuwanderung als zutiefst bedrohlich empfinden.

RODERICK PARKES ist Leiter des Brüsseler Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Die Welle der Veränderungen anführen

Türkische Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten

Şaban Kardaş | **Ob Arabischer Frühling oder die Beziehungen mit den Nachbarländern: Die Türkei beteiligt sich aktiv an der Gestaltung der Region, sind doch die eigene Stabilität und Sicherheit betroffen. Ihre Erfahrungen mit der Demokratie und Reformprozessen können dabei in turbulenten Zeiten ein Vorbild für andere Länder der Region sein.**

Die Aufstände in Syrien hielten bereits über ein Jahr lang an, und unter den türkischen Oppositionsparteien wuchs die Kritik an der Syrien-Politik der Regierung. Das einstige Vorzeigekind einer Politik der „Null Probleme mit den Nachbarn" war dabei, Tausende Aufständische niederzumetzeln. Von einem Scheitern seiner Politik aber, die sich in den Aufständen in der arabischen Welt offenbare, wollte Außenminister Achmed Davutoğlu nichts wissen. In einer Rede vor dem Parlament am 26. April 2012 stellte er klar: Jetzt, da sich ein neuer Naher Osten entwickle, werde die Türkei „die Welle der Veränderungen anführen und die Rolle eines Treuhänders, Pioniers und Dieners dieses neuen Nahen Ostens einnehmen".

Spätestens mit Davutoğlus Amtsantritt als Außenminister im Jahr 2009 hatte sich die Türkei um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Nachbarländern bemüht: Sie hatte geradezu revolutionäre Initiativen in Gang gesetzt, hochrangige strategische Beratungsgremien etabliert, ihre Visapolitik liberalisiert und Pläne für Freihandelszonen entwickelt. Eine Politik der Kooperation und Integration – mit der Türkei als treibender Kraft – sollte dabei helfen, die Region zu stabilisieren und zu befrieden. Ankara, das sich seine Soft Power geschickt zunutze machen konnte, schien auf dem sicheren Weg zu einem „friedlichen Aufstieg".

Entsprechend rau war das Erwachen. Der Arabische Frühling brachte gänzlich unvorhergesehene Turbulenzen – anstatt langfristiger Nachbarschaftspflege hatte Ankara akutes Krisenmanagement zu betreiben. Die Stationierung eines Frühwarnsystems im Rahmen des NATO-Raketenschilds auf türkischem Boden führte zu Verstimmungen mit dem Iran; Iraks Premier Nuri al-Maliki bezichtigte die türkische Regierung, sich in die inneren Angelegenheiten seines Landes einzumischen. Und dass Ankara das brutale Vorgehen des syrischen

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Eine Debatte über die Zukunft der Region ist ohne Beteiligung der Türkei nicht denkbar: Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan (li.) mit Außenminister Achmed Davutoglu (re.) und Mustafa Abdel Jalil, Präsident des libyschen Nationalen Übergangsrats, in Tripoli

Diktators Baschar al-Assad gegen die Aufständischen heftig kritisierte und sich frühzeitig auf die Seite der politischen und militärischen Opposition stellte, führte zum Kollaps der türkisch-syrischen Beziehungen.

Auch die Beziehungen zu Israel verschlechterten sich dramatisch, und in der Zypern-Frage zeigte die Türkei ebenfalls wenig Entgegenkommen. Selbst Beobachtern, die der Regierung Recep Tayyib Erdoğans Sympathien entgegenbrachten, war nicht mehr klar: Wollte Ankara tatsächlich nur ausgewogener Moderator sein oder mischte es sich allzu robust in die Angelegenheiten anderer Länder ein? Ohne Zweifel war die Türkei eine regionale Vormacht. Nur schien von der Politik der „Null Probleme“ nichts mehr übrig geblieben zu sein.

Eine aktive Zentralmacht

Selbst auf dem Höhepunkt ihrer Popularität war diese Politik der „Null Probleme“ keine Strategie oder gar Doktrin, sondern nur eines von vielen Prinzipien der türkischen Außenpolitik. Der Rahmen, in den diese Prinzipien eingefügt sind, ist die Doktrin der „Zentralmacht“, die Davutoğlu bereits als Professor für Internationale Beziehungen entwickelt hatte. Die einzigartige geografische Lage der Türkei als Brücke zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten, als Nachbar Russlands, der kaukasischen Staaten und des Iran verleihe ihr eine besondere Rolle. Als geografische und kulturelle Zentralmacht könne sie sich nicht als defensiver, rein reaktiver Akteur definieren, sondern habe eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Region zu spielen – schließlich hänge ihre eigene Stabilität und Sicherheit in hohem Maße von einer friedlichen Ordnung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ab.

Neben dem Prinzip der „Null Probleme“ entwickelte Davutoğlu noch als außenpolitischer Chefberater von Premier Erdoğan im Rahmen dieser Doktrin

vier weitere Prinzipien, die fortan die neue Außenpolitik leiten sollten: eine Balance zwischen Sicherheit und Demokratie, eine vorausschauende und vorbeugende Friedensdiplomatie, eine multidimensionale Außenpolitik sowie „rhythmische Diplomatie", d.h. eine aktivere Rolle in den internationalen Beziehungen. Als Davutoğlu das Amt des Außenministers antrat, war die Doktrin der „Zentralmacht" bereits formuliert. Ihr lag weniger ein imperialer Charakter zugrunde – der Türkei sollte nicht die Rolle zufallen, die Region nach ihren Vorstellungen zu verändern. Vielmehr verstand Davutoğlu sie als geopolitische Notwendigkeit, denn schon die geografische Lage erlaube es der Türkei nicht, Instabilitäten einfach nur hinzunehmen. Da die Länder des Balkans noch immer unter dem Trauma des Bürgerkriegs leiden, der Nahe Osten von konfessionsgebundenen oder ethnischen Konflikten erschüttert wird und zahlreiche Konflikte des Kaukasus schlicht „eingefroren", aber nicht gelöst bleiben, hatte die Türkei eine führende Rolle bei der Herstellung einer regionalen Ordnung einzunehmen.

Stabilität und Sicherheit der Türkei hängen in hohem Maße von einer friedlichen Ordnung in der Region ab

Das Prinzip der „Null Probleme" erfuhr nur deshalb so viel Aufmerksamkeit, weil es eine Abkehr von der alten Perzeption begründete, die Türkei sei nur von feindlichen Staaten umzingelt. Damit aber ließ sich keine proaktive Außenpolitik formulieren. Wollte die Türkei ihren Einfluss in der Region vertiefen und weitere Hindernisse für eine Anbindung an den Westen beseitigen, dann musste sie eine regionale Verflechtung in Angriff nehmen – und damit auch die Lösung bilateraler Konflikte mit Armenien, Griechenland, dem griechischen Teil Zyperns und Syrien.

Eine neue Nachbarschaftspolitik zu Ländern, zu denen die Türkei bislang kaum Kontakte gepflegt hatte, erforderte Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, also eine Balance zwischen dem Erhalt des Status quo und dem Versuch einer Lösung bilateraler Probleme. Deshalb arbeitete Ankara mit den Regierungen der Region zusammen, ohne sich weiter um deren demokratischen Charakter zu kümmern. Im Vordergrund stand wirtschaftlicher Liberalismus. (Tatsächlich konnte sie in den Bereichen Handel, Investitionen und wirtschaftliche Integration einiges voranbringen.) In den Hintergrund trat ein türkischer politischer Liberalismus.

Die Politik der „Null Probleme" war wohl alles andere als problemfrei. Aber sie half, die Handelsbeziehungen in der Region zu intensivieren und den kulturellen Einfluss der Türkei auszuweiten. Die Türkei entwickelte sich zu einem ernst zu nehmenden Akteur auf der internationalen Bühne – und die ganz eigene und erfolgreiche Mischung verschiedener politischer und kultureller Traditionen, die sie verkörpert, schien ihr die Möglichkeit zu verschaffen, Einfluss zu gewinnen.

Eine richtige Balance zwischen Sicherheit und Demokratie

Ist diese Politik mit den Aufständen völlig gescheitert? Tatsächlich muss sich die türkische Außenpolitik radikal neuen Umständen anpassen. Aber da ihre Leitlinie die Doktrin der Zentralität bleibt, weist sie eine erstaunliche Kontinu-

ität auf. Genau wie vor den Aufständen ist es immer noch das Ziel Ankaras, eine „Zone des Friedens und der Stabilität" rund um die Türkei zu schaffen. Allerdings liegt die Betonung jetzt nicht mehr auf dem Prinzip der „Null Probleme", sondern auf der richtigen Balance zwischen Stabilität und Freiheit, was angesichts des veränderten Charakters der Bedrohungen für die regionale Ordnung nur natürlich ist. Der entscheidende Test für die Türkei in den kommenden Jahren wird also ihre Fähigkeit sein, bei der Entwicklung funktionierender staatlicher Strukturen in den Transformationsstaaten zu helfen, die sowohl den wirtschaftlichen wie politischen Bedürfnissen der jeweiligen Gesellschaften entsprechen und gleichzeitig für eine stabile Ordnung sorgen. Es geht nicht mehr darum, in einer relativ ruhigen Umgebung Nachbarschaftspflege mit den jeweiligen Regierungen zu betreiben. Es geht darum, die Sicherheitsrisiken zu bewältigen, die durch die Aufstände für alle Anrainer der Region, inklusive der Türkei, entstanden sind und dem fundamental veränderten Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden Rechnung zu tragen.

Schon früher war die Türkei im Irak und im Libanon mit einem ähnlichen Problem konfrontiert. Um eine durch die Auseinandersetzungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppen entstehende regionale Destabilisierung zu vermeiden, hat sich Ankara intensiv für nationale Versöhnung eingesetzt. Mit Beginn des Arabischen Frühlings hat sie auch aufgehört, um der Stabilität willen die bestehenden Regime zu unterstützen, sondern sich im Gegenteil recht frühzeitig auf die Seite der prodemokratischen Bewegungen gestellt – in der Hoffnung, damit den Übergang zu einer neuen Stabilität fördern zu können. Jetzt geht es nicht mehr nur um wirtschaftlichen, sondern auch um politischen Liberalismus. Türkische Politiker machen sich immer deutlicher für den Aufbau funktionierender Demokratien in der Region stark, denn schließlich könne dieses politische System am ehesten und effizientesten für Wirtschaftswachstum und eine verlässliche Regierungsordnung sorgen. Der Regierung ist durchaus klar, dass eine „Zone des Friedens und der Stabilität" rund um die Zentralmacht Türkei nur dann möglich sein wird, wenn sie die richtige Balance in der Herstellung von Sicherheit und Demokratie findet.

Heute vertritt Ankara nicht mehr nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Liberalismus

Ankara befürwortet einen schrittweisen, friedlichen Wandel und bemüht sich darum, Konflikte oder ein militärisches Eingreifen ausländischer Mächte möglichst zu verhindern. In Tunesien und Ägypten hat die Türkei schnell gute Kontakte zu den neuen Regierungen hergestellt. In den Ländern, in denen die Aufstände zu militärischen Auseinandersetzungen führten, hat sie sich nach anfänglichem Zögern mit den regionalen und internationalen Akteuren abgestimmt und jenen angeschlossen, die den Sturz der alten Regierungen fordern. Im Fall Syriens war die Regierung Erdoğan eine der ersten, die den Rücktritt Baschar al-Assads forderten. Nach dem Sturz Gaddafis in Libyen begann die Türkei, Aufbauhilfe für die neue Regierung zu leisten. Es ist auf die proaktive Politik der Türkei zurückzuführen, dass eine Debatte über die Zukunft der Region ohne ihre Beteiligung undenkbar geworden ist.

Die wirkliche Herausforderung besteht jetzt darin, die Welle des Wandels zu reiten. Nur mag der Wunsch der Türkei nach einer möglichst demokratischen Transformation größer sein als die politischen und wirtschaftlichen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen. Weil sie allzu lange keine Kontakte zu den Nachbarn pflegte, sind Kenntnisse der Komplexitäten dieser Region in Politik und Wissenschaft eher rar. Auf wesentliche Faktoren, von denen die Zukunft der Transformationsländer abhängt – wie Islamismus, ethnische und religiöse Spannungen oder eine tief verwurzelte Klankultur – kann Ankara nur bedingt, wenn überhaupt, Einfluss nehmen. Trotz eines beeindruckenden Wirtschaftswachstums stehen der Türkei weder Milliardensummen als Aufbauhilfe zur Verfügung, noch kann sie nennenswerte Mittel für Nationbuilding und Demokratisierung aufbringen. Und nicht zuletzt sind der Nahe und Mittlere Osten viel zu komplex, um von einem Akteur wie der Türkei allein gestaltet zu werden.

Eine Debatte über die Zukunft der Region ist ohne die Beteiligung der Türkei undenkbar geworden

Doch auch wenn die Türkei – der sehr ambitionierten Rhetorik zum Trotz, die derzeit aus Ankara zu hören ist – nicht die führende Kraft bei der Transformation und der notwendigen Stabilisierung der Region sein wird, so kann sie dennoch politisch, wirtschaftlich und kulturell eine konstruktive Rolle spielen. Von der Frage einer Demokratisierung ganz abgesehen, ist zunächst die Etablierung funktionierender und verlässlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme dringend notwendig. Die Erfahrungen der Türkei mit der Demokratie und die Reformen, die sie vor allem während des vergangenen Jahrzehnts durchgeführt hat, können durchaus als Vorbild dienen. In den Bereichen Sicherheit, Justizwesen, Medien, Sport, Gesundheit und Ausbildung hat sie schon jetzt ein immer dichteres Netz an Austauschprogrammen mit den Transformationsländern aufgebaut, das sowohl den staatlichen Sektor als auch zivilgesellschaftliche Organisationen umfasst. Derlei Programme können zwar nur in bescheidenem, aber doch nicht unwichtigem Maß zu einer Entwicklung in Richtung Good Governance und Nationbuilding beitragen.

Ganz im Gegensatz zu manch anderen Staaten in der Region bemüht sich die Türkei um einen Ausgleich zwischen verschiedenen Gruppierungen (wie zwischen Sunniten und Schiiten im Libanon oder im Irak), anstatt solche Konflikte noch weiter anzuheizen. Positiv fällt zudem die Bereitschaft der Türkei ins Gewicht, ihre Arbeit mit anderen regionalen und außerregionalen Kräften zu koordinieren, die ebenfalls Interessen im Nahen und Mittleren Osten hegen. Derlei Qualität dürfte in den nächsten Jahren ausschlaggebend sein, wenn eine gewisse Ruhe hergestellt werden soll. Und eine gewisse Beruhigung der Turbulenzen wäre Voraussetzung für die Entwicklung funktionierender politischer und wirtschaftlicher Systeme.

Dr. ŞABAN KARDAŞ ist Associate Professor im Department of International Relations der TOBB University of Economics and Technology in Ankara.

Die Konkurrenz schläft nicht

China, Russland und die Golf-Staaten positionieren sich im Mittelmeerraum

Christian Le Mière | **Nicht nur die EU muss ihre Politik in den arabischen Umbruchstaaten neu ausrichten. Die Politik von China, Russland und den Golf-Staaten im Mittelmeerraum ist ebenfalls im Wandel, erweist sich aber oft als aktiver als die der Europäer. Und die Konkurrenten stellen im Unterschied zur EU kaum Bedingungen.**

Chinas Interessen im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika bleiben nahezu vollständig wirtschaftlicher Natur. Es sucht verlässliche Energiepartner, die Chinas schnell wachsenden Bedarf an fossilen Brennstoffen sättigen können. Deshalb hat sich Peking bislang damit begnügt, an seiner erklärten Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten festzuhalten und schlicht als Handelstreibender in der Region aufzutreten. Der pragmatische Charakter der chinesischen Politik zeigt sich an dessen Verhältnis zu Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zu Zeiten Maos war Peking noch ein vehementer Unterstützer der palästinensischen Sache; die Chinesen sahen die Palästinenser in erster Linie als Opfer imperialistischer Aggression, unter der ja schließlich auch China im 19. und frühen 20. Jahrhundert gelitten hatte. Für die Unterstützung chinesischer Interessen wie Pekings Ein-China-Politik suchte man entsprechend auch nach arabischen Partnern.

Mit dem Beginn der Reformen Deng Xiaopings gab China diese Haltung langsam auf. Die Ein-China-Politik war nicht mehr allzu dringlich, denn China wurde inzwischen von mehr Ländern als Taiwan anerkannt. Und mit einem gesicherten Sitz in den Vereinten Nationen verblasste das maoistische Ideal der Unterstützung revolutionärer Bewegungen im Ausland schnell. China begann, seine strategischen Interessen zu diversifizieren und in geheime Verhandlungen über Technologietransfers mit Israel einzutreten – schließlich galt es, den teils vollkommen veralteten Militärapparat zu modernisieren. Nun mögen den chinesisch-israelischen Beziehungen durch die mit Israel verbündeten USA Grenzen gesetzt sein. (Washington bedrängte Israel, luftgestützte Frühwarn- und Kontrollsysteme vom Typ Phalcon und später eine Weiterentwicklung der Drohnen vom Typ Harpy, die ohnehin ursprünglich aus den USA stammten, nicht an Peking zu verkaufen.) Dennoch hat Peking seine Militärbeziehungen

mit Israel weiter ausgebaut, dabei aber auch das palästinensische Streben nach größerer internationaler Anerkennung weiter unterstützt. So hat China 2011 den Versuch der Palästinenser begrüßt, die UN-Vollmitgliedschaft zu erlangen.

Eine solch pragmatische Außenpolitik hat Peking auch gegenüber anderen Ländern der Region betrieben. Wenngleich es im Ölsektor des Landes insgesamt nur eine kleinere Rolle spielte, baute China die wirtschaftlichen Beziehungen mit Libyen aus. Wie tief sie waren, verdeutlicht die Tatsache, dass Peking zu Beginn der Unruhen in Libyen 36 000 chinesische Bürger evakuieren musste. Diese Aktion zeigte aber auch, dass Peking heute stärker willens und besser in der Lage ist, zum Schutz seiner eigenen Interessen auch im Ausland einzugreifen. (Die Intervention der NATO in Libyen unterstützte China hingegen nur indirekt mit seiner Enthaltung im UN-Sicherheitsrat.) Nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis begann Peking im Juni 2011, die Rebellen zu umwerben und lud den damaligen Vorsitzenden des Nationalen Übergangsrats, Mohammed Dschibril, zu einem China-Besuch ein.

China hat seine Militärbeziehungen zu Israel ausgebaut und gleichzeitig die Palästinenser unterstützt

Wie in Libyen unterließ China es auch während der Aufstände in Ägypten, sich klar auf eine Seite zu schlagen – es verwies lieber beständig auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Stabilität als oberste Priorität. Heute besteht für China eine Chance, engere Beziehungen zu einem Land aufzubauen, dessen Regime vormals in Sachen militärischer Unterstützung von den USA abhängig und ein strategischer Partner Washingtons war. Bisher gibt es aber nur wenig Anzeichen dafür, dass Peking eine diplomatische Offensive in Kairo starten wird; noch wartet es ab, um zu sehen, was mit dem politischen Establishment des Landes nach den Wahlen geschieht.

Vor dem Hintergrund seiner weitgehend pragmatischen Beziehungen zu den Ländern, die vom Arabischen Frühling erfasst wurden, galt Pekings Sorge während der Unruhen tatsächlich mehr der Innen- als der internationalen Politik. Die kurzzeitigen und weitgehend gescheiterten Versuche von Anfang 2011, mit Hilfe der sozialen Medien eine ähnliche Revolution auch in China auszulösen, waren für die Kommunistische Partei Chinas ein drängenderes Problem als Regimewechsel in Staaten am anderen Ende der Welt, mit denen Peking größtenteils freundschaftliche Handelsbeziehungen unterhielt.

Das heißt nicht, dass Peking die NATO-Operation in Libyen ausdrücklich unterstützt hätte. China betrachtet jede militärische Einmischung in einem anderen Land weiterhin mit Argwohn. Gleichwohl fehlte es China in vielen Staaten des Arabischen Frühlings an strategischen Interessen, die eine stärkere Mitwirkung notwendig gemacht hätten. Die Ausnahme ist Syrien: In diesem Fall hat Peking UN-Sanktionen gegen das Assad-Regime recht unverblümt entgegengewirkt. Dies ist wohl dem Wunsch geschuldet, eine ähnliche Situation wie in Libyen zu vermeiden, wo die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats von den europäischen Staaten so großzügig ausgelegt wurden, dass sie faktisch einem Regimewechsel dienten.

Wichtig ist aber auch: Aufstände in einzelnen arabischen Ländern liefen chinesischen Interessen nicht zuwider. Der Arabische Frühling aber könnte

insgesamt ein strategischer Rückschlag für Peking werden. Entwickeln sich dort tatsächlich Demokratien, so dürften sie eher zum Westen als zum autoritär regierten China tiefere Beziehungen knüpfen. Aber auch islamistische Regime wären weder in Chinas noch in Russlands Sinn. Sie könnten nicht nur zu einer Radikalisierung der Politik in den jeweiligen Ländern führen, sondern auch zu breiter Unterstützung oder gar handfesten Hilfen für islamische Extremisten beziehungsweise die islamischen Bevölkerungen in der chinesischen Provinz Xinjiang oder im Kaukasus. Aus diesem Grund halten es sowohl Russland als auch China für destabilisierend, im Fall Syrien die Ablösung eines säkularen Regimes in einem mehrheitlich vom sunnitischen Islam geprägten Land zu betreiben.

Ebenso wichtig sind allerdings Syriens Beziehungen zu Teheran: Der Iran ist sowohl Chinas drittgrößter Öllieferant als auch wichtigster Widersacher der USA – und somit ein diplomatischer Gewinn für Peking. Hat es sich im Fall Libyens der Kritik gebeugt, so hält Peking jetzt an seiner stillschweigenden Unterstützung für das Assad-Regime fest, was angesichts von Massakern wie dem von Hula immer schwerer zu rechtfertigen ist. Doch selbst im Fall Syrien obsiegt wohl Chinas Pragmatismus: Im Februar 2012 besuchte eine Delegation des syrischen Nationalen Komitees für Demokratischen Wandel vier Tage lang Peking; China begann, sich nach allen Seiten abzusichern und die diplomatischen Kanäle zur Opposition zu öffnen. Einen Regimewechsel in Syrien mag China wohl nicht unterstützen. Aber es wäre gern darauf vorbereitet.

China mag einen Regimewechsel in Syrien nicht unterstützen. Aber es wäre gern darauf vorbereitet

Russlands Strategie

Für Russland stellt sich die Situation in Syrien deutlich anders dar als in den anderen Staaten des Arabischen Frühlings. Moskaus Ablehnung von UN-Sanktionen ist nicht nur als symbolischer Widerstand gegenüber den Forderungen der USA und Europas zu verstehen: Damaskus bleibt für Moskau ein Verbündeter von Gewicht. Syrien ist ein wichtiger Abnehmer russischer Waffen und gewährt Russlands Marine Zugang zu einer maritimen Versorgungsstation – Tartus ist der einzige Mittelmeerhafen, den die russische Marine ohne vorherige Genehmigung anlaufen kann. Im vergangenen Jahrzehnt hat Russland Syrien Waffen und anderes Material im Wert von annähernd 1,5 Milliarden Dollar geliefert. Damit ist Syrien weit davon entfernt, Russlands bester Kunde zu sein – ein regelmäßiger und nützlicher ist es dennoch.

Russland befürchtet, dass sich der Rückschlag, den es in Libyen hinnehmen musste, in Syrien wiederholen könnte. In Tripolis verlor Moskau durch den Sturz Gaddafis Waffenverträge im Wert von etwa vier Milliarden Dollar und den Zugang zur Ölindustrie für die staatseigenen Giganten Gazprom und Tatneft. Schon im September 2011 bekundete die Übergangsregierung, nicht mehr am Kauf russischer Waffen interessiert zu sein, und ob Tatneft überhaupt nach Libyen zurückkehren wird, ist noch unklar. Beide Entwicklungen unterstreichen die Risiken für Russlands Geschäftsinteressen in einem gewandelten

Bild nur in Printausgabe verfügbar

strategischen Umfeld: Wenn um die Vergabe von Handelsverträgen gerungen wird, dann zahlt sich eine langjährige Unterstützung – allerdings für einen nunmehr gestürzten Diktator – nicht aus. Ein ähnliches Risiko für Russland besteht im Jemen, mit dem Moskau 2010 einen Waffendeal im Wert von einer Milliarde Dollar unterzeichnete und wo man für Gazprom Zugang zur im Niedergang begriffenen Ölindustrie des Landes erhielt.

Da Russland der Öl- und Gasimporte nicht bedarf, die die chinesische Diplomatie in der Region antreiben, liegt sein Augenmerk mehr auf der Erschließung von Handelsmöglichkeiten und dem strategischen Wettstreit mit den USA und Europa. Vor diesem Hintergrund und als generelles Zeichen des postideologischen Zeitalters hat Moskau seine Loyalitäten recht schnell gewechselt und sich den neuen Regierungen zugewandt. Auch wenn es versucht, seinen Einfluss in Ländern zu vergrößern, deren Beziehungen zu den USA eher schwierig sind, so ist Russland nicht länger an einem strategischen Nullsummenspiel interessiert, das es während des Kalten Krieges in der Region betrieb. In Libyen mochte Moskau wegen seiner Unterstützung für Gaddafi und seiner halbherzigen Annahme der UN-Sicherheitsratsresolutionen eher Nachteile haben. Umso stärker ist es bemüht, seine Beziehungen mit Tunesien und Ägypten zu erneuern und aufzuwerten.

36 000 Bürger musste China nach Beginn der Aufstände in Libyen evakuieren – Anzeichen der Interessen wie des Willens zum Eingreifen. Übrig blieben Bauruinen wie die gigantische Geisterstadt am Rande von Bengasi

Arabischer Aktivismus

Ein bemerkenswerter Aspekt des Arabischen Frühlings und seiner Folgen ist das direkte Eingreifen einiger arabischer Staaten beziehungsweise der Arabischen Liga in Mitgliedsländern der Liga. Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) stellten 2011 Kampfflugzeuge für die Überwachung der Flugverbotszone über Libyen bereit, und beide Nationen haben sich in der Arabi-

schen Liga für Handelssanktionen gegen Syrien stark gemacht. Katar ist dabei besonders forsch aufgetreten.[1] Ausdrücklich gefördert vom Emir Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani und auf dem sicheren Fundament seines Ölreichtums hat sich Doha recht frei von Einmischungen seiner größeren Nachbarn seinen eigenen Weg gebahnt und dabei neuer Mittel bedient, um Katars Soft Power in der Region zu mehren. So hat der Nachrichtensender Al-Dschasira im Arabischen Frühling eine Schlüsselrolle gespielt: Ohne den in Katar ansässigen Sender wären die schnelle Verbreitung der Nachrichten und eine umfassende Debatte über die Aufstände und Forderungen der Demonstranten gar nicht möglich gewesen.

Katars Haltung mag von seiner langjährigen Förderung moderater islamistischer Bewegungen in der ganzen Region beeinflusst sein. So hat Doha die tunesische Ennahda-Bewegung, die bei den Parlamentswahlen 2011 zur stärksten politischen Kraft wurde, enthusiastisch unterstützt – Tunesiens neuer Außenminister Rafik Abdessalem hat in der Vergangenheit sogar als Forschungsdirektor für Al-Dschasiras „Studienzentrum" gearbeitet. Zudem hat Doha der tunesischen Zentralbank 2012 einen 500-Millionen-Dollar-Kredit zu günstigsten Konditionen gewährt. In Ägypten und Syrien scheint die Muslimbruderschaft der größte Gewinner des Aufstands zu werden (ihre „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit" gewann 2011/12 bei den ägyptischen Parlamentswahlen 213 von 508 Sitzen), und Katar hat seine Verbindungen zur Muslimbruderschaft stets sehr sorgfältig gepflegt. Auch andere Staaten wetteifern um Einfluss in den arabischen Umbruchstaaten. Saudi-Arabien hat beispielsweise Ägypten einen Kredit in Höhe von zwei Milliarden Dollar für die Belebung der Wirtschaft angeboten. Aber Katar ist wohl das Land, das die arabischen Revolutionen am stärksten unterstützt hat.

Katar ist wohl das Land, das die arabischen Revolutionen am stärksten unterstützt hat

In Ergänzung zu dieser regionalen Hilfe ist der auf einmal erwachte Wille der Arabischen Liga, ihre Mitgliedstaaten zu kritisieren, im Fall Libyens sogar eine Militärintervention zu befürworten und im Fall Syriens das Land zu suspendieren, in gewisser Weise unerwartet gewesen – angesichts der Tatsache, dass viele der in der Liga vertretenen Regime ebenfalls gestürzt werden könnten. Doch über die forsche Rolle Katars hinaus, dessen Premier- und Außenminister Scheich Hamad bin Jassim bin Jabor al-Thani den Syrien-Ausschuss der Arabischen Liga leitet, hat die Organisation wohl erkannt, dass sie sich den populären Umbruchbewegungen nicht wird entgegenstellen können.

Allerdings sollte man nicht übersehen, dass Katar, die VAE oder die Arabische Liga zwar so manche arabische Revolution unterstützen, in anderen Fällen aber weit weniger bereit waren oder sind, sich zu engagieren. Tatsächlich hat Katar Soldaten für die „Golf-Schutztruppe" abgestellt, die im März 2011 in Bahrain einmarschierte (alle sechs Mitglieder des Golf-Kooperationsrats schickten Truppen). Die Revolutionshilfe beziehungsweise -unterdrückung wird also selektiv gewährt oder betrieben: Vor dem Hintergrund oft erbitterter

[1] Siehe hierzu auch Guido Steinberg: Katars neue Syrien-Politik, IP, Mai/Juni 2012, S. 82–88.

Streits war Muammar al-Gaddafi bei vielen Mitgliedern der Arabischen Liga alles andere als beliebt, und die Schwächung des iranischen Einflusses in Syrien ist ein Ziel, das viele arabische Staaten teilen. Doch eine Revolution in einem mehrheitlich schiitischen Land, die möglicherweise Irans Stellung stärkt, in einem Staat, der vor den Küsten Saudi-Arabiens und Katars liegt, war dann doch nicht nach dem Geschmack Riads und Dohas.

Die EU im Hintertreffen?

Vor diesem Hintergrund musste sich die Europäische Union öfter mit Nebenrollen begnügen. In Ägypten waren die USA der Hauptakteur, der versuchte, den Übergang zu beeinflussen, während sich die EU damit abmühte, die eigene Bedeutung in einer sich rasant entwickelnden Lage zu behaupten. Frühere Hilfen für das Land, das trotz des Transfers von 600 Millionen Euro wenig getan hat, um echte demokratische Reformen zu befördern, hat ihrer Stellung nicht gerade geholfen. Die Tatsache, dass Ägypten gegenüber der EU mit mehr als zehn Milliarden Euro verschuldet ist, bestärkt derweil den Eindruck vor Ort, dass die EU in ihrer Politik gegenüber Ägypten vor allem den eigenen Nutzen im Auge hat.

Partnerschaften ohne Bedingungen mit Russland oder China mögen für die Region reizvoller sein

Die Situation in Ägypten verdeutlicht die Unsicherheiten der EU-Politik insgesamt, die durch den Arabischen Frühling entstanden sind – und durch ihr anfängliches Zögern, die laufenden politischen Veränderungen zu unterstützen. Dass islamistische oder erklärtermaßen islamische Regierungen in Nordafrika die Macht übernehmen könnten, ist eine der Hauptsorgen der EU. In solch einem Szenario mögen die pragmatischen, nicht an Bedingungen geknüpften Partnerschaften, die China und Russland anbieten, für die Länder der Region reizvoller sein. Zugleich könnten sie Beziehungen mit den Golf-Staaten oder der Türkei Priorität einräumen: Denn Staaten wie Katar oder die VAE oder die Arabische Liga haben sich während des Umbruchs aktiver und somit womöglich als geeignetere Partner gezeigt.

CHRISTIAN LE MIÈRE ist Research Fellow für Seestreitkräfte und maritime Sicherheit beim IISS. Zuvor war er Chefredakteur von *Jane's Intelligence Review*.

Vermittler in Bedrängnis

Politische Stiftungen und Demokratieförderung in der arabischen Welt

Nicole Renvert | **Knapp ein Jahr nach Beginn der Arabellion fällt die Bilanz zum Teil ernüchternd aus. Die EU, die mit dem „Demokratiefonds Nordafrika" auch die deutschen politischen Stiftungen mit zusätzlichen Ressourcen ausstattet, muss feststellen, dass sie bei den Eliten in einigen Ländern auf Widerstand stößt. Scheitert der Versuch, den Wandel mitzugestalten?**

Am 29. Dezember 2011 wurden die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen in Kairo durchsucht, Computer wurden beschlagnahmt, Unterlagen konfisziert und Konten gesperrt. Im Februar 2012 erhob die ägyptische Staatsanwaltschaft Anklage wegen des Verdachts der illegalen Präsenz im Land und nicht genehmigter finanzieller Transaktionen. Der gleiche Vorwurf galt einer Reihe von weiteren Organisationen, hauptsächlich amerikanischen. Obwohl der außenpolitische Schaden, den sich Ägypten durch sein Vorgehen einhandelte, beträchtlich war, gingen die Behörden unnachgiebig und mit wachsender Härte gegen das vermeintlich illegale Handeln vor.

Bald entwickelte sich der Fall zu einem Katz- und Maus-Spiel zwischen den ägyptischen Behörden und den betroffenen Institutionen. Zunächst wurde die Razzia als Missverständnis deklariert; man versprach, alle Unterlagen herauszugeben und die Konten zu entsperren. Dann kündigten die Behörden die Verhängung eines Ordnungsgeldes an. Es folgten ein Ausreiseverbot für die Mitarbeiter, die Erhebung einer Anklage und der Prozessbeginn im Februar. Nach massiven Protesten wurde dieser vertagt. Die meisten der Angeklagten haben inzwischen nach Zahlung einer hohen Kaution das Land verlassen.

Angst um Posten und Privilegien

Seit beinahe 40 Jahren ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten präsent. Auch nach den Umbrüchen Anfang 2011 blieb die Stiftung ein geschätzter Partner; die ägyptischen Behörden waren sogar bereit, sich auf politisches Neuland einzulassen. Noch im Frühling 2011 startete die KAS ein Projekt zum Informationsaustausch zwischen der Stasi-Unterlagenbehörde und dem ägyptischen Innenministerium. All dies ließ zunächst auf einen neuen Umgang mit der Vergangenheit schließen.

Doch dieser Eindruck täuschte offenbar. Hintergrund der Anklage war ein Gesetz, das auf das Regime von Hosni Mubarak zurückging und das vorsah, dass sich alle Nichtregierungsorganisationen registrieren lassen müssen. Dieses war derart restriktiv verfasst, dass es im Widerspruch zu dem stand, wie eine NGO operiert und was sie ausmacht, vor allem ihre Unabhängigkeit. Jede Organisation, die sich unter diesem Gesetz hätte registrieren lassen, wäre unter intensive staatliche ägyptische Kontrolle geraten. Da kaum eine Nichtregierungsorganisation nach dem Gesetz registriert war, gab es ein stillschweigendes Übereinkommen, einzelne Projekte zu melden, aber ansonsten unabhängig durchzuführen. An dieses Abkommen hielt man sich von Stiftungsseite, zumal Kosten wie Reisemittel und Unterkunft ohnehin direkt von den Stiftungen übernommen wurden und den lokalen Partnern nur Summen in einer Größenordnung von 300 bis 500 Euro direkt erstattet werden konnten.

Mit den Umbrüchen im Jahr 2011 änderte sich das. Vor allem amerikanische Organisationen brachten erhebliche Geldsummen ins Land; teilweise nutzten die Mitarbeiter dieser Organisationen Touristenvisa, um vor Ort Projekte durchzuführen. Durch dieses Vorgehen wurde das stillschweigende Übereinkommen mit den Regierungsbehörden verletzt. Insbesondere die Vertreter des Ministeriums für internationale Zusammenarbeit empfanden es als Provokation, dass auf einmal erhebliche finanzielle Mittel nahezu unkontrolliert nach Ägypten transferiert wurden. Hinzu kamen die Ängste vor Kontrollverlust und die Sorgen um die eigenen Posten und Privilegien auf Seiten des Militärs, die bereits durch die Jugendproteste im Land geschürt worden waren.

In Ägypten empfand man es als Provokation, dass auf einmal erhebliche Geldsummen unkontrolliert ins Land flossen

Mit dem Verweis auf eine weitere Destabilisierung des Landes konnten die ägyptischen Behörden das Problem innenpolitisch lösen und dabei noch Sympathien in der Bevölkerung sammeln. Die KAS wurde dabei eher aufgrund unglücklicher Umstände einbezogen – zusammen mit den US-Instituten, gegen die sich die Razzien zunächst gerichtet hatten. Wenngleich der Gesamtbetrag, der den politischen Stiftungen aus EU-Mitteln und anderen Töpfen zur Verfügung steht, in der Summe nicht so sehr ins Gewicht fällt – Stiftungsvertreter sprechen von knapp einer Million Euro pro Land –, so schien ihr Wirken auch in Verbindung mit den Zuwendungen amerikanischer Institutionen und erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit für ihre Projekte den ägyptischen Behörden problematisch genug, um sie mit anzuklagen.

Außenpolitisches Debakel

Für die ägyptischen Behörden erwies sich ihr Vorgehen innenpolitisch zunächst als geschickter Schachzug: Ihnen konnte nicht der Vorwurf gemacht werden, ihre Aktion richtete sich gegen die USA; immerhin war auch eine deutsche Stiftung beteiligt. Gleichzeitig konnten sie darauf verweisen, den Fall einer „unabhängigen“ – freilich der Militärregierung unterstellten – Justiz übergeben und damit die Funktionsfähigkeit des ägyptischen Staates unter Beweis gestellt zu haben. Je unnachgiebiger die Justiz gegen die USA und Deutschland vorging, desto eher

glaubte man beim ägyptischen Volk punkten zu können, das die Regierung lange als Vasallen der USA wahrgenommen hatte und Vorbehalte gegenüber Einflüssen von außen hatte. Neben der Militärregierung dürften auch die ägyptischen Ministerien Nutzen aus der Aktion gezogen haben. Sie erhofften sich Kontrolle darüber, welche Projektmittel im Land verteilt werden, wohin sie fließen und wer davon profitiert.

Doch die Aktion ist nicht nur ein Rückschlag für die Demokratiebewegung des Landes – außenpolitisch ist sie ein Debakel. Das Vorgehen wurde von der amerikanischen Regierung ebenso scharf verurteilt wie von der deutschen. Die USA strichen vor allem Zuwendungen für das ägyptische Militär. Allerdings ist ein Einlenken der ägyptischen Regierung kaum zu erwarten, ohne dass diese einen ernsthaften Gesichtsverlust befürchten müsste. Allzu deutlich hat der Fall demonstriert, dass die Regierung kein politisches Konzept hat, wie sie mit Nichtregierungsorganisationen oder politischen Stiftungen umgehen soll. Dabei muss ihr bewusst sein, dass sie dringend internationale Investitionen braucht, um überlebensfähig zu sein. Projekte etwa der KAS zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Dialog und Medienkompetenz fördern etwas, an dem es in Ägypten wie in vielen anderen Ländern der Region bisher mangelte: Gemeinsinn, die Überzeugung, dass es, wenn es dem Großteil der Bevölkerung gut geht und nicht nur den Eliten, dem ganzen Land besser geht. Das ist ein Lernprozess, bei dem die Stiftungen Hilfestellung leisten können. Und Ägypten kann es sich, anders als andere, wohlhabendere Länder der Region, kaum leisten, auf Hilfe aus den USA oder Europa zu verzichten.

Nach der Rebellion haben Schulungen von Nachwuchsjournalisten politisch eine ganz neue Bedeutung

Neuer Umgang mit internationalen Partnern

Mittlerweile scheint das Vorgehen der ägyptischen Behörden in der Region Schule zu machen. Das erst 2009 eröffnete KAS-Büro in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) musste inzwischen seine Aktivitäten einstellen; auch das Engagement der Stiftungen in Algerien könnte durch ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen beeinträchtigt werden. Hier lässt sich ein gewisser Trend beobachten: Dort, wo die alten Eliten an der Macht bleiben und es keinen echten Reformwillen gibt, reagiert man nervös auf Unterstützung von außen.

Ein Jahr nach den Umbrüchen in vielen Teilen der arabischen Welt haben Schulungen, wie sie noch Anfang 2011 von der KAS und dem National Media Council mit Nachwuchsjournalisten in den Emiraten durchgeführt wurden, politisch eine neue Bedeutung. Dem deutschen Botschafter in Abu Dhabi wurde Anfang 2012 mitgeteilt, dass die Präsenz der Stiftung im Land nicht weiter erwünscht sei und das Büro binnen drei Monaten geschlossen werden müsse. Das ist inzwischen auch geschehen. Das gleiche Schicksal ereilte das nach dem Modell der deutschen Stiftungen gegründete National Democratic Institute (NDI) und das renommierte US-Meinungsforschungsinstitut Gallup.

Hatten sich die Emirate 2009 noch als Fortschrittsmotor der Region präsentiert, kündigt sich hier ein neuer Umgang der VAE mit internationalen Partnern

an. Zur Begründung geben die Behörden an, dass die angesprochenen Einrichtungen keine gültigen Lizenzen besäßen. Zwar liefen die Verfahren auch nach Aussage von Vertretern der betroffenen Institutionen formal korrekt ab. Doch da man diese Bedenken bei der Eröffnung des KAS-Büros offenbar noch nicht hatte – im Gegenteil, die Regierung erklärte seinerzeit ihre ausdrückliche Unterstützung –, dürfte kaum ein Zweifel daran bestehen, dass man hier Formalien benutzt, um eine politische Entscheidung zu rechtfertigen. Als „Alarmzeichen für Freiheit und demokratische Entwicklung" wertet der KAS-Vorsitzende Hans-Gert Pöttering den Schritt, der auch nicht unbedingt von politischer Weitsicht zeugt: Auch wenn es sich bei den Emiraten um Partner handelt, deren Öl- und Gasreichtum diese zu sehr wenig zwingt, ist internationale Zusammenarbeit auch für die VAE Teil ihrer wirtschaftlichen und politischen Strategie. Die Präsenz der Stiftungen gilt vor allem als Seismograph für die Offenheit des politischen Klimas.

Die Präsenz der Stiftungen gilt als Seismograph für die Offenheit des politischen Klimas

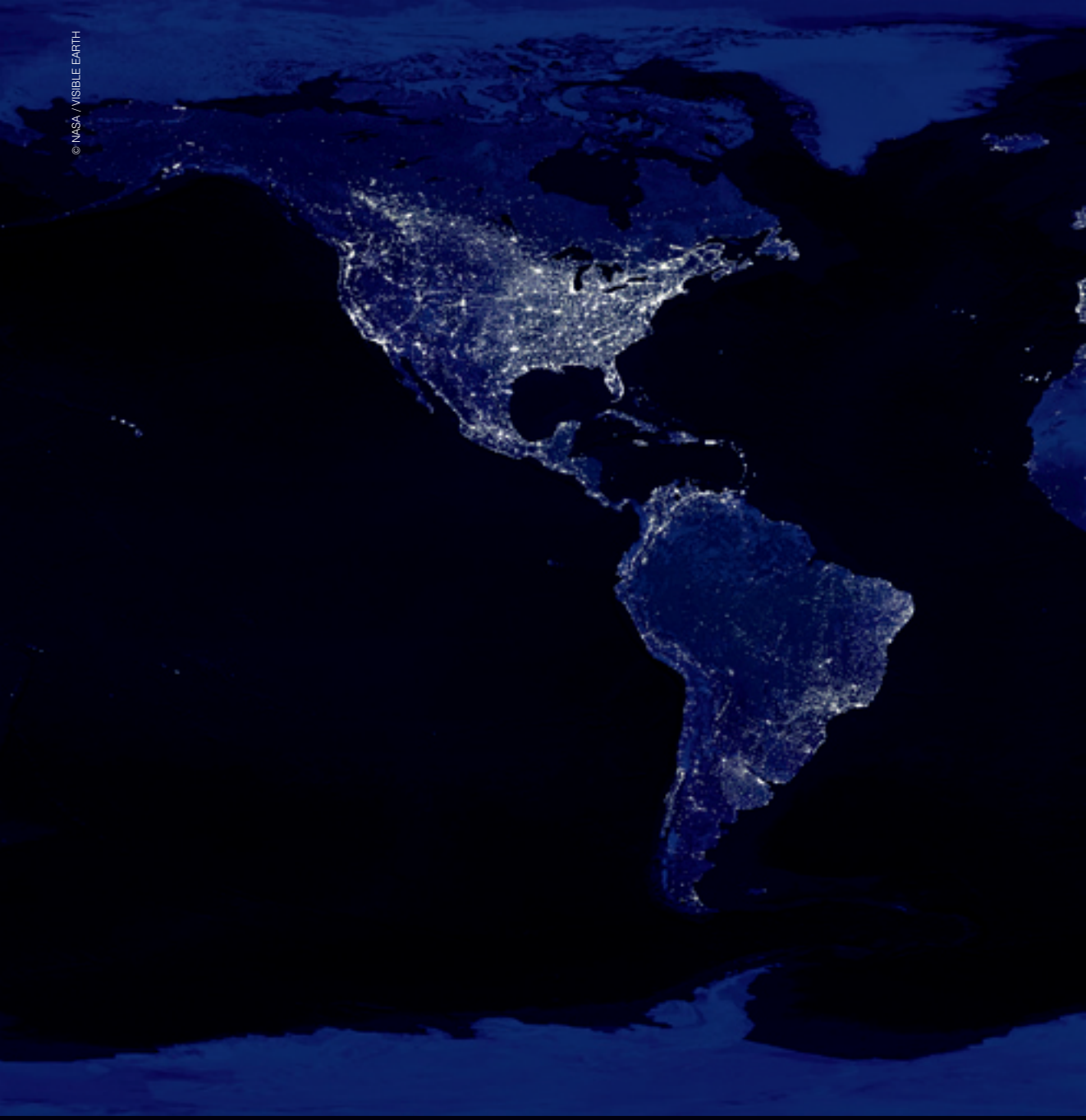
Langer Atem

Für die politischen Stiftungen wird ihre Tätigkeit in Zukunft in bestimmten Ländern der Region schwieriger. Wo alte Machteliten herrschen, dürfte man unermüdlich nach Mitteln und Wegen suchen, die Möglichkeiten der Stiftungen zu beschneiden und die Förderung von Demokratisierungsprojekten zu unterbinden. Seien es eine direkte Aufforderung, das Büro zu schließen, eine Anklageerhebung vor Gericht oder neue Gesetze, die den Nichtregierungsorganisationen eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit praktisch unmöglich machen.

Deutschland und die EU werden einen langen Atem bei der Unterstützung von Transformationsprozessen haben müssen. Sie sollten sich genau überlegen, mit wem sie künftig vor Ort zusammenarbeiten und welche Projekte wirklich förderungswürdig sind. Dazu zählt auch, abwarten zu können, bis man wieder auf potenzielle Partner zugeht und um Unterstützung wirbt. Bei der Vergabe von Mitteln und dem Auftreten im Land sollte umsichtiger gehandelt werden, um keine unnötigen Angriffspunkte zu liefern. Hier geht Qualität vor Quantität: Wenn ein politisch interessierter junger Mensch aus der Region seine Arbeitswoche damit bestreiten könnte, jeden Tag ein Medientraining bei einer anderen Organisation zu absolvieren, dann ist es Zeit, eine kritische Überprüfung der eigenen Projekte vorzunehmen.

Es wäre falsch, das Engagement nun aus Vorsicht einzustellen und diejenigen im Stich zu lassen, die sich für mehr Demokratie einsetzen und auf Unterstützung von außen angewiesen sind. Vielmehr ist es notwendig, Länder, die sich auf einem guten Weg befinden, wie derzeit Tunesien, sichtbar und angemessen zu fördern, sodass sie eine Vorbildfunktion in der Region einnehmen und andere Länder ermuntern können, ihrem Beispiel zu folgen.

NICOLE RENVERT ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.



Nächtliche Satellitenaufnahme der großen Metropolen

Grüne Städte

Bis 2050 werden 70 Prozent der Weltbevölkerung in Metropolen leben.
Der von der Urbanisierung wesentlich mitverursachte globale Klimawandel
lässt sich nur auf lokaler Ebene stoppen: mit Grünen Städten.

Die Erde als Stadt

Von einer neuen Erdepoche namens Anthropozän

Christian Schwägerl | **In der Umweltdebatte wird der Horizont weiter: Grüne Städte könnten der Einstieg in ein „Anthropozän" mit positiven Vorzeichen sein. Womöglich werden nicht nur Archäologen, sondern auch Geologen dereinst rekonstruieren können, wie „smart" und „green" die Entscheidungen waren, die zu Beginn der „Erdepoche des Menschen" gefallen sind.**

Das Berlin der Zukunft werde von der Elbe bis an die Oder und von der Ostsee bis in die Lausitz reichen, schrieb Alfred Döblin 1924 in seinem Zukunftsroman „Berge Meere und Giganten". Damit lag der Schriftsteller zwar falsch, was die deutsche Hauptstadt betrifft, wo heute über die Nutzung großer Leerflächen debattiert wird. Doch mit seiner Ahnung, dass Städte in späteren Jahrhunderten gigantische Ausmaße annehmen könnten, sollte Döblin recht behalten.

Dem Stadtprogramm „Habitat" der Vereinten Nationen zufolge werden in den kommenden Jahren weltweit Megaregionen entstehen, in denen Millionenstädte zusammenwachsen. Dazu zählen Hongkong-Shenhzen-Guangzhou mit rund 120 Millionen Einwohnern, die Region Rio de Janeiro-São Paulo mit 43 Millionen Einwohnern und ein 600 Kilometer langer Stadtstreifen an der westafrikanischen Küste, der Nigeria, Benin, Togo und Ghana verbindet.

Noch zu Döblins Zeiten waren Städte kleine, vom Menschen geformte Inseln inmitten einer halbwegs naturbelassenen Umwelt. Inzwischen wohnt die Hälfte der sieben Milliarden Menschen in Städten. Alle Siedlungen zusammen nehmen bereits eine Fläche ein, die halb so groß ist wie Australien. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass sich die Siedlungsfläche in den kommenden Jahrzehnten verdoppeln wird. Würde man alle Menschen in einer einzigen Stadt von der Einwohnerdichte Berlins zusammenbringen, würde diese Stadt von der polnischen Ostgrenze bis zum Atlantik reichen.

Strahlender Superorganismus

Städte sind heute Knotenpunkte in einem weltweiten Kontrollnetz, mit dem die menschliche Zivilisation die Landfläche der Erde umspannt. Nichts macht dies sichtbarer als die Filme von Nachtflügen, die Astronauten der Internationalen Raumstation

zur Erde senden. Die Erdoberfläche erscheint in den Aufnahmen als Webmuster aus hellen Flecken, besonders entlang der Küsten. Ob im amerikanischen Osten, an der Küste von Java oder in China – wohin die Raumfahrer in den Nachtzonen blicken, strahlt ihnen menschengemachtes Licht entgegen. Es wirkt fast so, als würde sich ein leuchtendes Lebewesen auf der Landoberfläche ausbreiten. Von dort oben ist bestens zu sehen, warum der australische Zoologe Tim Flanery die Menschheit als „Säugetier-Superorganismus" beschreibt. Nur die Wüsten, Hochgebirge und die letzten unberührten Regenwälder sind nachts noch dunkel.

Städte machen heute deutlich, warum eine wachsende Zahl von Naturwissenschaftlern davon spricht, dass eine neue geologische Epoche begonnen hat, das „Anthropozän". Diese „Erdepoche des Menschen" hat vor zehn Jahren der in Mainz lebende Chemie-Nobelpreisträger Paul J. Crutzen im Journal *Nature* ausgerufen.

Die Anthropozän-Idee bringt zum Ausdruck, dass sich Kultur und Natur, Stadt und Land, Mensch und Umwelt heute nicht mehr als Gegensatzpaare gegenüberstehen, sondern dass eine neue Welt entsteht, eine vom Menschen geprägte Welt, in der aus den Städten heraus das Erdsystem immer tiefgreifender umgestaltet wird.

In dieser neuen Zeit stehen wir Menschen als Erdbeweger im Mittelpunkt, weil wir zur dominanten Kraft einer Veränderung geworden sind, die nicht mehr nur auf regionaler, sondern – Beispiel Klimawandel – auf globaler Ebene stattfindet. Ein Großteil dieser Veränderungen geschieht, um die Nachfrage der Städte nach Energie, Rohstoffen und Nahrung zu befriedigen. Städte sind so etwas wie Treiber für das Anthropozän. Zu den greifbaren Veränderungen zählen die 50 Milliarden Tonnen Kohlendioxid, die Menschen inzwischen jährlich in der Atmosphäre freisetzen, vor allem um Städte mit Energie und Industrieprodukten zu versorgen; die 68 Milliarden Tonnen Rohstoffe, die allein im vergangenen Jahr aus Bergwerken gefördert und in Produkten weltweit verteilt wurden; eine Bodenerosion, die gegenüber der natürlichen Erosion um ein Vielfaches beschleunigt ist, hauptsächlich aufgrund von Bautätigkeit und Landwirtschaft; sowie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, während Menschen in meist städtischen Laboratorien neue Lebensformen schaffen.

Wie sehr der frühere Kontrast von städtischer Kultur und ländlicher Natur verschwindet, zeigen Analysen des US-Geografen Erle Ellis. Demnach sind nur noch 23 Prozent der eisfreien Landfläche weitgehend vom Menschen unbeeinflusst. Der Großteil der Landfläche besteht bereits aus Siedlungen, Äckern, Weiden, Industriegebieten, also anthropogen gestalteten Landschaften, die Ellis „Anthrome" nennt. Heute sind also echte Naturflächen das, was früher Städte waren: Inseln. „Es ist veraltet, die Erde als natürliches Ökosystem zu sehen, das von Menschen gestört wird", sagt Ellis. Vielmehr sei die Erde bereits ein „Humansystem mit eingebetteten natürlichen Ökosystemen" geworden.

Heute sind echte Naturflächen das, was früher Städte waren: Inseln

Man könnte sogar noch weiter gehen und sagen: Im Anthropozän

wird die ganze Welt zur Stadt. Was früher als reine, unberührte Natur galt, wird in die menschliche Einflusssphäre eingemeindet. Alle Natur wird direkt oder indirekt von Menschen gestaltet, sie wird zur Kultur. In diesem Blickwinkel erstrecken sich die Städte bis tief hinab in die Ozeane, wo heute Fischtrawler mit Schleppnetzen ganze Schwärme einfangen und morgen Schaufelradbagger Seltene Erden abbauen könnten, damit Städter beim abendlichen Fischessen auf Plasmabildschirme schauen können, in denen die Metalle enthalten sind.

Diese „erweiterte Stadt" umfasst alle Stoffströme, die zwischen menschlichen Konglomerationen und dem restlichen Erdsystem bestehen. Jede sichtbare Stadt ist über ein weitgehend unsichtbares Netz von Pipelines, Handelswegen und Abfallströmen mit entfernten Erdregionen verbunden. Untereinander bilden die Siedlungen und Städte schon heute ein gewaltiges neues Ökosystem. Würde man den Rest der Erde wegschmelzen, also Ozeane, Landmassen, Gestein und Erdkern, und nur die Infrastruktur des Menschen samt Unterseekabeln übrig lassen, wäre ein überaus filigranes Gebilde zu sehen, die feinste und größte Skulptur, die je erschaffen wurde.

Untereinander bilden die Siedlungen und Städte schon heute ein gewaltiges neues Ökosystem

In den siebziger Jahren glaubten manche Umweltschützer noch, es würde reichen, alle Menschen in Städten zusammenzupferchen, um den Rest der Erde wieder zur Wildnis zu machen. Heute zeigt sich, dass die Urbanisierung im Gegenteil mit einer flächendeckenden Dominanz des Menschen über die Erde einhergeht. Städte sind nicht Rückzugsorte des Menschen, sondern das genaue Gegenteil: Zentralen, von denen aus Macht auf den Rest der Erde projiziert wird.

Globale Polis

Paul Crutzens Vorstoß, die heutige Erdepoche Holozän in Anthropozän umzubennen, wird von der Internationalen Kommission für Schichtenkunde, die geologische Erdzeitalter voneinander abgrenzt, inzwischen offiziell geprüft. Doch die Bedeutung dieses Denkmodells geht über die Geologie weit hinaus. Denn wenn man die Erde als menschlich gestalteten Lebensraum und letztlich als Stadt betrachtet, verschiebt sich die Perspektive auf viele aktuelle Debatten um Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Wenn die ganze Erde zu einer Art globaler Polis wird, bekommt auch die Pionierarbeit des russischen Geologen Wladimir Wernadski neue Aktualität. Er forderte bereits in den vierziger Jahren, dass der starke geologische Einfluss des Menschen auf die Erde den „Idealen der Demokratie" entsprechen solle.

Dieser Paradigmenwechsel ist ein gewichtiger Grund, warum in Deutschland nun das Haus der Kulturen der Welt in Berlin, die Max-Planck-Gesellschaft und das Deutsche Museum in einem vom Bund finanzierten Großprojekt das Anthropozän erkunden und erforschen wollen. Denn die Anthropozän-Idee wirft die Frage auf, wie ein Prozess einer langfristigen „Erdgestaltung" überhaupt aussehen könnte. In einer von Kurzfristigkeit und Schnelllebigkeit geprägten Welt fällt ein Denkmodell, das den Menschen auf der

Bild nur in Printausgabe verfügbar

geologischen Skala verortet, zunächst völlig aus dem Rahmen.

Das ist auch der Grund dafür, warum viele Menschen das Anthropozän einfach nur als Summe aller heutigen Umweltprobleme wahrnehmen. Betrachtet man die Erde als Stadt, fallen in der Tat zunächst hauptsächlich die Probleme ins Auge. Seit jeher gelten Städte als Sinnbilder von Schmutz und Naturfeindlichkeit. Das trifft auch auf viele Megalopolen von heute zu und auf jene Agrar- und Industrielandschaften, die entstehen, um sie zu versorgen. Zu Recht gelten Städte heute als mitverantwortlich für den Klimawandel – und Verkehrsstaus sind eines der stärksten Symbole von Energieverschwendung.

Doch die tradierten Grenzen von Kultur und Natur verschwimmen im Anthropozän auch auf andere, positivere Weise: So ist die Vielfalt an Tieren und Pflanzen in Städten viel größer als die meisten Menschen denken. Biologen haben festgestellt, dass in einer Stadt wie Frankfurt mehr Pflanzenarten vorkommen als im nahen „natürlichen“ Taunus. Berliner Stadtbienen produzieren doppelt so viel Honig wie Brandenburger Landbienen, weil die Stadt wärmer ist und es weniger Pestizide und „Maiswüsten“ gibt. Und ausgerechnet in der Bronx in New York haben Wissenschaftler kürzlich eine neue Froschart entdeckt. Das sind anekdotische Beispiele, doch sie zeigen das Potenzial an vielfältiger „Neonatur“, das in Städten steckt. Wichtiger noch ist, dass Städte auch beim Energieverbrauch punkten können: Größere Dichte und kürzere Wege haben das Potenzial, den Wärme- und Strombedarf deutlich niedriger zu halten als in ländlichen Siedlungsformen.

Neuerdings gewinnt auch die Nahrungsmittelproduktion in Städten wieder an Popularität: Kleingärten auf Dächern, Fischzuchtanlagen in Kellern, Gemüsebeete auf dem Balkon – das „Urban Farming“ hat großes Po-

Gemüseanbau in der Großstadt: Urban Farming im Battery Park in Manhatten, New York

tenzial, eine nachhaltige Welternährung zumindest zu komplementieren.

Wenn heute von „Smart Cities“ die Rede ist, dann zielt das hauptsächlich darauf ab, den Energie- und Stoffffluss innerhalb der Städte effizienter zu machen. Das ist ein guter Ansatz, doch im Anthropozän kommt es darauf an, den gesamten Fluss von Lebewesen und Materialien im Erdsystem im Blick zu haben. Dass grüne Lösungen erhebliche Probleme bergen können, zeigen Biokraftstoffe. Es wirkt für manchen Städter „grün“, statt fossilem Benzin Pflanzentreibstoff zu tanken, doch in Wahrheit verbergen sich dahinter oftmals negative Veränderungen auf dem Land in Form einer noch stärker industrialisierten Landbewirtschaftung.

„Smart Green Cities“ bedeutet daher, ein wirklich globales Denken in die Städte zu tragen. Für viele Städter sind heute Wifi, Smartphones und andere elektromagnetische Systeme die „erste Natur“, deren Wahrnehmung im Vordergrund steht. Funklöcher, die den Empfang behindern, werden millionenfach als schmerzlicher wahrgenommen als Löcher in Regenwäldern in weiter Ferne.

Funklöcher werden als schmerzlicher wahrgenommen als Löcher im entfernten Regenwald

Es ist aber eindeutig ein Hoffnungsschimmer, dass in Umfragen gerade Stadtbewohner ein erhöhtes Bewusstsein für den Wert einer intakten ökologischen Umwelt zeigen. Die Knappheit und Ferne von „echter Natur“ schaffen nicht nur Fremdheit, sondern offenbar auch eine produktive Sehnsucht. Dieses Gefühl gehört im 21. Jahrhundert zum kulturellen Reichtum: Wenn Städter von Natur träumen, muss das nicht romantisch sein. Es können auch wundersame Gebilde herauskommen wie jene „Superbäume“, die derzeit im Hafen von Singapur entstehen, oder die neuen Hängenden Gärten, die in Paris und anderswo die Hausfassaden zieren. Solche Orte sind Ansatzpunkte für ein Bewusstsein davon, wie das eigene Leben inmitten von Häusern, Mauern und Asphalt verbunden ist mit dem großen umgebenden Erdsystem.

Globale Gärtner

Für die Zukunft der „erweiterten Stadt“ aus Ökosystemen an Land und auf dem Meer ist mehr als Sehnsucht nötig: Es bedarf eines umfassenden ökologischen Wissens, das aufgeklärte Entscheidungen möglich macht. Wenn der Mensch wirklich aus den Städten heraus als eine Art Erdgestalter und Erdgärtner tätig werden soll, müssen Entscheidungen auf der Grundlage eines umfassenden Verständnisses des Erdsystems fallen. Davon sind wir aber noch weit entfernt.

Die Menschheit betreibt heute primitives Geo-Engineering, indem sie in riesigen Mengen Treibhausgase freisetzt, ohne die Effekte genau zu kennen. Sie geht einer primitiven Form der globalen Gärtnerei nach, indem sie Tier- und Pflanzenarten ausrottet, die Wissenschaftler noch nicht einmal beschrieben haben. Bis zu einer aufgeklärten geobiologischen Demokratie, in der die Menschheit zum „Hüter des Erdsystems“ (Crutzen) wird, ist noch eine ziemliche Strecke kultureller Evolution zu bewältigen.

Ausgerechnet Städte selbst könnten eine zentrale Rolle auf diesem Weg spielen. Während die Umweltbewe-

gung sich gerne auf Henry David Thoureaus „Walden“ bezieht, das in der Einsamkeit entstand, könnten die Umweltparadigmen der Zukunft in einer der Metropolen entstehen, die sich darum bemühen, ihren urbanen Stoffwechsel „green“ und „smart“ zu gestalten. Die Stadt erscheint in einem neuen Licht: Wenn der ganze Planet einschließlich der vom Klimawandel gestressten und überfischten Weltmeere zum „Humansystem“ wird, stellt sich die Frage nach ihrer eigenen Natürlichkeit neu. Wenn das Humansystem den Planeten dominiert, ist es selbst auf neue Weise Natur.

Städte wachsen also in dem Maße, wie sie sich über die Erde ausdehnen, zum neuen Teil der ökologischen Infrastruktur des Planeten heran. Wenn sich Städter selbst als Bewohner einer solchen neuen, anthropozänen Natur verstehen, gibt es vielleicht die größten Chancen, dass aus den Megaregionen der Zukunft heraus die richtigen Entscheidungen für einen positiven Verlauf des Anthropozäns fallen.

Solche Städter würden die „Umwelt“ insgesamt als ihre Infrastruktur verstehen, als eine Art grünes Sicherheitssystem, das lebenswichtig für sie ist. Polkappen und Gebirgsgletscher würden sie als Klimaanlagen der Metropolen auffassen, die Moore und Wälder als urbane CO_2-Speicher, die Meere als marine Vorgärten, die Netzwerke der Naturschutzgebiete als genetische Superhighways. Diese Zukunftsstädter würden für Gebäude eintreten, die selbst aussehen wie Superorganismen und die gezielt so gestaltet sind, dass sie nicht nur Menschen, sondern auch einer Vielzahl von Tieren und Pflanzen ein Zuhause geben.

Wenn künftig drei Viertel der Menschheit in Städten leben und dort ein Großteil des weltweiten Kapitals konzentriert ist, lässt sich mit einiger Sicherheit sagen, dass die Erde der Zukunft aus den Städten heraus entsteht. Und zugleich entsteht die Geologie der Zukunft: Das Baumaterial der Städte lagert sich ab. Tierarten, die mit Containerschiffen von einem Kontinent auf den nächsten gelangen, finden sich in ferner Zukunft als Fossilien wieder. Wenn Staudämme am Oberlauf von Flüssen Sedimente davon abhalten, ins Meer zu gelangen, verändert das die Geologie der Deltas massiv, wo fast immer Städte liegen.

Wenn drei Viertel der Menschheit in Städten leben, wird die Erde der Zukunft aus den Städten heraus entstehen

Anthropozän-Forscher wie der britische Geologe Jan Zalasiewicz weisen darauf hin, dass die Erdschichten, die unser Leben heute im Gestein der Erde zurücklassen werden, viel über uns erzählen werden. „Der Mensch gestaltet bereits die Bodenschichten um, die sich ablagern und ablagern werden. Dazu gehören auch neuartige künftige Bodenschichten, die wir heute Städte nennen“, sagt er. Womöglich werden nicht nur Archäologen, sondern auch Geologen der Zukunft rekonstruieren können, wie „smart“ und „green“ die Entscheidungen waren, die am Beginn des neuen Erdzeitalters namens Anthropozän gefallen sind.

CHRISTIAN SCHWÄGERL ist Biologe und Journalist. 2010 erschien sein Buch „Menschenzeit“, 2012 „11 drohende Kriege“ (mit A. Rinke).

Das Kommunale ist global

Der weltweite Klimawandel lässt sich nur durch Grüne Städte stoppen

Philipp Rode und Dimitri Zenghelis | **Geht es um Umweltfreundlichkeit und Energieeffizienz, sind Städte zu großen Laboratorien geworden, wo Theorien in die Praxis umgesetzt werden. Die urbanen Ökonomien sorgen dafür, dass sich Investitionen in grüne Innovationen und Geschäftsmodelle rechnen – zum Wohle der Metropolen wie der Erde insgesamt.**

Städte haben bei der Entstehung des anthropogenen Klimawandels zweifellos eine große Rolle gespielt, und sie werden ein zentraler Bestandteil der Lösung des Problems sein. Zwar sind weniger als zwei Prozent der Erdoberfläche von Städten bedeckt, doch auf dieser Fläche lebt die Hälfte aller Erdbewohner, und sie produzieren 70 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Prognosen besagen, dass der Anteil der Stadtbevölkerung bis 2050 mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen wird.

Zwischen CO_2-Emissionen und Einkommen besteht ein direkter Zusammenhang. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Städten generell höher als in ländlichen Gebieten und bewirkt eine höhere Pro-Kopf-Nachfrage bei den großen Emissionsquellen. Doch nicht alle Städte sind gleich. Es gibt riesige Emissionsunterschiede in Städten mit ähnlichem Pro-Kopf-Einkommen – Resultat der bei ihnen herrschenden klimatischen Gegebenheiten, ihres Energiemixes, ihrer unterschiedlichen Industrien und nicht zuletzt ihrer exportierten Emissionen. Die meisten Städte der industrialisierten Weltregionen stehen auf dem Papier deutlich besser da, als es ihre tatsächliche Lage hergibt, weil Emissionen, die aus ihrem materiellen Konsum anderswo entstehen, nicht mit eingerechnet werden.

Energieeffiziente Metropolen

CO_2-Emissionen haben aber auch mit Unterschieden in den Siedlungsstrukturen zu tun: Insgesamt ist der Pro-Kopf-Ausstoß in dichteren und kompakteren Städten niedriger. Zwar sind Städte keine autarken Einheiten, und sie sollten Verantwortung für ihre CO_2-intensiven Aktivitäten außerhalb ihrer Stadtgrenzen übernehmen. Doch einige Weltmetropolen scheinen vergleichsweise CO_2- und energieeffizient zu sein, ob man es nun an der Gesamtmenge des jeweiligen Ausstoßes oder pro Kopf misst. Paris, São

Paulo, London, Dhaka, Hongkong und Tokio gehören zu den Städten mit dem weltweit niedrigsten Grad an Energieintensität – etwa ein Viertel dessen, was die fünf energieintensivsten Städte verbrauchen, und weniger als die Hälfte des von der Weltbank auf der Basis von 50 Metropolen errechneten Durchschnitts.[1]

Städte mit begrenzter Ausdehnung haben meist einen niedrigen Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2. Ihre relative Effizienz verdanken sie geringeren Distanzen und einem höheren Anteil an grünen Transportmitteln; größerer Heizungs- und Kühlenergieeffizienz in Gebäuden dank des günstigeren Oberfläche-zu-Volumen-Verhältnisses von kompakten Gebäudearten; und einem geringeren Verbrauch von gebundener Energie für städtische Infrastruktur, weil diese intensiver genutzt wird.

Kompakte, geschickt gemanagte Städte mit intelligenter Infrastruktur können zudem auch attraktiver für Arbeiter und Angestellte sein als vorstädtische oder ländliche Siedlungen. Die Zentren von Paris, Rom, Barcelona und London, von New York, Singapur und Tokio sind Beispiele für kreative wachsende Innenstädte mit Zugang zu einer Vielzahl von Grünflächen und anderen Annehmlichkeiten. Neuere Forschungen haben ergeben, dass Städte mit hoher Dichte oft einen geringeren Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2 haben, vorausgesetzt, sie verfügen über ein gutes öffentliches Verkehrssystem.[2] Kompakte Städte wie Wien oder Madrid haben eine weitaus höhere Bevölkerungsdichte und eine bessere Auslastung von öffentlichen Verkehrsmitteln als ausgedehnte Städte wie Atlanta oder Houston, mit entsprechend niedrigerem Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2 und einem sehr hohen Grad an Lebensqualität.

Vorteile hoher Dichte

Mit kürzeren Transportwegen und einer weniger weitläufigen Stromінfrastruktur sparen Städte mit höherer Dichte Betriebskosten, die im Jahr für den Durchschnittshaushalt Tausende von Dollar betragen können. Das Leben in den Vorstädten ist trotzdem weiterhin beliebt, weswegen dichte Städte sorgfältig geplant werden müssen, um auch jene anzulocken, die Wohlstand schaffen und sich aussuchen können, wo sie dies tun. Ohne koordinierte Planung riskieren Städte, sich eine langlebige CO_2-intensive Infrastruktur zu geben, die sich nur unter großem Kostenaufwand umrüsten ließe. Es überrascht daher nicht, dass die Städte, die heute als grüne Vorreiter gelten, auf eine lange Geschichte der langfristigen und integrierten Planung zurückblicken, vor allem in Sachen Landnutzung und öffentliches Verkehrssystem.

Städte, die heute als grüne Vorreiter gelten, blicken meist auf eine lange Geschichte integrierter Planung zurück

Dabei zahlt es sich meist für Städte auch wirtschaftlich aus, Treibhausgase strategisch zu verringern. Solche Maßnahmen können die Effizienz steigern und Städten helfen, weniger zu verschwenden und Kosten zu senken. Städte bieten ein einzigartiges

[1] Weltbank, Cities and Climate Change: An Urgent Agenda, Washington, DC 2010.
[2] Daniel Hoornweg, Lorraine Sugar und Claudia Trejos Gomez: Cities and Greenhouse Gas Emissions: Moving Forward, Environment & Urbanization, Bd. 23.1 (2011), S. 207–227.

Umfeld, um neue Ideen und Prozesse zu entwickeln, Theorien in die Praxis umzusetzen und Innovationen voranzutreiben. Das fördert die Entstehung von Expertise-Clustern, vor allem in den wissensintensiven grünen Wirtschaftszweigen. Städte sind im Kampf gegen den Klimawandel zu Laboratorien geworden: Erfahrung und Lerneffekte führen zu weiteren Innovationen, die Kosten für neue Technologien sinken. Integrierte Recycling-Kreisläufe, Methanvermeidung und Kraft-Wärme-Kopplung sind Verfahren, die auf einem direkten Zugang zu neuen Technologien, fähigen Ingenieuren und Installationsexperten basieren; in einem kompakten städtischen Umfeld ist dieser Zugang am ehesten gegeben.

Städte sind zu Laboratorien geworden, Erfahrung und Lerneffekte führen zu weiteren Innovationen

Die mit Urbanisierung einhergehenden Skalenökonomien bedeuten, dass sich für Städte grüne Investitionen lohnen: in ein integriertes öffentliches Verkehrssystem, in Wasser- und Abwassersysteme, in Mautmodelle, intelligente Stromnetze oder dezentralisierte Energienetzwerke. In urbanen Ballungsräumen werden schon jetzt zehnmal mehr Patente im Bereich der erneuerbaren Energien angemeldet als in ländlichen Regionen.

Darüber hinaus zeitigt Klimapolitik auf kommunaler Ebene zusätzliche Nutzeffekte. Reduziert man zum Beispiel die Feinstaubbelastung, senkt man damit auch die Gesundheitskosten; reduziert man die Abfallmengen, führt das zu einem attraktiveren Umfeld (weil beispielsweise Mülldeponien wegfallen); wenn man auf importierte Energie und Rohstoffe verzichtet, schafft man Energiesicherheit.

Grüne Investitionen stimulieren

In Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs können solche Programme Arbeitsplätze schaffen und stimulierend wirken, vor allem in solchen Sektoren, deren Unternehmen sofort zur Tat schreiten können, wie in Bereichen der energieeffizienten Gebäudesanierung, der Breitbandinfrastruktur und der Umrüstung von Betrieben. Verbessert man die Vegetation und erhöht man die Zahl von Grünflächen, senkt man nicht nur den Wärmeinseleffekt, sondern verbessert auch den Schutz gegen Überschwemmungen.

Der Grund für die Einführung von Bogotás TransMilenio-Bussystem war vor allem die dringende Notwendigkeit, kostengünstige öffentliche Verkehrsmittel mit hohen Kapazitäten bereitzustellen, um Staus zu vermeiden und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Tatsächlich wurden nicht nur die Staus in Stoßzeiten um bis zu 40 Prozent verringert und die Fahrtzeiten verkürzt. Auch die CO_2-Emissionen wurden gesenkt.[3]

Transport macht etwa 22 Prozent der weltweiten energiebezogenen Treibhausgasemissionen aus. Von etwa zehn Milliarden Fahrten, die jeden Tag in urbanen Ballungszentren auf der ganzen Welt gemacht werden, geht ein großer und wachsender Anteil auf das Konto der CO_2- und energieintensiven Privatfahrzeuge. Der Pendlerverkehr und die ihn tragenden

[3] Ricardo Montezuma: The Transformation of Bogotá, Colombia, 1995–2000: Investing in Citizenship and Urban Mobility, Global Urban Development Magazine, Bd. 1.1 (2005), S. 6.

Verkehrssysteme waren bisher in weiten Teilen verschwenderisch und ineffizient. Selbst innerhalb der Europäischen Union, einem hochgradig urbanisierten Umfeld mit ehrgeizigen, politisch vorangetriebenen Emissionszielen, stiegen die transportbezogenen CO_2-Emissionen zwischen 1990 und 2006 um erstaunliche 36 Prozent (in anderen Bereichen wurden wenigstens bescheidene Einsparungen erreicht).[4]

In Großbritannien beispielsweise sind die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel im Verhältnis zu privaten Fahrzeugen in den vergangenen 20 Jahren stark gestiegen, wobei die von verstopften Straßen verursachten Vergeudungen noch hinzukommen. Staus verursachen in dem Land jährlich Verluste von schätzungsweise acht bis neun Milliarden Euro. In Entwicklungsländern mit rapide wachsenden Städten, die mit dem Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Motorisierung nicht Schritt halten können, sind die Kosten sogar noch höher. Verkehrsstaus in Buenos Aires kosten schätzungsweise 3,4 Prozent des örtlichen BIP, in Mexiko-Stadt 2,6 und in Dakar 3,4 Prozent.[5]

Zeitverlust, vergeudete Energie, ein höheres Unfallrisiko und negative Auswirkungen auf die Lebensqualität sind starke Gründe für Strategien zur Stauverringerung. Londons City-Maut hat zwischen Februar 2003 und Februar 2004 die Staus um geschätzte 30 Prozent verringert, verglichen mit dem gleichen Zeitraum in den Jahren davor. Die CO_2-Emissionen innerhalb der Mautzone wurden um 19,5 Prozent reduziert. Mexiko-Stadt und Bogotá haben ebenfalls Beschränkungen eingeführt – mit messbarem Erfolg bei der Staubekämpfung und bei der Luftqualität. Effiziente, bezahlbare und verlässliche öffentliche Verkehrsmittel haben die Attraktivität von Privatfahrzeugen weiter verringert. In den vergangenen Jahren haben viele organisch gewachsene Städte der nördlichen Erdhalbkugel wie Kopenhagen, Amsterdam, London und New York in ein fahrrad- und fußgängerfreundliches Umfeld investiert.

Selbst innerhalb der Europäischen Union sind transportbezogene CO_2-Emissionen gestiegen

Sauberer Strom

Die Strom- und Heizwärmeproduktion trägt 37 Prozent zu den globalen energiebezogenen Emissionen bei. Einige Städte haben verstärkt in saubere Strom- und Heizwärmeproduktion investiert, zum Beispiel in Photovoltaik-Anlagen (PV) auf Dächern, an Gebäudefassaden oder auf speziell dazu vorgesehenen Flächen. In Freiburg bedecken PV-Anlagen 13 000 Quadratmeter der Gebäudeflächen, einschließlich des Hauptbahnhofs. San Francisco unterhält die größte städtische Solarstromanlage der USA. Weitere Möglichkeiten bietet die Windenergie, mit Turbinen, die außerhalb der Stadtgrenzen stehen. Der London-

[4] Europäische Kommission: EU 27 CO_2 emission by sector, siehe: http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/figures/pocketbook/doc/2007/2007_environment_en.xls.

[5] Siehe The Eddington Transport Study: The case for action – Sir Rod Eddington's advice to Government, Dezember 2006, Executive Summary, S. 5, UK Department for Transport, www.dft.gov.uk/162259/187604/206711/executivesummary; Weltbank, Cities on the Move: A World Bank Urban Transport Strategy Review, Washington, DC 2002.

Array-Offshore-Windturbinenpark ist ein Beispiel dafür; er soll eine Energieleistung von 1000 Megawatt erwirtschaften, genug, um 750 000 Haushalte zu versorgen.

Kopenhagens Bezirksheizungssystem fängt die bei der Stromproduktion anfallende Hitze auf, die normalerweise einfach als heißes Wasser ins Meer fließen würde. Damit hat Kopenhagen die Emissionen verringert und die Kosten pro Haushalt um jährlich 1400 Euro gesenkt. Schätzungen zufolge sparen die Menschen im Ballungsraum Portland jährlich 1,47 Milliarden Euro – durch gezielte Veränderungen in der Flächennutzung und beim Verkehrssystem. Dazu gehören eine vorsichtige Steigerung der baulichen Dichte, Stadtbahnverkehr sowie fahrrad- und fußgängerfreundliche Maßnahmen. In vielen europäischen Städten liegt die Recyclingrate des einheimischen Abfalls bei 50 Prozent, in Kopenhagen landen sogar nur 3 Prozent auf Müllkippen.

In vielen europäischen Städten liegt die Recyclingrate bei 50 Prozent, in Kopenhagen sogar bei 97 Prozent

Kritische Masse

25 Prozent der globalen energiebezogenen CO_2-Emissionen stammen von Gebäuden. Strengere Bauauflagen und verpflichtende Energiezertifikate sowie Steueranreize und Darlehen hatten bereits einen messbar positiven Effekt auf den Energieverbrauch in einer Reihe europäischer und amerikanischer Städte.

Mit integrierten Technologien werden Städte effizienter funktionieren und ihren Verbrauch stärker vergemeinschaften. Städte bieten die kritische Masse potenzieller Kunden für ein weites Spektrum auf IT basierenden Dienstleistungen, die auf komplexen physischen Infrastruktursystemen fußen (wie Straßen, Schienen, Kabel oder Versandzentren). Eine digitale Breitband-Infrastruktur kann Menschen mit Menschen, Menschen mit Systemen und Systeme mit Systemen verbinden; sie ermöglicht Städten und ihren Bewohnern, fast in Echtzeit auf sich verändernde Bedingungen zu reagieren. Verbesserte Kontroll- und Messmethoden für die Verteilungsmuster beim Fluss von Ressourcen werden zukünftig die Entscheidungen für Infrastrukturinvestitionen verbessern. Schon heute sind intelligente Verkehrssysteme im Gebrauch, um Staus in den Griff zu bekommen, um Straßennutzungsgebühren erheben zu können oder um Informationen über Verkehrsprobleme in Echtzeit zu erhalten – Beispiele hierfür sind Stockholms Stau- und Singapurs elektronisch erhobene Straßenmaut. Amsterdam probiert gerade intelligente Arbeitszentren aus, in denen Arbeitnehmer örtliche Büroanlagen nutzen können, anstatt in ihr Hauptbüro pendeln zu müssen.

Aus politischer Sicht geht es allerdings nicht nur um die Infrastruktur für Straßen, Busse und Schienennetze; es geht auch um deren Kosten, um Management, die Regulierung der Ansiedlung von Haushalten, die Nutzung von Autos und um Stadtplanung. Es geht auch um die Art der Arbeitsplätze und die Praxis der physischen Anwesenheit am Arbeitsplatz. Fast immer geht es dabei in irgendeiner Form um Netzwerke, in denen die Entscheidung eines Individuums – wo es wohnt, wie es sich fortbewegt, wie es interagiert und wie

Bild nur in Printausgabe verfügbar

es pendelt – einen großen Einfluss auf andere hat.

Wenn es schon Anzeichen dafür gibt, dass reichere Städte auch Grünere Städte sein können, warum wird dann nicht mehr in klimafreundliches Wachstum investiert? Erstens zahlen sich Investitionen in Energieeffizienz nicht unmittelbar aus. Liquiditätsengpässe und begrenzter Kapitalzugang schließen deshalb vielleicht so manche langfristig profitable Investition von vorneherein aus. Zweitens sind die Gewinne aus der Energieeffizienz noch nicht vollends verstanden worden. In dem Maße, in dem fossile Energieträger und andere knappe Ressourcen teurer werden und in dem die Politik stärker gegen Verschwendung durchgreift, dürfte sich dies ändern.

Widersprüchliche Anreize

Doch selbst da, wo es in der Vergangenheit klare Vorteile gab, hat eine Reihe von Hindernissen optimale Investitionen in die Ressourceneffizienz bisher verhindert. Häufig existieren widersprüchliche Anreize, dann nämlich, wenn die Gewinne aus Energieeinsparungen nicht der Person oder Gruppe zugute kommen, die investiert (zum Beispiel der Vermieter, die Baufirma, der Immobilienhändler). Energieeffiziente Ausstattung ist oft teurer als die weniger effizienten Alternativen, und selbst wenn der Amortisierungszeitraum kurz ist, gibt es manchmal einen finanziellen Engpass bei der Anfangsinvestition (vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen). Häufig gibt es Kosten, die mit den Erfordernissen von Management und Entscheidungsfindung zusammenhängen, die durch den Zusammenschluss vieler eingespart werden könnten; der Zeitaufwand, den eine Million Einzelpersonen darauf verwenden, den Amortisierungszeitraum für einen Boiler oder ein anderes Haushaltsgerät zu errechnen, entfiele, wenn gesetzliche Standards für die Minimaleffizienz eingeführt wür-

Radlerparadies: Das Barometer am Rathausplatz in Kopenhagen, Europas fahrradfreundlichster Hauptstadt

den – ineffizienten Produkten wäre dann mit einem Schlag der Zugang zum Markt verwehrt.

Schwache Überprüfungs- und Messsysteme machen es schwer, die Gewinne aus Investitionen in Effizienz zu beziffern. So fehlt zum Beispiel ein intelligenter Messapparat, der den Konsumenten in Sachen Energieverbrauch und -verschwendung anleitet – was den Anreiz zu investieren mindert. Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien sind oft langwierig, spekulativ und mit vielen Risiken behaftet, und die Wissensüberschüsse sind schwer zu beziffern und zu patentieren. Deshalb fällt Innovation oft hinter das zurück, was sozial wünschenswert wäre. Schließlich ist es auch der Mangel an Fachkräften und Expertise, der eine Umwandlung des städtischen Umfelds so teuer macht. Vor kurzem musste eine Initiative für mehr Energieeffizienz in Australien zurückgefahren werden, weil sich nicht genügend Installationsingenieure fanden.

Um diese Hindernisse zu überwinden, bedarf es einer Mischung aus politischen Maßnahmen und eines klaren Bekenntnisses des öffentlichen Sektors zur grünen Transformation. Mit Unterstützung der Politik können innovative Unternehmen die wachsenden neuen Geschäftsmöglichkeiten im Bereich der Niedrig-Karbon-Technologien nutzen, die über großes Potenzial verfügen.[6] Viele erfolgreiche Städte werden sich immer mehr auf hochklassige Dienstleistungen wie Umwelt-Consulting spezialisieren. Natürlich variieren die Möglichkeiten von Stadt zu Stadt, je nach Einkommensniveau, politischen Rahmenbedingungen, Zusammensetzung der Industrien und Möglichkeiten für CO_2-effiziente Verkehrssysteme.

Städte sind komplexe, heterogene Einheiten, die einige Gemeinschaftsgüter teilen. Es gibt keine Patentlösung für alle, doch Städte haben einen gewissen Spielraum, um ihre Effizienz zu steigern, mehr erneuerbare Ressourcen einzusetzen und das Umfeld für Innovationen zu verbessern – mit großem ökonomischem und ökologischem Gewinn. Von den Investitionen und strategischen Entscheidungen der nächsten Jahre hängt ab, wo auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft die Gewinner und Verlierer zu Hause sind.

PHILIPP RODE ist Executive Director und Senior Research Fellow des LSE Cities Institutes der London School of Economics (LSE).

DIMITRI ZENGHELIS ist Senior Visiting Fellow der LSE und Senior Economic Advisor von Cisco's long term innovation group.

[6] Siehe PriceWaterhouseCooper: A hybrid carbon tax and trade scheme (2009); UNEP/Bloomberg New Enery Finance: Global Trends in Renewable Energy Investment 2011.

Von der Industriebrache zur Ökoidylle

Grüne Städte in China: ein Streifzug

Kristina Simons | **Chinas Wirtschaft wächst rasant. Millionen Menschen ziehen vom Land in die Städte. Sie brauchen Gebäude, Infrastruktur, Wasser, Nahrung, Arbeit. Das für ungebremsten Energieverbrauch und CO_2-Ausstoß bekannte Land sucht mit neuen Ökostädten vom Reißbrett nach zukunftsfähigen Konzepten. Zum Beispiel mit der Tianjin Eco-City.**

Parklandschaften, Promenaden und Täler schlängeln sich zwischen Wohngebäuden hindurch. Eine „grüne Lunge" gibt der Stadt und ihren Bewohnern Luft zum Atmen. Menschen flanieren durch einen 50 Meter breiten und zwölf Kilometer langen Grünstreifen, der sich wie ein „grünes Rückgrat" von Süd nach Nord durch die ganze Stadt zieht und Wohngebiete sanft mit Geschäftszentren verbindet. Ein klarer, sauberer See lädt zum Baden und Entspannen ein. Wasserstraßen sorgen wie das viele Grün für das ökologische Gleichgewicht der Stadt und die Lebensqualität der Bewohner. Vor allem Fußgänger und Radfahrer teilen sich die Straßen, Autos sind nur vereinzelt unterwegs. Die Luft ist klar.

Wie mit dem Weichzeichner skizziert scheint das, was schon in wenigen Jahren Realität werden soll. „Sino-Singapore Tianjin Eco-City" heißt das gemeinsame Projekt der Regierungen Chinas und Singapurs. Angesichts smoggetränkter Städte wie Peking oder Schanghai, in denen sich die Menschen mit Mundschutz vor Gestank und Abgasen zu schützen versuchen, klingt es eher wie ein Hirngespinst. Doch die Tianjin Eco-City könnte die erste Ökostadt im Reich der Mitte sein, die nicht nur geplant, sondern tatsächlich auch gebaut wird.

Denn für die beiden zu gleichen Teilen beteiligten Regierungen ist es ein Prestigeprojekt. Im November 2007 unterschrieben Chinas Premier Wen Jiabao und Singapurs Ministerpräsident Lee Hsien Loong feierlich den Rahmenvertrag und beschworen darin eine „florierende Stadt, die sozial harmonisch, umweltfreundlich und ressourceneffizient ist – ein Modell für eine nachhaltige Entwicklung".

Blaupause für die Zukunft

Hier an Chinas Ostküste, rund 150 Kilometer von der Hauptstadt Peking und 40 Kilometer vom Zentrum der Metropole Tianjin selbst entfernt, be-

findet sich eine der am schnellsten wachsenden Regionen Chinas. Insgesamt 30 Quadratkilometer soll die Tianjin Eco-City umfassen, eine Fläche etwa so groß wie die ostfriesische Insel Borkum. Das Ökoidyll soll ausgerechnet dort entstehen, wo sich noch vor vier Jahren ödes, nichturbares Land ohne ausreichend Trinkwasser erstreckte. Wo nichts war außer unbrauchbaren Salzfarmen, verschmutzten Wasserflächen und sehr kalkhaltige Erde. Eine verseuchte und stinkende Industriebrache.

Ganz bewusst habe man sich für eine solche Gegend entschieden, erklärt Ho Tong Yen, Geschäftsführer der Sino-Singapore Tianjin Eco-City Investment and Development Co. Ltd. (SSTEC), die den Masterplan entworfen hat. „Wenn es unter solch extremen Bedingungen gelingt, eine Ökostadt zu bauen, dann wird das mit großer Wahrscheinlichkeit überall gelingen." Die Tianjin Eco-City soll eine Blaupause für andere Städte in China sein, ein praktisches, finanzierbares, überall reproduzierbares und anpassungsfähiges Modell für die Zukunft. Zudem würden viele Ökoprojekte weltweit dafür kritisiert, dass sie auf Kosten von Ackerland oder einer reichhaltigen Artenvielfalt gebaut werden. Das habe man hier vermeiden wollen.

Das rasante Wirtschaftswachstum wird bis 2025 rund 350 Millionen Menschen vom Land in die Städte treiben

In den vergangenen vier Jahren ist in der Tianjin Eco-City schon einiges passiert: Der Boden wurde renaturiert, das verdreckte Wasser von Schwermetallen gereinigt, Grün gepflanzt. Im März dieses Jahres sind die ersten Bewohner eingezogen. Auf das versprochene Idyll müssen sie allerdings noch etwas warten. Vorerst rattern hier die Bohrer, prägen Kräne die Silhouette und klaffen riesige Baugruben in der Erde. Ende 2013 soll der erste Bauabschnitt fertig sein, in den 2020er Jahren dann die ganze Ökostadt – und damit eine neue Heimat für 350 000 Menschen.

Spitze bei Kohle und Erneuerbaren

Für China ist es höchste Zeit zu handeln. Das rasante Wirtschaftswachstum treibt nicht nur den Energiehunger des Landes in schwindelerregende Höhen, sondern auch Millionen Menschen vom Land in die Städte – 350 Millionen werden es nach Schätzung der Unternehmensberatung McKinsey bis 2025 sein. Sie brauchen Gebäude, Infrastruktur, Wasser, Nahrung, Arbeit. Und sie verursachen CO_2, Verkehr und Müll. Metropolen wie Peking oder Schanghai drohen schon jetzt aus allen Nähten zu platzen.

Das enorme Wirtschaftswachstum hat bereits tiefe Spuren hinterlassen und massive Umweltprobleme nach sich gezogen: verschmutzte Luft, verdreckte Flüsse, zerstörte Böden, zu wenig Trinkwasser, immer knapper werdende Energieressourcen. Kein Land verbraucht derzeit so viel Energie und stößt so viel CO_2 in die Atmosphäre wie China – hier entsteht mittlerweile fast ein Viertel der weltweiten CO_2-Emissionen.

Zwar tragen auch ausländische, nicht zuletzt europäische Firmen mit dazu bei, weil sie, dann befreit von den CO_2-Obergrenzen des Kyoto-Protokolls, nach China abgewandert sind. Doch auch das Land selbst stößt viel zu viel CO_2 aus.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Gleichzeitig ist China Spitze beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Zwar gehen nirgendwo auf der Welt mehr neue Kohlekraftwerke ans Netz. Doch wurde laut Greenpeace International 2010 erstmals noch mehr Geld in erneuerbare Energien gesteckt – mehr als in allen anderen Ländern der Welt. „Die Hälfte aller weltweiten Windkraftanlagen wird inzwischen in China gebaut“, sagt Sven Teske, Energieexperte bei Greenpeace International. Umwelttechnologien sind auch in China zum Wirtschaftsfaktor geworden. Etwas anderes kann sich das mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichste Land der Erde schlicht nicht mehr leisten. „China treibt den Ausbau der erneuerbaren Energien allerdings weniger aus ökologischer Überzeugung voran als vielmehr aus ökonomischer Notwendigkeit“, so Teske. Chinas Wirtschaftswachstum sei bislang vor allem abhängig von Kohle. Doch wie lange die Vorräte noch reichen, sei ungewiss. „Mittlerweile werden 50 Prozent der Schienen nur für den Kohletransport genutzt“, so Teske. „Die sind schon jetzt völlig überlastet.“ Zudem sei der Bau von Windkraftanlagen einfacher und günstiger als der neuer Kohlekraftwerke.

Grüne Lunge: Tianjin Eco-City könnte Chinas erste Ökostadt sein, die nicht nur geplant, sondern auch gebaut wird

Ökologisches und soziales Idyll

Auch in der Tianjin Eco-City sollen, um die CO_2-Emissionen zumindest etwas in Schach zu halten, bis 2020 erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Erdwärme 20 Prozent des Energiebedarfs decken und bis 2013 außerdem 60 Prozent des Abfalls recycelt werden. Es soll eine kompakte Stadt der kurzen Wege werden, in der Fußgänger und Radfahrer Vorrang haben vor dem motorisierten Verkehr und umweltfreundliche Nahverkehrsbahnen und Elektrobusse vor Autos. Geht es nach den Masterplanern, werden hier neun von zehn Wegen „grün“ zurückgelegt. Entsalztes Meerwasser und recyceltes Abwasser sollen die

Hälfte des Trinkwasserbedarfs der Stadt decken. Alle Gebäude sollen energieeffizient sein und grünen Baustandards entsprechen, also besonders wärmegedämmt sein, doppelverglaste Fenster und wassersparende Armaturen haben. Das Duschwasser soll solarthermisch erhitzt und für die Toilettenspülung halb aufbereitetes Grauwasser genutzt werden.

In den über die Stadt verteilten Business Parks sollen vor allem Unternehmen aus den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltigkeit ansiedeln, CO_2-intensive Industrien hingegen verbannt werden. Der niederländische Philips-Konzern will in der Eco-City besonders energieeffiziente Leuchtsysteme testen, General Motors fahrerlose Elektroautos und das schwedische Unternehmen Envac ein druckluftbetriebenes unterirdisches Transportsystem für Abfälle, das abgasintensive Mülltransporte überflüssig macht. Die Gewerbezentren sind bewusst in der Nähe der Wohngebiete geplant, um Menschen und Umwelt lange Arbeitswege zu ersparen. Mindestens die Hälfte der Werktätigen soll hier einen Job finden.

Lediglich ein paar Windturbinen zeugen noch von den ehrgeizigen Plänen in Dongtan

„Soziale Harmonie“ spielt bei anderen Ökostadtprojekten bislang keine besondere Rolle. Anders in der Tianjin Eco-City. Die künftigen Bewohner sollen aus allen gesellschaftlichen Schichten kommen. Mindestens ein Fünftel der Unterkünfte soll deshalb öffentlich gefördert werden und für finanziell schlechter gestellte Menschen erschwinglich sein. Darüber hinaus wird die ganze Stadt zu 100 Prozent barrierefrei geplant und allen Bewohnern sollen in einem Radius von 500 Metern Erholungs- und Sportstätten zur freien Verfügung stehen.

Wunsch und Wirklichkeit

Die Tianjin Eco-City ist nicht das erste Ökostadtprojekt im Reich der Mitte. Schon zur Expo 2010 wollte China mit Dongtan seine erste Stadt der Zukunft präsentieren: eine CO_2-freie Musterstadt, in der Ökologie und Ökonomie mit Wohn- und Lebensqualität eng verzahnt sein sollten und die sich selbst mit Nahrung, Wasser und erneuerbarer Energie versorgen sollte. Dongtan liegt am östlichen Rand der Jangtse-Insel Chongming in der Nähe von Shanghai. Die Insel ist nicht nur bekannt für ihr Vogelschutzgebiet, sondern auch für zahlreiche Umweltsünden. Wälder wurden abgeholzt, Ufergebiete urbanisiert, Staudämme gebaut. In der Folge versandete der Jangtse immer mehr, das Wasser ist hier besonders verschmutzt. Am Ende der ersten Bauphase 2010 sollten in Dongtan bereits 30 000 Menschen leben, schließlich sogar eine halbe Million.

Doch das Projekt ist mittlerweile Vergangenheit, schon im Programm der Expo tauchte es irgendwann gar nicht mehr auf. Lediglich ein paar Windturbinen zeugen noch von den ehrgeizigen Plänen. Offiziell hieß es, das Vogelschutzgebiet auf Chongming sei durch Dongtan gefährdet gewesen. Auch Finanzierungsprobleme und Korruptionsvorwürfe gegen federführende Politiker dürften mit für das vorzeitige Ende der Vorzeigestadt gesorgt haben. In der Tianjin Eco-City habe man die Finanzierung und die korrekte Umsetzung der Baumaßnahmen im Auge, betont Ho. Schließlich

sei das Projekt auf Regierungsebene angesiedelt und werde unter anderem von den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chinas und Singapurs sowie von Ministern und höheren Beamten regelmäßig begutachtet.

Die jeweiligen Fortschritte würden zudem anhand von 22 quantitativen und vier qualitativen Leistungsindikatoren gemessen. Sie wurden von beiden Regierungen gemeinsam festgelegt und decken alle Nachhaltigkeitsaspekte ab, beispielsweise die Wasserqualität, die Recyclingrate oder den Anteil erneuerbarer Energien.

Für die Tianjin Eco-City stehen die Chancen auf Verwirklichung also recht gut. „Sie gilt unter den mittlerweile über 260 Städten und Distrikten, die sich selbst zur Eco-City erklärt haben beziehungsweise eine Eco-City-Strategie verfolgen, immer noch als Vorreiter“, sagt Jonas Russbild von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Peking. „Allerdings wurden bei Planung und Umsetzung auch hier einige offenkundige Fehler begangen“, ergänzt er.

So sei anzunehmen, dass die hochqualifizierten und ausländischen Arbeitnehmer, die in den CO_2-armen Wirtschaftszweigen arbeiten sollen, lieber im Zentrum von Tianjin leben wollen statt in der Eco-City. Denn sie biete nicht genügend Lebensqualität und Kultur. „Die Menschen werden also eher die längere Anreise zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf nehmen, damit aber zusätzlichen Verkehr erzeugen. Das ist nicht sehr öko“, so Russbild.

Dass die Bewohner der Tianjin Eco-City über Nacht ihr grünes Bewusstsein entdecken, davon geht auch SSTEC-Chef Ho nicht aus. „Wir setzen jedoch darauf, dass sie langfristig umdenken werden.“ Um das zu befördern, habe man in der Eco-City beispielsweise eine neue internationale Schule gebaut, die unterschiedliche erneuerbare Energien erfahrbar machen soll und in der die Kinder zu Nachhaltigkeit erzogen würden. „Die gut erreichbaren öffentlichen Verkehrsmittel sollen die Menschen zudem ermuntern, das private Auto stehen zu lassen.“

Von Dongtan und Co. hat man in Tianjin augenscheinlich gelernt, sich nicht allzu hohe Ziele zu setzen

Von Dongtan und Co. habe man wahrscheinlich vor allem gelernt, sich nicht zu hohe Ziele zu stecken, sagt Roland Winkler, der sich mit seiner Unternehmensberatung Sinogy China Consulting unter anderem mit nachhaltiger Stadtplanung und energieeffizientem Bauen in China beschäftigt. „Die ökologischen Ziele sind in der Tianjin Eco-City vergleichsweise weniger ambitioniert als bei anderen Ökostadtprojekten in China.“ Von CO_2-frei ist hier zum Beispiel keine Rede. „Doch zumindest wird dort tatsächlich etwas gebaut und die Menschen werden in einem etwas besseren Umfeld wohnen und arbeiten“, so Winkler. Wie die Umweltbilanz tatsächlich aussehe, wisse man erst in einigen Jahren. Und auch, wie idyllisch, grün und harmonisch die Ökostadt letztlich sein wird.

KRISTINA SIMONS arbeitet als freie Journalistin in Berlin mit den Schwerpunkten Energie und Umwelt, Nachhaltigkeit sowie Bauen und Wohnen.

Masdar City (Vereinigte Arabische Emirate)

Konzept: Das Ziel ist ehrgeizig: Auf einer Fläche von sechs Quadratkilometern soll Masdar City als erste CO_2 -neutrale Stadt der Welt entstehen. Vorbild ist die traditionelle Bauweise arabischer Siedlungen: schmale Gassen, eine enge Bebauung und eine optimale Lage der Stadt – durch ihre Positionierung zur Sonne – sollen garantieren, dass Schatten ihren maximalen Nutzen entfalten. Ferner sollen Windtürme als eine Art stromlose Klimaanlage und Brunnenanlagen Kühlung verschaffen. Der Energieverbrauch der Stadt soll im Vergleich zu dem in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gesenkt werden und benötigte Energie soll regenerativ sein, wobei Solarenergie die größte Rolle spielen soll. Die Fertigstellung ist für 2020 bis 2025 geplant; dann sollen 40 000 Einwohner in Masdar leben. Auch die International Renewable Energy Agency (IRENA) soll ihren Sitz in Masdar haben.

Realitätscheck: Mit der Wirtschaftskrise 2008 wurde das Budget für Masdar City gekürzt, der ursprüngliche Masterplan musste überarbeitet werden. Einige Teilprojekte wurden gestrichen, die Fertigstellung, die bei Projektbeginn für 2016 geplant war, wurde verschoben, und die Ziele, beispielsweise bei der Einwohnerzahl, wurden niedriger gesteckt. Rund 10 Prozent der Stadt sind bisher fertiggestellt, darunter Wohnungen, Straßen und Einrichtungen des Masdar Institute, einer forschungsorientierten Universität. Probleme in der Energiegewinnung zeigen sich vor allem bei der Solarenergie: Wüstenstaub beeinträchtigt die Funktionsweise und Leistung der Solarpaneele, die von Arbeitern per Hand gereinigt werden müssen. Auch weisen die Gebäude des Masdar Institute zwar niedrigere Werte beim Strom- und Wasserverbrauch auf; Vergleichsmaßstab sind aber die VAE, deren Städte generell einen hohen Ressourcenbedarf haben.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Prognose: Das Projekt ist ambitioniert. Auch wenn die Planer ihr Konzept in einer Art „Trial-and-Error"-Methode umsetzen und es stets an die realen Gegebenheiten anpassen wollen: Die geweckten Erwartungen konnten bisher nur unzureichend erfüllt werden. Der Erfolg Masdar Citys wird letztlich davon abhängen, ob so viele Menschen dort wohnen wollen, dass eine lebendige Stadt entsteht. Dabei kann es für die Bewohner Einschränkungen der gewohnten Lebensweise geben: So wird der Energieverbrauch mittels eines intelligenten Stromnetzes (smart grid) erfasst und falls notwendig auch kontrolliert (beispielsweise wird nach einigen Minuten die Dusche abgestellt). Die Frage stellt sich, ob das nachhaltige Konzept Masdar Citys ausreicht, damit Menschen sich mit der Stadt identifizieren können und dort leben wollen.

© Matilde Gattoni/ arabianEye/ Corbis

Songdo (Südkorea)

Konzept: Der Prototyp für die Grüne Stadt der Zukunft entsteht derzeit in Südkorea. Im Songdo International Business District wird seit 2004 am ehrgeizigsten und bislang teuersten privaten Bauvorhaben der Moderne gearbeitet. Mit rund 35 Milliarden Dollar Investitionsvolumen soll hier die Vision des grünsten Wirtschaftszentrums der Welt verwirklicht werden. Dem Gelben Meer wurden sechs Quadratkilometer Land abgetrotzt. Auf der künstlichen Insel in der Nähe von Seoul sollen Luxuswohnungen für 65 000 Menschen und 250 000 Arbeitsplätze entstehen, überwiegend für Pendler. Songdo versteht sich als „smart city“ und setzt auf „intelligente Urbanisierung“. „Zentrales Nervensystem“ der Stadt soll ihre mit modernster Sensortechnik ausgestattete technologische Infrastruktur werden. Von der Regulierung der Raumtemperatur bis zur Beleuchtung von Straßen sollen in Songdo sämtliche Lebensräume digital erfasst und mit dem Ziel der Minimierung des Energieverbrauchs gesteuert werden. Angesichts der permanenten Übermittlung von Standortdaten und der zentralen Regulierung des Verkehrs sollen in Songdo selbst Verkehrsstaus der Vergangenheit angehören. Zusätzlich werden in Wohnungen, Schulen, Büros, Einkaufszentren und Krankenhäusern Videotelekommunikationssysteme installiert, sodass die Bewohner überall und jederzeit verfügbar und ansprechbar sind. Dafür soll das amerikanische IT-Unternehmen Cisco Systems sorgen, dass über 47 Millionen Dollar in den nächsten sechs Jahren investieren will. Auch in Sachen Abfallbewirtschaftung könnte sich Songdo als bahnbrechend erweisen: Durch ein pneumatisches Abfallentsorgungssystem werden die Abfälle über ein Netzwerksystem aus Rohren direkt zur Deponie transportiert, und auch bei der anschließenden Wiederaufbereitung von Abwasser und Müll soll die Stadt internationaler Vorreiter werden. Denn im Vergleich zu herkömmlichen Städten dieser Größenordnung sollen der Wasserverbrauch um 30 Prozent und der städtische Abfall um 75 Prozent reduziert werden.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Realitätscheck: Im August 2009 wurde die erste Bauphase abgeschlossen. Derzeit wohnen 22 000 Menschen in der im Entstehen begriffenen Stadt. Ob der ursprünglich für 2015 anvisierte, dann auf 2017 verschobene Termin der Fertigstellung gehalten werden kann, ist derzeit nicht abzusehen.

Prognose: Bauherr Gale International plant, 20 weitere Städte dieser Art in China zu bauen. Allerdings wird sich erst im Alltag von Songdo erweisen, ob das permanente Monitoring vornehmlich als Erleichterung aufgefasst wird,

© Wikimedia Commons/ HunkinElvis

Curitiba (Brasilien)

Konzept: Die 1,9 Millionen Einwohner zählende Metropole im Bundesstaat Paraná ist der Beleg dafür, dass eine Grüne Stadt nicht unbedingt kostspieligen Hightechs bedarf. Vielmehr haben intelligente Stadtplanung und die Sensibilisierung der Bewohner Curitiba laut Latin American Green City Index (2010) zum Vorreiter Lateinamerikas gemacht – Folge eines konsequenten Politikwechsels in Antwort auf die massive Bevölkerungszunahme seit den sechziger Jahren. Neben dem oft gelobten öffentlichen Transportsystem („bus rapid transit“) hat das 1989 initiierte Recyclingprogramm neue Maßstäbe gesetzt; dabei entstand es aus einer finanziellen Notlage. Den politisch Verantwortlichen gelang es, die Bürger mittels eines bis dato einmaligen Anreizsystems für einen nachhaltigen Umgang mit Abfall zu gewinnen: An zentralen Sammelstellen wird Essen im Tausch mit gesammeltem Müll angeboten. Kinder können den Abfall gegen Schulartikel, Spielsachen oder Tickets für Veranstaltungen eintauschen. Mit rund 6800 Tonnen Abfall jährlich werden damit nicht nur die Stadtviertel von Müll gesäubert, sondern auch Nebenverdienste für Niedrigverdiener geschaffen. Mit annähernd 70 Prozent der Haushalte wies Curitiba über 20 Jahre die weltweit höchste Mülltrennungsrate auf. Seit 1989 steht zudem Umwelterziehung auf dem Lehrplan von Curitibas Schulen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Realitätscheck: Das umweltbewusste Verhalten der Bewohner Curitibas macht sich in vielen Bereichen bemerkbar. So liegt der Wasserverbrauch pro Kopf mit 150 Litern täglich weit unter dem Durchschnitt anderer lateinamerikanischer Vorbildstädte (264 Litern). Zudem liegt der Kraftstoffverbrauch durch die konsequente Nutzung des Nahverkehrssystems 23 Prozent unter dem brasilianischen Durchschnitt. 84 Prozent der benötigten städtischen Energie werden aus Wasserkraft gewonnen. Gleichwohl gibt es vor allem hinsichtlich des Energieverbrauchs noch ungenutztes Potenzial. So hat es die Stadtverwaltung bisher versäumt, Energieeffizienzkriterien für Gebäude aufzustellen. Darüber hinaus fehlen bis dato Anreize für Unternehmen und private Haushalte, ihren Energieverbrauch zu reduzieren.

Prognose: Curitiba scheint auch für die Zukunft gut gewappnet. Gleichwohl bleibt fraglich, inwieweit die ökologischen Errungenschaften mit dem weiterhin rasanten Wachstum der Stadt mithalten können. Angesichts einer Verdreifachung der Bevölkerungszahl innerhalb der vergangenen 20 Jahre und einer rapiden Ausdehnung der Stadtfläche nimmt der Zivilisationsdruck stetig zu.

© viewpress Vpi/ Demotix/ Corbis

New York (USA)

Konzept: 2007 hat Michael Bloomberg, New Yorks Bürgermeister, PlaNYC vorgestellt – ein Konzept, das sicherstellen soll, dass die Stadt auch bei steigenden Bevölkerungszahlen attraktiv bleibt und gleichzeitig nachhaltiger und umweltfreundlicher wird. Dazu hat sich New York bis 2030 eine Reihe konkreter Ziele gesetzt: So soll der CO_2-Ausstoß um 30 Prozent, die auf Deponien endende Müllmenge um 75 Prozent reduziert werden. Außerdem will die Stadt in Sachen Luftqualität die sauberste Großstadt Amerikas werden. Jährliche Berichte sollen dokumentieren, welche Fortschritte erzielt worden sind und wo noch nachgebessert werden muss. New Yorks Lage am Wasser ist dabei sowohl eine potenzielle Gefahr als auch eine Chance: Einerseits sind Teile der Stadt von steigenden Wasserpegeln bedroht, andererseits will die Stadt in Kooperation mit Unternehmen Unterwasserturbinen installieren und mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen.

Realitätscheck: New York hat einige Fortschritte erzielt: Seit 2005 wurden die Treibhausgasemissionen um 12 Prozent gesenkt, in den vergangenen fünf Jahren 500 000 Bäume in den Stadtvierteln gepflanzt. Der Wasserverbrauch wurde unter anderem dadurch gesenkt, dass Mitarbeiter der Stadt 200 000 Haushalte besucht haben, um undichte Rohre zu identifizieren und zu reparieren. Außerdem hat die Stadt Vermietern Darlehen zur Verfügung gestellt, um neue, wassersparende Sanitäranlagen zu installieren. Ungenutzte Flächen werden inzwischen in grüne Projekte eingebunden: Auf vielen Flachdächern sind so genannte „rooftop gardens“ entstanden. Und eine stillgelegte überirdische U-Bahnlinie, die Highline, ist inzwischen zum länglichen, schlangenartigen Park umgewidmet und bereits eine der Touristenattraktionen der Stadt. Weniger erfolgreich war New York bislang beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen: Trotz verschiedener Pilotprojekte ist beispielsweise noch kein durchschlagender Erfolg bei der Nutzung von Hydroenergie gelungen. Der Autoverkehr bleibt weiterhin ein großes Problem, und auch die Frage einer umweltgerechteren Müllentsorgung ist ungelöst. Kleinere PlaNYC-Projekte zur Reduzierung der Müllmenge haben wenig gebracht.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Prognose: PlaNYC ist ein breit angelegtes Konzept, mit teilweise sehr detaillierten Zielen und einer Vielzahl kleinerer Projekte. Es kommt darauf an, dass die Stadt nicht die übergeordneten Ziele aus den Augen verliert. Soll PlaNYC erfolgreich sein, muss New York darauf achten, dass sich die einzelnen Teile sinnvoll ergänzen und allen Bürgern gleichermaßen zugute kommen.

© Alan Copson/ JAI/ Corbis

Wachstum

Imme Scholz | **Wohlstand ist bisher immer mit Wirtschaftswachstum zusammen gedacht worden. Das muss anders werden, wenn die ökologischen und sozialen Grundlagen menschlicher Gesellschaften nicht unterminiert werden sollen. Neue Konzepte für die Messung von Wachstum liegen auf dem Tisch und bieten interessante Alternativen an.**

>> Ohne Wirtschaftswachstum ist kein Wohlstand möglich <<

Das ist heute wohl so. Wirtschaftswachstum ist in der öffentlichen Debatte zur wichtigsten Kennzahl geworden, um erfolgreiche Politik zu messen. Mit Blick auf die EU ist durch die Finanzmarktkrise und die damit zusammenhängende hohe öffentliche Verschuldung eine Debatte darüber entbrannt, wie sich öffentliches Sparen und Wirtschaftswachstum zueinander verhalten. Die konträren Positionen in dieser Debatte stellen das Ziel an sich – dass alles dafür zu tun sei, damit die Wirtschaft wachse – aber nicht in Frage.

Worauf beruht diese Fokussierung auf Wachstum? Eine wachsende Wirtschaft ist die Grundlage für Gewinne und damit für steigende Steuereinnahmen, mit denen die öffentliche Hand investieren – in Infrastruktur, in Bildung und Forschung, in internationale Zusammenarbeit – und umverteilen kann. Eine wachsende Wirtschaft sichert oder erhöht die Beschäftigung; damit wachsen die Beiträge zur Arbeitslosen- und zur Krankenversicherung. Wenn die Wirtschaft wächst und zukünftige Gewinne verspricht, dann entsteht Vertrauen in die Zukunft, das wiederum generiert neue Investitionen. Schließlich werden durch Wachstum und damit verbundene Gewinne auch die privaten und öffentlichen Einnahmen erwirtschaftet, die notwendig sind, um die Zinsen auf die Kredite zu zahlen, mit denen die Ausgaben für Investitionen und Konsum bezahlt wurden. Insbesondere in armen Ländern, deren Bevölkerungszahl steigt, ist Wachstum notwendig, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und ihre Bedürfnisse annähernd zu befriedigen.

Wachstum ist also sowohl für die wirtschaftliche Dynamik als auch für ihre Stabilität bedeutsam. Der Politik liefert Wirtschaftswachstum wichtige Gestaltungsmittel und wird deshalb zu einem wichtigen Ziel.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

>> Wachstum führt zu sozialen Fehlentwicklungen <<

Nicht unbedingt. Hinter dieser Aussage steht die Annahme, dass Wachstum zwar stattfindet, es aber mit einem Nullsummenspiel verbunden ist: Was die eine Stelle dazugewinnt, fehlt an der anderen. Mit Bezug auf die Verteilung der erzielten Gewinne lautet die These: Des einen Profit ist des anderen Verlust. Steigende Einkommen der einen Gruppe werden durch die Ausbeutung oder Schlechterstellung einer anderen bezahlt.

Kein Wohlstand ohne Wirtschaftswachstum – besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern mit rasch steigenden Bevölkerungszahlen. Straßenszene in Agra, Indien

Diese Analyse, die mit Karl Marx' Kritik am Kapitalismus im 19. Jahrhundert geschichtsmächtig wurde, schien mit den Umverteilungsprozessen der Nachkriegszeit in den OECD-Ländern zunächst überwunden. Nun gewinnt sie angesichts erneut zunehmender ökonomischer Ungleichheit (bei abnehmender Einkommensarmut weltweit) wieder an Zustimmung. Hinzu kommt, dass quantitative Erhebungen der subjektiven Lebenszufriedenheit eines zeigen: Man kann nicht von der Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf auf die Lebenszufriedenheit schließen. Diese sieht in den reicheren Ländern sehr unterschiedlich aus und korreliert eher mit der Gleichheit der Lebensbedingungen. Auch wächst die Lebenserwartung nicht linear mit dem BIP pro Kopf, wie die Statistiken des Human Development Index zeigen.

Heißt das also: Nicht Wachstum an sich führt zu sozialen Problemen, sondern die schlechte Verwendung der Gewinne? Dann würde es ausreichen, das Anwachsen der Einkommen Weniger zu verhindern und es stattdessen – über höhere Löhne, steuerfinanzierte Investitionen in soziale Dienstleistungen, in Bildung und Kultur usw. – auch der breiten Mehrheit zugutekommen zu lassen. Die Kritik geht jedoch tiefer, und sie bezieht sich auf die grundlegenden Mechanismen, die Wirtschaftswachstum erzeugen und Stabilität auf prekäre

Weise sichern: Der Einsatz von Kapital, Arbeitskraft und Ressourcen wird durch technologische Neuerungen kontinuierlich effizienter gemacht. Dadurch wird mit gegebenem Input ein höherer Output erzielt, das senkt die Kosten, regt die Nachfrage an und schafft die Voraussetzung für Wachstum. Diese Produktivitätssteigerung senkt aber auch die Nachfrage nach Arbeitskraft – die Expansion der Wirtschaft ist also notwendig, um diese Nachfrage an anderer Stelle wieder zu schaffen, Beschäftigung und den Konsum zu erhalten bzw. auszuweiten.

Was bedeutet das für saturierte reiche Ökonomien, in denen die materiellen Bedürfnisse der Menschen weitgehend befriedigt sind? Wie wachsen hier Beschäftigung und Konsum? Am Arbeitsmarkt ist erfolgreich, wer hoch gebildet ist und sich an die flexiblen, zeitweise langen und verdichteten Arbeitszeiten anpassen kann. Gleichzeitig nehmen gering bezahlte Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungssektor zu. Und der Konsum bleibt dynamisch, weil er durch Neuheiten, die stetige Verfeinerung des Geschmacks und die Schaffung neuer Bedürfnisse angeregt wird.

>> Ökologische Fehlentwicklungen sind vorprogrammiert <<

Stimmt leider. Die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Konsum hat auch eine materielle Seite: Die steigende Effizienz im Einsatz von Ressourcen senkt zwar den relativen Verbrauch von Rohstoffen, Wasser, Energie, aber sie verbilligt auch die Produkte und ermöglicht, mehr davon zu kaufen. Und so erklärt sich, dass das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern nicht vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden konnte: Die relative Effizienzsteigerung beim Ressourceneinsatz wird begleitet vom wachsenden absoluten Verbrauch (Rebound-Effekt). Ein Beispiel: Beim Telefonieren nutzen wir nicht mehr die schweren Bakelittelefone (einer pro Haushalt), sondern kleine, leichte Handys – jeder Haushalt verfügt über mehrere davon und erneuert sie in kurzen Zeitabständen, weil neue Geräte neue Anwendungsmöglichkeiten haben und einen sozialen Statusgewinn versprechen. Und außerdem sieht der Vertrag es ja so vor.

Viele Handys anstatt einem Familientelefon: So kann der Ressourcenverbrauch nicht wirklich gesenkt werden

Alle Kurven, mit denen die Belastung der Ökosysteme durch Schadstoffe gemessen wird, weisen seit der Nachkriegszeit einen stark ansteigenden Verlauf auf. 2009 haben führende Naturwissenschaftler neben dem Klimawandel weitere acht Bereiche (Versauerung der Ozeane, Süßwasserverbrauch, Landnutzung, Biodiversität, Stickstoff- und Phosphatkreisläufe, chemische Verschmutzung, Ozonschicht, Luftverschmutzung) identifiziert, in denen die menschliche Nutzung „planetare Grenzen“ bereits überschritten hat oder nahe dran ist, dies zu tun: „Vor allem wegen der schnell wachsenden Verbreitung fossiler Energieträger und industrieller Formen der Landwirtschaft hat die menschliche Naturnutzung heute ein Niveau erreicht, das die Systeme schädigen kann, die auf der Erde menschliches Leben möglich machen. Das Ergebnis kann ein unwiderruflicher und in manchen Fällen abrupter Umweltwandel

sein, der die Erde in einen Zustand versetzt, der mit menschlicher Entwicklung schwer vereinbar ist“, so Johan Rockström 2009 in der Zeitschrift *Nature*.

Wenn von ökologischen Grenzen die Rede ist, ist damit nicht primär die Endlichkeit bestimmter natürlicher Ressourcen gemeint. Vielmehr geht es um Funktionskreisläufe, die sich aufgrund ihrer Komplexität und Größe der menschlichen Steuerung oder dem Ersatz durch Technologien entziehen. Im Gegenteil, technologischer Fortschritt hat sogar dazu beigetragen, diese Grenzen zu erreichen, weil die Nebenwirkungen ihres Einsatzes nicht bekannt bzw. nicht berücksichtigt wurden.

>> Grünes Wachstum ist trotzdem möglich <<

Unter bestimmten Bedingungen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat berechnet, dass mittelfristig, ab etwa 2017, mit Investitionsstrategien, die sich an „grünen“ Zielen orientieren, global höhere Wirtschaftswachstumsraten erzielt werden können als mit herkömmlichen Strategien. Bis 2040 vergrößert sich dieser Abstand immer mehr, und zwar zugunsten der grünen Strategien. Mit den grünen Investitionen sollen gleichzeitig die Treibhausgasemissionen verringert, die Wälder geschützt, die Landwirtschaft produktiver gemacht und die Städte mit energieeffizienter Infrastruktur versorgt, Arbeitsplätze geschaffen und die Armut verringert werden.

Neue Vorschläge: Wer Naturkapital nutzt, soll dafür bezahlen; wer es pflegt, soll dafür entlohnt werden

Die notwendige Investitionssumme dafür, so die UNEP-Berechnungen, beläuft sich auf weniger als ein Zehntel der globalen jährlichen Bruttoinvestitionen. Es würde ausreichen, zwei Prozent der globalen Wirtschaftsleistung jährlich in zehn verschiedenen Sektoren so zu investieren, dass ökologische Ziele Vorrang bekommen, um global nachhaltiges Wachstum und Einkommenszuwächse zu sichern. Ein wichtiges Element dieser Vorschläge ist, dass für die Nutzung von Naturkapital bezahlt werden soll und dass diejenigen, die das Naturkapital pflegen, dafür entlohnt werden sollen (z. B. für den Schutz des Tropenwalds und der Biodiversität). Durch die Veränderung von Preis- und Kostenstrukturen sollen private grüne Investitionen attraktiv gemacht werden.

UNEP setzt mit diesem Konzept der „Green Economy“ auf eine Kombination der Ökonomie des Marktes und der Ökonomie der Natur. Die Ausbreitung und Dominanz der kapitalistischen Marktwirtschaft ist von der rasanten technologischen Entwicklung, die sie seit der industriellen Revolution vor über 200 Jahren begleitet, kaum zu trennen. Technische Neuerungen haben die Produktionsweise immer wieder revolutioniert und neue Wachstumszyklen in Gang gesetzt. Nun geht es um einen grünen Wachstumszyklus, der den Rebound-Effekt vermeiden soll. Angesichts der hohen Wachstumsdynamik in großen Entwicklungsländern und dem immensen Nachholbedarf an materiellem Konsum ist es ein großes Verdienst von UNEP, auch diesen Ländern einen grünen Wachstumspfad vorzuschlagen. Aber die Umsetzung dieses Konzepts

ist anspruchsvoll: Die grüne Ökonomie ist in vielen Bereichen an hochentwickeltes Wissen und moderne Technologien und Steuerungssysteme gebunden. Den meisten Entwicklungsländern fehlt es an den Voraussetzungen, um hier anzuschließen. Der Übergang von einer „braunen“ in eine „grüne“ Ökonomie ist mit Kosten verbunden – Infrastrukturen müssen angepasst oder neu gebaut werden, veraltete Branchen werden schrumpfen und Menschen mit überholten Qualifikationen arbeitslos. Die „Green Economy“ stellt damit hohe Ansprüche an den Transformationswillen der nationalen Politik und die internationale Kooperationsfähigkeit.

>> Wachstum muss anders gemessen werden <<

Ja, denn die bisherigen Methoden sind unzureichend. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den monetären Wert aller Güter und Dienstleistungen, die auf den Märkten eines Landes getauscht werden. Mit Blick auf Soziales und die Ökologie hat das BIP jedoch „blinde Flecken“: Die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird nicht berücksichtigt. Auch die Veränderungen des Bestands von Natur- und Humankapital kommen nicht vor. Haus- und Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliches Engagement – ohne die eine Gesellschaft nicht aufrechterhalten werden kann – auch nicht. Und auch die Nutzung der Natur und ihrer Leistungen (z.B. die Bereitstellung von Wasser und die Aufnahme von Schadstoffen) geht in das BIP nicht ein. Umweltzerstörung wirkt sogar positiv auf das Wirtschaftswachstum, nämlich dann, wenn für ihre Behebung Güter und Dienstleistungen erworben werden.

Diese systemischen Fehler der Wohlstandsmessung führen dazu, dass die langfristigen Kosten von Produktion und Konsum im Dunklen bleiben. Deshalb zeigen Berechnungen des deutschen BIP nach einem alternativen Maß – dem Nationalen Wohlfahrtsindex –, dass sich der Trend zwischen 1990 und 2006 abwärts bewegt und nicht aufwärts, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamts für das Bruttonationaleinkommen nahelegen. Angesichts des Klimawandels und der hohen Anpassungskosten, die auf die Gesellschaften zukommen, lässt sich die Kritik an der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dem BIP nur noch schwer ignorieren.

Die OECD hat darauf mit ihrer „Green-Growth“-Strategie reagiert. Damit soll Wirtschaftswachstum auf eine neue technologische Basis gestellt werden, um vornehmlich Umweltschäden zu verhindern bzw. abzumildern und so langfristig gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern. Die Notwendigkeit von Wachstum wird nicht bezweifelt – aber das Wachstum soll anders gemessen werden, nämlich unter Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Schlüsselindikatoren. Wenn das durchgesetzt werden könnte, bestünde eine echte Chance zur notwendigen Umsteuerung.

Dr. IMME SCHOLZ ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn.

Ein neuer Homer für Europa?

Merkozys Zeit der Küsschen ist vorbei

Claire Demesmay | **„Merkozy" ist seit den Präsidentschaftswahlen Geschichte. François Hollande will in Europa einen anderen Kurs als sein Vorgänger fahren, ob in der Fiskal- oder der Wirtschaftspolitik. Das wirkt sich auch auf die deutsch-französische Zusammenarbeit aus: Kann sich ein „Homer" der Partner auf Augenhöhe bilden, der Europa durch die Krise steuert?**

So viel Harmonie wie bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Fiskalunion im März 2012 ist auf dem europäischen Parkett nicht nur selten, sondern auch verdächtig. Damals waren alle EU-Staaten bis auf Großbritannien und der Tschechischen Republik der Forderung der Bundeskanzlerin gefolgt und hatten sich zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichtet – was viele als historischen Schritt feierten. Kaum zwei Monate später mehren sich bereits die Stimmen für eine Aufweichung der vereinbarten Sparstrategie. Verantwortlich für diesen Unmut ist zum großen Teil die desaströse Wirtschaftslage in vielen europäischen Ländern, die sich trotz Sparmaßnahmen immer weiter zuspitzt, aber auch die Wahl François Hollandes zum französischen Staatspräsidenten. Der Mann, der im Wahlkampf immer wieder für eine Neuverhandlung des Fiskalvertrags plädierte und sich nun für europäische Wachstumsimpulse stark macht, versucht die Machtverhältnisse innerhalb der EU zu verschieben – zu seinen Gunsten und auf Kosten von Angela Merkel.

In diesem Sinne verkörpert Hollande nun den Widerstand. Sowohl in seinem Land als auch bei den europäischen Partnern steht er als Gegner des vereinbarten Sparkurses da, wobei diese Wahrnehmung mit Hoffnung, wie in Athen, oder im Gegenteil mit Befürchtungen, wie in Berlin, verbunden wird. Bald aber könnten die Einen enttäuscht sein, während die Anderen wieder aufatmen. Die „neue Ära" für Europa, die Alexis Tsipras, Vorsitzender des linksradikalen Wahlbündnisses Syriza in Griechenland, in Zusammenhang mit der Wahl Hollandes ankündigte, wird so leicht nicht zustande kommen. Selbst wenn der Sparkurs abgemildert und der Fiskalvertrag um Wachstumselemente ergänzt wird, werden die Sanierung der öffentlichen Haushalte sowie strukturelle Reformen Kernelemente der europäischen

Strategie bleiben. Auch in Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen ist zu erwarten, dass sich der „normale“ Präsident, wie der Sozialist sich selbst gerne nennt, nach der „Merkozy“-Phase für eine Rückkehr zur Normalität in Form einer klassischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern entscheiden wird.

Paris sucht neue Verbündete

Dass ohne die Zustimmung Berlins keine Kursänderung auf EU-Ebene möglich ist, darüber ist sich der neue Präsident im Klaren. Die Ernennung des ehemaligen Deutschlehrers Jean-Marc Ayrault zum Premierminister, aber auch der Versuch der Parti Socialiste, im Vorfeld der Wahl Kontakte mit deutschen Meinungsführern zu knüpfen,[1] zeigen die Schlüsselrolle, die Hollande Deutschland bei der Krisenlösung zuspricht. Er setzt daher auf die Weiterführung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, plädiert aber auch für einen neuen Umgang mit dem deutschen Partner, der gleichzeitig eine Neuorientierung der Europapolitik ermöglichen und symbolisieren soll.

Ein neuer Umgang mit Deutschland soll eine Neuorientierung der Europapolitik ermöglichen

Dennoch reichen durchdachte Argumente und ein selbstbewusstes Auftreten noch lange nicht, um die deutsch-französische Partnerschaft wieder in das beschworene „Gleichgewicht“ zu bringen und die Forderungen aus Paris durchzusetzen. Insbesondere wegen seinen schlechten Wirtschaftsleistungen, die die Ratingagentur Standard & Poor’s im Januar durch eine Herabstufung bestrafte, befindet sich Frankreich in einer geschwächten Position gegenüber Deutschland. Unter solchen Bedingungen bleibt dem neuen Präsidenten kaum etwas anderes übrig als, zumindest kurz- und mittelfristig, zu einer der ältesten Methoden der Diplomatie zu greifen und bei den anderen europäischen Partnern Unterstützung zu suchen, um das Gewicht seines eigenen Landes zu stärken. So ist es kein Wunder, dass Hollande eine Öffnung über die deutsch-französische Kooperation hinaus befürwortet: „Ich sehe die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland als eine (…), die zwischen unseren beiden Ländern ausgewogen ist (…) und auch unsere europäischen Partner und die gemeinschaftlichen Institutionen respektiert. Wir wollen gemeinsam an dem Wohl Europas arbeiten, doch unter Einbeziehung aller anderen Länder der Union“, sagte er gleich bei seinem ersten Besuch im Bundeskanzleramt.

Mag diese Methode noch so klassisch sein, die Suche nach Verbündeten hat insofern einen innovativen Charakter, als sie sich nicht nur auf die Länder der Europäischen Union, sondern auch auf andere Akteure der internationalen Politik bezieht. Neben außereuropäischen Staatschefs wie Barack Obama, der die Sparpläne der Europäer wiederholt deutlich kritisiert hat, setzt Paris auf die Unterstützung von internationalen Organisationen wie der OECD und dem IWF.

[1] Zur Deutschland-Diskussion während des Wahlkampfs s. Claire Demesmay: Die Kandidaten und die Gouvernante. Präsidentschaftswahlkampf 2012 in Frankreich, 5.4.2012, https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publikationen/deutschland-die-kandidaten-und-die-gouvernante.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Während die OECD vor einer Abwärtsspirale in der Euro-Zone warnt und Gemeinschaftsanleihen gutheißt, empfiehlt der IWF eine wachstumsfreundlichere Politik – Argumente, die wie Wasser auf Frankreichs Mühlen sind. Nicht nur im Ausland, sondern auch in der innenpolitischen Szene in Deutschland wird nach Verbündeten gesucht. Da die Bundesregierung bei der Ratifizierung des Fiskalvertrags auf die Zustimmung der Opposition angewiesen ist, bemühen sich die Sozialisten seit Monaten, gute Kontakte mit den Sozialdemokraten zu pflegen.

Ziel ist dabei, sich als Bindeglied und Strippenzieher zugleich zu präsentieren, der auf nationaler wie globaler Ebene mit breiter Rückendeckung rechnen kann – und dazu gehört auch die passende Kommunikationsstrategie.[2] Hollande ist bemüht, als Mann der Mäßigung und des Kompromisses aufzutreten, wobei er die Bundeskanzlerin indirekt in die Rolle der Radikaleren drängt. So wird der Präsident nicht müde, Haushaltsdisziplin und Wachstumsmaßnahmen als zwei komplementäre Säulen der Krisenlösung zu benennen, was inzwischen zum Allgemeinplatz geworden ist – haben die europäischen Partner doch ein sehr unterschiedliches Verständnis vom „Wachstum". Entgegen einer in Deutschland verbreiteten Wahrnehmung ist es ihm dabei wichtig, sich zur Reduzierung der Staatsschulden zu bekennen und sie als Voraussetzung für ein langfristiges Wirtschaftswachstum hervorzuheben.

Ein solcher Diskurs erlaubt es ihm, Partner verschiedener Couleur anzusprechen. Sogar der Brite Nick Clegg,

Adieu „Merkozy" – bonjour „Homer"? François Hollande und Angela Merkel dürften demnächst viel mit Kompromissfindungen beschäftigt sein – das alte Erfolgsrezept der deutsch-französischen Zusammenarbeit

[2] So sagte Hollande in Camp David kurz nach seiner Wahl: „Zu dem Paket gehören auch Euro-Bonds, und ich werde sie nicht alleine vorschlagen. Dafür habe ich hier bei der G-8 die Bestätigung erhalten." Jedoch nannte er dabei keine Namen.

stellvertretender Premierminister eines Landes, das auf Sparpolitik setzt, lobt seinen Ansatz: „Sein eigener Plan zur Reduzierung der Defizite ist mit unserem identisch. Seiner ist sogar strenger."[3] Darüber hinaus versucht Hollande, den unterschiedlichen Erwartungen der europäischen Länder mit einer Reihe von Vorschlägen gerecht zu werden und somit die Fronten in der EU aufzulockern und zum Teil auch zu vermischen. Von der Einführung von Euro-Bonds über eine aktivere Rolle der Europäische Zentralbank bis hin zur Umverteilung der Mittel aus den EU-Strukturfonds für Wachstumsinitiativen möchte er allen etwas anbieten können. Weil es auch um den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB geht, stößt er beim spanischen Ministerpräsidenten, Mariano Rajoy, auf Interesse, der ja eigentlich Euro-Bonds als kurzfristige Maßnahme ablehnt und an drastischen Sparmaßnahmen festhält.

Hollande versucht, mit einer Reihe von Vorschlägen die bestehenden Fronten in der EU aufzulockern

Das Kalypso-Syndrom

Ob gewollt oder nicht, diese Strategie trägt zur Isolierung Deutschlands auf der europäischen Bühne bei. Zwar kann Berlin immer noch mit treuen Verbündeten wie den Niederlanden, Finnland, Schweden sowie Spanien und Portugal rechnen, aber der schwer erreichte Konsens ist jetzt zerbröckelt und zwingt die Bundeskanzlerin zu Zugeständnissen. Somit ist es Paris gelungen, vor dem EU-Gipfel Ende Juni die Debatte über die Wirtschaftsregierung wieder zu eröffnen. In diesem Kontext fühlen sich manche Franzosen dazu ermutigt, den Druck auf Deutschland zu erhöhen. Sollte Berlin Haushaltstransfers und Gehaltserhöhungen ablehnen, „müsste Frankreich hieraus die Konsequenzen ziehen und seinen anderen Partnern die Auflösung der Euro-Zone als Lösung vorschlagen, inklusive einer Übereinkunft über die entsprechende Geldabwertung", sagt zum Beispiel der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir.[4]

Solch drohende Töne, wie sie zurzeit in Frankreich in Nichtregierungskreisen zu hören sind, sind alles andere als hilfreich. Sollte sich Paris auf Dauer für eine Strategie der Isolierung seines deutschen Partners entscheiden, würde dies das deutsch-französische Verhältnis beschädigen. Kein Land in Europa möchte die Rolle der Kalypso einnehmen, die in der Odyssee allein auf einer unbewohnten Insel lebt. Wer alte Partner zu verlieren scheint, macht sich zwangsläufig auf die Suche nach neuen. Es wäre keineswegs im Interesse Frankreichs, das jetzt schon unter seiner geschwächten Position leidet, wenn Deutschland sich anderweitig umsehen würde. Dass sich Paris für einen solchen Kurs entscheidet, ist daher sehr unwahrscheinlich.

Es sind immer noch die Themen des Wahlkampfs, die zum großen Teil Hollandes Haltung zu Berlin prägen. Aus innenpolitischen Gründen muss er sich in der nächsten Zeit als Ver-

[3] Nick Clegg, Interview, Der Spiegel, 21.5.2012, http://www.spiegel.de/international/europe/spiegel-interview-with-british-deputy-prime-minister-nick-clegg-a-834120.html.
[4] Jacques Sapir, Gespräch mit Noëlle Lenoir: Faudra-t-il se résoudre à briser le couple franco-allemand pour sauver l'euro?, Atlantico, 25.5.2012.

fechter einer selbstbewussten Wachstumspolitik behaupten. Der Wahlkampf wurde durch die Präsidentschaftswahl am 6. Mai nicht beendet, sondern bis zur Parlamentswahl Mitte Juni fortgesetzt, was insbesondere bei zentralen Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer Verschärfung der Diskussion beiträgt. Außerdem wird die Regierung unter Ayrault die schmerzhaften Strukturreformen, die die Europäische Kommission in ihrem Bericht zur Lage der Mitgliedsländer fordert und deren Umsetzung zu einem gewissen Grad zu erwarten ist, nur durchführen können, wenn die Exekutive in den Anfängen der Amtszeit Akzente der sozialen Gerechtigkeit setzt. So ist zum Beispiel die teilweise und damit nur symbolische Wiedereinführung des Rentenalters mit 60 zu interpretieren. Diese Rolle sollen auch Wachstumsinitiativen auf europäischer Ebene spielen.

Darüber hinaus gehört es zum Verhandlungsprozess, das maximal Mögliche zu verlangen, um sich am Ende mit Kompromissen zufrieden zu geben. Dass Hollande seit seiner Wahl Euro-Bonds fordert, obwohl er im Wahlkampf in erster Linie von harmloseren „Projektbonds“ sprach, deutet vielmehr darauf hin, dass er sich an dieser Regel orientiert, als dass er seine Position geändert hätte. Indem er die Latte hoch legt und eine der roten Linien der Bundesregierung überschreitet, kann er auf Zwischenlösungen hoffen – wie zum Beispiel die Ausgabe von kurzfristigen gemeinsamen Anleihen („Euro-Bills“) oder die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds, wie ihn der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen hat. Als Gegenleistung wird sich Frankreich in Bezug auf Strukturreformen und Haushaltsdisziplin verpflichten müssen. Diese Maßnahmen, die im Hinblick auf die Wirtschaftslage des Landes sowieso unumgänglich sind, werden der Bevölkerung leichter zu vermitteln sein, wenn sie Teil eines Kompromisses sind.

Dass die Zeit der Küsschen vorbei ist, muss aber für Europa keine schlechte Nachricht sein

Seit Jahrzehnten ist Kompromissfindung bei unterschiedlichen Interessen und Lösungsansätzen das Hauptmerkmal und vor allem das Erfolgsrezept der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Mit seiner Strategie, sich systematisch an der deutschen Position zu orientieren, entschied sich Nicolas Sarkozy in den letzten Monaten seiner Amtszeit dafür, dieses Prinzip zu brechen – und dabei Frankreichs Brückenfunktion zwischen Deutschland und den Peripherieländern auszusetzen. Alles deutet darauf hin, dass die neue Machtkonstellation unter Merkel und Hollande an diesem Prinzip wieder anknüpfen und somit zu einer alten Tradition zurückkehren wird. Insofern wird auf „Merkozy“ so schnell kein „Homer“ folgen. Dass die Zeit der Küsschen vorbei ist, muss aber für Europa keine schlechte Nachricht sein.

Dr. CLAIRE DEMESMAY leitet das Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der DGAP.

Im Garten mit Pol Pot

Kambodscha, 20 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs

Justus Krüger | **Erstaunliches Wirtschaftswachstum und extreme Ungleichheit, autoritäre Regierung und lebendige Zivilgesellschaft, alter Filz und junge Bevölkerung: Kambodschas Weg vom Extremfall eines Failed State zu einem Land, in dem es sich leben lässt, ist ein dramatischer, ambivalenter, schmutziger Prozess. Ein Reisebericht aus Phnom Penh.**

Daran merkt man vielleicht, dass man älter wird: Dass man Geschichten für aktuell hält, die man vor zehn Jahren hörte. Es fühlt sich einfach nicht an, als sei es schon so lange her. So ging es mir, als ich nach Phnom Penh fuhr.

Bekannte hatten mir wilde Geschichten erzählt, in denen Revolver, Drogensucht, endemische Straßenprostitution und sogar Handgranaten vorkamen. Eine dieser Geschichten handelte von einer Party bei einem französischen UN-Mitarbeiter. Es wurde spät und man war wohl etwas laut. Schließlich stand der Nachbar auf der Terrasse. Wenn nicht auf der Stelle Ruhe einkehre, sprach er, nur eine leise Drohung in der Stimme, dann werde er für Ruhe sorgen, und zwar mit einer Handgranate. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, hatte er die Granate gleich mitgebracht.

Mit solchen und ähnlichen Anekdoten im Ohr – eine Freundin erzählte mir, eine liebenswürdige Großmutter habe ihr auf dem Kleidermarkt zum Schnäppchenpreis eine Kalaschnikow angeboten – erwartete ich fast, in Phnom Penh einen postleviathanischen Krieg aller gegen alle anzutreffen. Doch so kann man sich irren.

Warnschüsse auf Meeresbiologen

Verglichen mit anderen südostasiatischen Metropolen ist Phnom Penh eine eher geruhsame Stadt. Der Straßenverkehr ist harmlos, weit entfernt vom rasenden, lärmenden Stillstand eines Molochs wie Bangkok. Das Straßenbild, zumindest in der Innenstadt, ist gepflegt und zeigt weder den lieblosen Bombast chinesischer Großstädte noch die resignierte Chaosergebenheit von Manila oder Jakarta.

Die moderne Khmer-Architektur kann sich sehen lassen, genauso wie die alten französischen Kolonialbauten. Alles in allem ist Phnom Penh die am wenigsten dysfunktionale Hauptstadt, die mir in Südostasien bislang untergekommen ist. Das dachte ich

jedenfalls in den ersten Tagen in Kambodscha. Aber der Firnis der Zivilität ist noch dünn. Nach kurzer Zeit zeigten sich die ersten Risse.

Ein holländischer Meeresbiologe, der in Kambodscha arbeitet, erzählte mir von einem Kollegen, der einige Nächte zuvor fast von einem Lexus überfahren wurde, auf dem Bürgersteig. Zornig haute er dem Auto auf den Kofferraum und stieß eine Verwünschung aus. Daraufhin trat der jugendliche Fahrer auf die Bremse, stieg aus und bedrohte den Ausländer mit einem Revolver. Zum Spaß feuerte er einen Warnschuss ab. Die Kugel prallte vom Straßenpflaster ab und traf den Fußgänger im Oberschenkel. Die Jeunesse Dorée von Phnom Penh kann tun und lassen, was sie will. Ihre Eltern sind so einflussreich, dass sie vor Gericht nichts zu befürchten hat.

Solche Dinge sind nicht alltäglich, aber sie sind symptomatisch. Die Ungleichheit im Land, nicht nur die ökonomische, sondern auch die vor dem Gesetz, ist so extrem, dass sich die Angehörigen der Elite buchstäblich alles herausnehmen können. Nicht nur Warnschüsse auf ausländische Meeresbiologen. Sie können auch ruhig einmal einen Mord versuchen, ohne ein großes Risiko einzugehen.

Dabei geht es Kambodscha gut, jedenfalls gemessen an den Schrecken seiner jüngeren Vergangenheit. Amerikanische Bombardements während des Vietnam-Krieges stürzten das Land in einen Tumult, der sich zu einem Bürgerkrieg auswuchs. 1975 schließlich mündete das blutige Chaos in die Schreckensherrschaft der Roten Khmer. Die forderte etwa zwei Millionen Todesopfer, bei einer Gesamtbevölkerung von damals acht Millionen. Erst der Einmarsch vietnamesischer Truppen 1979 setzte dem Völkermord ein Ende, brachte aber neuen Krieg und Bürgerkrieg mit immer verwirrenderen Fronten in das Land. Hunderttausende von ausgehungerten Kambodschanern flohen nach Thailand, wo die grenznahen Flüchtlingslager zum Teil unter den Einfluss der Roten Khmer, zum Teil unter vietnamesisches Raketenfeuer gerieten.

Die heillose Situation dauerte bis zum Friedensabkommen von Paris 1991 an. Selbst nach dem Friedensschluss und der darauf folgenden, größten UN-Operation aller Zeiten – die Vereinten Nationen schickten 1992 mehr als 20 000 Soldaten, Polizisten und zivile Mitarbeiter in das Land – kam Kambodscha nur allmählich zur Ruhe.

Die Ungleichheit ist so extrem, dass sich Angehörige der Elite buchstäblich alles herausnehmen können

Tricks, Putsch, Betrug

Aus den politischen Kämpfen in den Neunzigern ging schließlich Hun Sen als Sieger hervor, ein früherer Rote-Khmer-Funktionär, der 1977 nach Vietnam geflohen war und seit Mitte der achtziger Jahre eine zentrale Rolle in der kambodschanischen Politik spielte. Er gelangte mit schmutzigen Tricks, Wahlbetrug und schließlich einem Putsch an die Macht. Aber die Stabilität, die seit Beginn des neuen Jahrtausends in Kambodscha einkehrte, hat der Wirtschaft des Landes Wachstumszahlen beschert, wie man sie sonst nur aus China kennt.

Der Vergleich mit China liegt in Kambodscha nie fern, schon deshalb,

weil Premierminister Hun Sen es verstanden hat, unter den Bedingungen formaler Demokratie wesentliche Elemente einer Einparteienherrschaft chinesischer Prägung zu reproduzieren. Seine Anhänger argumentieren, genau dies sei das Erfolgsgeheimnis der kambodschanischen Wirtschaft.

Ob das stimmt, ist mindestens ungewiss. Die Opposition – sie ist auf entfernt ähnliche Weise kalt gestellt wie in Russland – wirft ihm vor, er habe die vielversprechenden Ansätze zu wirklicher Demokratie im Land zunichte gemacht. Sicher ist jedenfalls, dass sein Rezept – enge Kooperation zwischen Privatwirtschaft und Politik, die es mit der Legalität nicht so genau nimmt und der Korruption reichlich Spielraum gewährt – für die Schattenseiten der kambodschanischen Entwicklung mitverantwortlich ist. Diese Entwicklung ist ein Feuer, das zwar wirklich Licht produziert, aber auch viel Rauch. Kambodschas Weg vom Extremfall eines Failed State zu einem Land, in dem es sich leben lässt, ist ein schmutziger, ambivalenter Prozess. Grelle Ungerechtigkeit gehört ebenso dazu wie ein erstaunliches Wirtschaftswachstum; eine autoritäre Regierung ebenso wie eine lebhafte Zivilgesellschaft.

Der Weg vom Failed State zu einem Land, in dem es sich leben lässt, ist ein schmutziger, ambivalenter Prozess

Beides, viel Rauch und etwas Licht, ist nirgendwo deutlicher sichtbar als in den Arbeitsverhältnissen im Land. Als Industriestandort ist Kambodscha ein Neuling, dessen wesentlicher Wettbewerbsvorteil in Arbeitskräften besteht, die noch viel billiger sind als in der Volksrepublik China. Darum ist Kambodscha geeignet für arbeitsintensive Produktion, die nicht viel Technik erfordert. Mit anderen Worten: Textilien und Turnschuhe. Kein Wunder also, dass die größten Marken präsent sind. Puma, Adidas, Nike, H&M und andere lassen dort von heimischen Subunternehmern produzieren. Eine dieser Fabriken war der Schauplatz eines nahezu straffreien Mordversuchs.

Ein einflussreicher Mann

Im Februar gab es einen Streik vor einer Fabrik der taiwanesischen Firma Kaoway, die für Puma produziert. Plötzlich feuerte jemand mit einer Kalaschnikow in die Menschenmenge hinein. Drei Menschen wurden verletzt, einer von ihnen schwer. Nachdem sich die Verwirrung einigermaßen gelegt hatte, fiel der Verdacht auf den Gouverneur der Provinz. Jetzt muss er sich vor Gericht verantworten. Aber nicht für versuchten Mord oder selbst Totschlag. Er ist der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt. Der Gouverneur ist eben ein einflussreicher Mann.

In welchem Sinn es fahrlässig ist, mit der Kalaschnikow auf eine Menschenmenge zu schießen, „das muss sich wohl jeder selber denken“, meint David Welsh. Ich traf den 39-jährigen Kanadier zufällig vor dem Gerichtsgebäude in Svay Rieng, etwa drei Stunden Autofahrt von Phnom Penh entfernt. Dort fand Ende Mai die erste Befragung der Zeugen statt. Welsh ist Rechtsanwalt. Er arbeitet in Kambodscha für eine amerikanische Gewerkschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, unabhängige Gewerkschaften in Niedriglohnländern mit Rat, juristischem Beistand und organisatorischem Können zu unterstützen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Billige Arbeitskräfte sind ein Wettbewerbsvorteil Kambodschas. Kehrseite der Medaille sind Arbeitsbedingungen, die einem Charles-Dickens-Roman entlehnt scheinen: Näherinnen in einer Textilfabrik in Phnom Penh

Das wirklich Erstaunliche, meinte Welsh, sei nicht so sehr das Verbrechen, sondern vielmehr die Tatsache, dass es überhaupt eine Gerichtsverhandlung nach sich zieht. Solche Schießereien seien zwar nicht an der Tagesordnung, aber man müsse damit rechnen, dass ein mächtiger Politiker damit straffrei durchkommen könne.

Natürlich sei es absurd, bei einem derartigen Verbrechen von Fahrlässigkeit zu sprechen, meinte Welsh. Die Pointe sei aber, dass es überhaupt eine Anklage gebe. „Jetzt kann man sich natürlich streiten, ob das Glas halb voll ist oder halb leer“, setzte er hinzu. Er hält es für einen Fortschritt. Dieser Optimismus, noch dazu von einem Gewerkschafter, sagt etwas über die juristischen Zustände in dem Land.

Aber Welsh hat recht. Das verdeutlicht wiederum der Vergleich mit China, wo jemand wie er überhaupt nicht arbeiten dürfte. Es waren auch viele kambodschanische Gewerkschafter bei der Befragung zugegen. Sie gehören zu einer unabhängigen, das heißt: nicht staatlich kontrollierten Gewerkschaft, wie sie in China vollkommen undenkbar wäre.

Nun lebt man allerdings gefährlich als Gewerkschafter in Kambodscha – in den vergangenen sieben Jahren wurden drei erschossen, die Morde wurden nie aufgeklärt. Inzwischen haben prominente Gewerkschafter eine gewisse Nonchalance gegen Morddrohungen entwickelt, von denen sie sich nicht an ihrer Arbeit hindern lassen.

Das ist schlimm, aber es bedeutet auch, dass eine zivilgesellschaftliche Dynamik in Kambodscha trotz allem existiert. Was ebenfalls einen Unterschied zu China markiert, ist die Tatsache, dass ich vor dem Gerichtsgebäude ungestört mit Mikrofon und Kamera hantieren konnte. Wenn ich das in Peking versuchen würde, hätte ich sofort die Polizei auf dem Hals.

Zustände wie bei Charles Dickens

Nach der Befragung der Zeugen hatte ich Gelegenheit, mit den Opfern zu sprechen. Eines von ihnen, ihr Name ist Bun Chenda, ist 20 Jahre alt und sieht aus, als sei sie 14. Der Täter hat ihr in den Rücken geschossen, als sie davonzulaufen versuchte. Sie hätte es beinahe nicht überlebt. Sie war sehr schüchtern und wirkte so, als erlebe sie die ganze Gerichtsszene wie im Traum. Ihre Mutter war auch da, eine Bäuerin mit einem Gesichtsausdruck von versteinerter Expressivität, wie ich ihn sonst nur von 100 Jahre alten Fotos kenne.

Bun Chenda konnte nicht verstehen, warum man auf sie geschossen hatte. Sie arbeitet zehn Stunden am Tag, sagte sie, häufig auch mehr, sechs, manchmal sieben Tage die Woche. Der Lohn dafür sind 120 Dollar im Monat. Das reicht auch in Kambodscha nicht und entspricht in etwa dem Preis, den westliche Konsumenten für ein Paar der Puma-Turnschuhe zahlen, die sie zusammenzukleben hilft. Der „Überlebenslohn“, den die Gewerkschaft ermittelt hat, liegt bei etwa 270 Dollar. Immerhin hatte der Vorfall auch gute Konsequenzen, meinte Bun. Es gebe jetzt zehn Dollar mehr als vorher, und wenn man die Überstunden, zum Beispiel am Sonntag, verweigert, werde man nun nicht mehr sofort gefeuert, sondern erst nach einer Verwarnung.

Sie verdient 120 Dollar im Monat. Das zahlen die Käufer im Westen für ein Paar Turnschuhe, die sie mit herstellt

Aber die Charles-Dickens-artigen Zustände in der jungen Industrie des Landes sind nicht das allein definierende Merkmal der Gesellschaft. Schon deshalb, weil die Mehrheit der Kambodschaner – etwa 80 Prozent von ihnen – in Dörfern lebt, in denen es gar keine Industrie gibt.

Mit Kunst gegen das Chaos

Der junge Maler Nov Cheanick wohnt in einem Bauerndorf etwas außerhalb der nordkambodschanischen Stadt Battambang, knapp 300 Kilometer oder sieben Stunden Busfahrt von Phnom Penh entfernt. Cheanick wurde 1988 in einem Flüchtlingslager in Thailand geboren. Seine Eltern flohen 1979 über die Grenze. Cheanicks Nachbarn im Ort sind ebenfalls heimgekehrte Flüchtlinge.

Als Anfang, Mitte der neunziger Jahre Zehntausende von ihnen nach Battambang kamen, drohte die kleine Stadt im Chaos zu versinken. Slums wuchsen in den Außenbezirken, Armut, Gewalt und organisiertes Verbrechen machten das Städtchen zu einem harten Pflaster. Dass Cheanick einmal Bilder in Galerien in Phnom Penh, Hongkong und demnächst vielleicht in den USA ausstellen würde, dafür standen die Chancen wirklich schlecht. Aber die Heimkehrer in Battambang haben es verstanden, sich selbst zu helfen. Die Gewalt ist aus den Straßen verschwunden. Einige der früheren Slums haben sich sogar zu ganz hübschen Vororten entwickelt.

Teil der Selbsthilfe ist eine Kunstschule, gegründet 1994 von acht jungen Heimkehrern unter dem Namen Phar Ponleu Selpak. Der Plan war, den Straßenkindern von Battambang zu einer Ausbildung und zu neuen Möglichkeiten zu verhelfen, ihren Erfahrungen Ausdruck zu verleihen.

Das zweite Ziel besteht darin, eine neue Generation von kambodschanischen Künstlern zu fördern, nachdem

die Roten Khmer fast alle umgebracht haben. Der Plan geht offenbar auf. Neben der Kunstschule betreibt Phar Ponleu Selpak heute eine gebührenfreie Grund- und Mittelschule mit 1200 Schülern, eine Zirkusakademie, ein Animationsstudio, eine Musikschule und ein Büro für Grafikdesign. Einige Absolventen der Kunstschule spielen inzwischen eine bedeutende Rolle in der kambodschanischen Gegenwartskunst. Rund die Hälfte ihrer Unkosten kann die Organisation selbst erwirtschaften, die andere Hälfte kommt aus Spenden. Ihr Erfolg zeigt, was zivilgesellschaftliches Engagement vermag, wenn man es lässt.

Nov Cheanick ist einer der Absolventen der Kunstakademie. Zurzeit bereitet er eine Soloausstellung in Phnom Penh vor, die im November beginnen soll. Neuerdings interessieren sich Sammler in der Hauptstadt für seine Bilder. Das bedeutet unter anderem, dass es ihm finanziell ganz passabel geht. Reich ist er allerdings nicht. Cheanick lebt in einem Schuppen – er nennt ihn sein Haus –, den er selber gebaut hat: Vier Pflöcke eingeschlagen, Spanplatten drangenagelt, fertig. Die anderen Häuser im Dorf sehen auch so aus, nur dass die Wände meist aus geflochtenen Palmenblättern bestehen.

Farce eines Prozesses

Auch bei Cheanick sind die Spanplatten neu. Vorher hatte er Leinwandbahnen als Wände. Die hat er mit großformatigen Porträts der Bauern aus seiner Nachbarschaft bemalt. Außerdem mit Porträts von Opfern aus dem Tuol-Sleng-Gefängnis in Phnom Penh, die kurz vor ihrer Hinrichtung durch die Roten Khmer für die Akten fotografiert wurden, und mit einem Bild von Pol Pot. Nachdem die Porträts einige Monate seine Wände zierten, hat Cheanick sie abgenommen, sie auf Bambusstangen getackert und damit das Dach auf dem Treibhaus seines Vaters gedeckt. Kürzlich hat ein Sturm das Treibhaus zum Einsturz gebracht. Jetzt liegen Pol Pot, seine Opfer und die Bauern halb von Grünzeug überwuchert zwischen den Mangobäumen hinter Cheanicks Haus.

Etwa zur gleichen Zeit, in der die Porträts entstanden, entwickelten sich die Prozesse gegen die Roten-Khmer-Anführer in Phnom Penh immer mehr zu einer Farce. 150 Millionen Dollar haben die Prozesse bis jetzt verschlungen. Dafür wurden insgesamt fünf Rote-Khmer-Funktionäre vor Gericht gestellt.

> Die Verbindungen zwischen neuer und alter Elite sind zu eng. Deshalb kann es keine Gerechtigkeit geben

Die Regierung hat schon klar gemacht, dass es zu weiteren Prozessen nicht kommen wird. Die Verbindungen zwischen der neuen und der alten Elite sind einfach zu eng, als dass der Gerechtigkeit Genüge getan werden könnte. Darum trat Laurant Kasper-Ansermet, der Schweizer Ermittlungsrichter beim Rote-Khmer-Tribunal, im März zurück, genau wie sein Vorgänger, der Deutsche Siegfried Blunk, wenige Monate zuvor.

Wer allzu renitent gegen das Unter-den-Teppich-Kehren aufmuckt, für den kann es auch leicht gefährlich werden, wenn er nicht gerade unter dem Schutz der UN steht. Der kambodschanische Filmemacher Thet Sambath – er hat eine Dokumentation über die Zeit der Roten Khmer ge-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

70 Prozent der Kambodschaner sind jünger als 30 Jahre und haben die Terrorjahre der Roten Khmer nicht miterlebt: Das frühere Folterzentrum „S-21“ und heutige Tuol-Sleng-Genozid-Museum in Phnom Penh

dreht, „Enemies of the People“ – lebt in Todesangst. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt. Wenn er sich doch einmal mit Journalisten trifft, dann nie zweimal hintereinander am selben Ort.

Nov Cheanick hat noch nie von dem Film gehört. Indessen findet er es passend, dass die Bilder von Pol Pot, seinen Opfern und den Bauern zusammen in seinem Garten liegen und dass sie gemeinsam demselben Regen und derselben Sonne ausgesetzt sind. „Wir müssen ja doch alle zusammenleben“, meint Cheanick. „Da ist es besser, wenn wir einander verzeihen.“

Vielleicht nimmt er die Vergangenheit deshalb relativ leicht, weil er erst 23 Jahre alt ist. Die Roten Khmer kennt er zu seinem Glück nur aus Erzählungen. Das hat er mit den meisten anderen Kambodschanern gemeinsam. Das Durchschnittsalter im Land liegt bei 21 Jahren. Knapp 70 Prozent der Kambodschaner sind jünger als 30. Für sie rückt die schlimme Geschichte ihres Landes rasch hinter den Horizont des Vergebens und Vergessens, schon deshalb, weil sie den meisten von ihnen gar nicht vollständig bekannt ist.

Ich bin 37 Jahre alt und liege damit in Kambodscha schon weit über dem Durchschnitt. Auch daran merkt man, dass man älter wird: Dass die anderen jünger sind. Woran wohl Cheanick und Bun Chenda, die junge Arbeiterin in Svay Rieng, merken werden, dass sie älter werden? Wenn sie großes Glück haben, dann daran, dass die harten Zeiten in den Fabriken und den Slums sich in 20 Jahren für sie fast ebenso weit entfernt anfühlen werden wie heute die schreckliche Geschichte der Roten Khmer.

JUSTUS KRÜGER ist freier Journalist und berichtet u.a. für die *Neue Zürcher Zeitung* aus Hongkong.

Schatzkammer Arktis

Deutschlands Interessen an Rohstoffen aus dem Hohen Norden

Helga Haftendorn | **Die Arktis ist eine der rohstoffreichsten Regionen der Erde. Ihre Bodenschätze können dazu beitragen, den Bedarf der deutschen Industrie zu befriedigen. Ohne den Import energetischer und metallischer Rohstoffe aus der Region nördlich des Polarkreises, vor allem der Seltenen Erden, wird die deutsche Industrie künftig nicht wettbewerbsfähig sein.**

Als technologisch hoch entwickelter Industriestaat ist Deutschland in großem Maße von der Einfuhr von Rohstoffen abhängig. Besonders gravierend sind die Probleme bei der Einfuhr von Hightech-Metallen und Seltenen Erden (SE), die vor allem für grüne Technologien – Energiesparlampen, Katalysatoren, Rotoren, Windräder – benötigt werden. Bisher werden Seltene Erden vor allem aus China eingeführt, das jedoch Ausfuhrbeschränkungen erlassen hat, die zu enormen Preissteigerungen und zu einer künstlichen Verknappung geführt haben.

Weitere SE-Lagerstätten gibt es in den USA (das jedoch derzeit den Abbau aus Kostengründen eingestellt hat), Russland (vor allem auf der Kola-Halbinsel), in der Mongolei und in Kasachstan. Angesichts der großen Bedeutung und der begrenzten Verfügbarkeit dieser Rohstoffe richtet die deutsche Industrie ihren Blick zunehmend auf die Ressourcen des Hohen Nordens. Die Arktis ist reich an nachgewiesenen oder vermuteten Bodenschätzen; neben Eisenerzen werden Nichteisenmetalle (wie Bauxit für die Aluminiumproduktion), Industriemetalle und Edelmetalle abgebaut. Ebenfalls sind Lagerstätten von Seltenen Erden bekannt. Experten mahnen jedoch, die rohstoffhungrigen Industriestaaten sollten die technischen und klimatischen Schwierigkeiten sowie die dadurch bedingten hohen Kosten der Ausbeutung in der Arktis nicht unterschätzen.

Auswirkungen des Klimawandels

Der gerade in der Arktis zu beobachtende verstärkte Klimawandel öffnet den Zugang zu bisher vom „ewigen" Eis bedeckten Rohstofflagerstätten; zugleich erleichtern im Sommer eisfreie arktische Seewege deren Abtransport. Allerdings wird dabei häufig übersehen, dass Abbau und Transport unter schwierigen klimatischen Bedingungen und über große Entfernungen erfolgen müssen.

Die Explorationsgebiete liegen weit entfernt von den energiehungrigen Industriestaaten, und in weiten Teilen gibt es keine leistungsfähige Infrastruktur. Nördlich des Polarkreises verfügen nur Norwegen und Nordwest-Russland über Tiefseehäfen; in Grönland und in der kanadischen Arktis fehlen sie völlig. Die Kais seiner wenigen Häfen erlauben nur die Löschung kleinerer Schiffe. Im kanadischen Nunavut soll der Hafen von Nanisivik erweitert, aber hauptsächlich für militärische Zwecke genutzt werden. Ein Straßen- und Eisenbahnbau ist wegen der schwierigen Geografie nur sehr begrenzt möglich; der norwegische und der grönländische Küstenstreifen sind sehr schmal und erschweren den Bau durchgängiger Verkehrswege. In Nordamerika werden sie außerdem durch den nicht mehr stabilen Permafrost behindert.

Der Abbau vollzieht sich in einem Spannungsfeld von staatlichen Regelungen und kommerziellen Interessen

Der Klimawandel und seine Folgen lassen sich nicht zuverlässig prognostizieren. Dies ist ein Unsicherheitsfaktor für den Zugang zu den Lagerstätten und macht den Transport der Rohstoffe zur Weiterbearbeitung und zu den Abnehmern in den Industriestaaten risikoreich. Relativ sicher ist jedoch, dass die arktischen Wasserstraßen – der Nördliche Seeweg entlang der sibirischen Küste und die Nordwest-Passage durch den kanadischen Archipel – künftig im Sommer (von Juli bis Mitte September) von Handelsschiffen zur Abkürzung der Routen nach Asien genutzt werden können. Als Erschwernis hat sich bei zivilen Passagen durch die arktischen Seewege jedoch weniger der Eisgang als vielmehr die restriktive Genehmigungspraxis der russischen und kanadischen Behörden erwiesen – trotz der im UN-Seerechtsabkommen vereinbarten Regeln.

Der Abbau der arktischen Rohstoffe vollzieht sich in einem Spannungsfeld von staatlichen Regelungen und lokalen sowie internationalen kommerziellen Interessen. Einerseits haben die Arktis-Anrainer ein großes Interesse an der Erschließung ihrer Rohstoffe und wollen von deren Erträgen profitieren, zum anderen sind sie bemüht, die sensible Natur und die indigene Bevölkerung zu schützen. Ein gewisses Maß an Umweltbelastung – durch Erdbewegungen, Lärm, Verschmutzung von Land, Luft und Wasser etc. – lässt sich jedoch nicht vermeiden. Das Eindringen fremder Prospektoren, Ingenieure und Arbeiter belastet die örtlichen Gemeinden, was in der Regel nicht durch zusätzliche Arbeitsplätze und Einnahmen ausgeglichen wird. Die Folge ist eine sehr kritische Einstellung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Unternehmen und den Behörden.

Die Regierungen der arktischen Staaten haben relativ früh die Gefahren eines ungezügelten Abbaus der Bodenschätze erkannt; sie versuchen, diese durch strikte gesetzliche Vorgaben einzugrenzen. Das von der norwegischen Regierung 2010 verabschiedete neue Bergbaugesetz regelt die Vergabe von Lizenzen für Probebohrungen und die Ausbeutung der Mineralien in größenmäßig begrenzten Lots. Auch die anderen Arktis-Staaten haben die Vergabe von Lizenzen detailliert geregelt. Die grönländische Regierung stellt in ihrem Gesetz über minerali-

sche Rohstoffe einen engen Zusammenhang zwischen deren Nutzung und der Entwicklung des Landes her. Sie hofft, durch die Einnahmen aus dem Abbau von Rohstoffen ihre Abhängigkeit von Dänemark und den dänischen Haushaltszuschüssen reduzieren zu können.

Reiche Lagerstätten

Die Arktis ist eine der rohstoffreichsten Regionen der Erde, insbesondere hinsichtlich der Vielfalt an Vorkommen; ihre Ergiebigkeit schwankt allerdings und oft lohnt ein Abbau angesichts der klimatischen Bedingungen nicht. In Alaska werden neben Kohle und Gold vor allem Zinn, Blei, Kupfer, Platin und vulkanische Schwefelerze abgebaut, die jedoch zu einer hohen Umweltbelastung in den Flüssen führen. Nur allmählich setzt sich in Alaska die Einsicht durch, dass die Bewahrung der natürlichen Umwelt ein mindestens ebenso hohes Gut ist wie die Gewinnung von Rohstoffen.

Im arktischen Archipel Kanadas befinden sich reiche Lagerstätten vor allem im Osten auf Baffin Island, auf Ellesmere Island und einigen benachbarten Inseln, die zu der von Inuit bewohnten und verwalteten Provinz Nunavut gehören. Dort werden neben Eisen vor allem Gold, Kupfer, Nickel und Platingruppenmetalle abgebaut; zwei Zink- und Bleigruben wurden stillgelegt. Außerdem werden in Nunavut Lagerstätten an seltenen Metallen – Chrom, Molybdän, Niob, Tantal, Platin, Silber und Wolfram – vermutet, die jedoch bisher kaum exploriert worden sind. Kleinere Kupfervorkommen finden sich auch in den Northwest Territories.[1]

Grönland verfügt nach Einschätzung der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) über ein sehr großes Rohstoffpotenzial. Der seit dem 19. Jahrhundert betriebene Abbau von Blei, Zink und Platinmetallen wurde allerdings vor etwa zehn Jahren an vielen Orten eingestellt, da sich die Fundstellen im Vergleich zu den hohen Kosten als nicht profitabel erwiesen. An einigen Orten gibt es ergiebige Goldvorkommen, so in Nalunaq in Südgrönland, wo sie seit 2011 von der Black Angel Mining Co. abgebaut werden. Zur Vermeidung von Umweltschäden erfolgt die Verarbeitung unterirdisch, und die Produkte werden dann vom nahen Hafen Nanortalik verschifft. Die Black Angel Gesellschaft gewinnt auch in Mittelgrönland (Maarmoorilik) Blei, Zink und Silber. Die kommerzielle Nutzung abbaubarer Vorkommen von Industriemineralien wie Feldspat, Kryolit, Magnetit und Quarz wird in Mittel- und Nordgrönland aber durch die schwierigen klimatischen Verhältnisse und das Fehlen einer leistungsfähigen Infrastruktur behindert.

> Heute gilt Grönland neben China als die weltweit bedeutendste Lagerstätte von Seltenen Erden

Heute gilt Grönland neben China als die weltweit bedeutendste Lagerstätte von Seltenen Erden.[2] Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach den wichtigen 17 SE-Metallen werden einige der aufgegebenen Minen reakti-

[1] Deutsche Rohstoffagentur (DERA): Das mineralische Rohstoffpotential der nordamerikanischen Arktis, 2012, S. 11 ff., S. 19 ff. und S. 36.
[2] DERA: Das mineralische Rohstoffpotential von Grönland, Länderbericht, 2011, S. 77.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Der Rückzug von Gletschern – wie an Grönlands Ilulissat-Eisfjord – erleichtert in der Arktis den Zugang zu Bodenschätzen

viert und neue Lagerstätten erschlossen. Die besonders begehrten Lanthanoide kommen allerdings selten allein vor und sind nur in geringen Anteilen in verschiedenen Verbindungen enthalten. An der Südspitze Grönlands liegt das große Abbaugebiet von Kvanefjeld, das neben Uran eine Vielzahl an Vorkommen von Seltenen Erden enthält. Der hohe Urananteil macht eine Erschließung aber problematisch, da die grönländische Regierung ursprünglich den Abbau von Uran verboten hat. Sie hat daher die Anteile des australischen Investors zurückgekauft, der eine Erschließung plante, und will die Vorkommen jetzt mit einer eigenen Gesellschaft und einer Sondergenehmigung fördern. Nach Erlass des Autonomiestatuts 2009 für Grönland durch Dänemark fällt die Ausbeutung der Bodenschätze in die Zuständigkeit der grönländischen Behörden. Diese sind zwar sehr an den Rohstofferlösen interessiert, um ihre Unabhängigkeit von Dänemark zu vergrößern, verfolgen aber eine überaus restriktive Genehmigungspraxis, da sie die Schäden für die sensible Umwelt und die traditionellen Lebensweisen der Bevölkerung möglichst gering halten wollen.

In Skandinavien können die Bergbauunternehmen auf eine gut ausgebaute Infrastruktur auch nördlich des Polarkreises zurückgreifen. Ergiebige Lagerstätten finden sich bei Bjørnevatn in Sør-Varanger, Nordnorwegen.[3] Das dort gewonnene Eisenerz wird mit einer eigenen Bahn zum eisfreien Hafen Kirkenes transportiert und von dort verschifft. In der Finnmark, in Nussir und Repparfjord, werden Kupfer, Silber und Gold abgebaut. Vor-

[3] DERA: Das mineralische Rohstoffpotential der nordeuropäischen Arktis, 2012; Norway: A supplement to Mining Journal, February 2010, http://www.mining-journal.com/__data /assets/supplement_file_attachment/0005/197996/Norway_scr.pdf.

kommen an Aluminium, Quarz, Kupfer, Platin, Titan, Uran und Zirkonium sowie verschiedene Industriemetalle befinden sich im Stadium der Erschließung, wobei nicht sicher ist, ob sie einen Abbau lohnen.

Schweden verfügt über reiche Bestände an Eisen, Kupfer und anderen Metallen, die in der Regel von internationalen Unternehmen ausgebeutet werden.[4] Eine führende Rolle kommt dabei kanadischen Unternehmen zu, die in Norbotten, in der Region Kiruna, Malmberget, Altik, Lakselv und Rönnskär sowie im Kolari Distrikt (Finnland) Eisenoxid-Kupfer-Gold Vorkommen abbauen. Das schwedische Unternehmen Boliden AB konzentriert sich auf den Abbau sowie die Verhüttung von Zink und Kupfer, aber auch von Blei, Gold und Silber. Vom Erzbergwerk Kiruna werden die Abbauprodukte per Eisenbahn in den eisfreien norwegischen Hafen Narvik transportiert und von dort verschifft.

Russland verfügt in den arktischen Gebieten über umfangreiche Rohstoffvorkommen, vor allem Eisen, Nickel, Kupfer, Gold, Metalle der Platingruppe, Kobalt, Zinn, Quecksilber und Uran. Ihr Abbau und ihre Verhüttung führen jedoch zu immensen Umweltschäden. Die geomorphologische Struktur der Kola-Halbinsel macht sie zur Lagerstätte einer Vielzahl von Erzen und Seltenen Erden, die über einen hohen Anteil an alkalischen Metallen verfügen, aber wenig Silizium und Aluminium enthalten.[5] Die Verschiffung erfolgt über den ebenfalls eisfreien Hafen Murmansk.

Der Reichtum an Bodenschätzen in Nordwestrussland, die gute logistische Struktur sowie die relative Nähe zu Mitteleuropa sind für die deutsche Industrie sehr attraktiv. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf die Vorkommen auf der Kola-Halbinsel. Im Juli 2010 bot der damalige russische Präsident Dimitri Medwedew Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Gesprächen in Moskau Deutschland einen bevorzugten Zugang zu diesen Rohstoffen an, insbesondere den Seltenen Erden. Trotz der Attraktivität dieser Vorräte bemüht sich die Bundesregierung jedoch, weitere einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Deshalb könnten für die deutsche Industrie die Rohstoffe in anderen Bereichen der Polarregion durchaus interessant sein.

Auch wenn die russischen Ressourcen attraktiv sind: Deutschland will weitere Abhängigkeit vermeiden

Deutsche Rohstoffpolitik

Die deutschen Interessen an Arktis und Antarktis gehen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Sie reichen von umfassender wissenschaftlicher Forschung, die seit 1980 vom Alfred-Wegener-Institut (AWI) in Bremerhaven koordiniert wird, über

[4] DERA: Das mineralische Rohstoffpotential der nordeuropäischen Arktis, 2012; Kaj Lax, The Swedish Minerals Policy, Geological Service of Sweden, http://fem.lappi.fi/c/document_library/get_file?folderId = 506958&name = DLFE-10265.pdf.

[5] Außerdem sind dort ungewöhnlich hohe Konzentrationen an Titanium, Zirkonium, Phosphor, Mangan, Strontium, Zink, Blei, Uran, Barium und insbesondere Seltene Erden wie Yttrium, Niobium, Cerium, Lanthan, Caesium und Neodym vorhanden. Bei vielen der hier gefundenen Mineralien handelt es sich um Natrium-Titanium-Silikate. Aber auch Karbonate, Oxide und Phosphate sind häufig, vgl. Mining - Russia - export, problem, product, area, system, sector; www.nations encyclopedia. com/Europe/Russia-MINING.html#ixzz1alwnN4AE.

das langjährige Engagement als Ständiger Beobachter im Arktischen Rat bis hin zu Deutschlands Rolle als eine der größten Schifffahrtsnationen der Welt.

Gegenwärtig verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen, die institutionellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rohstoffpolitik zu schaffen. Ihre im Oktober 2010 verkündete Rohstoffstrategie[6] bietet einen ordnungspolitischen Rahmen für die Sicherung einer nachhaltigen Versorgung mit nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen; die DERA dient Industrie und Verbänden als zentrale Informations- und Beratungsplattform für mineralische und Energierohstoffe; das an der TU Bergakademie Freiberg eingerichtete Helmholtz-Institut für Ressourcentechnologie soll strategisch wichtige Forschungskompetenzen zur Sicherung der Rohstoffversorgung zusammenfassen. Auch die Industrie hat mit der Gründung der Rohstoffallianz GmbH eine Initiative zur Bündelung deutscher Interessen und zur Erschließung von neuen Rohstoffvorkommen unternommen.

Regierung, Industrie, Wirtschaftsverbände und Parteien: Alle interessieren sich für die Arktis-Rohstoffe

Auf verschiedene Weise sichert sich die deutsche Industrie den Zugang zu arktischen Rohstoffen: durch eigene Schürfrechte, langfristige Lieferverträge und finanzielle Beteiligung an einheimischen oder internationalen Bergbauunternehmen. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen durch ungebundene Finanzkredite, Exportgarantien (Hermes-Deckungen) und die Finanzierung geologischer Erkundungen im Vorfeld kommerzieller Exploration. Die Kompetenz für die Rohstoffsicherung liegt federführend beim Bundeswirtschaftsministerium (BMWI), das eng mit den anderen Häusern zusammenarbeitet. Eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA Rohstoffe) sorgt für die interne Abstimmung. Das Auswärtige Amt versucht mittels Rohstoffpartnerschaften und vertraglichen Regelungen[7] den bilateralen Austausch zu verstetigen. Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Berlin die Partnerländer beim nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen.

Wirtschaftsverbände und politische Partien bemühen sich ebenfalls, Deutschland den Zugang zu den Schätzen der Arktis zu sichern. So hat Reinhard Bütikofer (Grüne), Berichterstatter für Rohstoffe im Europäischen Parlament, im Oktober 2011 die Bildung eines Forschungsnetzwerks angeregt, mit dessen Hilfe eine Rohstoffoffensive gestartet werden soll. Sie soll den Zugang zu den von der deutschen Industrie benötigten Seltenen Erden sicherstellen, die von besonderer Bedeutung für grüne Industrien, zum Beispiel Windkraftanlagen, sind.[8]

---

[6] Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.

[7] Vgl. Anja Dahlmann und Stormy-Annika Mildner: Rohstoffpartnerschaften: Kein Garant für Versorgungssicherheit und Entwicklung. SWP-Aktuell 16, März 2012, www.swp-berlin.org/file admin/contents /products/aktuell/2012A16_mdn_dnn.pdf.

[8] Internes Strategiepapier: EU schmiedet Eliteteam gegen Rohstoffkrise, in SPIEGEL Online, 4.10.2011, http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,788598,00.html.

Das von der Bundesregierung verkündete Ziel der Transformation zu einer „green economy“ bedingt zweierlei: die Förderung der Entwicklung grüner Technologien und nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen. Sie schließt eine Erhöhung der Ressourceneffizienz im Produktionsprozess ebenso ein wie ein Recycling der Endprodukte. Langfristig strebt die Bundesregierung vor allem Markttransparenz an. Mehrere konkrete Möglichkeiten sind denkbar, mit denen sie der Industrie den langfristigen Zugang zu den arktischen Rohstoffen erleichtern kann. Um ihre Quellen zu diversifizieren, sollte sie sich um eine Intensivierung der Beziehungen zu Kanada und Grönland bemühen.

Mit Kanada gibt es bereits viele Kontakte auf staatlicher und auf Verbandsebene, zum Beispiel im Rahmen der deutsch-kanadischen Handelskammer. Diese hat 2011 in Kooperation mit der DERA eine Studie zum Thema „Möglichkeiten für ein Engagement deutscher Unternehmen im kanadischen Rohstoffsektor“ erstellt, die Hintergrundinformationen für Kanada als mögliches Zielland für die Erschließung neuer Lieferquellen bereitstellt und regelmäßige Symposien zu dieser Thematik durchführt.[9]

Da sich Grönland noch im Zustand eines Entwicklungslands befindet, sollte hier der Technologie- und Wissenstransfer im Vordergrund stehen. Die dänische Regierung hat in den vergangenen Jahren viel getan, um die Infrastruktur, das Gesundheits- und Erziehungswesen zu verbessern; die Selbstverwaltungsbehörden suchen jedoch nach Möglichkeiten, in stärkerem Maße selbst die Verantwortung für die Entwicklung Grönlands zu übernehmen. Sie würden es begrüßen, wenn sich durch eine Zusammenarbeit mit Deutschland ihre Abhängigkeit von Dänemark verringern würde. Ein Desiderat wären zum Beispiel Gemeinschaftsunternehmen von einheimischen und deutschen Betrieben. In diesem Zusammenhang ist allerdings eine gewisse Scheu deutscher Unternehmer festzustellen, sich in unbekannten Gebieten oder bei fremden Firmen zu engagieren, mit deren Arbeitsweise sie bisher nicht vertraut sind.

Die Bundesregierung sollte sich um eine Intensivierung der Beziehungen zu Kanada und Grönland bemühen

Die Versorgung mit speziellen Metallen und Seltenen Erden kann jedoch nur dann sichergestellt werden, wenn sich Politik und Wirtschaft gemeinsam bemühen, um weitere verlässliche Lieferanten für die benötigten kritischen Rohstoffe zu gewinnen.

Prof. Dr. HELGA HAFTENDORN lehrte bis Ende 2000 Internationale Beziehungen an der FU Berlin.

[9] Canadian-German Chamber of Industry and Commerce: Bergbau und Rohstoffe, http://kanada.ahk.de/kompetenzfelder/bergbau-rohstoffe/.

Smart Defence

Anspruch, Mehrwert und Auswirkungen für Europa

Wolfgang Ischinger, Wolfgang Schneiderhan, Philipp Gallhöfer, Bastian Giegerich, Ryan Mol, Timo Noetzel | **Die EU nennt es Pooling and Sharing, die NATO spricht von Smart Defence: Dabei geht es vor allem um verbesserte multinationale Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, um effektiver und kostengünstiger agieren zu können und langfristig Vertrauen aufzubauen.**

Auf ihrem Gipfel in Chicago haben die Staats- und Regierungschefs der NATO im Mai 2012 eine politische Erklärung verabschiedet, in der Smart Defence als neuer Ansatz zur Entwicklung und Bereitstellung militärischer Fähigkeiten bezeichnet wird. Damit ist klar: Der Kooperationsanspruch unter den Alliierten wird auf absehbare Zeit ein Kernelement der Verteidigungspolitik Deutschlands und Europas bleiben. Nun stehen Entscheidungsträger vor der Aufgabe der Umsetzung. Hierzu muss geklärt werden, was Anspruch und Mehrwert von Smart Defence sind, wie sie erreicht bzw. hergestellt werden können, und welche Implikationen sich für die Politik in Berlin und den anderen Hauptstädten der NATO- und EU-Mitglieder ergeben.

Die Losung lautet nun: wieder mehr Kooperation und dabei neue Wege gehen. Denn Kooperation schafft mehr Effizienz und Effektivität und somit Handlungskorridore. Diese Grundlogik ist schon oft und zu Recht kritisiert worden: Regierungen könnten sich nicht auf durch Kooperation entstehende wechselseitige politische und militärische Abhängigkeiten einlassen, da ihre sicherheits- und industriepolitischen Interessen zu unterschiedlich seien. Das gegenseitige Vertrauen sei zu niedrig, u.a. weil die Lehren aus der Vergangenheit auf eine Vielzahl von Hindernissen und gescheiterten Projekten hinwiesen.

Wer hinter Smart Defence lediglich „alten Wein in neuen Schläuchen" vermutet, unterschätzt den deutlich gestiegenen Handlungsdruck, der auf unserer Verteidigung lastet. Smart Defence hat in einem grundsätzlich veränderten Kontext eine ganz andere Relevanz erhalten. Diese resultiert aus drei strukturellen Veränderungen, die Smart Defence eher zu einer pragmatischen Notwendigkeit und weniger einer politischen Vision machen: erstens die haushälterischen Daumenschrauben, die bereits deutlich spürbar

den Verteidigungssektor erfasst haben; zweitens die gestiegenen Anforderungen für die im Einsatz stehenden Streitkräfte (diese werden mit der pazifischen Orientierung der USA für Europa eher noch weiter steigen); und drittens das durch hohe Unvorhersehbarkeit gekennzeichnete sicherheitspolitische Umfeld, das auch in Zukunft neue Anforderungen an die Koordination und Effektivität unserer Verteidigung stellen wird. Das Zusammenwirken dieser drei Veränderungen wirft die Frage auf, wie europäische Regierungen ihren militärischen Gestaltungsanspruch im Kontext neuer Anforderungen und vor dem Hintergrund schwindender finanzieller Ressourcen sichern können.

Smart Defence nach dem Chicago-Gipfel hat dabei den Anspruch formuliert, auf diese mehrfache Herausforderung eine pragmatische und projektbezogene Antwort zu geben. Diese basiert auf den Elementen Kooperation, Priorisierung und Spezialisierung und damit auf dem Versuch, Verteidigungspolitik in Europa auf eine neue organisatorische Grundlage zu stellen. Die Umsetzung soll dabei mit einem projektbezogenen Bottom-up-Ansatz erfolgen und in den Bereichen beginnen, in denen keine Unterschiede in außenpolitischem Gestaltungsanspruch und sicherheitspolitischen Interessen im Wege stehen. Bereits identifizierte Projekte stellen deshalb die Kooperation in der Ausbildung und Übung, der Logistik und Materialerhaltung in den Vordergrund.

In der Theorie ist Kooperation schon fast ein Königsweg, um bei stagnierenden finanziellen Mitteln militärische Fähigkeiten zu sichern. Schließlich kann der Wert von Kooperation aus finanziellen Einsparungen, gesteigerten militärischen Fähigkeiten und auch gewachsenem gegenseitigem Verständnis unter Partnernationen bestehen. In der Praxis zeigt sich, dass dieser Kooperationsnutzen mühevoll hergestellt werden muss. Wer auf kurzfristige und vor allem finanzielle Effekte hofft, kann enttäuscht werden.

Europas Verteidigungspolitik soll auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt werden

Erst die umfassende und langfristige Perspektive zeigt das Potenzial des Mehrwerts. Smart Defence kann dazu beitragen, dass Verteidigung effizienter und effektiver geleistet wird. Zudem können Bindungen zwischen den Alliierten gestärkt werden, was mit der Zeit die Bereitschaft fördern wird, sich zu spezialisieren und bestimmte militärische Fähigkeiten wechselseitig zur Verfügung zu stellen.

Einsparpotenziale

Eine Analyse der realisierten Einsparungen ist für viele Projekte, wenn überhaupt, nur über Schätzungen möglich, da die beteiligten Akteure die notwendigen Daten entweder nicht bereitstellen oder nicht vorhalten. Dennoch ist unbestritten, dass auf nationaler (beispielsweise durch Zentralisierung des Einkaufs) sowie auf internationaler Ebene (beispielsweise durch Pooling and Sharing) weitere Produktivitätssteigerungen erzielt werden können, die die Bereiche Personal, Beschaffung und Unterhaltung umfassen – und die machen schon ca. 70 Prozent der Verteidigungsbudgets aus. Ob diese Produktivitätssteigerungen durch Smart De-

fence sich am Ende eher in Effizienz oder Effektivität übersetzen, ist nicht zuletzt eine sicherheitspolitisch zu beantwortende Frage. Regierungen werden sie aufgrund von Budgetvorgaben und Sicherheitsinteressen von Projekt zu Projekt entscheiden.

Die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern verspricht große Skaleneffekte, also gesenkte Stückkosten bei größeren Bestellungen, da so die relativ hohen Fixkosten zum Beispiel für Forschung und Entwicklung auf mehrere Schultern verteilt werden. Oftmals stehen diesem Vorgehen allerdings unterschiedliche Anforderungsprofile und industriepolitische Interessen entgegen. Werden diese überwunden, können Einsparungen aber signifikant sein. So gab Schweden bekannt, dass es 40 Millionen Euro durch die mit Norwegen 2009 gemeinsam durchgeführte Beschaffung des Artilleriesystems ARCHER gespart habe – das waren damals über fünf Prozent des Gesamtetats für Beschaffungen.

Kooperation sichert militärische Fähigkeiten und kann Geld sparen

Neue Technologien bieten ebenfalls viel Raum für Synergien. Mit ihrer Einführung verbindet sich die Chance, Kooperation langfristig und umfassend zu verankern. Gegenwärtig betreiben fünf europäische Staaten getrennt satellitengestützte Kommunikationssysteme für ihre Streitkräfte. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) schätzt, dass diese Systeme insgesamt eine Investition von rund zehn Milliarden Euro erfordert haben. Wenn bei der Entwicklung und Beschaffung einer neuen Generation alle Synergien (Forschung, Entwicklung, Beschaffung, Nutzung) genutzt würden, bestünde nach Berechnungen der EDA ein Einsparpotenzial von einer Milliarde Euro.

Gemeinsame Ausbildungseinrichtungen sind ein guter Beleg für die eher begrenzten, aber schnell zu realisierenden Einsparpotenziale, die darüber hinaus rar gewordene Ausbilderressourcen verfügbar machen, um den Fähigkeitenaufbau zu gewährleisten. So teilen sich Deutschland und Frankreich die jährlichen Kosten (2,2 Millionen Euro) für das Deutsch-Französische Heeresflieger-Ausbildungszentrum in Le Luc (Frankreich). Und Programme der gemeinsamen Logistik und Materialerhaltung senken ebenfalls die Kosten, was der ISAF-Einsatz in Afghanistan belegt: Die gemeinsam zur Verfügung gestellte Logistik für ein Kontingent aus dänischen, niederländischen und norwegischen Kampfflugzeugen hat die Logistikkosten dort um ein Drittel gesenkt.

Fähigkeiten verbessern

Verteidigungskooperation kann neue oder verbesserte militärische Fähigkeiten schaffen, wenn sie zur Bereitstellung von Geräten führt, die andernfalls auf nationaler Ebene aufgrund zu hoher Kosten nicht beschafft würden, wenn bereits bestehende Fähigkeiten aufgrund ihrer Kosten ohne Kooperation abgeschafft würden, oder wenn durch Kooperation die Fähigkeit der Partnernationen zur militärischen Zusammenarbeit erhöht wird.

Die Strategic Airlift Capability (SAC)-Initiative der NATO hat zum Beispiel geholfen, einsatzrelevante Fähigkeitslücken der teilnehmenden Staaten zu schließen oder zumindest zu verkleinern. Gemeinsam haben die zwölf SAC-Staaten drei C-17 Trans-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Das EATC plant, beauftragt und kontrolliert am 24. Januar 2012 den Transfer von zwei niederländischen F16 nach Afghanistan und zurück. Bei einer Distanz von 4000 Kilometern wird mehrmals in der Luft aufgetankt

portflugzeuge beschafft, die in Papa (Ungarn) stationiert sind, und sie betreiben sie mit multinational zusammengesetzten Crews. Die Kosten sind abhängig von den Transportbedürfnissen: Jedes Land „besitzt" einen Anteil der verfügbaren Flugstunden und kann diese mit anderen Teilnehmern handeln. Für die meisten Staaten bedeutet dieses Programm eine Verbesserung ihrer Lufttransportfähigkeiten zu vertretbaren Kosten. Für andere kleinere Staaten (wie Litauen oder Slowenien) schafft SAC den Zugang zu einer Fähigkeit, die im nationalen Rahmen aus Kostengründen überhaupt nicht erreichbar wäre.

Auf lange Sicht betrachtet können die Standardisierung und Harmonisierung von Ausbildungsprogrammen außerdem dazu beitragen, dass Staaten auf die Beschaffung von unterschiedlichem Gerät (oder inkompatible Versionen des gleichen Geräts) verzichten. So stehen europäische Staaten immer wieder vor der Herausforderung, ausreichend Hubschrauberbesatzungen für Einsätze bereitzustellen. Die EDA hat ein informelles Ausbildungsprogramm, in dem seit 2009 pro Jahr ein bis zwei Übungen durchgeführt werden, die sich auf Einsätze in Wüstenumgebungen und Gebirgen konzentrieren. Durch diese Übungen werden sowohl die Fähigkeiten der einzelnen Crews auf nationaler Ebene als auch die Fähigkeiten zur multinationalen Zusammenarbeit gestärkt. Bisher haben 13 Staaten ihr Interesse ausgedrückt, dieses Ausbildungsprogramm zu institutionalisieren.

Erfolgreiche Prozesse

Mehrwert besteht aber nicht nur aus gesparten Geldern und gesteigerten Fähigkeiten. Auch der Kooperationsprozess selbst kann einen, wenngleich indirekten Mehrwert schaffen. Durch einen strukturierten Prozess der gemeinsamen Planung, Koordination und den Austausch von Informationen entstehen Vertrauen und Bere-

chenbarkeit. Dieser immaterielle Mehrwert hilft wiederum, die durch Kooperation entstehenden wechselseitigen politischen und militärischen Abhängigkeiten akzeptabler zu machen. Dieser Nutzen erschließt sich allerdings erst aus einer langfristig angelegten Perspektive.

Die Erfahrung der Zusammenarbeit von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden zeigt, dass nicht jedes Programm materiellen Nutzen bringt, aber vielfältige andere Vorteile entstehen können. Eine Auswertung von 117 Kooperationsinitiativen der vergangenen Jahre ergibt, dass rund die Hälfte in konkrete Projekte überführt wurde. Viele indirekte Vorteile weisen auf ein gesteigertes gegenseitiges Verständnis hin. So wurden durch die nordische Verteidigungskooperation das Wissen um die Erfahrungen der Partner, um Investitionsabläufe und -entscheidungen sowie der Austausch zu Forschungsergebnissen vertieft. In der Folge gelangen auch die Definition gemeinsamer Interessen und Handlungsempfehlungen sowie die Harmonisierung von militärischen Anforderungen. Dies führte 2010 dazu, dass den auf Rüstung fokussierten Initiativen politische und einsatzbezogene Ziele an die Seite gestellt wurden.

Die nordischen Staaten zeigen, dass ihre Kooperation bereits vielfältige Vorteile hat entstehen lassen

EATC als gutes Beispiel

Das European Air Transport Command (Europäisches Lufttransportkommando, EATC) kann als Model dafür dienen, wie Smart Defence in der europäischen Verteidigung konkret operationalisiert werden kann. Seit September 2010 plant und beauftragt das EATC die Lufttransporte der vier Partnerländer Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden; es hat bewiesen, dass durch die Bündelung von militärischen Fähigkeiten mehr Effizienz und Effektivität erreicht werden können und gleichzeitig Vertrauen aufgebaut werden kann.

Die garantierte Verfügbarkeit der bereitgestellten Flugzeuge wurde trotz Souveränitätsvorbehalten durch vier Bausteine erreicht: 1. Das EATC hat die operationelle Kontrolle über die Flugzeuge und kann demnach jederzeit Aufträge anordnen. 2. Die Partnernationen können frei entscheiden, wie viele und welche Flugzeuge sie dem EATC unterstellen. 3. Jede Partnernation hat einen Veto-Verantwortlichen, der Einsätze aus nationalen Gründen ablehnen kann. 4. Jede Nation kann bei Bedarf Einsätze rein national durchführen.

In der Mission des EATC werden „Synergien“ und „ökonomische Lösungen“ als Kernziele genannt. Neben Effizienzgewinnen ist eine höhere Effektivität wichtig, um die Akzeptanz der Militärs zu gewinnen. Diese hat das EATC in unterschiedlichen Bereichen schon erreicht: So konnte ein französischer Pilot während des Libyen-Einsatzes seinen niederländischen Kameraden auf dem Rückflug über die Lage vor Ort auf dem Flugfeld in Libyen informieren. Durch deutsche Unterstützung konnte Frankreich die Ausbildung seiner Piloten aufrechterhalten, da weiterhin eigene Transportflugzeuge zur Verfügung standen und nicht nach Libyen fliegen mussten. Den Partnernationen stehen mehr Flugzeuge und -typen für Lufttransporte zur Verfü-

gung, was insbesondere für kleinere Länder ein großer Vorteil ist. Darüber hinaus werden durch die operative Zusammenarbeit das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz erhöht: Offiziere und Unteroffiziere lösen täglich gemeinsam Probleme – eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Kooperationen.

Effizienzgewinne werden beim EATC auf unterschiedliche Weise erzielt. Das Bundesverteidigungsministerium hat nach über 40 Jahren Ende Dezember 2010 das Lufttransportkommando der Bundeswehr aufgelöst, weil die meisten Transportflugzeuge dem EATC unterstellt worden waren; dies hat zu jährlichen Einsparungen von ca. 3,5 Millionen Euro geführt. Weitaus größere Effizienzgewinne werden durch den Austausch von Flugstunden erreicht: Der Ladefaktor verdoppelte sich auf ca. sieben Tonnen, der Leerfluganteil sank von 22 auf ca. 14 Prozent. Und ohne Flugstundenaustausch hätten die Flüge nur national oder gar nicht durchgeführt werden können. Allein letzteres führt zu einem von uns geschätzten jährlich generierten Mehrwert von 50 bis 65 Millionen Euro.

Bedeutung für Europa

Smart Defence muss im europäischen Kontext auf zwei Wegen umgesetzt werden: Spezialisierung und Bündelung. Das kann nur erfolgreich sein, wenn die militärische Handlungsfähigkeit im Bedarfsfall sichergestellt bleibt. Europas Staaten müssen lernen, gemeinsam Fähigkeiten zu entwickeln und über die Frage, wer sich auf das Vorhalten welcher Ressourcen militärischer Macht konzentriert, gemeinsam zu entscheiden. In nicht allzu ferner Zukunft könnten also nationale Einsatzvorbehalte eher die Ausnahme als die Regel werden.

Wer aber schon jetzt die volle Konvergenz in außen- und sicherheitspolitischen Interessen und geostrategischen Gestaltungsansprüchen als „Condicio sine qua non“ für die Umsetzung von Smart Defence und Pooling and Sharing anführt, verkennt die Idee von Smart Defence sowie die Logik der europäischen Integration: Klar ist, dass Smart Defence in vielen Bereichen nicht notwendigerweise eine Einigung über die Bereitstellung von Fähigkeiten im multinationalen Kontext voraussetzt. Die genannten Beispiele zeigen, dass ein pragmatischer, projektbezogener Ansatz im Rahmen des Möglichen zunächst durchaus Erfolg im Sinne von Effizienz, Effektivität und Vertrauensbildung verspricht. Es gibt genügend Potenziale, die schon durch eine effizientere Beschaffung und koordinierte Unterhaltung von Fähigkeiten gehoben werden können.

Der Weg: Spezialisierung und Bündelung militärischer Fähigkeiten

Die Geschichte der europäischen Integration zeigt zudem, dass jedes große Projekt immer die Summe kleiner Initiativen war. Es wäre also nicht das erste Mal, dass Europa, getrieben aus ökonomischer und funktionaler Notwendigkeit, nationale Vorbehalte überwindet und schlussendlich auch politisch enger zusammenwächst.[1]

[1] Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version des Policy Briefs „Smart Defence nach dem NATO-Gipfel. Anspruch, Mehrwert, Implikationen“, verfasst von Wolfgang Ischinger, Wolfgang Schneiderhan, Philipp Gallhöfer, Bastian Giegerich, Ryan Mol und Timo Noetzel, stiftung neue verantwortung, Berlin 2012, www.stiftung-nv.de.

Pro: Ein unverzichtbares Projekt

von Svenja Sinjen

Braucht die NATO tatsächlich ein Abwehrsystem zur Verteidigung des Bündnisgebiets gegen ballistische Raketen? Sollen sich die Europäer an diesem Projekt maßgeblich beteiligen? Kann Russland dabei ein gleichberechtigter Partner der NATO werden? In Anbetracht der bisherigen Bündnisentscheidungen rufen diese Fragen zunächst Verwunderung hervor.

Hat die NATO nicht bereits auf ihrem Strategiegipfel in Lissabon entschieden, dass eine Raketenabwehr gebraucht wird? Hat das Bündnis nicht gerade in Chicago den ersten Schritt dazu getan und die so genannte Interim Ballistic Missile Defence Capability ausgerufen? Folgt aus der Logik einer Allianz nicht zwangsläufig, dass sich die Europäer maßgeblich an diesem Projekt beteiligen müssen? Es handelt sich schließlich um eine Fähigkeit, die die NATO selbst als Kernelement kollektiver Verteidigung bezeichnet. Und hat das Bündnis nicht mehrfach betont, dass eine Kooperation mit Russland zwar angestrebt wird, Russland aber als Nichtmitglied der NATO kein gleichberechtigter Partner in dieser Sache sein kann?

Ein klares Ja. Warum sollten diese Fragen also erneut gestellt werden? Das Stichwort lautet wie so oft in den vergangenen 20 Jahren: doch kein tragfähiger strategischer Konsens. Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Chicago waren wieder einmal zahlreiche Stimmen zu hören, die den Nutzen der Raketenabwehr anzweifeln, sie nicht nur mit Blick auf die russischen Widerstände als potenzielle Gefahr für die allgemeine sicherheitspolitische Stabilität bezeichnen und dringend von größeren europäischen Investitionen abraten. Neben dieser althergebrachten Kritik konnte man einen neuen Zungenschlag aus dem Lager derer vernehmen, die sich nur widerwillig mit der NATO-Raketenabwehr abgefunden hatten: Ist Raketenabwehr nicht überflüssig, wenn sich die iranische Bedrohung auflösen sollte?

Die Kritiker verkennen nach wie vor die wesentlichen Argumente, die für eine Raketenabwehr zum Schutz des Bündnisgebiets sprechen, und verpassen damit gleichzeitig den Anschluss an die tatsächlich zu klärende Frage: Wie können Amerikaner und Europäer unter Budgetzwängen gemeinsam eine effektive Raketenabwehr aufbauen? Allein dieser Umstand macht eine erneute Debatte über das Thema nötig. Denn nur wenn ein belastbarer Konsens über Partei- und Landesgrenzen hinweg erwirkt werden kann, der die Notwendigkeit einer Raketenabwehr nicht mehr anzweifelt, hat das NATO-Projekt auch in Zeiten knapper Kassen eine langfristige Zukunft.

Zwei zentrale Gründe sprechen für eine Raketenabwehr: die fortwährende Bedrohung durch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen sowie die lückenhaften Ansätze zur Bekämpfung dieser Bedrohung.

1. Die Bedrohung: Die NATO betont seit Jahren, dass die Weiterverbreitung von ballistischen Raketen und Massenvernichtungswaffen neben dem Terrorismus die größte Gefahr für die Sicherheit ihrer Mitglieder ist. Diese Gefahr wird immer komplexer. Mittlerweile besitzen oder entwickeln zwischen 20 und 30 Staaten ballistische Raketen, deren einziger militärischer Nutzen im Transport von Massenvernichtungswaffen liegt. Dazu hat sich gezeigt, dass die Raketen nicht nur mobiler, überlebensfähiger und zielgenauer geworden sind, sondern auch die Reichweiten gesteigert werden konnten. Schließlich herrscht weiterhin ein reger Technologietransfer zwischen den Staaten, die in ihrer Raketenentwicklung fortgeschrittener sind, und denen, die rückständiger sind. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Trends fortsetzen und durch diplomatische Bemühungen nicht aufgehalten werden können.

Doch aus Fähigkeiten allein ergibt sich noch keine Gefahr. Sie werden dann gefährlich, wenn sie sich mit feindlichen Absichten eines Kontrahenten paaren. Der Iran ist in diesem Zusammenhang das derzeit prominenteste Beispiel. Das Land arbeitet seit Jahren an Langstreckenraketen und kann mit seinen Mittelstreckenraketen bereits jetzt die Südwestflanke des NATO-Gebiets erreichen (z.B. Athen). Die Diskussionen um den Stand des iranischen Nuklearprogramms sind bestens bekannt. Man kann davon ausgehen, dass weitere Fortschritte des Landes bei der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten nicht aufzuhalten sind. Iranische Langstreckenraketen, die bestückt mit atomaren Gefechtsköpfen die USA erreichen könnten, sind mittelfristig durchaus realistisch. Aber auch ohne Massenvernichtungswaffen hätten die Raketen ausreichend Potenzial, um Angst und Schrecken zu verursachen, wenn sie in einer europäischen oder amerikanischen Stadt einschlagen würden. Die bedrohliche Rhetorik der iranischen Führung gegenüber Israel und einigen NATO-Mitgliedern, allen voran den USA, ist nicht zu überhören. Wozu die Führung tatsächlich bereit wäre, um ihre Interessen durchzusetzen, kann niemand vorhersagen. Gegenstand dieser Vorhersagen ist immer auch die menschliche Psyche, die Überraschungen hervorbringen kann. Argumente wie „eine militärische Auseinandersetzung mit Israel oder den USA sei nicht im Interesse der iranischen Bevölkerung“ sind wenig hilfreich. Die iranische Bevölkerung hat keine ausreichenden Sanktionsmechanismen, um die Entscheidungen der Führung zu kontrollieren und sie im Zweifel auf einen friedfertigen Kurs zu bringen. Denn die Iraner leben in einer Diktatur.

Zwischen 20 und 30 Staaten besitzen oder entwickeln ballistische Raketen, Diplomatie hält sie nicht auf

2. Die lückenhaften Ansätze zur Bekämpfung der Bedrohung: Hierin liegt auch der Schlüssel zur Frage, ob Raketenabwehr überflüssig ist, wenn sich die iranische Bedrohung auflösen sollte. Nein, keineswegs. Jede Diktatur, die über ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen verfügt, ist eine potenzielle Gefahr für die Interessen der NATO-Mitglieder. Ob sich diese Gefahr tatsächlich materialisiert, ist ungewiss und hängt von den politischen Umständen

ab – das ist nicht der Punkt. Entscheidend ist, dass dieser Fall eintreten könnte und mit erheblichen Konsequenzen für die Sicherheit der NATO-Mitglieder verbunden wäre. Die Politik hat sich auf diese Situation vorzubereiten. Sie muss die Sicherheit der Bürger bestmöglich schützen und dabei gleichzeitig ihre politische Handlungsfähigkeit in Krisensituationen aufrechterhalten. Die bisherigen Ansätze zur Bekämpfung der Bedrohung durch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen waren lückenhaft. Die Fälle Nordkorea und Iran zeigen, dass die diplomatischen Bemühungen ins Leere laufen. Aber auch die militärischen Vorbereitungen sind unvollständig. Raketenabwehr kann helfen, diese Lücken in zweierlei Hinsicht zu schließen.

Zunächst durch eine Stärkung der Abschreckungsbemühungen: Die NATO-Mitglieder werden aufgrund ihrer inneren Verfasstheit immer versuchen, gegnerische Erpressungsversuche oder eine tatsächliche militärische Auseinandersetzung zu verhindern, indem sie den Kontrahenten mit ihrem eigenen Fähigkeitsdispositiv abschrecken. Raketenabwehr stärkt diesen Versuch: Als aktive Verteidigung ergänzt sie den passiven ABC-Schutz (atomar, biologisch, chemisch) und weitere offensive Verteidigungsmaßnahmen und signalisieren dem Kontrahenten, dass ein Raketenangriff nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann. Diese mangelnden Erfolgsaussichten wären natürlich umso abschreckender, wenn z.B. der Iran nach einem Raketenabschuss auf die USA oder Europa ebenfalls mit einem (nuklearen) Vergeltungsschlag rechnen müsste. Hier zeigt sich, dass Verteidigung und Vergeltung eng verbunden sind und Abschreckung erst durch diese Verbindung effektiv werden kann. Jede Vergeltungsmaßnahme, insbesondere auf der Basis von Nuklearwaffen, ist in Demokratien mit erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten verbunden. Daher kommt der Verteidigungskomponente im Konzept der Abschreckung eine besondere Bedeutung zu. Raketenabwehr erhöht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, sondern reduziert auch die Szenarien, in denen nukleare Vergeltung notwendig sein könnte.

Verteidigung und Vergeltung sind eng verbunden, erst dadurch kann Abschreckung effektiv werden

Weiterhin durch eine Rückversicherung bei Versagen der Abschreckung: Trotz alledem können Abschreckungsbemühungen gegenüber Akteuren wie dem Iran scheitern. Abschreckung ist kein mechanischer Prozess, sondern setzt eine Vielzahl an Informationen über den Kontrahenten voraus, die nicht immer verfügbar sind. Auch die menschliche Psyche spielt eine Rolle: Am Ende entscheidet die iranische Führung selbst, ob sie abgeschreckt ist oder nicht. Raketenabwehr bietet daher eine Art Rückversicherung für den Fall, dass Abschreckung tatsächlich versagt. Sollte sich der Iran im Konfliktfall entscheiden, einen Raketenangriff auf die USA oder Europa durchzuführen, könnte der Schaden durch eine Raketenabwehr erheblich reduziert oder gar vermieden werden.

Diese Argumente sind alle nicht neu. Sie haben dennoch nichts von ihrer Schlagkraft eingebüßt. Statt sie zu beachten, stellen die Kritiker der Raketenabwehr Probleme in den Vordergrund, die es zwar gibt und zum Teil auch gelöst werden müssen, die aber kein Hindernis für den Aufbau der NATO-Raketenab-

wehr sind: „Raketenabwehr kann keine hundertprozentige Sicherheit bieten." Richtig, aber hundertprozentige Sicherheit gibt es nie. Wenn der Einschlag auch nur einer Rakete auf NATO-Territorium verhindert werden kann, hat Raketenabwehr ihren Nutzen zweifelsfrei bewiesen. „Massenvernichtungswaffen können auch auf anderem Wege als mit ballistischen Raketen ausgebracht werden." Richtig, aber lässt man die Tür offen, nur weil der Dieb auch durch das Fenster einsteigen könnte? „Die Technologie ist mit Problemen behaftet, die vermutlich nie gelöst werden können". Richtig, wie bei jeder komplexen technologischen Entwicklung gibt es auch bei der Raketenabwehr Probleme. Solange diese Entwicklungen aber den Gesetzmäßigkeiten der Physik folgen, können sie bei entsprechender Mittelaufwendung erreicht werden. Ob diese Mittelaufwendung als vertretbar betrachtet wird, ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Schließlich widmen sich alle Kritiker der Raketenabwehr den russischen Widerständen und argumentieren, dass die NATO ihre Raketenabwehrpläne nicht gegen russische Widerstände durchsetzten dürfe. Warum eigentlich nicht? Russland ist kein Mitglied der NATO und kann daher kein Veto über die Entscheidungen des Bündnisses haben – auch kein informelles. Das russische Verhalten legt die Vermutung nahe, dass auch die Russen die Bedeutung der Raketenabwehr erkannt haben und in Anbetracht ihrer eigenen technologischen Rückständigkeit versuchen, die Umsetzung des Projekts zu verhindern oder zu verlangsamen. Anders können die unrealistischen Forderungen der russischen Führung nach gleichberechtigter Teilhabe an der NATO-Raketenwehr und nach einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Absicherung der russischen Zweitschlagskapazität kaum erklärt werden. Wenn die NATO das Projekt nicht aufgeben will, wird Russland seine Forderungen anpassen müssen. Nur dann ist der Weg für eine begrenzte Kooperation zwischen der NATO und Russland möglich.

Angesichts seiner eigenen Rückständigkeit versucht Russland, die Umsetzung des Projekts zu verhindern

Die verantwortlichen Regierungen in den NATO-Staaten haben die Aufgabe, den immer noch weit verbreiteten Widerstand gegen die Raketenabwehr aufzulösen. Es gibt genug Argumente, mit denen sie dabei um Unterstützung werben können. Ohne einen tragfähigen Konsens, der die Raketenabwehr nicht mehr anzweifelt, hat das NATO-Projekt keine langfristige Zukunft.

Ein Blick auf die Raketenabwehrplanungen der USA und die politischen Zwänge, denen das Land unterliegt, genügt, um diesen Zusammenhang zu verstehen: Die USA stellen mit ihrem „Phased Adaptive Approach for Missile Defense in Europe" das Rückgrat des NATO-Projekts. Ohne die USA wird es keine NATO-Raketenabwehr geben. In vier Phasen soll zunächst der Schutz des europäischen Bündnisgebiets und der amerikanischen Streitkräfte in Europa gegen Mittelstreckenraketen aufgebaut und verbessert werden. Am Ende der letzten Phase steht der Schutz der USA gegen Langstreckenraketen. Die amerikanischen Fähigkeiten, auch die künftig landgestützten, werden sich dabei relativ leicht verlegen lassen. Bedenkt man die begrenzte Verfügbarkeit der Fähigkeiten und den globalen Fokus der USA, ist leicht vorstellbar, dass amerikanische Fähigkeiten aus Europa in andere Regionen verlegt werden könnten. Eu-

ropäische Fähigkeiten, die diesen Abzug abfedern könnten, wären angebracht. Darüber hinaus klärt die NATO gerade intern, welches Schutzniveau überhaupt für das Bündnisgebiet erreicht werden soll. Auch hier könnte das Ergebnis sein, dass substanzielle europäische Beiträge angebracht sind. Schließlich steht aufgrund der Budgetzwänge, die es auch in den USA gibt, keinesfalls fest, ob die vier Phasen überhaupt wie geplant umgesetzt werden können. Bereits jetzt fragen amerikanische Politiker, warum die USA unverhältnismäßig viel in ein Projekt investieren sollten, das die USA mit den Europäern gemeinsam umsetzen sollen.

Das amerikanische Engagement für die europäische Sicherheit ist keineswegs in Stein gemeißelt. Die Europäer, allen voran Deutschland, müssen sich daher überlegen, wie sie die NATO-Raketenabwehr mit eigenen substanziellen Beiträgen ergänzen, um die USA in Europa zu halten und die europäischen Interessen zu schützen. Das ist die eigentliche Debatte, die geführt werden muss!

Contra: Die Risiken sind zu groß

von Dirk Schuchardt

Die hohen Erwartungen an das territoriale Raketenabwehrsystem der NATO werden sich nicht erfüllen. Daher gilt es, politischen Entscheidungsträgern die Grenzen eines solchen Systems deutlich zu machen, anstatt die Vorzüge zu unkritisch herauszustellen. Der sicherheitspolitische Mehrwert der Raketenabwehr verbleibt dabei letztlich zu gering, die Risiken zu groß, um größere Investitionen zu rechtfertigen.

Militärs, Verteidigungspolitiker und Sicherheitsexperten betonen die Vorteile, die das System besitzt: Neben Schutz soll es die militärische Handlungsfähigkeit gegenüber nuklear bewaffneten Aggressoren erhalten und nukleare Erpressung verhindern, Staaten vom Bau von Nuklearwaffen und ballistischen Raketen sowie von deren Nutzung durch die Einsicht abschrecken, dass diese Anstrengungen angesichts des Abwehrsystems vergeblich sind. Darüber hinaus soll das System die transatlantischen Beziehungen stärken und durch Kooperation das westlich-russische Verhältnis verbessern. Doch bei Betrachtung dieser Argumente kommt man zu dem Schluss, dass ein Abwehrsystem bloß zwei Vorteile haben könnte: Erstens mag es den Schaden reduzieren, den ein Angriff auf NATO-Gebiet verursachen würde. Und zweitens könnte das Abwehrsystem eine gewisse Stärkung der transatlantischen Beziehungen bewirken. Zusammengenommen ist dies aber zu wenig, um größere Anstrengungen Deutschlands zu rechtfertigen.

Grundlage der deutschen Argumentation für die Raketenabwehr ist die zunehmende Verbreitung ballistischer Raketen. Allerdings rechtfertigt dies allein kaum den Aufwand eines Raketenabwehrsystems – dafür bedarf es, wenn überhaupt, einer Bedrohung durch Nuklearraketen. Mittel- bis langfristig dürfte nur der Iran in der Lage sein, Zentraleuropa mit solchen Systemen zu bedro-

hen. Dass er plant, nukleare Raketen mit entsprechender Reichweite zu entwickeln, ist nicht ausgeschlossen, aber unter Experten strittig. Andere Staaten, wie etwa Syrien, werden auch langfristig kaum über die notwendigen Fähigkeiten verfügen. Doch selbst wenn diese Staaten über die entsprechenden Waffen verfügen würden, wären plausible und konkrete Bedrohungsszenarien schwer auszumachen. Und für die USA dürfte langfristig ohnehin China der Bezugspunkt für die Raketenabwehrprogramme sein.

Dazu kommt, dass die bislang verfügbaren Abwehrsysteme aufgrund ihrer geringen Leistungsfähigkeit kaum Schutz bieten. Sowohl die SM3 als auch der GBI wurden bislang unzureichend unter realistischen Einsatzbedingungen getestet, und beide Systeme können durch einfachste Täuschmaßnahmen überwunden werden. Den Optimismus von Befürwortern, dass die Lösung dieser Probleme nur eine Frage der Zeit sei, teilen dabei nicht alle Experten – vielen gelten etliche technische Probleme als langfristig nicht lösbar.

Doch auch wenn die Abwehrsysteme massive Leistungssteigerungen erfahren: Selbst Befürworter räumen ein, dass sie nie einen hundertprozentigen Schutz garantieren werden. Daher bietet ein Raketenabwehrsystem keinen Schutz vor nuklearer Erpressung und negiert nicht die nukleare Abschreckungsfähigkeit von nuklearen „Schurkenstaaten“. Abgesehen davon, dass ein Raketenabwehrsystem nicht gegen alle Verbringungsformen für Nuklearsprengköpfe Schutz bietet, ist es außerdem grundsätzlich unrealistisch anzunehmen, dass Drittstaaten sich vom Einsatz von Nuklearwaffen durch solch ein System abhalten lassen würden, sollten sie sich, trotz der Androhung nuklearer Vergeltung, zu diesem Schritt entschlossen haben. Hier birgt die Raketenabwehr sogar erhebliche Risiken, sollten Entscheidungsträger in der NATO die Abwehrfähigkeiten des Systems überschätzen. In so einem Fall wäre es möglich, dass sie durch Aggressivität in einer Krise einen Nuklearschlag provozieren in dem Irrglauben, durch die Raketenabwehr geschützt zu sein. Es ist daher dringend davon abzuraten, in der Raketenabwehr ein Instrument zu sehen, das den Handlungsspielraum gegenüber Nuklearmächten erweitert.

Die Raketenabwehr ist nicht geeignet, den Handlungsspielraum gegenüber Nuklearmächten zu erweitern

Darüber hinaus betreiben Staaten Nuklearwaffen und Raketenprogramme nicht nur aus sicherheitspolitischen Motiven mit Blick auf den Westen, sondern zum Teil auch mit Blick auf ihr ungeschütztes regionales Umfeld, internationales Prestige oder Interessen starker innenpolitischer Gruppierungen. Daher muss ein Abwehrsystem nicht dazu führen, dass Staaten ihre Nuklearwaffen- und/oder Raketenprogramme aussetzen. Beleg dafür sind nicht zuletzt die anhaltenden Aktivitäten des Iran und Nordkoreas. Die gleiche Argumentation gilt dabei ebenfalls für Staaten, die die NATO mit ihrem System auch deshalb schützen möchte, um sie von eigener nuklearer Aufrüstung abzuhalten. Zu denken wäre hier vor allem an die Türkei. Aber sicherheitspolitische Erwägungen wären bei der Entscheidung für oder gegen eine „türkische Bombe“ als Reaktion auf entsprechende Aktivitäten des Iran nur ein Faktor neben Fragen regionaler Machtverhältnisse und Prestige.

Die Raketenabwehr besitzt aber auch einen außenpolitischen Mehrwert, indem sie die transatlantischen Beziehungen stärkt und die USA an Europa bindet. Hierin, und weniger aufgrund einer tatsächlichen Bedrohung, dürfte auch die wesentliche Motivation der europäischen NATO-Staaten liegen, bei der Raketenabwehr zu kooperieren. Immerhin teilen alle NATO-Staaten mehr oder weniger die Einschätzung, dass die Proliferation von Raketen und Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung ist, der unter anderem durch Raketenabwehr begegnet werden kann. Wenn es gelingt, Fragen über Lastenteilung, Kontrolle und europäische Anteile an dem Abwehrsystem einvernehmlich zu lösen, könnte ein Raketenabwehrsystem in der Tat eine Stärkung der „Institution NATO“ mit sich bringen und den Europäern Einfluss und Mitspracherechte ermöglichen, die sie in einem amerikanischen System nicht hätten.

Einige Kommentatoren argumentieren außerdem, dass eine Einbeziehung Russlands in die Raketenabwehr sein Verhältnis zur NATO verbessern könnte. Würde es zu einer Einigung bei der Raketenabwehr kommen, wäre dies richtig – gegenwärtig spricht aber nicht viel dafür, dass dies möglich ist. Abgesehen von technischen Detailfragen ist es bislang nicht gelungen, mit Russland zu einer gemeinsamen Position zu kommen: Weder kann die NATO ein gemeinsames Abwehrsystem akzeptieren noch wird Russland ein Dokument erhalten, in dem die NATO garantiert, die Raketenabwehr sei nicht gegen Russland gerichtet. Ganz zu schweigen davon, dass man insbesondere in konservativen Kreisen in den USA und Osteuropa Russland sowieso eher als sicherheitspolitischen Rivalen denn als Partner wahrnimmt und die NATO vielen in Russland noch immer als gelegenes Feindbild taugt.

Russland hat wenig Grund, westlichen Aussagen bezüglich der Raketenabwehr übermäßig zu trauen

Russland hat an sich auch wenig Grund, westlichen Aussagen bezüglich der Raketenabwehr übermäßig zu trauen: Zum einen haben Analysen gezeigt, dass die geplanten NATO-Systeme sich grundsätzlich nutzen ließen, um russische Raketen abzufangen. Bei einem von russischer Seite befürchteten Aufwuchs des Systems könnte so die russische Zweitschlagfähigkeit irgendwann gefährdet sein. Zum anderen haben die USA schließlich bereits schon einmal unilateral einen Vertrag gekündigt, der Raketenabwehrsysteme begrenzen sollte. Man sollte auch bedenken, mit welchen Motiven Russland in die Verhandlungen geht: Zunächst fühlt sich Moskau durch Staaten wie den Iran weniger bedroht als der Westen. Aus eigener Motivation würde Russland daher kaum ein Raketenabwehrsystem mit Blick auf diese Staaten aufstellen. Vielmehr dürfte es im russischen Interesse liegen, das NATO-System möglichst lange zu verzögern, Informationen zu erlangen und Einfluss auf seine Ausgestaltung nehmen zu können.

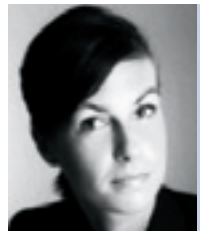
Während es also denkbar wäre, sich mit Russland darauf zu einigen, gemeinsame Radarstationen zu betreiben oder im begrenzten Rahmen Informationen und Personal auszutauschen und bei der Punktverteidigung zusammenzuarbeiten, erscheint eine grundsätzliche Einigung über die Raketenabwehr unwahrscheinlich. Für den Fall, dass die Verhandlungen scheitern, hat Russ-

land mit dem Ausstieg aus dem New START gedroht sowie die Aufstellung substrategischer Nuklearwaffen und Modernisierungsprogramme für seine Nuklearstreitkräfte angekündigt. In diesem Fall würde sich durch die Aufstellung der Raketenabwehr die Sicherheitslage der NATO verschlechtern und nicht zu erhofften Impulsen für Abrüstung führen, im Gegenteil. Gerade diese Perspektive, nämlich dass die Raketenabwehrprogramme von USA und NATO nicht zur Abrüstung, sondern zu nuklearen Rüstungsprogrammen in Russland und China führen, sollte der Bundesregierung mit Blick auf die eigene Abrüstungsagenda zu denken geben.

Trotz gravierender Nachteile: Deutschland sollte sich aus Bündnissolidarität an dem Abwehrsystem beteiligen

Zusammengenommen spricht wenig dafür, dass Deutschland sich mit umfassenden Ressourcen an der Raketenabwehr der NATO beteiligen sollte. Einzig, dass die Raketenabwehr den Schaden eines Angriffs mit Nuklearraketen minimieren könnte, ist ein Argument – aber selbst hierfür müssten die entsprechenden Abfangsysteme noch erheblich ausgereifter sein. Eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen durch eine gemeinsame Raketenabwehr ist zwar möglich, hätte aber die Kehrseite, dass sich durch die Belastung der Beziehungen mit Russland die Sicherheitslage Europas insgesamt verschlechtern könnte. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die leeren Kassen des Verteidigungshaushalts und dringendem Materialbedarf für laufende Einsätze unserer Bundeswehr scheint die Bundesrepublik gut beraten, die Raketenabwehr nicht als Priorität zu betrachten.

Trotzdem sollte sich Deutschland aus Bündnissolidarität an dem Abwehrsystem beteiligen. Deutschland hat auf dem NATO-Gipfel in Lissabon den Aufbau eines territorialen Raketenabwehrsystems bereits mitgetragen, weswegen ein kompletter Ausstieg aus der Raketenabwehr nur um den Preis schwerer Verwerfungen mit den USA und anderen Verbündeten zu haben wäre – die sich Deutschland nach seinem Verhalten in der Libyen-Frage nicht erlauben kann. Stattdessen sollten unbedingt nötige deutsche Beiträge kostengünstig, politisch bedeutsam und möglichst für mehr brauchbar sein als nur Raketenabwehr. Ansonsten sollte Deutschland vor allem auf einen Ausgleich mit Russland hinwirken, um den Schaden im russisch-westlichen Verhältnis so gering wie möglich zu halten.



SVENJA SINJEN leitet das Berliner Forum Zukunft im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

DIRK SCHUCHARDT ist Experte für Sicherheitspolitik in Berlin.

Sicherheit in neuem Rahmen

Nicht das Militär, sondern die Diplomatie wird wieder im Zentrum stehen

Thomas Will | **Die Befreiung Kuwaits 1991 und der für 2014 vorgesehene Rückzug aus Afghanistan markieren Anfangs- und Endpunkt westlicher Weltordnungspolitik. Der „unipolare Moment" ist Vergangenheit; die Staaten kehren in ihre zentrale Rolle zurück – in einer grundlegend veränderten Staatenwelt. Die deutsche Sicherheitspolitik muss neu bestimmt werden.**

Seit bald zehn Jahren zeichnen sich grundlegende Veränderungen des internationalen Systems ab. Die USA sind nicht mehr die „indispensable nation" des unipolaren Moments, sondern finden sich in einer geschwächten Position wieder. Die Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrise der USA und vieler EU-Staaten, die im Kern eine politische Krise ist, hat diesen Umbruch nicht verursacht. Sie hat Gewichtsverschiebungen und neue Abhängigkeiten nur offengelegt.

Dass eine grundlegende Lageänderung eine neue Beurteilung der Lage erfordert, ist für Soldaten selbstverständlich. Mehrere westliche Streitkräfte haben sich denn auch mit den sich verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. Neben der deutschen Mid-Term Study 2025: Rahmenbedingungen zukünftiger streitkräftegemeinsamer Operationen (MidTerm Study/ MTS 2025) vom September 2009 sind besonders die entsprechenden niederländischen, amerikanischen und britischen Untersuchungen zu erwähnen.[1] Auffällig sind deren Gemeinsamkeiten. Unabhängig von Zweck und methodischem Ansatz wird beispielsweise die Offenheit künftiger Entwicklungen herausgestellt. Es gibt nur noch Zukünfte – statt einer Zukunft. Folglich kommt es darauf an, sich sicherheitspolitisch für einen Optionenraum aufzustellen; Spezialisierung für eine Nische ist nicht erfolgversprechend.

[1] Future Policy Survey: A new foundation for the Netherlands' Armed Forces (NLD MOD), 8.4.2010, http://www.defensie.nl/organisatie/defensie/verkenningen/publicaties. Die niederländische Studie steht methodisch wie inhaltlich der MTS 2025 besonders nahe. Erwähnenswert sind aber auch die Studien Joint Operating Environment 2010 (USJFCOM), 15.3.2010, http://www.jfcom.mil/newslink/storyarchive/2010/JOE_2010_o.pdf und Strategic Trends Programme: Global Strategic Trends – Out to 2040 (GBR MOD), 9.2.2010, http://www.mod.uk/DefenceInternet/MicroSite/DCDC/OurPublications/StrategicTrends + Programme/TheDcdcGlobalStrategicTrendsProgramme.htm.

Bei technologischen Entwicklungen neigen wir dazu, die kurzfristigen Auswirkungen von Neuerungen zu über-, die langfristigen aber zu unterschätzen. Ähnliches gilt bei politischen Entwicklungen. Weder war 1989/91 das „Ende der Geschichte" erreicht, noch hat sich die Soft Power von World Wide Web als unwiderstehliche politische Kraft erwiesen. Ein Blick auf die Realitäten zeigt, was schon Alexis de Tocqueville bei der Betrachtung der Französischen Revolution auffiel: Neben einigem, was tatsächlich neu war, stand viel Altes in neuem Gewand, manches blieb von der Revolution sogar faktisch unberührt.

Der Staat bleibt zentral

Eine wesentliche Kontinuität ist die zentrale sicherheitspolitische Rolle der Staaten. Die (scheinbaren) Gewissheiten der Jahre zwischen 1995 und 2005 boten Raum, mit politischen und gesellschaftlichen Alternativen zu experimentieren. Die wachsende Komplexität, Dynamik und Volatilität politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen befördern aber Ungewissheit, die vielfach als Unsicherheit perzipiert wird. So wird der Staat nun wieder stärker als Garant von Sicherheit und Identität betrachtet. Er dürfte zentraler Akteur im internationalen System bleiben.

In allen denkbaren Zukünften wird darüber hinaus die Proliferation von Wissen und Können für nicht vorhersehbare Überraschungen sorgen. Staatliche, sub- und nichtstaatliche Akteure, die die politisch-militärische Überlegenheit westlicher Staaten als Bedrohung wahrnehmen, lernen zugleich rascher und denken langfristiger als die meisten westlichen politisch-militärischen Führungen. Sie haben die Abhängigkeiten, die aus der technologischen Lösung politisch-militärischer Herausforderungen resultieren, als Schwäche erkannt.

Ihre Vertrautheit mit westlichen Strukturen, Verfahren und Denkweisen ist wesentlich größer als umgekehrt. Jahrzehntelange Investition in eine doppelte, westlich wie traditionell orientierte Ausbildung zahlt sich nun aus. Von der Volksrepublik China ist dies seit langem bekannt, wenn auch in den möglichen Konsequenzen noch nicht ausreichend durchdacht. Noch weniger reflektiert ist die ebenfalls seit langem bekannte Tatsache, dass islamistische Gruppen vorzugsweise Naturwissenschaftler, Ingenieure, Ärzte und Lehrer rekrutieren, nicht Religionsgelehrte. Sich auf die Rekrutierung von Konvertiten zu konzentrieren, ist der folgerichtige nächste Schritt. Sie verfügen über die Fähigkeit, in zwei Welten leben zu können, deren eine westlichen Institutionen weitgehend verschlossen ist. Noch wichtiger ist, dass eine hybride, Außenstehenden insgesamt verschlossene Welt entsteht.

Die Vertrautheit Chinas mit westlichen Strukturen und Denkweisen ist wesentlich größer als umgekehrt

Die politisch-militärische Überlegenheit westlicher Staaten in Verbindung mit dem unverhohlenen Anspruch, die eigenen kulturellen Maßstäbe und Vorstellungen weltweit verbindlich zu machen, wird von sehr unterschiedlichen Gruppen als Bedrohung empfunden. Das legitimiert per se mindestens Opposition, wenn nicht gar Widerstand. Auch wenn die angewandten Mittel und angestrebten

Ziele auf Kritik stoßen, wird das Anliegen selbst als legitim bewertet.

Weil islamistische Gruppen sich in drei Welten – der westlichen, der traditionellen und der neu entstehenden hybriden – bewegen, ist die Bandbreite der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten wesentlich größer. Das gezielte Nutzen eigener technologischer Überlegenheit in bestimmten Nischen, das Ausweichen auf traditionelle Verhaltensweisen bei technologischer Unterlegenheit und das ingeniöse Verschmelzen aus westlicher wie traditioneller Sicht unvereinbarer Lösungsansätze zu etwas Neuartigem, zuvor Undenkbarem, ist eine entscheidende Stärke. Asymmetrie ist weder eine materielle noch organisatorische, es ist eine mentale und kognitive Herausforderung.

Heute geht es darum, sich auf das Überrascht-Werden vorzubereiten

Schwarze Schwäne und Wildcards

Das macht das Auftreten „Schwarzer Schwäne“ wahrscheinlicher. Manche Überraschungen fallen (mindestens rückblickend) in die Kategorie der „known knowns“, die man bei zutreffender Prioritätensetzung hätte vermeiden können. Andere Überraschungen – die „known unknowns“ – lassen sich zumindest ihrer Art nach eingrenzen. Worauf wir nach den (scheinbaren) Gewissheiten von bi- und unipolarer Welt jedoch weder mental noch institutionell vorbereitet sind, ist das Auftreten von „Schwarzen Schwänen“[2] oder Wildcards. Anders gesagt: Es geht nicht mehr darum, Überraschungen vorherzusehen, sondern sich auf das Überrascht-Werden vorzubereiten.

Dabei sind es die substaatlichen Akteure,[3] die über das größte Potenzial für Wildcards verfügen. Die Mischung von finanziellem Potenzial, Verfügungsgewalt über Rohstoffe von der Förderung bis zur Verteilung, politischem Einfluss, weitgehender Unabhängigkeit und militärischen Möglichkeiten können unter bestimmten, nicht mehr auszuschließenden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Fragen aufwerfen, die über den engeren militärischen Bereich hinausgehen.

Die in vielen OECD-Staaten voranschreitende Übertragung von wesentlichen Teilen des staatlichen Gewaltmonopols in den Bereichen Militär, Polizei, Strafvollzug und Nachrichtendienste ist die eine Seite. Die andere Seite ist das Entstehen politisch und territorial nicht gebundener multinationaler Konzerne, die über wesentliche Attribute staatlicher Macht verfügen. Letztlich geht es hier nicht um die Frage von Rechtsetzung,

[2] Nassim Nicholas Taleb: Der Schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse, München 2008.

[3] Substaatliche Akteure verfügen über Kennzeichen sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Akteure. Dabei kann es sich um multinationale Konzerne handeln, die über gravierenden politischen Einfluss, finanzielle und wirtschaftliche Potenz und gegebenenfalls sogar über militärische, nachrichtendienstliche oder ähnliche Mittel verfügen. Als Beispiele können Gazprom und einige Private Military Companies wie Blackwater (nach mehreren Namensänderungen derzeit als Academi bekannt) dienen. Zu substaatlichen Akteuren gehören auch Organisationen wie die Hamas und Hisbollah, die über wesentliche Attribute staatlicher Macht verfügen. Als dritte Gruppe substaatlicher Akteure können solche Regionen gelten, deren Autonomiebestrebungen so erfolgreich sind, dass sie in der politischen Betrachtung als selbständig handelnde Akteure erscheinen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

sondern Rechtdurchsetzung. Man kann darüber diskutieren, ob es angemessen ist, in bestimmten Regionen außerhalb des euro-atlantischen Kulturkreises „Staat“ vorauszusetzen und folglich von fragiler Staatlichkeit zu sprechen. Keiner Diskussion bedarf, dass die Aufgabe des staatlichen Gewaltmonopols innerhalb des euro-atlantischen Kulturkreises schwerwiegende und unabsehbare Konsequenzen für Politik und Gesellschaft hätte.

Wichtiger aber ist, dass staatliche Akteure ihre Handlungsmöglichkeiten erweitert haben. Nicht nur also, dass der unipolare Moment Vergangenheit ist. Er wurde auch von vielen, nicht zuletzt staatlichen Akteuren zum Lernen genutzt. Dass gerade China, Russland und (ressourcenreiche) islamische Staaten ihre Handlungsmöglichkeiten durch die Einrichtung substaatlicher Einrichtungen erweitert haben, ist kein Zufall. Es sind die Staaten, die zugleich die größten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Reserven haben und sich kulturell am ehesten bedroht fühlen. Es ist müßig, über die (aus westlicher Sicht) „objektive“ Begründbarkeit der Bedrohungswahrnehmung zu rechten. Angesichts der veränderten Machtverhältnisse ist für deutsche Sicherheitspolitik die subjektive Perzeption der wesentliche Punkt.

Deutsche Sicherheitspolitik muss also auf der Voraussetzung beruhen, dass mehrere Zukünfte möglich und überraschende, nicht vorhersehbare Entwicklungen unvermeidlich sind. Nicht nur „1989“ und „9/11“ sind Beispiele dafür, dass die Festlegung auf eine Zukunft unfähig macht, zweckmäßig mit Entwicklungen (und natürlich Überraschungen) umzugehen.

Gefährliche „Ten Year Rules“

1929 beschloss die britische Regierung, ihrer Verteidigungsplanung die „Ten Year Rule“ zugrundezulegen. Sie besagte, dass ein großer, zwischenstaatlicher Krieg in Europa innerhalb

Sich auf die Rekrutierung von Konvertiten zu konzentrieren, ist für islamistische Gruppen ein folgerichtiger Schritt. Adem Yilmaz, Daniel Schneider und Fritz Gelowicz (v.l.) nach ihrer Verhaftung 2007 und im Prozess gegen die „Sauerlandgruppe“ 2009

der nächsten zehn Jahre unmöglich sei. Die Lagebeurteilung war überzeugend, die Prioritäten stringent abgeleitet. Doch 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen. Ein entscheidender Punkt dabei war, dass der britischen Diplomatie das politische Instrument Abschreckung in den Jahren vor 1939 nicht zur Verfügung stand, weil das militärische Instrument für diese Aufgabe nicht taugte. Nicht nur Großbritannien zahlte politisch wie militärisch einen hohen Preis für die Verengung des Raums möglicher Zukünfte auf die eine, gewünschte Zukunft.

Unter den Bedingungen der unipolaren Welt hat Deutschland einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Die Annahme, ein zwischenstaatlicher Krieg sei unwahrscheinlich, Deutschland müsse sich daher nicht auf diese Möglichkeit vorbereiten und könne folglich Landes- und Bündnisverteidigung vernachlässigen, beruht auf drei Prämissen: erstens, dass Zukunft im Singular auftritt und vorhersagbar ist; zweitens darauf, dass die Zukunft, die eintreten wird, mehrere Jahre vorher erkannt werden kann, mithin ein entsprechendes Frühwarnsystem existiert, arbeitet und funktionstüchtig ist; drittens, dass die politische und militärische Führung rechtzeitig handeln kann und wird. Aber: Die ersten beiden Prämissen sind falsch. Die dritte steht, sofern die Lage konsequentes Handeln erfordert, in offenem Widerspruch zu deutschen Sicherheitsinteressen. Ihr Eintreten kann mithin nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden.

Die Annahme, dass ein zwischenstaatlicher Krieg unwahrscheinlich sei, beruht auf falschen Prämissen

Tatsächlich rücken also staatliche Akteure wieder in den Fokus deutscher Sicherheits- und folglich Militärpolitik: Staaten allerdings, die ihre Handlungsmöglichkeiten um substaatliche Unternehmen und die Einsatzmöglichkeiten nichtstaatlicher Akteure erweitert haben. Nur sie verfügen über die ganze Bandbreite politisch-militärischer Handlungsoptionen und können damit eine existenzielle Bedrohung darstellen.

Gesamtverteidigung erforderlich

Die bis 1989/91 für deutsche Sicherheitspolitik prägende Gesamtverteidigung wird damit unter grundsätzlich veränderten Bedingungen aufs Neue erforderlich. Das schließt Abschreckung ein. Den eigenen politischen Willen durchzusetzen, ohne dafür Krieg führen zu müssen, indem das Verhalten Anderer durch eine Mischung von Drohen und Locken im gewünschten Sinne beeinflusst wird, erhält neues Gewicht. Das erfordert eine subtile Handhabung des politischen Instrumentariums, einschließlich der Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nicht, ob Kleine Kriege eine unter mehreren möglichen Zukünften sind;[4] sondern vielmehr, was westliche Interventionen in der sich abzeichnenden neuen Weltordnung, in der die machtpolitischen Voraussetzungen des „liberal imperialism“ weggebrochen sind, bewirken können.

[4] So z.B. Christian Freuding: Wie Goliath gewinnen kann. Westliche Demokratien und ihr Einsatz in Kleinen Kriegen, IP, November/Dezember 2011, S. 18–25.

Dabei zählt nur, ob die tatsächlichen Konsequenzen – beabsichtigte wie unbeabsichtigte – im deutschen Interesse sind. Den Frieden in der Welt zu fördern, ist gewiss im deutschen Interesse. Das steht jedoch wie Bündnissolidarität in Konkurrenz zu anderen Zielen, Interessen und Absichten deutscher Sicherheitspolitik. Diese sind abzuwägen und es ist stets zu prüfen, ob Krieg das in der Gesamtabwägung zweckmäßigste Mittel ist. Der Afghanistan-Krieg ist ein aktuelles Beispiel dafür, dass weder die Absicht, den Frieden in der Welt zu fördern und die Menschenrechte zu verbreiten, noch Bündnissolidarität eine hinreichende Begründung für Krieg sind. Geschweige denn gewährleisten sie, dass der Krieg politisch klug und strategisch zweckmäßig geführt wird.

Entscheidende Fragen

Die entscheidenden Fragen für deutsche Sicherheitspolitik sind: Welche Zukünfte können wir heute schon, wenn auch sicher nur in Umrissen, erkennen? Welche Voraussetzungen müssen wir schaffen, um in allen Zukünften brauchbar bestehen, mindestens jedoch unsere Existenz bewahren zu können? Welche Interessen können und welche wollen wir bei nüchterner Betrachtung unserer Mittel und Möglichkeiten in die neue Weltordnung einbringen?

Krieg ist von der Politik her zu denken. Und von der Politik her gedacht ist Krieg – gleich ob „klein“ oder „groß“ – in der sich abzeichnenden neuen Weltordnung nur unter sehr begrenzten Umständen im deutschen Interesse.

John le Carré hat Wesentliches treffend auf den Punkt gebracht: „Once, Europe happened to the world. Now, the world happens to us.“ „Der Friede“ ist wieder außerhalb unserer Reichweite. Es geht wieder nur um friedlichere Verhältnisse in einer Welt, die keinem Akteur (und keiner Gruppe von Akteuren) mehr Weltordnungspolitik erlaubt. In dieser Welt ist eine nüchterne und kompromissbereite Politik gefragt, die zielstrebig, aber subtil, geduldig und diplomatisch vorgeht. Das schließt den Gebrauch militärischer Mittel nicht aus. Der neue Rahmen für deutsche Sicherheitspolitik verlangt jedoch einen anderen politischen Zweck, damit veränderte strategische Ziele. Taktik und Organisation (nicht nur der Bundeswehr) werden gezwungen sein, dem zu folgen.

Krieg ist von der Politik her zu denken – und in der neuen Weltordnung nur sehr selten im deutschen Interesse

Politik und Gesellschaft – und daran anschließend Streitkräfte – werden sich daran gewöhnen müssen, von der Realität multipler Modernen auszugehen. Die Ko-Existenz und Ko-Evolution multipler Modernen zu akzeptieren, wird das eigene Selbstverständnis grundlegend in Frage stellen. Über alle Umbrüche hinweg bleibt mithin eine wesentliche Kontinuität deutscher Sicherheitspolitik, dass auch künftig die Kultur der Zurückhaltung die „Kultur der Verantwortung“ ist.

Oberst i.G. Dr. THOMAS WILL ist Deputy Political Advisor beim Allied Joint Force Command HQ Naples. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

Ein politisches Projekt

Die GSVP ist Sache Europas, nicht der NATO

Hans-Dieter Heumann | **Vor kurzem veröffentlichte die *IP* Vorschläge, wie Deutschland die GSVP beleben könnte.[1] Die Autoren forderten unter anderem eine „NATO First Politik". Ist das das richtige Signal? Wohl nicht, denn die gemeinsame Verteidigung ist eine Angelegenheit der weiteren europäischen Integration.**

Die Geschichte der europäischen Integration weist drei Merkmale auf: Größere politische Projekte werden oftmals aus Krisen geboren, sie verbinden politische, strategische und wirtschaftliche Interessen und sie kommen meist unter Führung von Deutschland und Frankreich zustande. Dies galt für den Schuman-Plan, die Einheitliche Europäische Akte, die nach der „Eurosklerose" der siebziger und achtziger Jahre das Interesse an einer Vollendung des Binnenmarkts mit dem einer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) verknüpfte, und es galt für den Euro. Er wurde von Deutschland und Frankreich auch als ein Mittel gesehen, die europäische politische Integration in den Zeiten der Vereinigung Deutschlands voranzubringen. Schließlich sind auch in der Finanzkrise die politischen Dimensionen nicht mehr zu übersehen. Die Finanzmärkte bewerten nicht nur wirtschaftliche Daten, sondern die Fähigkeit der Regierungen, die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen, also deren Handlungsfähigkeit. Die Regierungen haben diese Herausforderungen angenommen und europäische Lösungen gefunden. Was ist denn die beabsichtigte Fiskalunion anderes als „mehr Europa"?

Gibt es auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine Chance, die aus der Krise erwächst? Schließlich steht Europa als Ganzes vor der Frage nach seiner Handlungsfähigkeit. Wird es durch globale Kräfteverschiebungen nicht dazu gezwungen, eine Rolle in der multipolaren Welt zu spielen? Ist es nicht zum Handeln aufgefordert, wenn sich die USA – vor allem im Wahljahr 2012 – mit außenpolitischen

[1] Patrick Keller, Almut Möller, Svenja Sinjen und Johannes Varwick: Zivilmacht mit Zähnen. Deutsche Vorschläge für eine Neubelebung der GSVP, IP, März/April 2012, S. 80–87.

Initiativen zurückhalten? Welches ist die europäische Antwort auf die pazifische Orientierung der USA? Was bedeutet die wachsende Erwartung an Europa, sich ebenfalls in Asien zu engagieren?

Für Europa und die Bundesregierung stellt sich zudem die Frage, mit welchen Partnern Probleme in den internationalen Beziehungen gelöst werden können. Es zeigt sich, dass es meist diejenigen sind, mit denen Europa Werte und Interessen teilt. Die so genannten „Gestaltungsmächte" wie China, Russland, Indien oder Brasilien mögen wirtschaftlich an Bedeutung gewinnen. Sind sie aber auch bereit, Verantwortung bei der Bewältigung internationaler Konflikte zu übernehmen? Die transatlantische Partnerschaft ist bisher durch nichts zu ersetzen. Sie hat aber nur Bestand, wenn sie gleichgewichtig ist, wenn Europa stark ist.

Das neue Leitbild Europas ist Handlungsfähigkeit. Welcher Weg zu diesem Ziel führt, ist von zweitrangiger Bedeutung. Ob Europa nun gemeinschaftlich oder zwischenstaatlich organisiert ist, entscheidend ist der politische Wille. Sowohl GASP als auch GSVP sind im Vertrag von Lissabon zwischenstaatlich organisiert. Die Einführung einer kontinuierlichen Präsidentschaft, eines europäischen „Außenministers", schließlich eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) aber ist ein Fortschritt. Es ist noch zu früh, das Potenzial dieser neuen Institutionen zu bewerten, aber sie zeigen immerhin erste Zeichen einer gewissen Eigendynamik.

Nicht nur das Beispiel des Euro beweist, dass Europa durch seine Avantgarde handlungsfähig ist. Was die GSVP angeht, so gehören hierzu sicher Deutschland, Frankreich und in wachsendem Maße auch Polen. Großbritannien wiederum hat zwar mit Frankreich zusammen 1998 in Saint Malo eine Initiative auf den Weg gebracht, die nichts weniger als die Mittel für „autonome Aktionen" der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik forderte. Hiermit wurde auch die Lehre aus den militärischen Einsätzen auf dem Balkan gezogen. Deutschland nahm diese Initiative ein Jahr später in Köln auf.

Heute aber widersetzt sich Großbritannien einer Weiterentwicklung der GSVP. Seine militärischen Fähigkeiten sind für die GSVP zwar unverzichtbar; alle großen Projekte der europäischen Integration aber haben bewiesen, dass es für den Erfolg vor allem auf den politischen Willen, auf die Konzepte ankommt, die sich hinter den Interessen verbergen. Was Deutschland und Frankreich bei der GSVP verbindet und was sie von Großbritannien unterscheidet, ist die Idee, dass Europa autonom handlungsfähig sein muss, ist das Verständnis der GSVP als politisches, europäisches Projekt. In der französisch-britischen Erklärung über Sicherheit und Verteidigung vom Februar 2012 findet man hierzu nichts.

Anders als Großbritannien wollen Deutschland und Frankreich, dass Europa autonom handlungsfähig ist

Jetzt wäre ein günstiger Zeitpunkt für eine deutsch-französische Initiative zur Wiederbelebung der GSVP. Sie sollte Kern des strategischen Dialogs sein, den Deutschland und Frankreich ebenfalls im Februar 2012 beschlossen haben. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich beide

Regierungen für eine „gemeinsame Verantwortung für die europäische Sicherheit“ aus. Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags im Januar 2013 böte eine weitere Gelegenheit, der GSVP Impulse zu verleihen. Die Bestandteile einer solchen Initiative finden sich in der deutsch-französischen Erklärung ebenso wie in der Weimarer Initiative mit Polen. Die neuen Spitzenbeamten in Paris sollten sich hierauf einstellen. Im Elysée gibt es erstmals einen Sicherheitsrat. Der einflussreiche Generalsekretär für nationale Verteidigung ist bei einem Premierminister angesiedelt, der mit Deutschland vertraut ist. Der neue Präsident François Hollande hat schon vor der Wahl erkennen lassen, dass er den deutsch-französischen Motor in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verstärken gedenkt.

Das Ziel: eine ständige europäische zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit aufzubauen

Die Vorschläge kulminieren im gemeinsamen Ziel, eine ständige europäische zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit aufzubauen. Auf europäischer Ebene aber wurde wegen des britischen Widerstands mit der Aktivierung des bestehenden EU-Operationszentrums nur ein erster Schritt in diese Richtung getan. Dem Projekt kommt aber deshalb eine so große Bedeutung zu, weil es die Handlungsfähigkeit der GSVP institutionalisierte, den politischen Willen hierzu gleichsam manifestierte. Dieses europäische Hauptquartier wäre auch schon deswegen keine Duplizierung von Strukturen der NATO, weil es eben zivil-militärisch ist. Gerade hierin liegt der Mehrwert der GSVP. Die Stärkung der GSVP und des europäischen Pfeilers der NATO sollten komplementär sein.

Es ist jedoch nicht zu leugnen, dass die Beziehungen zwischen EU und NATO in einer Sackgasse stecken. Die Bewältigung künftiger Krisen wird eher einen vernetzten als einen rein militärischen Ansatz erfordern. Hierbei hat die EU bereits wertvolle Erfahrungen auf dem Balkan, in Asien und in Afrika gesammelt. Neue Missionen am Horn von Afrika und im Sahel stehen bevor. Im Nahen Osten oder in Osteuropa sind sie nicht ausgeschlossen. Es wird wohl immer mehr Krisen der Art geben, in denen „die NATO als Ganzes nicht engagiert ist“. Der deutsche Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, ist kürzlich nicht ohne Grund zu dem Schluss gelangt, dass die Europäische Union „sich innerhalb kurzer Zeit zu einem wirkungsvollen Akteur im Bereich Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit entwickelt“ hat.

Handlungsfähigkeit

Die öffentliche Diskussion über die GSVP hat sich allzu oft in der Forderung erschöpft, mehr Geld für Rüstung auszugeben. Die Finanzkrise und die Verschuldung öffentlicher Haushalte hat diese Beschwörung von Selbstverständlichkeiten vorerst beendet. An ihre Stelle ist die Forderung nach Pooling and Sharing (EU) und Smart Defense (NATO) getreten. Beides bezeichnet verschiedene Formen der Zusammenarbeit bei militärischen Fähigkeiten. Verteidigungsminister de Maizière hat zwar zu Recht darauf verwiesen, dass diese Zusammenarbeit kurzfristig kein Mittel zum Sparen ist. Weitaus wich-

tiger aber wäre ein öffentlicher Aufruf dazu gewesen, den Aufbau europäischer militärischer Fähigkeiten als politisches Projekt zu begreifen und vorrangig anzugehen.

Ironischerweise ist es in diesem Fall der Primat der Politik, der eine Lösung – die Integration militärischer Fähigkeiten – erschwert. Die Wirtschaft hat längst begriffen, dass angesichts des immer schärferen internationalen Wettbewerbs in der Rüstungsindustrie das Angebot europäischer Unternehmen konsolidiert werden muss. Drei europäische Firmen (EADS, Dassault, Saab) traten in Konkurrenz zueinander bei einem Geschäft über die Lieferung von Kampfflugzeugen an Indien. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2012 wurde es einem führenden Vertreter der Wirtschaft, dem EADS-Chef Thomas Enders, überlassen, die Integration der europäischen Rüstungsindustrie und die politische und wirtschaftliche Stärkung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zu fordern. Sie sollte in der Tat die zentrale Stelle für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von militärischen Fähigkeiten werden. Der Vertrag von Lissabon fordert sie dazu auf, den Regierungen aber fehlt der politische Wille.

Angesichts der Dringlichkeit, die der Frage gemeinsamer militärischer Fähigkeiten und Strukturen für ein handlungsfähiges Europa zukommt, ist das Zögern der Politik gefährlich. Die Regierungen sind offenbar gelähmt von der Angst, Souveränität aufzugeben. Eine solche Haltung ist eine Konstante in der Geschichte der europäischen Integration. Sie wurde aber immer wieder überwunden, weil irgendwann das gemeinsame Interesse überwog. Die wichtigste „Währung“ in Verhandlungen dieser Art ist Vertrauen. Es kann vor allem auf zweierlei Weise gestärkt werden: Jede Regierung braucht Klarheit über die Interessen und Absichten der anderen. Sie muss sich aber auch darauf verlassen können, dass diese Regierungen ihre „Fähigkeiten im Falle eines Einsatzes auch sicher und verlässlich zur Verfügung“ stellen. So hat es die Bundeskanzlerin kürzlich unmissverständlich festgestellt.

EDA sollte die zentrale Stelle für die Entwicklung und Beschaffung von militärischen Fähigkeiten werden

Beide Kriterien gelten auch für Deutschland. Die Bundesregierung kann nicht länger einer Diskussion über eine nationale Sicherheitsstrategie ausweichen, die sie für ihre Partner berechenbarer machte. Über ihre Handlungsfähigkeit im Krisenfall darf es keine Zweifel geben. Die aktuelle Diskussion in Deutschland zeigt, dass es ein Spannungsverhältnis zwischen Parlamentsvorbehalt und Bündnisfähigkeit geben kann. Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte und seines Potenzials ein besonderes Interesse an einem handlungsfähigen Europa. Es sieht sich in Europa zudem gewissen Erwartungen an eine Führungsrolle ausgesetzt. Dies sollte Deutschland auch für eine Revitalisierung der GSVP nutzen.

Botschafter Dr. HANS-DIETER HEUMANN ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

Kleider machen Politik

Von uniformierenden Anzügen und vielsagenden Hüten

Florence Gaub | **Kleidung schützt und schmückt nicht nur, sie sagt auch etwas aus über den Träger: Ob er sich als Teil einer Gruppe sieht (Militäruniform, Mao-Jacke), eine politische Haltung ausdrückt (Palästinensertuch) oder seine Individualität betont. In Gesellschaften mit großen Hierarchien, wie Italien und Frankreich, legt man besonders viel Wert auf Kleidung.**

Mode ist im Allgemeinen nicht das, was man mit seriösen Themen in Verbindung bringt. Die Welt der Kleidung gilt als oberflächlich, überkandidelt und selbstbezogen, während die Welt der Politik sich mit ernstzunehmenden Dingen wie Hungerbekämpfung, Kriegsverhinderung oder Konfliktlösung beschäftigt. Und doch haben die beiden Welten mehr gemeinsam als man denkt. Denn Mode ist ein Ausdruck menschlicher Identität, und Identität ist Teil des politischen Prozesses. Man denke nur an Yassir Arafat, der die traditionelle Kopfbedeckung der palästinensischen Bauern zu seiner Uniform trug, um seine direkte Verbindung zur palästinensischen Basis zu versinnbildlichen – obwohl er doch selbst Sohn eines Stoffhändlers und in Kairo aufgewachsen war. Oder Saddam Hussein, der während des Krieges gegen den Iran in militärischer Uniform auftrat, wenngleich er nicht einen Tag gedient hatte: Über die Kleidung drückte er nicht nur Solidarität mit der irakischen Armee aus, sondern stellte sich vor allem selbst als Oberbefehlshaber dar.

Kleidung sagt also immer etwas aus, teilt eine Botschaft über den Träger mit, egal ob es sich um Haute Couture oder militärische Uniformen handelt. Jeder Mensch kommuniziert mit seiner Kleidung – selbst wer betont keinen Wert auf seine Garderobe legt, teilt damit mit, dass er nicht als oberflächlich oder eitel gelten will. Kleidung erfüllt immer mehrere Funktionen: Sie kann über Status, Beruf, Geschlecht, politische Zugehörigkeit und Generation Auskunft geben. Sie vermittelt dem Gegenüber, mit wem er es zu tun hat, und erleichtert die Einordnung in soziale Gruppierungen – in der Politik genau wie auf dem Laufsteg.

In vielen Kulturen ist die Kleidung daher zum Symbol der Identität des Trägers geworden. Während seiner Jahre bei den arabischen Stämmen im Ersten Weltkrieg erlebte T. E. Lawrence, wie die Beduinen die Kleider der von ihnen getöteten ottomanischen Soldaten anzogen, quasi wie ein Skalp ein Sym-

bol des militärischen Sieges. Der Verlierer gab mit den Kleidern seine Identität ab und galt damit als geschlagen – es ist hier die Kleidung, welche den Sieger zeichnet. Gleichzeitig schafft Kleidung Aufmerksamkeit: Als Lawrence bei der Diaschau des Journalisten Lowell Thomas „Mit Allenby in Palästina" eine arabische Tracht trug, erhielt er die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums und später der gesamten westeuropäischen Welt. Dass der Engländer die Kleidung der Beduinen Arabiens übergestreift hatte, machte ihn in den Augen vieler Europäer erst zum Faktotum und dann zum Verräter, der sich mit den Ureinwohnern verbrüdert hatte – dabei hätte er ohne diese Tracht vermutlich nicht das Vertrauen seiner arabischen Mitkämpfer erwerben können. Die Kleidung definierte ihn als einen der ihren, was in britischer Uniform schon deshalb nicht gegangen wäre, weil die arabischen Stämme westlichen Hüten grundsätzlich misstrauisch gegenüberstanden.

Da man durch Kleidung Zugehörigkeit oder Abgrenzung signalisiert, ist es nur logisch, dass für Organisationen, die Kollektivität zum Funktionieren brauchen – sei es Militär oder Fußballmannschaft –, das Individuum durch Standardbekleidung als Teil des Kollektivs zu gelten hat. Die Genfer Kriegsrechtskonvention verbietet Zivilisten sogar ausdrücklich das Tragen von Uniformen. Durch identische Kleidung kann keine Einzigartigkeit mehr ausgedrückt werden, der Einzelne wird Teil einer Gruppe. Da ist es auch nicht überraschend, dass der Siegeszug der Mode einherging mit der wachsenden Individualisierung in der westlichen Welt – je stärker das Individuum sich auch als solches wahrnahm, desto mehr wollte es dieses ausdrücken. Während es im 19. Jahrhundert in erster Linie Standesunterschiede waren, wuchs die Welt der Mode zu einer einzigen Zelebrierung des individuellen Ichs. In der gleichen Weise, wie Joschka Fischer durch seine Turnschuhe im Parlament den Nonkonformismus der Grünen und vor allem seiner selbst kundtat, verkündeten seine Anzüge als Außenminister seine Ankunft im politischen Establishment – und seine Akzeptanz der politischen Spielregeln auf internationalem Parkett.

Joschka Fischer: Als Grünen-Politiker trug er Turnschuhe, als Außenminister dann maßgeschneiderte Anzüge

Überhaupt, der Business-Zweiteiler ist die Erfolgsgeschichte schlechthin in Sachen Mode, hat er sich doch als Standard für all diejenigen etabliert, die in der westlich-kapitalistischen Welt in Wirtschaft und Politik mitspielen wollen. Entstanden als bequeme Landmode im ländlichen England des 19. Jahrhunderts, grenzte sich der Anzug von der steifen und reich dekorierten viktorianischen Kleidung ab, die vor allem Standesunterschiede kommunizierte. Der komfortablere Anzug glich diese Unterschiede durch Standardisierung zum Teil aus. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde der Anzug zum Symbol der westlichen Dominanz und konsequenterweise von vielen Kulturen als solcher abgelehnt.

Sowohl die Mao- als auch die Nehru-Jacke waren chinesische und indische Gegenentwürfe nicht nur in Sachen Mode, sondern auch in Sachen Wirtschaft und Politik. Erstere entstand aus zwei Überlegungen heraus: zum einen als Alternative zur Pflichttracht, die die Qing-Dynastie als Mittel der sozialen Kontrolle institutionalisiert hatte, und zum anderen als Gegenentwurf zum Anzug des

imperialistischen Westens, den die Qing-Kaiser nicht zurückzudrängen gewusst hatten (und weswegen sie gestürzt wurden). Damit war die Mao-Jacke ursprünglich eben kein Pflichtkostüm, wurde jedoch als Symbol der proletarischen Einheit in Opposition zum Kapitalismus zum dominanten Kleidungsstück. Je repressiver das System wurde, desto erfolgreicher wurde die Jacke, signalisierte sie doch Konformismus und schützte den Träger vor dem Verdacht der Dissidenz. Entworfen wurde die Jacke übrigens nicht von Mao, sondern von Sun Yat-sen – weil Mao die Jacke jedoch gerne trug, wurde er im Westen zu ihrem Namensgeber. Die chinesische Revolution politisierte die Jacke nach Sun Yat-sens Tod, indem sie die vier Außentaschen als Symbole der vier chinesischen Tugenden Anstand, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Scham erklärte, die fünf Knöpfe als die fünf Pfeiler der Regierung (Legislative, Judikative, Exekutive, Kontrolle, Prüfung) und die drei Manschettenknöpfe als drei Prinzipien des Volkes: Nationalismus, Demokratie und Volkswohl. Nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion und dem Niedergang des Kommunismus verlor die Jacke an Popularität, wird aber bei offiziellen Anlässen noch getragen. Ansonsten hat der westliche Anzug auch in China seinen Einzug gehalten und ist damit für manche zum Ausdruck der westlich dominierten Weltordnung geworden. Doch noch andere Dinge werden mit dem Tragen des Zweiteilers mitgeteilt: Konformität, Kollektivität und Furcht vor Kreativität. Aus genau diesem Grund wählte Michael Ende die „grauen Herren" in seinem Roman Momo als Symbol der Unterdrückung der Individualität und als Diebe von wertvoller Lebenszeit.

Die Mao-Jacke signalisierte Konformismus und schützte den Träger vor dem Verdacht der Dissidenz

Ein Hut, mehrere Interpretationen

Denn wer in Sachen Kleidung aus dem Rahmen fällt, zahlt mitunter einen hohen Preis. Bei der Diskussion um das islamische Kopftuch geht ja nicht um ein Stück Stoff, sondern um eine unterschwellige Angst vor Überfremdung. Dass italienische Mammas oder gar katholische Nonnen auch das Kopftuch tragen, ja bis in die 1960er Jahre niemand, der etwas auf sich hielt, ohne Kopfbedeckung aus dem Haus ging, spielt dabei keine Rolle – in diesen Fällen signalisiert das Tuch oder auch der Hut etwas anderes, nämlich katholische Pietät, gegen die ja nichts einzuwenden ist – im Falle des muslimischen Kopftuchs aber symbolisiert es Fremdheit und mangelnde Integration, so die Interpretation. Dabei verlangt auch die Bibel die Kopfbedeckung von Frauen beim Beten, nur hält sich hierzulande niemand mehr daran.

Stichwort Kopfbedeckung: Mustafa Kemal Atatürk ließ Fes und Kopftuch in seiner neugeschaffenen säkularen Türkei als Symbol der Engstirnigkeit verbieten. Ägypten zog 1953 nach – per Gesetz ist das Tragen des Fes als Symbol des Anachronismus verboten. Eine andere Geschichte hatte der Fes in Italien, wo er Bestandteil faschistischer Uniformen war, während er in Griechenland bis heute Teil der Nationaltracht ist. Ein Hut, mehrere Interpretationen. Ursprünglich kommt der Fes übrigens aus der gleichnamigen marokkanischen Stadt – eine religiöse Bedeutung hat er nicht.

Der Siegeszug des Zweiteilers: Chinesische Männer in westlicher und traditioneller Kleidung

Wer Kleidungsstücke verbietet, verbietet damit immer ein Stück sozialer Identität und versucht, gesellschaftliche Strömungen zu kontrollieren oder zu kanalisieren. Der Schah des Iran erließ 1929 ein Gesetz, wonach westliche Mode getragen werden musste, um die Modernisierung des Landes zu beschleunigen. 1935 wurde ein weiteres Gesetz erlassen, das zum Tragen westlicher Hüte zwang; ein Jahr später wurde der Tschador verboten. Der Schah wurde 1979 vor allem wegen seiner Beziehungen zu den USA gestürzt – sichtbar auch an seinem westlichen Business-Anzug. Seine Nachfolger waren rechtlich weniger restriktiv als er – entgegen landläufiger Vorstellung ist der Tschador im Iran nicht Pflicht, doch Frauen müssen Haar, Hals und Arme bedecken. Oft ist aber gar kein Gesetz nötig, um soziale Normen in der Bekleidung durchzusetzen.

Aus Angst vor einer Auflösung der Geschlechterrollen war es vielen Frauen in Europa lange Zeit per Gesetz verboten, Hosen zu tragen, ist doch die Bibel im 5. Buch Mose eindeutig: Männer und Frauen dürfen nicht die Kleider des anderen Geschlechts tragen, wenn sie nicht den Zorn Gottes auf sich ziehen wollen. Aus genau diesem Grund wurde Jeanne d'Arc 1431 zum Tod durch Verbrennung verurteilt, nachdem man ihr Ketzerei nicht glaubwürdig nachweisen konnte. In Frankreich gilt theoretisch bis heute ein ähnliches, vor über 200 Jahren verabschiedetes Gesetz: Ausnahmen wurden nur gemacht, sofern die Frau „ein Fahrrad oder ein Pferd" mit sich führte. Zwar haben französische Parlamentarierinnen die Aufhebung dieses Gesetzes beantragt, doch weil man zu viel Debatten darum fürchtete, rieten die Kollegen, es auf sich beruhen zu lassen.

Frauen, die Hosen trugen, galten bis in die 1960er Jahre in weiten Kreisen als pervers und männerhassend. Basierend auf der Annahme, dass Röcke und Kleider den genauen Rahmen für Geschlechteridentität vorgaben, waren diejenigen, die diesen Rahmen verließen, folgerichtig in ihrer geschlechtlichen

Identität verwirrt. Nicht umsonst galten Marlene Dietrich und Greta Garbo in ihren Hosen als „verrucht“ und standen stets im Verdacht, lesbische Liebschaften zu haben. Dabei hat die weibliche Hose die Emanzipation konsequent als Symbol der Arbeit begleitet: Die ersten europäischen Hosenträgerinnen waren Minenarbeiterinnen in England und Fabrikangestellte während des Zweiten Weltkriegs. Das Verbot oder die Ablehnung eines Kleidungsstücks ist dabei immer ein gesellschaftlicher Versuch, Normen gewaltsam durchzusetzen – über die Mode wird bekannt, wie der Träger zu diesen Normen steht.

Umgekehrt kann Protest gegen ein existierendes System besonders gut durch Kleidung ausgedrückt werden. Glatt rasierte Köpfe, Springerstiefel und Lederjacken signalisieren Zugehörigkeit zur rechten Szene, lange Haare und Bärte, Jeans und Strickpulli dienten als Hippie-Uniform, während der Ku-Klux-Klan seine Gesichter verhüllt, um Kollektivität, anonyme Masse und damit Stärke zu suggerieren. Schwarze Ledermäntel gelten seit dem Dritten Reich als Symbol der Gestapo: So wurde bei dem Amoklauf an einer High School im amerikanischen Columbine zunächst ein nationalsozialistischer Hintergrund vermutet, weil die beiden Attentäter solche Mäntel trugen. Im Gegenzug kann man mit Kleidung auch eine andere politische Haltung suggerieren: Deutsche Linke, die den palästinensischen Schal tragen, wissen vermutlich wenig über seinen ruralen Ursprung, solidarisieren sich aber mit der palästinensischen Sache allgemein und weniger mit der Bauernbevölkerung. T-Shirts mit dem Konterfei Che Guevaras beziehen sich weniger auf sein Barett, das er als Teil seiner militärischen Uniform trug, und mehr auf seinen antiimperialistischen Kampf.

Gesellschaften mit großen Hierarchien, wie Frankreich und Italien, legen mehr Wert auf Kleidung

Grundsätzlich legen Gesellschaften mit großen Hierarchien mehr Wert auf Kleidung, weil dadurch die eigene Position in der Gesellschaft kommuniziert wird. Gute Beispiele dafür sind Italien und Frankreich. In den USA oder Israel, Ländern mit flachen Hierarchien, benötigt man weniger Mittel, um Standesunterschiede auszudrücken. Aus den gleichen Gründen kleiden sich Politiker in Deutschland und im Rest der westlichen Welt so, dass sich eine große Gruppe von Wählern mit ihnen identifizieren kann. Beim Versuch, die Aussagekraft der Kleidung zu reduzieren, wird daher auf das gleichmacherischste Kleidungsstück zurückgegriffen: den Anzug. Deshalb fallen Franz Münteferings roter Schal und Ludwig Stieglers roter Pullover aus dem Rahmen – doch vergleichsweise moderat, denn sie wählen die Farbe, die die Zugehörigkeit zur Linken signalisiert.

Im Großbritannien des 17. Jahrhunderts erließ das Parlament übrigens ein Gesetz, das es Männern erlaubte, sich scheiden zu lassen, sofern die Dame sie durch das Tragen von High Heels in den Ehestand getrickst hatte. Da Kleidung also stets etwas über die politische Position des Trägers aussagt, bringt es Mark Twain auf den Punkt: „Kleider machen Leute: Nackte Menschen haben nur sehr wenig Einfluss in der Gesellschaft.“

Dr. FLORENCE GAUB ist Dozentin in der Nahost-Abteilung des NATO Defense College in Rom.

The cover of yesterday's Observer was blank except for a MSF

OUR DOCTORS GO TO PLACES PHOTOGRAPHERS DON'T.

What you should be looking at in an image of an MSF doctor in Rwanda, cowering shrouded from the loss of a five-year-old child. But there was no photographer there. That's because many of the people who most desperately need medical help are in places forgotten by the media. Countries where civil war, natural disasters and disease have killed thousands. But just because the cameras stop many doesn't mean we will. And with your help, our doctors and nurses can go on saving lives in the most neglected parts of the world. Please visit www.msf.org to show your support.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Brief aus … Tel Aviv

Die Welt in der Nussschale

Wer Israel verstehen will, muss die Strandpromenade von Tel Aviv besuchen

Marko Martin | Zumindest in einem sind sich Israel-Skeptiker und die Konservativen unter den selbsterklärten „Freunden“ des Landes einig: „Die Strandpromenade von Tel Aviv ist nicht repräsentativ.“

Das überraschend gemeinsame Mantra gilt hier der Abwehr eines als apolitisch-hedonistisch wahrgenommenen Lebenskonzepts, das für die einen eine Art Lifestyle-Camouflage fragwürdiger israelischer Politik darstellt, für die anderen indessen gar eine Bedrohung für die Wehrhaftigkeit eines kleinen Landes und seiner Gesellschaft.

Aber was, wenn Tel Aviv – um eine etwas gewagte Analogie zu bemühen – tatsächlich zwischen Sparta und Athen liegt? Pars pro toto zeigt sich nämlich gerade auf jener Strandpromenade Israels ganze Komplexität, oder doch zumindest das verblüffend heterogene Wahrnehmungsmuster seiner Bewohner.

Man muss kein Alltagsphilosoph sein und jeden Text von Siegfried Kracauer oder Roland Barthes studiert haben, um bei den Reizstichworten Okkupation oder Iran die politische Relevanz des hier lebensweltlich Zelebrierten zu erkennen. Denn irgendjemand drückt immer auf den Lautsprecherknopf, dort an der kleinen, in Beton eingefassten Felsenmauer unterhalb des Sheraton-Hotels. Und so erklingt beinahe regelmäßig und quer über die Promenade von Tel Aviv die charismatische Stimme des Abie Nathan, untermalt vom Rauschen des Meeres: „From somewhere in the Mediterranean: The Voice of Peace. Love, peace and understanding …“

Keine halbe Minute später hat sich dann in der Regel schon eine kleine Menschentraube um den winzigen Lautsprecher geschart, neben dem eine Plakette darüber informiert, dass fünf Kilometer von hier einst das Friedensschiff des Aktivisten Abie Nathan geankert hatte, um zwischen 1973 und 1993 täglich eben jene Friedensbotschaften auszusenden.

Und sofort entbrennt zwischen den Strandgängern – Eis schleckenden Flaneuren, Soldatinnen mit hoch ins Haar gesteckter Sonnenbrille, Familien und alterslos muskulösen Joggern, die mitten im Lauf anhalten – eine hitzige Diskussion: War Abie Nathan, vor zwei Jahren hochbetagt verstorben, womöglich ein naiver Vereinfacher und Schwärmer? Aber nein, widersprechen andere, Abie war doch

© Henning Kettel

ein Patriot, Kampfpilot im Unabhängigkeitskrieg von 1948, später allerdings Versöhner und Visionär.

Die Sonne steht hoch an diesem Sommernachmittag, die Zeitungen sind noch immer prall voll mit Nachrichten und Debatten über das iranische Atomprogramm, die verbalen Feindseligkeiten aus dem „neuen Ägypten“ und das nicht zuletzt von der Netanjahu-Regierung verantwortete Stocken der israelisch-palästinensischen Verhandlungen, und einer der Älteren sagt: „Versöhner und Visionär – schön und gut, zu Nasser ist er geflogen, um Frieden zu bringen, aber schon im nächsten Jahr haben sie uns ins Meer treiben wollen, damals, ’67.“

Und so wogt die spontane, nuancenreiche Debatte über Krieg und Frieden, feindliche Nachbarn und mentale Selbstblockaden hin und her, während im Hintergrund weiterhin Abie Nathans Stimme erklingt.

Vielleicht, denkt der Besucher, sollten die allzu oft vorschnellen westlichen Kommentatoren und Israel-Kritiker auch einmal diese Strandpromenade besuchen, um zu erfahren, auf welch hohem und atmosphärisch gänzlich sanktionsfreiem Niveau hier (wenn schon nicht im Kabinett der gegenwärtigen Regierung) diskutiert wird: Jenseits der Pauschalrhetorik von Pazifisten und Bellizisten, jenseits von Manichäismus, aber auch von allzu bequemer Äquidistanz.

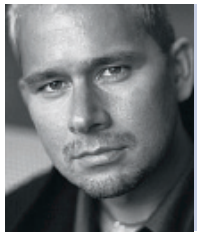
„Wie billig“, grummelt einer, als kurz vor dem Verstummen des Lautsprechers John Lennons „Give peace a chance“ über die Promenade scheppert. Zwei junge homosexuelle Soldaten aber halten sich just in diesem Moment an den Händen, auf ihren Rücken die Waffen – ein Bild, das zu denken gibt.

Und dann sind da schließlich diese Augenblickswahrnehmungen beim Flanieren: Jüdische Äthiopier und nichtjüdische nigerianische Vertragsarbeiter beim gemeinsamen Flirten mit französischen Touristinnen, die sich aufgrund eines in Frankreich wachsenden Antisemitismus inzwischen hier sogar sicherer fühlen – und zwar im quirlig gelassenen Tel Aviv, nicht etwa im aufgeheizt selbstgerechten Jerusalem.

Man kann schwerlich vom Nahen Osten reden und dabei vom Wunder dieser Strandpromenade schweigen

Junge Leute von den Philippinen, die ältere Einheimische im Rollstuhl über die Promenade schieben, dazu aber auch schon Kinder mit eurasischen oder afrikanischen Gesichtszügen, die wie selbstverständlich auf Hebräisch sprechen und rufen, nicht zu vergessen die in Tel Aviv studierenden Araber aus Jaffa oder Haifa, die nun gerade etwas Sonne tanken.

Erste Anzeichen jener neuen umfassenderen israelischen Identität, auf die kritische Intellektuelle und Schriftsteller einer jüngeren Generation wie Nir Baram oder Ron Leshem so dringend hoffen? Wie auch immer: Man kann schwerlich vom Nahen Osten reden und gleichzeitig vom Wunder dieser Strandpromenade schweigen.



MARKO MARTIN lebt als Schriftsteller und Publizist in Berlin. Zuletzt erschien in der Anderen Bibliothek sein Erzählband „Schlafende Hunde“.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

Helden, Legenden, Feindbilder

Polen diskutiert über Russland, über Filme – und über die Vergangenheit

Basil Kerski | Es ist eine Begegnung zweier polnischen Legenden: Oscarpreisträger Andrzej Wajda dreht einen Film über Friedensnobelpreisträger Lech Wałesa. Anfang Juni wurden die Dreharbeiten abgeschlossen, schon Ende des Jahres soll der Film in die polnischen Kinos kommen.

Bei dem Projekt handelt es sich nicht um die erste Begegnung der beiden Legenden am Filmset. 1981 trat Wałesa in Wajdas „Der Mann aus Eisen“ auf, einem Spielfilm über die antikommunistische Opposition, der im selben Jahr in Cannes mit der Goldenen Palme ausgezeichnet wurde. Unmittelbar nach Ausbruch der Streiks in der Danziger Werft im August 1980 war Wajda mit anderen Künstlern und Intellektuellen wie Tadeusz Mazowiecki und Bronisław Geremek nach Danzig gereist, um die streikenden Arbeiter in ihrem Kampf um mehr Freiheit im Sowjetblock zu unterstützen. Aus diesem Bündnis von Arbeitern, Künstlern und Intellektuellen erwuchs die Gewerkschaftsbewegung Solidarność. Ihre Geburt leitete den Prozess des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums ein.

Filme als Erinnerungsorte

Polens Medien begleiten Wajdas Filmprojekt seit Monaten. Alle renommierten Zeitungen haben Berichte vom Filmset sowie Interviews mit Wajda und dem Drehbuchautor Janusz Głowacki, einem in New York und Warschau lebenden Schriftsteller, veröffentlicht. Es gibt viele Gründe für das große mediale Interesse: Wajdas in den vergangenen 50 Jahren gedrehten Filme wie „Asche und Diamant“, „Der Kanal“, „Der Mann aus Marmor“, „Danton“ oder „Korczak“ bilden nicht nur ein Panorama polnischer (und europäischer) Geschichte, sie schaffen auch Projektionsflächen für die kollektive Identität der Polen. Wie kaum einem anderen Künstler ist

© iStockphoto

es Wajda gelungen, Widersprüchliches zu verbinden: eine kritische, mythenzerstörende Sicht auf die Geschichte einzunehmen und gleichzeitig mit seinen Filmen Erinnerungsorte zu schaffen, die über die politischen Gräben hinweg die Nation zusammenführen.

All diese Qualitäten vereint der Regisseur perfekt in seinem jüngsten Film „Katyn". Wajda verarbeitet in diesem Film den Stalinschen Massenmord an Tausenden polnischen Offizieren im Frühjahr 1940. Er wollte den Opfern, unter ihnen sein Vater, ein filmisches Denkmal setzen und dabei vor allem außerhalb Polens Grenzen an dieses Verbrechen erinnern. Dabei vermittelt sein Film ein differenziertes Geschichtsbild, in dem Russen nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer auftreten – ein Film, der zur Aussöhnung zwischen Polen und Russen beitragen will.

Ein weiterer Grund für das rege Interesse der polnischen Medien an dem Wałesa-Projekt hängt damit zusammen, dass Polens Eliten in wachsendem Maße darüber besorgt sind, dass der Freiheitskampf der Solidarność und der Runde Tisch 1989 in Warschau aus dem Gedächtnis vieler Europäer verschwunden sind und der Zusammenbruch des Sowjetblocks lediglich mit dem Fall der Berliner Mauer assoziiert wird. In der Massenkultur, vor allem im Medium Film, sehen viele Polen die Chance, internationales Interesse für Polens Rolle in der europäischen Geschichte zu wecken.

Wajdas Filmprojekt stößt auch noch aus einem anderen Grund auf besondere Aufmerksamkeit östlich der Oder: Wałesas Ehefrau Danuta steht seit Dezember vergangenen Jahres im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in Polen. Kurz vor Weihnachten erschienen ihre Memoiren „Träume und Geheimnisse". Kaum jemand rechnete damit, dass das Buch auf großes Interesse stoßen würde. Doch Danuta Wałesas Erinnerungen wurden zu einem Megabestseller. Über 300 000 Exemplare wurden innerhalb weniger Wochen verkauft.

Der Erfolg des Buches ist beachtlich, denn es enthält keine wirklichen Sensationen. Es ist eine Beschreibung polnischer Zeitgeschichte aus der Perspektive einer Frau, die acht Kinder in schwierigen Zeiten aufgezogen hat, einer Frau, die jede Entscheidung ihres Mannes mitgetragen hat und mit dem Verlust familiärer Intimität einen hohen Preis für das politische Engagement Lech Wałesas bezahlt hat. Das Buch hat viele Polen berührt. Die Danziger Tageszeitung *Dziennik Baltycki* hat Danuta Wałesa Ende Mai 2012 zur „Persönlichkeit des Jahres 2011" gewählt, die renommierte Krakauer Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* hat sie Ende Mai 2012 mit ihrer Medaille des Heiligen Georg ausgezeichnet und damit in den Rang einer gesellschaftlichen Autorität erhoben (*Tygodnik Powszechny*, 27. Mai).

Wajdas Katyn-Epos hat die Polen geeint, das Wałesa-Projekt wird sie wohl eher spalten

Tiefe Gräben

Hat Wajdas „Katyn"-Epos dazu beigetragen, die polnische Gesellschaft zu einen, so wird sein „Wałesa"-Projekt wohl eher polarisieren und Proteste vor allem der nationalen Rechten mobilisieren, denn für das Lager der Kaczyński-Partei PiS ist Wałesa eine

Reizfigur. Viele Deutsche sehen in Wałesa auch heute noch einen katholischen Traditionalisten mit Marienbild am Sakko, einen zum autoritären Führungsstil neigenden, populistischen Politiker. Sie übersehen dabei, welch weiten Weg Wałesa gerade im vergangenen Jahrzehnt gegangen ist. Er hat massiv die Politik der Polarisierung unter den Kaczyńskis kritisiert, den nationalistischen Katholizismus des Senders Radio Maryja bekämpft und hat im Laufe seiner ausgedehnten Reisen beträchtlich an staatsmännischem Profil gewonnen.

Das nationalistische Lager bekämpft Wałesa vor allem mit dem Vorwurf, in den siebziger Jahren mit dem kommunistischen Regime zusammengearbeitet zu haben. Seriöse polnische Historiker wie Andrzej Friszke und führende Solidarność-Vertreter wie Bogdan Borusewicz, Zbigniew Bujak oder Władysław Frasyniuk betrachten diese These als Verzerrung der Geschichte oder gar als eine Art Rufmord, doch das hindert nationalkonservative Publizisten und Historiker nicht daran, die Lesart von der Nähe Wałesas zur Geheimpolizei aufrechtzuerhalten.

Die Rechte wirft Wałesa vor, in den siebziger Jahren mit dem Regime zusammengearbeitet zu haben

Die PiS-nahe Wochenzeitung *Uwazam Rze* (14. Mai) wirft Wajda vor, mit seinem Film Geschichtsfälschung zu betreiben. Das Werk trage Züge einer Hagiografie; bedeutende Persönlichkeiten der Solidarność-Geschichte wie Anna Walentynowicz seien von Wajda und seinem Drehbuchautor zu Randfiguren degradiert worden. Wajda selbst habe, so der Vorwurf, während des Kommunismus mit dem Regime zusammengearbeitet und zeige daher allzu großes Verständnis für die „Schattenseiten" in der Biografie Wałesas. Der Beitrag zeigt, wie polarisiert das politische und kulturelle Klima in Polen ist und wie tief der Graben ist, der zwischen dem Lager von Tusks Bürgerplattform und Kaczyńskis PiS klafft.

Kultur des Hasses

Die negative Entwicklung des politischen Klimas in Polen schildert der ehemalige Solidarność-Aktivist Jan Lityński in der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* (9.–10. Juni). Die Lehren von Johannes Paul II. und die Kultur des Dialogs der Solidarność hätten zwar, so Lityński, die Grundlage für eine neue politische Kultur der Zusammenarbeit und der Empathie geschaffen, doch leider habe sich in Polen in den vergangenen Jahren eine Kultur des Hasses, gegenseitiger Vorwürfe und des hemmungslosen politischen Kampfes etabliert.

Waren es früher Themen wie Lustration – die Überprüfung von Personen des öffentlichen Lebens auf Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst – oder Privatisierung, die die Gräben sichtbar gemacht hätten, so seien diese in den vergangenen zwei Jahren zusätzlich durch den Flugzeugabsturz von Smolensk vertieft worden.

Der Fanatismus lehne die demokratische Kultur ab, schreibt Lityński weiter, er zeichne ein schwarz-weißes Bild und wecke Leidenschaften, während die Demokratie grau sei und kühl. Fanatische Ideologen verstünden sich als Hüter des nationalen Stolzes, des Glaubens und der Wahrheit.

In seiner in der liberalen Wochenzeitung *Wprost* veröffentlichten Kolumne (11. Juni) beschäftigt sich Lech Wałesa mit der politischen Instrumentalisierung der Smolensker Katastrophe durch die PiS. Ein Teil der PiS-Anhängerschaft neigt zu der These, das Flugzeugunglück vom 10. April 2010, bei dem neben anderen Präsident Lech Kaczyński ums Leben gekommen ist, sei ein von Moskau initiierter Anschlag gewesen.

Wałesa widerspricht dieser Verschwörungstheorie entschieden und wirft den PiS-Spitzenpolitikern vor, dass ihr Weltbild offenbar nicht ohne äußeren Feind auskomme. Die Warnungen vor angeblichen Einflüssen Russlands und die Dämonisierung russischer Politik dienten der Rechten dazu, ihre aggressive Innenpolitik zu legitimieren, so Wałesa. Und das, obgleich die jüngsten Proteste russischer Bürger aus Sicht Wałesas durchaus die Hoffnung nähren, dass ein Prozess des Wandels in der Russischen Föderation eingeläutet wird.

Neue russische Revolution?

Mit den Chancen eines grundlegenden Wandels in Russland und, daran anknüpfend, mit der Frage, wie es um das polnische Russland-Bild bestellt ist, haben sich in den vergangenen Wochen viele Printmedien beschäftigt. In den Wochenzeitungen *Przekroj* (11. Juni) und *Przeglad* (10. Juni) erschienen parallel Gespräche mit Wiktor Jerofiejew, einem russischen Schriftsteller, der fließend Polnisch spricht.

Darin kritisiert Jerofiejew die polnische Tendenz, die eigene Verbundenheit mit dem Westen durch die strikte Abgrenzung von Russland zu definieren, und gleichzeitig zeichnet er ein kritisches Bild des Zustands des russischen Staates. Die Moskauer Machthaber wollten keinen Dialog mit den kritischen gesellschaftlichen Stimmen, wollten keine Schwäche zeigen. Das politische Klima in Russland radikalisiere sich und entwickle sich in Richtung einer Revolution. Diese Radikalisierung könne gar in einen neuen Bolschewismus münden.

Die Radikalisierung in Russland könne in einen neuen Bolschewismus münden

Die meisten polnischen Medien neigen aber eher zu einer zurückhaltenden Analyse der Entwicklung in Russland, sie sehen in den Protesten gegen Wladimir Putin eher den Beginn einer langfristigen politischen Evolution denn eine nahende Revolution. So warnt die polnische Politologin Jadwiga Rogoża in der englischsprachigen polnischen Zeitschrift *New Eastern Europe* (April–Juni) davor, die politische Situation in Russland mit den Entwicklungen in Mitteleuropa oder in Nordafrika gleichzusetzen. Russland werde einen spezifischen Weg des Wandels gehen. Grund zur Hoffnung biete die neue im vergangenen Jahrzehnt gewachsene Mittelschicht, die einen grundlegenden Wandel des von Putin etablierten Systems wolle und den Kern einer russischen Bürgergesellschaft bilden könne.

BASIL KERSKI ist Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig und Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins *DIALOG* in Berlin.

Ist das schon Krieg?

Cyberwar und Cybercrime: drei Neuerscheinungen

Christian Stöcker | **Entgleisende Züge, kollabierende Stromnetze, explodierende Raffinerien: So malen Experten das Schreckgespenst eines digitalen Krieges an die Wand. Doch wer sich auf dem Buchmarkt umschaut, kommt zu einem etwas vorsichtigeren Urteil. Bei den Gefahren, die im Internet lauern, geht es noch eher um Kriminalität und Spionage als um Kriegführung.**

Der Krieg hat längst begonnen, glaubt man Richard Clarke. Der gefährlichste aller Computerwürmer ist immer noch da draußen, glaubt man Mark Bowden. Und die Cybergangster dieser Welt sind den Strafverfolgern fast immer einen Schritt voraus, glaubt man Misha Glenny. Alle drei haben in jüngerer Zeit Bücher zum Komplex Cyberwar und Cyberkriminalität vorgelegt, alle drei sind gleichermaßen fasziniert wie besorgt ob der rasant wachsenden Möglichkeiten, die digitale Welt für aggressive oder kriminelle Zwecke zu nutzen. Alle drei müssen letztlich vor der Komplexität ihres Gegenstands kapitulieren – und doch erlauben die drei Bücher in der Zusammenschau einen interessanten, wenn auch zwangsläufig lückenhaften Blick in die digitale Halb-, Unter- und Schattenwelt.

Clarke ist der offenkundige Überzeugungstäter unter den dreien. Sein Buch „World Wide War“, geschrieben gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Robert Knake, ist ein langer Kassandraruf. Clarke war Berater mehrerer US-Präsidenten und vor seinem freiwilligen Rückzug aus dem Weißen Haus im März 2003 der Sonderberater von Präsident George W. Bush für Cybersicherheit. Jahrzehnte im Kreise von Sicherheitspolitikern und Militärs haben Clarkes Weltsicht geprägt: Das Internet ist für ihn primär ein potenzielles Schlachtfeld. Und für die Überlegenheit auf diesem Schlachtfeld, davon ist er überzeugt, wird in den USA noch zu wenig getan: Diejenigen, die die Macht hätten, den Wandel zu gestalten, tun das nicht, weil sie das Netz und seine Auswirkungen nicht verstehen: „Unbemerkt haben die Streitkräfte zahlreicher Länder auf einem neuen Schlachtfeld Aufstellung genommen. Weil man sie nicht sieht, haben die Parlamente und die Bevölkerung die Truppenbewegungen nicht bemerkt. Bisher wissen nur wenige, wozu Cyberkrieger in der Lage sind.“

Clarke hat nicht nur ein Sachbuch zum Thema vorgelegt, sondern zuvor schon einen Roman namens „Breakpoint“ verfasst, in dem er die Szenarien, die er in „World Wide War“ in theoretischer Form skizziert, schon einmal als Thrillerplot durchgespielt hat: gekappte Internetleitungen, gehackte Steuerungssysteme für lebenswichtige Infrastrukturen, kollabierende Computerbörsen – und ein Berater für nationale Sicherheit, der von all dem völlig überrascht wird. „Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich verstehe nicht, wie dieses ganze Zeug funktioniert.“

Mangel an Beispielen

„Breakpoint“ ist ein leicht missionarisch wirkender Thriller von der Stange, und „World Wide War“ liest sich für Europäer streckenweise mühsam, denn der Insider Clarke klärt den Leser im Detail darüber auf, welche Abteilungen des US-Militärs, welche Geheimdienste und Polizeibehörden derzeit wie um die Vorherrschaft beim Boomthema Cyberwar konkurrieren. Eines wird dabei deutlich: Es geht bei der Vorbereitung auf die möglichen digitalen Kriege des 21. Jahrhunderts nicht zuletzt um Geld.

Gleichzeitig hat Clarke mit einem Problem zu kämpfen, das seine Warnungen weniger dringlich erscheinen lässt: Es mangelt ihm an Beispielen für die beschworene Bedrohung. Fälle, in denen Nationalstaaten nachweisbar über das Netz angegriffen wurden, sind extrem rar – und die USA haben bislang nicht zu den Opfern ernsthafter Attacken gezählt, wenn man von zahlreichen und durchaus beunruhigenden Fällen von Cyberspionage absieht. Nicht nur Clarke, sondern auch die Journalisten Bowden („Worm“) und Glenny („Cybercrime“) führen jeweils das gleiche Beispiel für Cyberwar-Szenarien an: Als es in Estland im Frühjahr 2007 einen Konflikt um die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals gab, wurden die Websites diverser Behörden und Unternehmen über Wochen mit massiven Distributed-Denial-of-Service-Attacken (DDoS) angegriffen. Dabei werden ans Internet angeschlossene Server so lange mit ständigen Anfragen großer Mengen anderer Rechner überlastet, bis sie schließlich den Dienst versagen.

Die Angriffe auf estnische Server wurden mit Hilfe so genannter Botnetze ausgeführt, also mit Netzwerken virenverseuchter Computer, die von einem Cyberkriminellen ferngesteuert werden können. Ein großes Botnetz kann aus Zehntausenden, aber auch, wie im Fall des Wurms „Conficker“, dessen Geschichte Bowden in „Worm“ nachzeichnet, aus Millionen von gekaperten Rechnern bestehen. Deren Besitzer wissen in der Regel nicht einmal, dass ihr Gerät heimlich zum Teil einer Angriffswaffe gemacht wurde.

Die Regierung Estlands ließ 2007 keinen Zweifel daran, dass sie Russland hinter den Attacken vermutete. Bis heute ist jedoch unklar, ob die Angriffe tatsächlich von Moskau aus gesteuert wurden, eine spontane Aktion russischer Cyberkrimineller waren oder eine Kooperation von Geheimdienst und zum Hurrapatriotismus überredeten Netzgangstern. In jedem Fall sind Angriffe auf Websites, wie sie Estland erdulden musste, eher simple und krude Werkzeuge der Cyberaggression. DDoS-Attacken sind

Richard A. Clarke, Robert K. Knake: *World Wide War. Angriffe aus dem Internet. Hamburg: Hoffmann und Campe 2011, 352 Seiten, 22,00 €*

manchmal purer Vandalismus, manchmal werden sie von Verbrechern eingesetzt – etwa um Unternehmen, deren Geschäft vom Internet abhängig ist, zu erpressen. Doch die Gefahren, die Clarke und andere „Cyber-Securokraten“, wie der „Cybercrime“-Autor Misha Glenny sie nennt, beschwören, gehen über ein paar unerreichbare Websites weit hinaus: Clarke warnt vor entgleisenden Zügen, kollabierenden Stromnetzen, explodierenden Raffinerien. Ist so etwas möglich?

Erster Akt digitaler Kriegführung

Mark Bowden: *Worm. Der erste digitale Weltkrieg.* Berlin: Berlin Verlag 2012, 288 Seiten, 19,90 €

Der einzige heute tatsächlich nachvollziehbare Akt digitaler Kriegführung, der in diese Kategorie fällt, ging mutmaßlich von den USA, Israel oder beiden gemeinsam aus: Der Stuxnet-Virus, der in den Anlagen des iranischen Atomprogramms womöglich an die tausend Uranzentrifugen zerstörte, war eine Präzisionswaffe, die nach übereinstimmender Expertenmeinung nicht von einer Einzelperson oder einem Trupp normaler Cyberkrimineller geschaffen worden sein kann. Die Stuxnet-Entwickler, denen es gelang, die iranischen Atomanlagen zu treffen, obwohl die dortigen Rechner nicht einmal ans Internet angeschlossen sind, gingen klug vor und verfügten über große Ressourcen.

Eine Vielzahl von Fachleuten muss an dem Virus gearbeitet haben, gleich mehrere bis dahin unbekannte Sicherheitslücken in Software-Systemen, die auf dem Schwarzmarkt Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Euro wert sind, wurden dafür ausgenutzt. In die Aufbereitungsanlage Natans gelangte Stuxnet schließlich wohl über einen verseuchten Speicherstick. Erstmals wurden hier offenbar industrielle Steuerungsanlagen mit einem Software-Angriff so manipuliert, dass großer Schaden entstand. Stuxnet wird wohl als erster echter Akt digitaler Kriegführung in die Geschichte eingehen. Doch dieser Angriff betraf nicht die USA, sondern einen ihrer erklärten Feinde. Was Mahner wie Richard Clarke in Erklärungsnöte bringt: Wenn solche digitalen Präzisionswaffen vom eigenen Lager eingesetzt werden, kann es dann um die Cyberabwehrfähigkeit des Westens wirklich so schlecht stehen?

Tatsächlich scheinen die Gefahren, die derzeit im Internet Gestalt annehmen, mehrheitlich von der Art zu sein, die der Journalist Mark Bowden in „Worm“ beschreibt – es geht eher um Kriminalität und Spionage als um Kriegführung. Bowden zeichnet die Entwicklung des Conficker-Virus nach, und die Geschichte einer kleinen Gruppe von Fachleuten im Westen, die sich zusammentaten, ihn zu bekämpfen. Conficker hatte augenscheinlich die Aufgabe, ein gewaltiges Botnetz zu erschaffen, das bis heute existiert – aber noch nie wirklich eingesetzt wurde. Bowden äußert die Vermutung, dass der bis heute unbekannte Conficker-Schöpfer Teile seines Botnetzes an zahlende Kunden vermietet, für DDoS-Attacken etwa oder für den Versand von Spam-Mails.

Vor allem aber beschreibt der Journalist den Kampf einer lose zusammengewürfelten Allianz selbsternannter Verteidiger des freien Netzes gegen Conficker. Und gegen die eigene, als ziemlich unfähig porträtierte Sicherheitsbürokratie. Bowden stellt dem Leser eine Vielzahl von Protagonisten dieses Kampfes in Miniatur-

porträts vor, und ausgerechnet darin liegt eine der größten Schwächen seines durchaus lesenswerten Buches. Der Leser verliert schnell den Überblick über all die Freiwilligen, die sich in einer „Kabale“ zusammenschlossen, um Conficker zu besiegen, denen der letzte Erfolg jedoch versagt blieb.

Aus der Schattenwelt des Netzes

Ähnlich ergeht es Misha Glenny, der in „Cybercrime“ gewissermaßen das Gegenbild zur Szene der aufrechten, guten Hacker zeichnet: Auch sein Bericht aus der Schattenwelt des Netzes wird ob der Vielzahl der Protagonisten unübersichtlich. Glenny erzählt die Geschichte der vom FBI unterwanderten Plattform „Darkmarket“, deren Nutzer auf Kredit- und Geldkartenbetrug spezialisiert waren. Trotz aller Kurzbiografien aber wird das Zusammenwirken all der Hacker, „Carder“ und Administratoren dem Leser selten wirklich deutlich, was viel mit der unsicheren Quellenlage zu tun haben dürfte.

Und auch was die handelnden Personen mit ihren Computern tatsächlich tun, bleibt, anders als bei Bowden, im Ungefähren. Das Buch basiert maßgeblich auf Interviews mit den Beteiligten, mit Ermittlern, aber auch mit kriminellen Hackern, Kreditkartenbetrügern und ihren Gastgebern im Netz. Ob jemand aber ein kleiner oder doch ein dicker Fisch war, ist oft nicht zu erkennen. Gemeinsam ist Bowden und Misha eine starke Faszination für das Wesen ihrer – durchwegs männlichen – Protagonisten: Die Cybergangster aus der Ukraine, den USA oder der Türkei, die Glenny porträtiert, gehören ebenso wie Bowdens aufrechte, wenn auch verschrobene Helden aus den USA zu einer neuen Kaste der Wissenden, mit Eigenheiten und großen Egos.

Einig sind sich die Autoren darin, dass das Netz und seine Gefahren längst nicht mehr nur ein Thema für weltfremde Eigenbrödler ist. Glenny skizziert, wenn auch bruchstückhaft, die Professionalisierung der Cybercrime-Szene, die Übernahme der Kontrolle durch Verbrechersyndikate, die Kreditkartenbetrug und gehackte Online-Banking-Konten als Teil ihres kriminellen Portfolios begreifen. Clark und Bowden beschreiben auf unterschiedlichen Ebenen die langsame Professionalisierung der Gegenseite, der Kämpfer gegen Verbrechen, Spionage und Bedrohungen aus dem Netz.

Clarkes Buch ist das trockenste der drei, doch sein Autor kann den greifbarsten Erfolg für sich verbuchen: Eine seiner zentralen Forderungen wurde bereits erfüllt. Ende Mai 2011 erklärte das Pentagon, man werde Cyberattacken auf die USA künftig unter Umständen als kriegerischen Akt werten und womöglich mit konventionellen Waffen beantworten. Das *Wall Street Journal* zitierte einen Sprecher des Verteidigungsministeriums mit den Worten: „Wenn Sie unser Stromnetz abschalten, schießen wir Ihnen vielleicht eine Rakete in den Schornstein.“

Misha Glenny: *Cybercrime. Kriminalität und Krieg im digitalen Zeitalter.* München: DVA 2012, 352 Seiten, 19,99 €

Dr. CHRISTIAN STÖCKER ist Ressortleiter Netzwelt bei Spiegel Online.

Der Staat als Netzwerk

Von Gorbatschow bis zum System Putin: neue Bücher über Russland

Stefan Meister | **Russland ist in den vergangenen 20 Jahren weit offener und westlicher geworden, als es je zuvor war. Doch wie die jüngsten Demonstrationen gezeigt haben, fehlen funktionsfähige Institutionen, die das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft ausbalancieren können. Was verhindert eine Normalisierung dieses Verhältnisses? Drei Neuerscheinungen.**

György Dalos: *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*. München: Verlag C.H.Beck 2011, 288 Seiten, 19,95 €

Noch heute steht der ehemalige KP-Chef und letzte Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, der mit Glasnost und Perestroika den Zerfall des Ostblocks beschleunigt hat, im russischen kollektiven Gedächtnis als Zerstörer der UdSSR da. Der in Berlin lebende ungarische Schriftsteller György Dalos legt eine sehr persönliche und mit zahlreichen Zitaten versehene Biografie von Michail Gorbatschow vor. Dafür hat er sich durch die umfangreichen Memoiren von Gorbatschow und seinen engsten Vertrauten gearbeitet und zitiert diese fleißig in seinem Buch – allerdings ohne die Zitate zu belegen.

Leider hat es Dalos gescheut, über diese Quellen hinauszugehen und sich neues Wissen auch aus den Archiven zu erschließen. Aus diesem Grund ist der Erkenntniswert seines Buches begrenzt. Mit dem stark verkürzten Abriss des privaten und politischen Alltags von Gorbatschow und seiner Familie gibt er nur oberflächlich das Leben und Wirken dieses bedeutenden Staatsmanns wieder. Hinzu kommt, dass ihm bei der Recherche viele Fehler unterlaufen sind. So irrt Dalos, wenn er das Außenministerium der Sowjetunion (später Russlands) am Sverdlov-Platz vermutet und nicht am Smolensker Platz, oder wenn er Arsenij Roginskij als den Gründer der Menschenrechtsorganisation Memorial bezeichnet und uns verschweigt, dass es 1987 der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow war, der diese wichtige Institution ins Leben gerufen hat.

Dalos will unterhalten und informieren zugleich. Jedoch ist der Klatsch über die Urlaubsorte der Familie Gorbatschow weder dazu angetan, dem Leser den Menschen Gorbatschow näher zu bringen, noch kann er wirklich interessante Einsichten in politische Entwicklungen einer der wichtigsten Phasen der neueren Geschichte geben. Das Buch ist 2011 erschienen, im Jahr des 80. Geburtstags

Michail Gorbatschows. Das wäre ein guter Anlass gewesen, die historische Einordnung des Politikers Gorbatschow zu hinterfragen: Wie wichtig er dafür war, neuen Ideen Raum zu geben, aber gleichzeitig wie getrieben er von den Mechanismen des sowjetischen Staates war; ein Rahmen, aus der er letztlich nicht ausbrechen konnte. Viele dieser Mechanismen finden wir im heutigen Russland wieder, das unter Wladimir Putin sowohl ideologisch als auch personell an die Sowjetunion anknüpft.

Von Gorbatschow zu Putin

Wie sich aus der Gorbatschowschen Sowjetunion das Putinsche Russland entwickelt hat, sezieren die beiden bekannten russischen Soziologen Lev Gudkov und Victor Zaslavsky. Ihr aus dem Italienischen übersetztes Buch fasst die analytische Erfahrung der Arbeit der Autoren seit den achtziger Jahren zusammen. Lev Gudkov ist seit 2006 Direktor des unabhängigen Moskauer Meinungsforschungsinstituts Levada. Victor Zaslavsky lehrte bis zu seiner Emigration 1975 Soziologie in Leningrad und danach an verschiedenen Universitäten in den USA und Italien. Er verstarb 2009 bei der Fertigstellung dieses Buches.

In ihrer scharfen und äußerst lesenswerten Analyse beschreiben die Autoren zwei Phasen des russischen Transformationsprozesses: die erste Phase des postkommunistischen Übergangs von der Sowjetunion in das Russland der neunziger Jahre und die zweite Phase mit der Etablierung des Systems Putin. Da ist zunächst einmal die analytisch und anschaulich geschilderte Eigendynamik in den Betrieben bei der Auflösung der Sowjetunion, auf die der Staat letztlich wenig Einfluss hatte. Das Nichtfunktionieren staatlicher Strukturen war Systemmerkmal der Sowjetunion, insbesondere Ende der achtziger Jahre. Informelle Strukturen und Entscheidungen prägten diesen Transformationsprozess und führten dazu, dass es nicht zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft kam. Viele Betriebe überlebten dank der Solidarität ihrer Mitarbeiter, für die nicht Wandel und Wachstum bestimmend waren, sondern Stabilität und soziale Sicherheit. Die Autoren heben in einem eigenen Kapitel die Bedeutung von Gewerkschaften hervor, die ihre vorherige Funktion behielten und die institutionelle Umgestaltung bremsten.

Doch die Gewinner der Privatisierung des Staatseigentums, das zeigen Zaslavsky und Gudkov eindrucksvoll, waren die sowjetische Bürokratie und die Nomenklatura. Nur sie hatten Zugang zu den nötigen finanziellen Ressourcen und konnten Privatisierungsentscheidungen in ihrem Interesse beeinflussen. Der Aufstieg der Oligarchen begann 1994. Diese Geschäftsleute häuften einen enormen Reichtum an, indem sie intime Kenntnisse der Politik nutzten und eine enge Beziehung zum russischen Präsidenten Boris Jelzin pflegten.

Für die beiden Autoren sind Oligarchen ein nicht weiter ungewöhnliches Phänomen, das sich auch in anderen Ländern wie den USA, Italien oder Japan historisch beobachten lasse. Mit der zweiten Privatisierungswelle 1995 bis 2002 wurden sie in immer stärkerem Maße zu normalen Unternehmern, die in ihren Betrieben eine höhere Produktivität erzielten als die Staatsbetriebe. Damit wurden die Großkon-

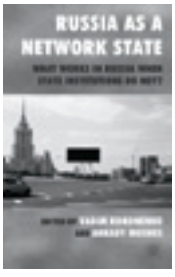
Lev Gudkov, Victor Zaslavsky: *Russland. Kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang?* Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 2011, 205 Seiten, 19,90 €

zerne der Oligarchen zu den Motoren der russischen Marktwirtschaft. Allerdings verhinderte das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit das Entstehen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und ermöglichte Putin die Rückverstaatlichung von Schlüsselsektoren.

Die zweite Phase des postkommunistischen Übergangs analysieren die Autoren anhand der Etablierung des Systems Putin. War Putins Wirtschaftsprogramm zunächst von liberalen Reformern geprägt, so ließen die anfänglichen Erfolge den Reformeifer erlahmen. Damit einher ging eine Stärkung der Machtvertikale, der Kern des Systems Putin. Durch Aushöhlung der föderalen Struktur und der lokalen Selbstverwaltung sowie durch eine Änderung der Wahl- und Parteiengesetze, die die Opposition marginalisierte, gelang es der Präsidialadministration, Kontrolle über alle Ebenen des Staates auszuüben. Mit der Vertreibung der Medienzaren Boris Beresowskij und Vladimir Gusinskij sowie der Inhaftierung von Michail Chodorkowskij begann eine Umverteilung der enormen Vermögen an gefügige Oligarchen und enge Gefolgsleute Putins insbesondere aus den Sicherheitsdiensten.

Der staatliche Apparat wurde umgebaut und durchsetzt mit ehemaligen Mitarbeitern des Militärs und Geheimdiensts. Unter Putin verdoppelte sich der Beamtenapparat gegenüber der Jelzin-Ära mit dem Ziel, Loyalität durch gute Posten zu sichern und die zum Teil fehlende Qualifikation der ehemaligen Militärs und Geheimdienstler zu kompensieren. Gesellschaft und Wirtschaft wurden verstärkt kontrolliert und staatlich bevormundet, Autonomiebestrebungen oder selbstständiges Handeln sanktioniert. Am Ende der zweiten Amtszeit von Wladimir Putin war jegliches gesellschaftliche oder politische Korrektiv zur Präsidialmacht ausgeschaltet und ein „bürokratischer Autoritarismus“ etabliert. Die Autoren beobachten eine „Sowjetisierung“ des postsowjetischen Russlands; Ausdruck dafür sind das Nichtfunktionieren von formellen Regeln, fehlende Rechtsstaatlichkeit und die Konzentration von Macht bei einer Institution, der Präsidialadministration. Mit dem System Putin befindet sich Russland auf einem fortschritts- und modernisierungsfeindlichen Weg hin zu einem immer autoritärer werdenden Staat.

Eine Abkehr von diesem Weg ist mit Putin, so die Autoren, kaum zu erwarten. Der Westen sollte Russland weder isolieren noch dessen autoritäres Regime akzeptieren. Er sollte es in internationale Abkommen und Wirtschaftsinstitutionen einbinden und gleichzeitig kritischer mit den autoritären Tendenzen im Land umgehen. Ein sehr empfehlenswertes Buch zum Verstehen der Strukturen und Mechanismen im heutigen Russland.



Vadim Kononenko, Arkady Moshe (Hrsg.): *Russia as a Network State. What Works in Russia When State Institutions Do Not?* New York: Palgrave Macmillan 2011, 208 Seiten, 85,00 $

Netzwerk-Staat

Die Autoren des Sammelbands „Russia as a Network State“ bestätigen das Argument von Gudkov und Zaslavsky, wonach das System Putin gegen Fortschritt und Modernisierung gerichtet ist, da diese die Machtgrundlagen der Eliten zerstören würden. Dieser Sammelband, herausgegeben von zwei Wissenschaftlern des finnischen Instituts für Internationale Beziehungen, widmet sich der Frage, wie Staat in Russland funktioniert. Dabei gehen die Autoren dem Verhältnis von formellen und informellen Institutionen

nach. Im Einführungskapitel setzt Vadim Kononenko dem Konzept des neopatrimonialen Staates das des Netzwerk-Staats entgegen. Netzwerke bestimmter Elitengruppen spielen in diesem Staat eine zentrale Rolle; die führenden Gruppen überlagern sich mit staatlichen Institutionen oder verbinden sich mit ihnen. Mit anderen Worten: Wir beobachten im heutigen Russland eine Symbiose informeller Gruppen und formeller Institutionen und damit eine Unterordnung des Staates unter Netzwerke.

Typisch für diesen Staat sind ein Dualismus zwischen Staatszielen und Staatspraxis sowie, daraus resultierend, eine Lücke zwischen der Rhetorik der Regierung und der tatsächlichen Politik. Mit der Schaffung des Systems Putin zwischen 2005 und 2008 zeigt sich eine Durchdringung des staatlichen Apparats mit Netzwerken aus dem früheren Arbeitsumfeld von Putin. Diese Entwicklung bezeichnet der Autor als eine Art „State-Private Partnership“: eine Symbiose aus privaten und staatlichen Strukturen.

Wie es zur Herausbildung dieser Netzwerke kam und welchen Einfluss sie auf die russische Wirtschafts-, Militär-, Regional- und Außenpolitik haben, ist Thema des Bandes. Dabei wird deutlich, dass eine Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem schwer vorzunehmen ist. Das hat seine Ursachen auch darin, dass viele Elemente des heutigen russischen Staates bereits in der späten Sowjetunion existierten und die postsowjetische Transformation in den neunziger Jahren überstanden. Wurden sowjetische Institutionen von unterschiedlichen Machtnetzwerken überlagert und beeinflusst, so gilt das auch für den unter Putin geschaffenen Staat, in dem die Sicherheits- und Militärnetzwerke in Gestalt der Silowiki über großen Einfluss verfügen.

Wie die Autoren des Buches zeigen, ist Networking zwischen den Machteliten auf allen Ebenen von Politikgestaltung nachweisbar. Anhand der Zentralisierung des Staates unter Putin lässt sich die Logik des Netzwerk-Staats veranschaulichen: Widerstand gegen wachsende Kontrolle des Gesamtstaats konnte durch eine Kooptierung regionaler Führungskräfte in das von Putin geschaffene Politiknetzwerk unterbunden werden; eine Kooptierung, die über die neu gegründete Partei Einheitliches Russland stattfand. Entscheidend für das Funktionieren eines solchen Netzwerk-Staats sind nicht Transparenz, Effizienz und Professionalität, sondern Loyalität und informelle Regeln.

Mehr als 20 Jahre nach Auflösung der Sowjetunion stellt sich weiterhin die Frage, wieviel Sowjetunion im heutigen Russland steckt und wie das Land aus dem postkommunistischen Übergang herauskommen kann. Vielleicht hat mit den Massendemonstrationen und der Politisierung eines wachsenden Teiles der Bevölkerung eine dritte Transformationsphase begonnen, die das System Putin ablösen könnte. Die Erosion der Autorität des alten und neuen Präsidenten würde dafür sprechen.

Dr. STEFAN MEISTER arbeitet am Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung im Forschungsinstitut der DGAP.

INTERNATIONALE POLITIK ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2500 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und dem Internetportal www.aussenpolitik.net bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen „Europa-Archiv“ gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

PRÄSIDIUM

Exekutivausschuss

Dr. Arend Oetker, Präsident; Paul Freiherr von Maltzahn, Geschäftsführender stellv. Präsident; Christopher Freiherr von Oppenheim, Schatzmeister; Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndikus; Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts; Prof. Dr. Joachim Krause, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; Dr. Sylke Tempel, Chefredakteurin INTERNATIONALE POLITIK; Dr. Elke Dittrich, Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle der DGAP; Prof. Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher, Ehrenmitglied; Dr. Tessen von Heydebreck; Dr. Werner Hoyer; Hans-Ulrich Klose; Philipp Mißfelder

Gesamtpräsidium

Prof. Dr. h. c. Roland Berger, Prof. Dr. Harald Braun, Elmar Brok, Eberhard Diepgen, Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Thomas Enders, Dr. Stephan Goetz, Gerda Hasselfeldt, Dr. Michael J. Inacker, Martin Jäger, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Hagen Graf Lambsdorff, Dr. Klaus Mangold, Kerstin Müller, Dr. Günther Nonnenmacher, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Bernhard Reutersberg, Aleksandra Rhomberg, Rudolf Scharping, Herbert J. Scheidt, Volker Schlegel, Dr. Benno Schwarz, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt, Dr. Antje Vollmer, Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Heinrich Weiss, Dr. Stefan Zoller

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.:
Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher
Prof. Dr. Joachim Krause
Paul Freiherr von Maltzahn
Dr. Arend Oetker
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Chefredakteurin
Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Colin Adams, Dr. Henning Hoff,
Uta Kuhlmann-Awad, Dr. Joachim Staron,
Rachel Tausendfreund
Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Diezel, Angela Heucher
Projektmanagerin: Charlotte Merkl

Beirat
Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University
Dr. Guido Goldman, Harvard University
Dr. Michael J. Inacker, Handelsblatt
Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University
Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung
Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin
Dr. Günther Nonnenmacher,
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Volker Perthes,
Stiftung Wissenschaft und Politik
Prof. Dr. Helmut Reisen,
OECD Development Centre
Dr. Gary Smith, American Academy
Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung
Prof. Angela Stent, Georgetown University
Daniel Vernet, Le Monde
Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam
Prof. Dr. Norbert Walter

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46
Fax: +49 (0)30 25 42 31-67
ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Layout
Thorsten Kirchhoff

Verlag/Abonnenten-Service
BVA Bielefelder Verlag/ Standort Köln
Friesenplatz 16 | 50672 Köln
Tel.: +49 (0)221 2587 248
Fax: +49 (0)221 2587 249
ip@internationalepolitik.de

Druckerei
Sachsendruck Plauen GmbH
Paul-Schneider-Straße12 | 08525 Plauen

Pressevertrieb
SI special-interest MD & M Pressevertrieb
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
zweimonatlich

Bezugspreise

Einzelpreis IP	14,90 €
Einzelpreis Länderporträt*	9,90 €
Jahresabonnement Inland**	118,00 €
Jahresabonnement Ausland**	128,00 €
Luftpost*	155,00 €
Studentenabonnement**	73,00 €
Studentenabonnement Ausland** (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)**	19,50 €

* Die Länderporträts erscheinen drei Mal im Jahr als Beilage zur Abo-Ausgabe der IP
** IP inklusive Länderporträt
Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und Hintergrundanalysen finden Sie unter
www.internationalepolitik.de

Beachten Sie auch unser englisches Online-Journal
www.ip-journal.org

Gerechtigkeitslücken im Gemütseuropa

Wer alles der Euro-Zone beitreten müsste, wenn Kultur das Kriterium ist

Zum Schluss eine Bitte an alle Krisendebattierer. Es gibt im Wesentlichen einen guten Grund, Griechenland im Euro zu halten. Der Grund lautet: Wir wissen nicht, was letztlich auch uns passiert, wenn die Griechen aus dem Euro fliegen. Man drückt keinen Knopf, der eine Atombombe auslösen könnte, nur um zu sehen, ob sie tatsächlich hochgeht. Rationale Risikoaversion, sozusagen.

Kein guter Grund hingegen, Griechenland im Euro zu halten, ist die Tatsache, dass Griechenland zu Europa gehört. Genau diesen Zusammenhang stellt ein anschwellender Chor von Journalisten, Schriftstellern und anderen Regierenden her. Sie rufen: Mensch! Hellas Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte! Wiege der Demokratie! Heimat der Muse! Sophokles! Platon! Alles vergessen?

Bitte. Bitte. Lasst. Das. Es ist so ganz neben der Sache.

Es sei denn, wir hätten uns lange Zeit geirrt, und es sind in Wahrheit fundamentale Beiträge zur europäischen Kultur, die zur Euro-Mitgliedschaft berechtigen. Dann dürfen diese Beiträge offenbar auch gerne länger als 2000 Jahre zurückliegen. Das würfe allerdings eine Reihe von bisher ungestellten, dringenden Fragen auf.

Wie, beispielsweise, kann es angehen, dass Israel, den Palästinensergebieten, Libanon und Syrien die Mitgliedschaft im Euro-Raum bislang nicht einmal angeboten wurde? Hat man deren Gründungsbeitrag zur jüdisch-christlichen Kultur vergessen? Was sich unter anderem abspielte, da Quirinius Statthalter in Syrien war? Muss wohl so sein, anders ist diese tiefe Gerechtigkeitslücke im geomonetären Raum kaum zu erklären.

Und gehen wir mal davon aus, dass Grass et al. in ihrem Gemütseuropa auch jüngere Errungenschaften zählen lassen. Dann drängt sich die Frage auf, wie unsere kulturfiskalische Schicksalsgemeinschaft ohne diejenigen auskommt, denen wir den modernen Freiheitsbegriff, Shakespeare und Monty Python verdanken. Ist es nicht unerträglich, dass Großbritannien die allerallerwichtigste europäische Gemeinschaftsstiftung ablehnt?

Und jetzt haben wir noch gar nicht über den nordamerikanischen Beitrag zu Europas kultureller Höhe nachgegrübelt; man könnte das tun und Hollywood, das Internet, Apple und die Befreiung vom Nationalsozialismus dazu zählen. Aber wahrscheinlich ist das abwegig, und Euro-Länder wie Slowenien oder Luxemburg haben wesentlich mehr getan, um Europa zu dem werden zu lassen, das es heute ist.

Ach, so sehr ich mich auch mühe, die Sorge, dass Europa seine Wurzeln verriete, wenn Griechenland die Währung wechselte, will mich nicht recht erfassen. Natürlich, Griechenland hat Unverzichtbares geleistet für unser aller ideengeschichtliche Entwicklung. Europa. Demokratie. Risiko. Chaos. Alles griechische Wörter. Aber vielleicht bin ich zu kaltherzig. Und Geld ist am Ende doch alles.

Jochen Bittner ist Redakteur der *ZEIT*.